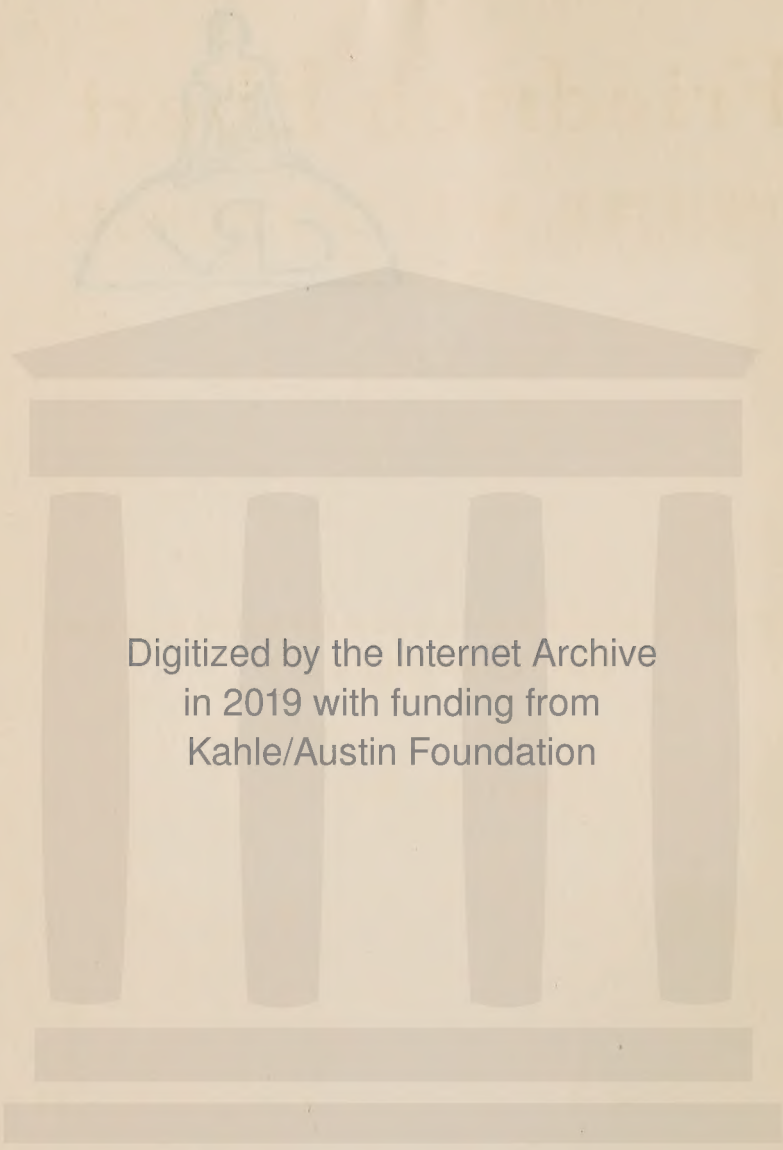
NUNC COGNOSCO EX PARTE

TRENT UNIVERSITY
LIBRARY

CRV



Digitized by the Internet Archive
in 2019 with funding from
Kahle/Austin Foundation

https://archive.org/details/schriftenaufzeic0002eber

Friedrich Ebert

SCHRIFTEN, AUFZEICHNUNGEN, REDEN

Mit unveröffentlichten Erinnerungen aus dem Nachlaß

Zweiter Band

1926
CARL REISSNER - VERLAG - DRESDEN

DD221.E2 Bd.2

Mit 16 Bildern

Herausgegeben von Friedrich Ebert jun.

Mit einem Lebensbild von Paul Kampffmeyer

Copyright 1926 by Carl Reissner, Dresden.

Gedruckt bei Petzschke & Gretschel, Dresden-A.

1917.

EBERTS RECHENSCHAFT ÜBER SEIN VERHALTEN IM KRIEGE

Aus einer Parteitagsrede. Würzburg 1917

Der Krieg hat die Partei vor eine unerhört schwierige Situation gestellt. Wie immer die Partei diese Aufgabe auch lösen mochte, mit starken Rückwirkungen auf das innere Parteileben mußte auf alle Fälle gerechnet werden. Hat die Partei doch fast bei jeder neuen politischen Situation innere Schwierigkeiten durchkämpfen müssen! Das ist in der Natur der Partei und in ihrem Entwicklungsgang begründet. Mit dem Erstarken der Partei wuchsen ihre Pflichten und Aufgaben. Sprunghaft stieg die Zahl unserer Vertreter in den Parlamenten und den Gemeinden. Die gleichzeitige gewaltige Entwicklung unseres Wirtschaftslebens und seine Verschiebungen griffen tief ein in die Interessen der Arbeiter. Neue Aufgaben des Staates auf wirtschaftlichem Gebiete entstanden, neue politische Forderungen mußten geltend gemacht werden. Alles Aufgaben höchst positiver Natur, die an unsere Vertreter in den Parlamenten und in den Gemeinden große Anforderungen stellten. Der rasche Vormarsch unserer Partei konnte sich nur durchsetzen, wenn bei dieser Tätigkeit positive Erfolge erzielt wurden. Das gebot auch das Interesse der Arbeiterklasse! Neben dem Einfluß auf die Gesetzgebung mußte Einfluß auf die staatliche Verwaltung errungen werden; wir mußten uns im Staat Raum schaffen gegenüber den alles beherrschenden kapitalistischen Kreisen. Alle takti-

57307

schen Möglichkeiten, soweit sie mit dem Interesse der Arbeiterklasse vereinbar sind, mußten dabei zusammengefaßt werden. Vor allem wurde ein möglichst enges Zusammenwirken zwischen Partei und Gewerkschaften notwendig; nicht damit einer den andern beherrsche, wie vielfach behauptet wurde, sondern zum einheitlichen kraftvollen Vorgehen. Nur auf diesem Wege ist es möglich, den Hebel der Staatsmaschine den kapitalistischen Händen zu entreißen und den großen proletarischen Aufgaben dienstbar zu machen. Hier aber lagen die Hauptwurzeln unserer inneren Meinungsdifferenzen. Unsere Stellung zum Staat war meist der Ausgangspunkt unserer Meinungskämpfe.

So heftig aber auch dieser Streit ausgefochten wurde — hielten wir in ruhigen Stunden Rückschau, dann hatten wir doch oft den Eindruck, daß etwas weniger Leidenschaft und Erbitterung dabei besser gewesen wäre. Gingen doch die wirtschaftlichen und politischen Ereignisse oft ganz andere Wege, als sie die Parteitheorie vorgesehen hatte. Das haben wir aus den Erfahrungen des Krieges auf mehr als einem Gebiete lernen müssen. In der Partei gab es aber eine Gruppe, die auch dann, wenn der Gang der Ereignisse ihr unrecht gab, sich nur widerwillig dem Gesamtwillen der Partei einfügte. Alle Auseinandersetzungen in der Partei, mochte die Parteikonstellation dabei noch so verschieden sein, stigmatisierte sie nach der Formel: Radikalismus und Revisionismus. Jede Differenz mit der Meinung dieser Gruppe ist den Parteigenossen als sträfliche Abirrung vom allein richtigen Wege denunziert worden. Kein im Vordergrund stehender Genosse, selbst der erste Theoretiker der Partei nicht, blieb von diesen Vorwürfen verschont. Nach derselben Methode verfuhr man beim Streit über die Stellung der Partei zum Kriege. Die alte Formel wurde zum

Motto; die Schlagworte: „Verrat der Grundsätze", „Verrat der Internationale", „Verkauf der Partei" bildeten das Leitmotiv. Ein flüchtiger Blick auf die Parteigeschichte zeigt indessen, wie diese Vorwürfe gerade auf diesem Gebiet absurd sind. Unter den Männern, die heute ganz allgemein als die Meister des Sozialismus anerkannt werden, hat es bei jedem Kriege Differenzen über die Stellung der Partei gegeben, Differenzen, die ihrer Natur nach mit den unseren sehr verwandt sind. Ich will nicht zurückgreifen auf den sehr heftigen Streit, den beim Krimkriege Marx und Engels mit Lassalle führten, oder auf den Streit von 1866, den Bebel und Liebknecht mit den Lassalleanern ausfochten. Nur auf das Jahr 1870 will ich kurz verweisen. Bebel und Liebknecht waren bekanntlich damals durchaus nicht einer Meinung. Anderer Ansicht wieder war der Parteivorstand der Eisenacher, der für Bewilligung der Kriegskredite eintrat. In seinem Manifest vom 30. Juli 1870 sagt er u. a. folgendes: „Solange ein böser Geist die Soldaten Frankreichs an Napoleons Fersen heftet, und unsere deutschen Marken mit Krieg und Verwüstung bedroht, werden wir mit aller Entschiedenheit die Unantastbarkeit des deutschen Bodens gegen napoleonische und jede andere Willkür verteidigen helfen." Ähnlicher Meinung waren damals Marx und Engels. — Oder nehmen wir, um die Stellung der Partei zum Kriege zu beleuchten, ein Beispiel aus neuerer Zeit. Beim Russisch-Japanischen Krieg im Jahre 1904 hatte die japanische Sozialdemokratie in prinzipieller Verwerfung des Krieges sich gegen ihre Regierung erklärt. Kautsky aber war anderer Meinung. Er schrieb später in der „Neuen Zeit": „Wäre die Partei in Japan nicht klein und ohne Einfluß gewesen, dann hätte diese Haltung nicht Stellung für den Frieden, sondern für den Zaren bedeutet."

Also auch Kautsky betrachtet die Ablehnung der Kriegskredite nicht als eine nach unseren Grundsätzen gebotene Haltung. In der Broschüre „Die Internationale und der Krieg", die im Dezember 1914 von Kautsky herausgegeben wurde, beschäftigte er sich sehr eingehend mit der prinzipiellen Stellung der Partei zum Kriege. Dabei kommt er zu folgendem Schluß: „So gibt es kaum einen Krieg, der nicht Sozialdemokraten zur oft leidenschaftlichen Parteinahme für den einen oder anderen Teil der Kämpfenden herausforderte und der nicht dabei zu erheblichen Differenzen zwischen ihnen führte. Niemand aber wäre es eingefallen, in dieser Parteinahme eine Verletzung der Gebote der internationalen Solidarität oder eine Gutheißung des Krieges zu erblicken." Und an anderer Stelle wird Kautsky noch deutlicher. Er sagt: „Im Frieden ist die natürliche Stellung der Sozialdemokratie als Vertreterin der untersten Schicht des Volkes die der Opposition gegen jegliche Regierung — solange bis sie Kraft gewonnen hat, selbst die Regierung zu übernehmen. Im Kriege ist sie in die unangenehme Situation versetzt, auf jeden Fall, sobald sie für einen der kriegführenden Staaten Partei nimmt, auf die Seite einer Regierung zu treten. Ist diese Regierung die eigene, dann heißt es, ihr die Mittel zur Kriegführung bewilligen. Derselben Regierung, der man im Frieden jeden Mann und jeden Groschen verweigert." Also es ist kein Zweifel, daß es sich nach Kautsky bei der Kreditbewilligung lediglich um eine Frage der Abwägung tatsächlicher Verhältnisse, um eine Frage der Taktik und nicht um eine Frage der Prinzipien handelt. Schon deshalb sind die Behauptungen vom Verrat der Parteigrundsätze leeres Geschwätz. Sie sind aber auch unehrlich, denn dieselben Leute, die diese Vorwürfe täglich gegen uns erheben, erblicken heute in Kautsky ihren geistigen

Bannerträger und müssen schon deshalb von der Unhaltbarkeit ihrer Behauptung selbst überzeugt sein.

Diese giftige, haßerfüllte Kampfmethode ist es, die systematisch den Keil in die Parteieinheit hineintrieb. Ungeachtet unserer nachdrücklichsten Mahnungen, den Streit innerhalb der Organisation und in parteigenössischem Geist auszutragen, ist er mit den verwerflichsten Mitteln geführt worden. Schon im Januar 1915 haben wir im Parteiausschuß eindringlichst geltend gemacht, die großen Aufgaben der Partei während und nach dem Kriege erforderten unter allen Umständen die ungeschwächte Kampfeskraft der Partei. Die Mahnung war vergeblich. Während die Parteileitung mit dem Parteiausschuß, mit der Reichstagsfraktion, mit den Redakteuren der Partei, mit der Kontrollkommission über die erste Aktion der Partei für den Frieden verhandelte, wurde in anonymen Flugschriften die Partei und ihre Arbeit heruntergerissen. Als die Partei sich anschickte, die von allen Parteikörperschaften einmütig und freudig begrüßte Aktion ins Werk zu setzen, richtete der damalige Vorsitzende der Partei hinter dem Rücken der Parteileitung sein „Gebot der Stunde" an die Partei. Ein Pronunziamiento, das nur bezwecken konnte, den Streit von neuem anzufachen, die Parteiaktion zu diskreditieren. Schon damals stand der Parteivorsitzende zur Geheimorganisation der Opposition in engerer Fühlung als zur Parteileitung. Sein Vorgehen war der erste Schlag gegen die Parteieinheit.

Im Winter 1915 bei Wiederaufnahme der Reichstagsarbeiten wurde der zweite Schlag vorbereitet. Minderheitsblätter traten offen für die Spaltung der Reichstagsfraktion ein. Die „Neue Zeit", die während des Krieges auf den Gebieten ihrer eigentlichen Aufgabe vielfach versagte, hat um so mehr den Partei-

streit geschürt. Kautsky, der nach Kriegsausbruch schrieb: „Disziplin ist im Kriege nicht nur für die Armee, sondern auch für die Partei erstes Erfordernis", brachte die Fraktionsspaltung theoretisch ins reine. Von der Parteileitung geschah damals das Erdenklichste, um die uns schon frühzeitig bekanntgewordene Sprengungsaktion zu vereiteln. Im August 1915 haben Parteivorstand, Parteiausschuß und Reichstagsfraktion in gemeinsamer dreitätiger Beratung die Stellung der Partei zu den Friedenszielen festgelegt. Der Minderheit war damals das Korreferat eingeräumt. In gemeinsamer weiterer Konferenz unter Hinzuziehung von Vertretern aller Landtagsfraktionen ist die Stellung der Partei zur Steuerfrage vorbereitet worden. Ein Ausschuß hat der Fraktion bei ihrem Zusammentreten einen sorgfältig ausgearbeiteten schriftlichen Bericht vorgelegt. Er hat auch Vorschläge unterbreitet, die schließlich gegen eine Stimme in der Reichstagsfraktion Annahme gefunden haben. Das waren die wichtigsten Fragen, die die Fraktion in jenem Winter beschäftigten. Niemals, solange die Reichstagsfraktion besteht, ist ihre Arbeit so sorgfältig vorbereitet worden wie damals. Das schloß trotzdem nicht aus, daß zunächst im Dezember 1915 die Sondererklärung durch Geyer und Genossen im Reichstag gegen die Fraktion abgegeben wurde. Die Fraktion beschränkte sich damals auf einen scharfen Tadel, trotzdem die Erklärung der Opposition ein offenbarer Bruch mit allen Gepflogenheiten und Traditionen der Fraktion war. Gleichwohl hat im März 1916 ein Teil der Minderheit unter schroffster Provokation die Fraktionsspaltung erzwungen. Sie ist unter Schweigegebot vorbereitet. In offener Sitzung ist die Reichstagsfraktion damit überrumpelt worden. Selbst der äußerst radikale „Braunschweiger Volksfreund"

schrieb damals: „Das Vorgehen ohne Benachrichtigung der Mehrheit war tatsächlich schon die Aufhebung der Fraktionsgemeinschaft. Hätten die Achtzehn mit der nötigen Unzweideutigkeit und Entschlossenheit operiert, so stünden sie formal und persönlich besser da ..."

Die nachträgliche Behauptung, die Minderheit sei in der Fraktion mundtot gemacht worden, ist sofort an der Hand von Tatsachen abgetan worden. Allerdings, das Verlangen der Minderheit, im Reichstag gegen die Fraktion und ihre Beschlüsse Stellung zu nehmen, dort den der Fraktion entgegengesetzten Standpunkt zu vertreten, haben wir abgelehnt. Das war nichts Neues, das war bis dahin in der ganzen Partei und in allen parlamentarischen Körperschaften selbstverständlich. Die Reichstagsfraktion ist bei diesem Vorgehen lediglich einem Beschluß gefolgt, der noch von August Bebel formuliert worden ist. Für dieses Verlangen ist übrigens ein ähnlicher Vorgang, der sich in der Schweiz abgespielt hat, recht charakteristisch. Neun Nationalratsmitglieder haben in einer Erklärung gegen die von der Partei beschlossene prinzipielle Ablehnung der Militärkredite Stellung genommen. Der Schweizer Parteivorstand, der auf Zimmerwalder Boden steht, hat darauf geschlossenes Auftreten der Fraktion im Nationalrat unter allen Umständen verlangt. Die gewiß sehr linksstehende „Berner Tagwacht" schrieb damals in ihrem Kommentar dazu: „Die Neun fordern von der Partei das Recht und die Ermächtigung, im Parlament vor den bürgerlichen Gegnern, vor dem gemeinsamen Feind, gegen die Partei, gegen ihre Absicht und ihren Willen kämpfen zu dürfen. Da kann die Partei, will sie sich nicht lächerlich machen, nicht mit und keinerlei Konzession gewähren. Es steht der unterlegenen Minderheit jeder-

zeit frei, innerhalb der Partei für ihre Auffassung zu werben und zu wirken. Hier haben sie die volle und uneingeschränkte Redefreiheit. Vor dem Feind aber, dort, wo es gilt, in geschlossener Kampffront aufzurücken, um ihn zu bekämpfen, muß sich jeder einzelne den von der Partei gefaßten Beschlüssen fügen und auf persönliche Liebhaberei und Eigenbrötelei verzichten." Das ist die gleiche Auffassung, die wir vertreten haben. Ohne Disziplin geht es also auch in Zimmerwald nicht.

Die Fraktionsspaltung mußte auf die Parteiorganisation verhängnisvoll wirken. Man kann den Genossen in den Organisationen nicht Disziplin zur Pflicht machen, während Reichstagsabgeordnete darauf pfeifen. Die Parteileitung hat aber auch hier ihr Äußerstes getan, um die Einheit der Parteiorganisation zu erhalten. Die einzige Möglichkeit, die dabei Erfolg versprach, war die Anrufung des Parteitages. Das war auch der durch das Parteistatut gegebene Weg. Kaum aber war diese Absicht laut geworden, begann der Sturmlauf gegen diesen angeblichen Gewaltakt. Natürlich sind wir von der Voraussetzung ausgegangen, daß ein Parteitag nur dann berufen werden soll, wenn völlig freie Aussprache garantiert werden kann. Trotz vieler Mühe war das leider nicht zu ermöglichen. Es war vielmehr, wie ich heute ganz offen aussprechen will, mit einem Verbot des Parteitags zu rechnen! Deshalb mußte die Parteileitung von der Beschreitung dieses Weges damals Abstand nehmen. Der Ausweg war die Reichskonferenz. Auch ihr war völlig freie Aussprache gesichert; trotzdem ist auch sie in Grund und Boden verdammt worden. Die Einwendungen gegen ihre Zusammensetzung waren elendes Versteckenspiel. Es ist auf der Konferenz zahlenmäßig festgestellt worden, daß ihre Zusammensetzung völlig

einwandfrei ist. Die Änderungen, die an dem Vertretungsmodus vorgenommen wurden, konnten eher zuungunsten der kleinen Organisationen als der großen ausgelegt werden. Das war also ein fadenscheiniger Vorwand, der allzu durchsichtig war. In Wirklichkeit hat die Arbeitsgemeinschaft jeden Versuch, den Konflikt auf ordentlichem Parteiwege auszutragen, heftig bekämpft; jeder Verständigungsversuch wurde zum Verbrechen gestempelt.

Das hat auch Genosse Adolf Braun in Nürnberg erfahren müssen, der damals, gewiß in bester Absicht, einen Verständigungsversuch unternommen hat. Mit einer Anzahl Genossen aus beiden Lagern hat er im Juli 1916 zu diesem Zweck eine freie Konferenz berufen. In einem Fraktionsbeschluß hat die Arbeitsgemeinschaft zu dieser Konferenz Stellung genommen. Es heißt da:

„Eine in Nürnberg am 23. Juli zusammengetretene Konferenz von Parteigenossen hat sich mit dem Plan befaßt, die Austragung der bestehenden Parteidifferenzen zu mildern. Da vieldeutige Mitteilungen den Glauben erweckt haben, daß Mitglieder unserer Fraktion an dieser Zusammenkunft beteiligt waren, und da außerdem an einzelne Fraktionsmitglieder die Aufforderung zu einer nachträglichen Zustimmungserklärung eingegangen ist, stellt die Fraktion fest: Kein einziges Mitglied der Fraktion hat an der Konferenz selbst oder an deren Vorbereitungen mitgewirkt. Ferner ist die Fraktion einstimmig der Meinung, daß die erwähnten Bemühungen keine nützliche Wirkung haben können und deshalb die Zustimmung zu den Beschlüssen abzulehnen ist."

Was hat Braun versucht? Er wollte eine Milderung der Austragung des Parteistreites herbeiführen. Aber schon der Verdacht, daß eines ihrer Mitglieder auch

nur zur Milderung der Austragung der Meinungsverschiedenheiten beitragen könnte, hatte die Arbeitsgemeinschaft in Harnisch gebracht. Solche Bemühungen sollten keine nützliche Wirkung haben. Eine nützliche Wirkung versprach man sich aber von der Teilnahme an den Zimmerwalder Konferenzen, die die Parteispaltung geradezu zum Grundsatz erhoben haben. Da gab es keine Kompetenzbedenken, ja die Teilnahme an diesen Zusammenkünften ist sogar als Tat gefeiert worden.

So ist planmäßig auf die Parteispaltung hingearbeitet worden. Die Beitragssperre wurde in Berlin und Leipzig schon Anfang 1916 durchgeführt. Tatsächlich war damit der Bruch mit der Partei vollzogen. Äußerlich vollzog sich die Loslösung auf der Oppositionskonferenz im Januar 1917. Die entscheidenden Schritte dazu wurden von der Arbeitsgemeinschaft gleich nach der Reichskonferenz in die Wege geleitet. Einer ihrer Einberufer hat bereits auf der Reichskonferenz die Trennung angekündigt, indem er erklärte, die Gegensätze seien so groß, daß eine gemeinsame Arbeit nicht mehr möglich sei. Die Spaltung der Parteiorganisation war die logische Folge der Spaltung der Fraktion, es mußte über kurz oder lang zur Organisationsspaltung kommen. Bei ihrer Durchführung befolgte man die alte Methode. Mit einem Täuschungsmanöver wollte man die Parteiorganisationen in den Dienst der Arbeitsgemeinschaft stellen. Man erklärte auf der Oppositionskonferenz die Parteileitung für ehrlos und forderte die auf dem Boden der Opposition stehenden Organisationen auf, sich zu einer besonderen Organisation unter Leitung der Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen. Obwohl die „Leipziger Volkszeitung" diesen Beschluß mit großen Lettern unter dem Titel veröffentlichte: „Die Resolution über die

Organisation der Opposition", bestritt sie, daß es sich um eine Sonderorganisation handele. Sie sagte wohl, das „Tischtuch sei nun radikal zerschnitten", alles solle sich aber im „Rahmen der Partei" vollziehen. Man glaubte also, eine Organisation in der Organisation, eine Partei in der Partei schaffen zu können. Das hieße das mühsam aufgerichtete Gebäude selbst unterminieren. Das wäre wahnwitzige Selbstzerstörung. Die Parteileitung hat in zwölfter Stunde noch einen Appell an die Partei gerichtet, in dem sie nachdrücklich vor diesem Beginnen warnte und auf seine verhängnisvollen Konsequenzen hinwies. Die Antwort war? Nun erst recht! So nahm das Verhängnis seinen Lauf. Was mit der Fraktionsspaltung begonnen, wurde in Gotha vollendet. Starrsinn und Fanatismus haben sich über die Grundregeln der Demokratie und der proletarischen Aktion hinweggesetzt.

Noch ein Wort zu der angeblichen Gewaltpolitik des Parteivorstandes, mit der man die Organisationssprengung zu bemänteln sucht. Während des ganzen Streites hat die Parteileitung Toleranz bis zur äußersten Grenze geübt. Wir haben niemals das Recht der freien Meinungsäußerung angetastet. Tageszeitungen, die Eigentum der Gesamtpartei sind, konnten ungehindert bis jetzt den Standpunkt der Minderheit vertreten. Das galt auch von der „Neuen Zeit" und der „Gleichheit". Erst als die Redaktionen zu den Unabhängigen übertraten und unsere Blätter in den Dienst der anderen Partei stellten, haben wir eingegriffen. Wir haben bei der „Neuen Zeit" sogar bis in die letzten Wochen gewartet. Wir haben gewartet, bis der alte Jahrgang abschloß. Man hat uns den Vorwurf gemacht, wir hätten rechtzeitig und energischer zugreifen sollen. Wir waren der Meinung, daß wir nur äußerstenfalls zu dieser Maßnahme greifen durften,

erst dann, wenn das Lebensinteresse der Partei es erforderte. Wir sind auch, soweit Organisationen in Betracht kamen, nur eingeschritten, wenn man sie in den Dienst der Parteizerstörung stellte. Wurden die notwendigen Folgerungen auf der anderen Seite nicht gezogen, mußten wir sie ziehen. Das war unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit. Wir hätten jämmerlich gehandelt, wenn wir das in mühevoller, opferreicher Arbeit geschaffene Rüstzeug der Partei tatenlos der Zerstörung preisgegeben hätten. Hätte die Parteileitung nicht so gehandelt, wir ständen heute vor einem Trümmerhaufen der Partei.

In unserem schriftlichen Bericht haben wir über den Mitgliederstand unserer Partei offen und rückhaltlos Mitteilung gemacht. Unsere Zahlen sind eher zu ungünstig als zu günstig. Nur die Mitglieder, die tatsächlich ihrer Beitragspflicht voll genügen, sind in Rechnung gestellt. Nach den Statuten unserer Organisationen befreit der Heeresdienst von der Beitragspflicht. Deshalb sind alle Mitglieder, die Heeresdienst leisten, außer Betracht geblieben. Damit ist selbstverständlich nicht gesagt, sie seien aus der Partei ausgeschieden. Viele Tausende im Felde stehender Genossen stehen mit einer bewunderungswürdigen Treue zur Partei und unterhalten vom Felde aus ständig Verbindung mit ihr. In vielen Briefen an die Parteileitung wird das täglich bestätigt. Darunter Kundgebungen ganzer Truppenteile. In unserer Mitgliederberechnung wollten wir aber alles vermeiden, was uns in den Verdacht der Schönfärberei bringen konnte. Deshalb stellten wir uns auf den absolut festen Boden, nur solche Parteigenossen als Mitglieder in Rechnung zu stellen, die ihren Beitrag regelmäßig abführen. Daß der weitaus größte Teil unserer Mitglieder in militärpflichtigem Alter steht, ist eine bekannte Tatsache.

Unsere Organisation ist eine Kampforganisation, zu der naturgemäß die Männer im besten Lebensalter das größte Kontingent stellen. Schon im September 1914 ergab eine sorgfältige Umfrage, daß weit über 30 % unserer Mitglieder zum Heere eingezogen waren. Später ließen sich diese Umfragen nicht mehr durchführen. Heute aber sind mindestens 70 % unserer Mitglieder beim Militär. Wir haben Dutzende von Orten, wo unsere sämtlichen Parteimitglieder zum Heere eingezogen sind. Nach unserer Berechnung beträgt der Rückgang an männlichen Mitgliedern seit dem 1. April 1914 rund 80 %. So schwer dieser Rückschlag auch ist, er gibt keinen Anlaß zur Beunruhigung und rechtfertigt nicht die Folgerungen, die von Gegnern und Kritikern aus ihm für die Zukunft der Partei gezogen werden.

Gewiß war der Rückgang im letzten Jahre besonders stark. Aber wir hatten im letzten Jahre auch eine besonders starke Einziehung zum Militär. Dazu kommt dann allerdings der Rückgang durch die Absplitterung. Wie steht es nun mit der Absplitterung? Im ganzen sind 57 Wahlkreise und 21 kleine Ortsvereine abgesplittert. Dabei ist aber festgestellt, daß in einer ganzen Anzahl Organisationen trotz des mit Mehrheit beschlossenen Austritts die große Mehrheit der alten Mitglieder unserer Partei treu blieben. Unser Organisationsapparat im ganzen Reiche ist völlig intakt geblieben. An Stelle der ausgetretenen Organisationen sind sofort neue getreten, die sich durchweg gut entwickelt und die abgesprengten Organisationen bereits vielfach überflügelt haben. Die Presse der Lebensmittelwucherer und der schwerindustriellen Kriegsverlängerer jubelt natürlich über den Rückgang unserer Organisation. In das gleiche Horn stoßen die Unabhängigen. Es war ganz selbstverständlich,

daß bei der Absplitterung mit einer Schwächung unserer Organisationen gerechnet werden mußte. Darüber konnte vorher niemand im Zweifel sein. Das war ja gerade das Verhängnisvolle dieses Beginnens für die Arbeiterklasse. Alles, was die Unabhängigen bisher geleistet haben, bestand lediglich in der Bekämpfung unserer Partei. Auf politischem Gebiete haben sie jeden Fortschritt bekämpft, jedem Fortschritt in der Friedensbewegung, in der inneren Neuorganisierung des Reichs haben sie Steine in den Weg gelegt. Ihr einziger Erfolg ist die Schwächung der Schlagkraft der Arbeiterklasse. So wie sie in politischer Beziehung mit den Reaktionären vielfach auf einer Linie standen, so jubeln sie jetzt mit ihnen über unseren angeblichen Niedergang in Wirklichkeit über die Lähmung der Kampfkraft der Arbeiterklasse. Diese Tatsache muß für die Arbeiter eine ernste Mahnung sein. Für unsere Organisationen und jedes Parteimitglied kann sie nur ein Ansporn sein, mit doppelter Kraft und Zähigkeit ans Werk zu gehen. Tun alle Organisationen und jeder einzelne Genosse ihr Bestes, dann werden wir diesen Rückschlag bald überwinden, dann werden wir unsere Organisationen stärken zu neuen Fortschritten, zu neuen Erfolgen, trotz alledem.

Das gilt auch für unsere Frauenbewegung. Allerdings ist die Arbeit hier besonders schwierig. Die entsetzliche Kriegswirkung lastet auf der Frau, namentlich auf der Arbeiterfrau außerordentlich hart. Der tägliche Kampf um das bißchen Nahrung, die schwere Erwerbsarbeit, das unsägliche Herzleid unserer Mütter und Frauen drückt seelisch schwer nieder. Da ist es doppelt schwer, Herz und Verstand für unsere politischen Aufgaben, für unsere Ziele, für unsere Kämpfe zu gewinnen. Die Haltung der „Gleichheit" während des Krieges war dazu wenig angetan. Der Rückgang

der Zahl unserer weiblichen Mitglieder steht im engsten Zusammenhang mit dem Rückgang der Leser der „Gleichheit". Eine Änderung zum Besseren ist erst eingetreten mit dem Wechsel in der Redaktion. Seitdem zeigt sich eine erfreuliche Aufwärtsbewegung. Unsere Frauenkonferenz im Juli dieses Jahres war von bestem Geiste beseelt, für die wichtigsten Aufgaben der Frauenbewegung sind in voller Übereinstimmung Richtlinien festgelegt worden, die überall im ganzen Lande bei den Genossinnen freudige Zustimmung fanden. Zur Zeit wird im Lande eine lebhafte Frauenagitation entfaltet, die sicher guten Erfolg bringen wird. Wo bisher schon unsere Parteiorganisationen die Frauenagitation ernstlich betrieben, wo unsere Aufgaben im Kampfe für die politische Gleichstellung der Frauen ins rechte Licht gerückt wurden, wo unsere Genossinnen herangezogen worden sind zu tatkräftiger Mitarbeit an der Verwaltung und Organisation der Partei, da hat sich die Frauenbewegung auch während des Krieges tapfer gehalten. Was in dieser schweren Zeit unsere Frauen in der Kriegswirtschaft, an praktischer Mitarbeit in den Organisationen geleistet haben, das muß dankbar anerkannt werden. Um so mehr ist es Pflicht aller Parteiorganisationen, mit allem Ernst und mit aller Kraft unsere Frauenbewegung zu fördern.

Unsere Jugendbewegung hat unter den Kriegswirkungen ebenso zu leiden wie die allgemeine Arbeiterbewegung. Das ist erklärlich, denn die Jugendbewegung ist der jüngste und schwächste Zweig der Arbeiterbewegung. Die militärischen Einberufungen haben hier die ältesten Jahrgänge der Bewegung völlig entzogen, die naturgemäß die Kerntruppe der Bewegung bildeten. Auch die Leiter der Bewegung, sowohl die von der Partei und den Gewerkschaften be-

stellten, als auch die aus der Jugendbewegung herausgewachsenen, sind von den militärischen Einziehungen überaus schwer betroffen. Dazu kommt leider, daß auch der Parteistreit in die Jugendbewegung hineingetragen wurde und auch hier zur Spaltung führte. In der Spaltung der Jugendbewegung lassen sich deutlich zwei Phasen unterscheiden. Die erste geht von der Spartakusgruppe aus, die mit denselben skrupellosen Mitteln die Leitung der Jugendorganisationen bekämpft wie die Parteipolitik. Die Sprengungsversuche erreichten im Frühjahr 1916 ihren Höhepunkt. Der Erfolg war äußerst gering. Mit der Jugend selbst hatten diese Versuche nichts zu tun, sie wurden von Leuten unternommen, die der Jugend längst entwachsen waren oder mit der Jugendbewegung vorher überhaupt nicht in Berührung gekommen waren. Die zweite Phase der Spaltung setzte ein, als die Parteispaltung perfekt geworden war. Ohne vorhergegangene Auseinandersetzung, ohne Angabe von Gründen ist sie fast überall offenbar auf Parole von oben durchgeführt. Die Zentralstelle kann jedenfalls für sich in Anspruch nehmen, daß sie nicht den geringsten Anlaß gab, den Parteistreit in die Reihen der Jugendbewegung zu tragen. Sie hatte um so weniger Anlaß dazu, als durch Parteitagsbeschluß, auch durch Beschluß von Gewerkschaftskongressen, das Arbeitsprogramm der Jugendbewegung so gestaltet ist, daß sie mit Tagespolitik und mit Richtungsfragen in der Partei nichts zu tun hat. Die andere Seite hat sich aber auch hier kalten Blutes über diese Beschlüsse hinweggesetzt. Eine Reichskonferenz unserer Bezirksjugendleitungen im Juli dieses Jahres hat sich mit der Situation beschäftigt, wie sie durch die Abtrennung geschaffen ist. In einer Resolution hat sie jede parteipolitische Beeinflussung der Jugendbewegung zurück-

gewiesen und aufs neue den erzieherischen Charakter unserer Jugendbewegung unterstrichen. Wie im einzelnen die programmatischen und organisatorischen Grundlagen unserer Jugendbewegung künftig zu gestalten sind, hat die Konferenz späteren Beratungen überlassen. Auch der Parteitag wird diese Probleme auf ruhigere, sichere Zeiten zurückstellen müssen. —

Und nun, Genossen, möchte ich mich der politischen Tätigkeit der Parteileitung zuwenden; sie steht in engster Beziehung zu den Arbeiten der Reichstagsfraktion. Den unausgesetzten Kampf gegen den Belagerungszustand, die sogenannte Schutzhaft, die Einschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts und die Zensur brauche ich deshalb hier nicht näher zu besprechen. Ebenso wird die Ernährungsfrage am zweckmäßigsten beim Fraktionsbericht besprochen. Aus unseren schriftlichen Berichten ergibt sich, daß wir seit Anbeginn des Krieges gerade auf dem Gebiete der Volksernährung eine unablässige, überaus intensive Tätigkeit entfaltet haben.

Die Wünsche, Anregungen und Beschwerden unserer Feldgrauen haben bei der Parteileitung immer die sorgfältigste Prüfung gefunden. Daraus hat sich erfreulicherweise ein so umfangreicher schriftlicher Verkehr entwickelt, daß Parteileitung und Fraktion dazu übergehen mußten, für seine Erledigung eine besondere Institution zu schaffen. Wir haben unter Leitung des Genossen Stücklen ein Sekretariat eingerichtet, das sich lediglich mit den Wünschen und Anregungen unserer Feldgrauen zu befassen hat.

An erster Stelle unserer politischen Arbeit stand die Friedensarbeit. Sie hat unsere gesamte Tätigkeit beherrscht. Die Überwindung des Krieges durch Wiederbelebung der proletarischen Internationale war das

Leitmotiv unseres Handelns. Allen Anfeindungen, die sich von innen und von außen gegen uns richteten, steht unerschütterlich die Tatsache gegenüber: Die deutsche Sozialdemokratie hat als einzige Sektion der Internationale sich seit Beginn des Krieges unablässig für den Zusammentritt der Internationale eingesetzt und war immer zur Verständigung bereit. Allerdings — und das füge ich freudig hinzu — haben wir dabei stets in Gemeinschaft mit unserer österreichischen Bruderpartei gehandelt. Diese Bemühungen bilden von der letzten Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureaus im Juli 1914 bis zu den Konferenzen in Stockholm eine gerade Linie. Wenn diese Tatsache im Ausland nicht genügend bekannt ist, so ist das bei der Diktatur der Zensur begreiflich. Klagt doch auch das holländisch-skandinavische Komitee in seinem letzten Manifest bitter, daß seine Arbeit dadurch sehr erschwert worden sei; seine Erklärungen seien von der Zensur vielfach zurückgehalten, sogar gefälscht worden, heißt es in jenem Manifest. Ich habe gewiß nicht die Absicht, unsere Zensur irgendwie zu beschönigen oder in Schutz zu nehmen, sie haust wüst genug; aber nach unserer Kenntnis der Dinge muß ich sagen, daß sich diese Klage des holländisch-skandinavischen Komitees nur gegen die Zensur der Entente richten kann. Auch unsere Friedensarbeit hat unter ihrem diktatorischen friedensfeindlichen Vorgehen ungemein schwer gelitten. Werden dazu noch aus eigenem Lande falsche Nachrichten über unseren Kampf für den Frieden in die Welt gesetzt, wie das von unseren Kritikern zur Linken geschieht, so wird dem friedensfeindlichen Treiben der Ententezensur geradezu in die Hände gearbeitet. So behaupten die Unabhängigen, es sei falsch, daß unsere Partei seit Kriegsbeginn für den Frieden und gegen Annexionen

eingetreten sei, um diese Frage hätte vielmehr bis zum Frühjahr 1916 in der Partei und der Fraktion gekämpft werden müssen. Die Ententepresse hat selbstverständlich diese Behauptung gierig aufgegriffen und weidlich gegen unsere Friedensarbeit ausgeschlachtet. Die Behauptung ist völlig falsch, sie steht mit den Tatsachen in schärfstem Widerspruch. Das ergibt sich aus dem Material, das wir den Delegierten übergeben haben. Einige der entscheidenden Tatsachen muß ich hier kurz hervorheben. Noch kurz vor Kriegsausbruch ist unser Kollege Müller nach Paris geeilt, um eine Verständigung zu versuchen. In der ersten Kriegssitzung des Parteiausschusses, am 27. September 1914, konnten wir mitteilen, daß wir sofort, als die Grenzen unseres Landes wieder geöffnet waren, Vertreter der Partei in das neutrale Ausland geschickt haben mit dem Auftrag, die Verbindung mit der Internationale wieder anzuknüpfen und Klarheit zu schaffen über unsere Friedensbereitschaft. In derselben Sitzung des Parteiausschusses und am nächsten Tage in einer Konferenz der Redakteure der Parteipresse hat die Parteileitung Richtlinien für die Haltung der Parteipresse vorgeschlagen. In diesen Richtlinien wird der Parteipresse zur Pflicht gemacht: „Dem Hurrapatriotismus und chauvinistischen Treibereien entgegenzuwirken und die Annexionsgelüste zu bekämpfen". Dieser Vorschlag ist von beiden Körperschaften — wie ich noch einmal hervorheben will — bereits am 27. September 1914 einstimmig angenommen worden. In jener Sitzung des Parteiausschusses konnte ich den Bericht des Parteivorstandes schließen mit der Aufforderung: „Wir müssen für einen Frieden wirken, der uns die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht." Am 5. März 1915 haben Parteiausschuß und Parteivorstand auf Vorschlag der Reichstagsfraktion

einstimmig einen Beschluß gefaßt, in dem folgendes ausgeführt wird: „In Übereinstimmung mit dem Bestreben des Parteivorstandes, eine internationale Verständigung über die Friedensaktion herbeizuführen, hält sie es für nötig, daß wir im eigenen Lande so viel wie nur irgend möglich Aufklärung verbreiten über die Notwendigkeit eines Friedens unter den Bedingungen: a) Keine Eroberungen, b) keine Vergewaltigung irgendeines Volkes, c) freier Wettbewerb aller Völker, d) Vereinbarungen über die friedliche Regelung der Streitfragen zwischen den Regierungen, e) planmäßige Einschränkung der Rüstungen. Am 5. März 1915 haben also die entscheidenden Körperschaften der Partei bereits einen Beschluß gefaßt, in dem man sich in aller Form klar und deutlich auf den Boden des Friedens ohne Annexionen stellte. Die Parteileitung hat aber bereits im Oktober 1914 bei Verhandlungen mit Parteifreunden aus Dänemark und Holland diesen Standpunkt vertreten. Ebenso auf unserer ersten Haager Konferenz im März 1915 und in unserer Wiener Erklärung vom 15. April 1915. Den gleichen Standpunkt hat die Reichstagsfraktion im Reichstag bei jeder passenden Gelegenheit vertreten; am 4. August 1914 sowohl wie am 2. Dezember 1914. Auch Haases Rede am 15. März 1915 entsprach durchaus der Fraktionsmeinung. Gerade die Stelle der Rede, die sich mit dem Friedensverlangen befaßt, ist vorher von der Fraktion in ihrem Wortlaut einmütig gebilligt worden. Wenn Scheidemann in seiner Reichstagsrede acht Tage später nicht die Forderung wiederholte, so deshalb, weil er beauftragt war, in dieser Rede nur über die innere Politik zu sprechen. Das hat Scheidemann in seiner Rede auch klipp und klar zum Ausdruck gebracht. Er sagte damals gleich zu Beginn seiner Ausführungen: „Meine Herren, gegen

die Gewohnheit des Reichstages werde ich bei der Beratung des Reichskanzleretats Fragen der auswärtigen Politik nicht berühren. Was dazu vom Standpunkt meiner Partei aus zu sagen ist, hat mein Parteifreund Haase am 10. März hier vorgetragen, es ist außerdem in den Erklärungen meiner Fraktion am 4. August und am 2. Dezember niedergelegt worden. Seitdem ist kein Ereignis eingetreten, das uns veranlassen könnte, unsere Haltung zu ändern. Im Gegenteil, Forderungen, wie sie gerade in jüngster Zeit wieder von verschiedenen Stellen erhoben worden sind, weisen wir entschieden zurück; sie können uns in unserer wohlbegründeten Haltung nur bestärken." Außerdem hatte Scheidemann in Versammlungen, die vorher stattgefunden haben, nachdrücklichst den Frieden ohne Eroberungen verlangt. Es ist also eine grobe Fälschung, wenn man deshalb, weil Scheidemann in seiner damaligen Rede die Forderung im Reichstag nicht noch einmal in aller Form wiederholte, einen Widerspruch zwischen ihm und Haase herleiten wollte. Aber, Genossen, die Fraktion hat sogar bei verschärfter Kriegslage in dem Augenblick, als Italien in den Krieg eingriff, sich nicht abhalten lassen, im Reichstag diesen Standpunkt zu vertreten. Am 29. Mai 1915 habe ich dort mit aller Deutlichkeit und mit allem Nachdruck ausgeführt, daß unsere Partei einen Frieden ohne Eroberungen, ohne Vergewaltigung eines anderen Volkes verlangen müsse und sich dafür mit äußerster Entschiedenheit einsetzen werde. Mit äußerster Schärfe ist Einspruch gegen alle Eroberungsbestrebungen erhoben. Im gleichen Sinne haben sich alle unsere Redner im Reichstag, wo immer sich die Gelegenheit bot, erklärt. Die Behauptung der Unabhängigen, unsere Partei habe sich ursprünglich nicht auf diesen Standpunkt gestellt, diese Auffassung hätte erst er-

kämpft werden müssen, ist deshalb unwahr und steht mit den Tatsachen im schroffsten Widerspruch.

Mit dieser ehrenwerten Behauptung hat man gegen uns auch in Stockholm operiert. Obgleich von uns — und wir waren ja bekanntlich zuerst in Stockholm gewesen —, wie bei all unseren Auslandsreisen, grundsätzlich unser innerer Streit überhaupt nicht berührt worden ist. Das verbot uns der Ernst und das große Ziel der Stockholmer Arbeiten, denen wir alles andere unterordnen. Den Ruhm, selbst dort, wo um das Schicksal der Völker gerungen wurde, widerlichen Parteizank geboten zu haben, überlassen wir neidlos den anderen.

Wie überaus schwierig die Verständigungsarbeit ist, zeigt die Tätigkeit des holländisch-skandinavischen Komitees, die es nun seit sieben Monaten entfaltet. In zäher Konsequenz müht es sich, eine Konferenz der Sozialisten aller kriegführenden Länder zustande zu bringen. Hoffnungsfreudig hat die Arbeit eingesetzt. Die ganze friedenssehnsüchtige Welt hat nach Stockholm geblickt. Der Sieg der russischen Revolution, den wir als Demokraten aufrichtig begrüßten, gab der Hoffnung starken Antrieb. Nicht den Sonderfrieden erwarteten wir von der russischen Revolution. Wir erhofften von diesem gewaltigen geschichtlichen Ereignis den Weltfrieden. Darin erblickten wir die große historische Mission der russischen Revolution. Den gesicherten und dauernden Frieden erhofften wir, der gleichzeitig der Triumph der Demokratie nicht nur in Rußland, sondern in ganz Europa gewesen wäre. Diesen Standpunkt haben wir auch in den schriftlichen und mündlichen Verhandlungen, die wir mit den Vertretern der russischen Sozialisten geführt haben, mit allem Nachdruck vertreten. Gleichwohl hat Stockholm nicht gehalten, was es versprach. Mag sein, daß die Erwartungen zu hoch gespannt waren. Jedenfalls steht

fest, daß die Sozialdemokratie Deutschlands ihre Pflicht voll erfüllt, mit aller Kraft die Arbeiten des holländisch-skandinavischen Komitees gefördert hat. Über die technischen Fragen der allgemeinen Konferenz haben wir uns sehr schnell mit dem Komitee verständigt. Schwierig waren die Verhandlungen über unsere Stellung zur Friedensfrage. Unsere Stellung ist schließlich rückhaltlos und offen in unserem Memorandum dargelegt worden. In diesem konnten wir den Vorschlag der Arbeiter- und Soldatenräte Rußlands auf Frieden ohne Annexion und Kontributionen auf der Grundlage nationaler Selbstbestimmung um so freudiger begrüßen, als er den bisher von uns vertretenen Forderungen entsprach. Am 19. April d. J. hatten Parteiausschuß und Parteivorstand unter Teilnahme von Vertretern der österreichischen und ungarischen Bruderparteien sich in aller Form noch einmal klar und entschieden zu der Formel des russischen Arbeiter- und Soldatenrats bekannt.

Unsere Stellung zur elsaß-lothringischen Frage war gegeben durch die bisherige Haltung der Partei, die sie stets in Übereinstimmung mit der Partei in Elsaß-Lothringen vertreten hat. Auf Antrag aus Elsaß-Lothringen hat unser Parteitag in Jena 1913 zur Berner Konferenz einen Beschluß gefaßt, in dem er erneut die Stellung der Partei zur elsaß-lothringischen Frage festlegte und aussprach:

„Der Parteitag hofft deshalb, daß Regierung, Bundesrat und Reichstag Elsaß-Lothringen endlich die von seiner Bevölkerung verlangte volle republikanische Autonomie und staatsrechtliche Gleichberechtigung mit den übrigen Bundesstaaten gewähren und dadurch die im Interesse des Weltfriedens notwendige Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland erleichtern möge."

Dieser Beschluß ist vom Jenaer Parteitag einstimmig gefaßt worden. Der Beschluß ist den Auffassungen in der französischen Partei vollauf gerecht geworden. Er hat sogar zu einer völligen und formellen Übereinstimmung zwischen der deutschen und der französischen Partei in der elsaß-lothringischen Frage geführt. Kurz vor Kriegsausbruch, im Juli 1914, hat nämlich der allgemeine französische Parteitag den von uns in Jena gefaßten Beschluß zu dem seinigen gemacht! Die französische Partei hat unserem zur elsaß-lothringischen Frage gefaßten Beschluß in aller Form ihre volle Zustimmung gegeben. Die Stellung, die wir in Stockholm zur elsaß-lothringischen Frage einnahmen, deckt sich also völlig mit der damals geschaffenen Übereinstimmung zwischen der deutschen und französischen Partei. Wir können nicht zugeben, daß der damals wohlerwogene Standpunkt heute falsch sein soll. Wir müssen vielmehr diesen Standpunkt auch heute unerschütterlich festhalten. Wir sind sicher, daß dabei die Partei bis auf den letzten Mann hinter uns steht. Selbst dann aber, wenn die französischen Sozialisten heute anderer Meinung geworden sind, so müßten sie sich als Sozialisten doch die Frage vorlegen, ob es sich vom Standpunkt des Sozialismus rechtfertigen läßt, dieser Frage wegen den mörderischen Krieg noch weiter zu führen. Sie laden damit eine Verantwortung auf sich, die sie unseres Erachtens nie und nimmer rechtfertigen können.

In der belgischen Frage haben wir uns für die Wiederherstellung eines unabhängigen Belgiens erklärt. Die gleiche Auffassung haben Parteiausschuß, Reichstagsfraktion und Parteivorstand in ihren Friedensleitsätzen vom 15. August 1915 vertreten. Talmudistische Auslegungen haben allerdings auch hier versucht, die Stellung der Partei in ein falsches Licht

zu bringen. Ich kann mich dagegen auf eine entscheidende Tatsache berufen. Schon am 25. Juni 1915 haben Partei- und Fraktionsvorstand der Reichsleitung eine Protestschrift gegen Eroberungsgelüste überreicht, in der es heißt, daß „jeder Versuch, Belgien zu vergewaltigen, in welcher Form es auch immer sei", von uns auf das entschiedenste bekämpft werden müßte. In Stockholm haben wir uns auch erklärt zur Frage der Wiederherstellung; ein wenig umgrenzter, sehr allgemein gehaltener Begriff, der leicht zu Mißdeutungen und falschen Auffassungen führen kann. Wir haben dazu die Auffassung vertreten, daß eine einseitige Schadenersatzpflicht für die Kriegsschäden auf eine verschleierte Kontribution hinauslaufen müsse. Dagegen soll für die Staaten, die aus eigener Kraft ihr Wirtschaftsleben nicht wieder aufbauen können, internationale finanzielle Hilfe auf Grund gegenseitiger Vereinbarungen geschaffen werden.

Mit großem Nachdruck haben wir in Stockholm die Schaffung neuer internationaler Rechtsgarantien gefordert. Die Fragen der Abrüstung, des Weltschiedsgerichtsverfahrens, der Verkehrsfreiheit, der Sicherung des Welthandels, der Kontrolle der Staatsverträge durch demokratische Volksvertretungen, des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung haben wir einzeln behandelt und, gestützt auf Beschlüsse von internationalen Kongressen, bestimmte Vorschläge unterbreitet. Schließlich haben wir bei unseren Verhandlungen in Stockholm uns ohne Vorbehalt zur Teilnahme an der in Aussicht genommenen allgemeinen Sozialistenkonferenz in Stockholm bereit erklärt.

So haben wir zur Förderung der Verständigung auch in Stockholm getan, was wir konnten. Mit dem ganzen Ernst unserer sozialistischen Pflicht taten wir unser Bestes, um dem Menschenmorden Halt gebieten

zu können. Herrschte auf allen Seiten das gleiche Pflichtbewußtsein, derselbe entschlossene Wille, dann hätte das Stockholmer Werk gelingen müssen. Dem holländisch-skandinavischen Komitee haben wir von vornherein volles Vertrauen entgegengebracht. Das war durchaus gerechtfertigt. Von seinem aufrichtigen und ernsten Willen haben wir uns in Stockholm persönlich überzeugen können. Wir können auch heute offen und ehrlich zum Ausdruck bringen, daß wir seiner klugen Tatkraft und seiner großen Energie Dank und Anerkennung zollen.

Aber eben so offen muß ich aussprechen, daß nicht bei allen Beteiligten das gleiche Maß von gutem Willen und Ernst vorhanden war. Dabei habe ich die maßgebenden Kreise der Mehrheit der französischen Partei und der englischen Gewerkschaften im Auge. Wohl hat der Nationalrat der französischen Partei am 27. Mai d. J. nach der Rückkehr von Cachin und Moutet aus Rußland die Beteiligung an Stockholm beschlossen. Er hat in seinem Beschluß sich auch für ein gemeinsames Vorgehen für den Frieden im Sinne der russischen Formel ausgesprochen. Aber die Pariser Konferenz vom 11. August 1917, namentlich das Referat Brackes und die Entschließung dieser Konferenz, ließen von Verständigungswillen wenig oder nichts mehr erkennen. Noch bedenklicher war eine Rede Thomas', die er am 12. August 1917 in Champigny hielt, die in der „Humanité" ausführlich veröffentlicht worden ist. Nach Form und Inhalt ließ diese Rede keinen Zweifel, daß die Vertreter der Parteimehrheit in Frankreich nicht zur Verständigung nach Stockholm gehen wollten. Ihr Aktionsplan für Stockholm mußte einem vielmehr die Meinung aufdrängen, daß man so nur verfahren kann, wenn man die Konferenz unmöglich machen will. Jedenfalls war von dem

Willen zu positiver Friedensarbeit und zur Verständigung darin kein Hauch zu finden. Über die Verhandlungen und den Beschluß des Parteitages der Franzosen in Bordeaux liegt bis zur Stunde ein zuverlässiger vollständiger Bericht nicht vor, insbesondere nicht über den Beschluß wegen der Beteiligung an der Stockholmer Konferenz. Ich muß es mir deshalb versagen, auf die Stellungnahme des Parteitags von Bordeaux hier näher einzugehen.

Die britische Arbeiterpartei hat nach mehrmaligem Schwanken auf ihrer Konferenz am 20. August 1917 die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz beschlossen. Die endgültige Entscheidung hat man aber merkwürdigerweise abhängig gemacht von der Sozialistenkonferenz der alliierten Länder, die am 28. August 1917 in London zusammentrat. Dieser Konferenz hat die Arbeiterpartei Englands ein Memorandum zu den Stockholmer Fragen überreicht, das die russiche Formel glatt ablehnt und Friedensziele aufstellt, die sich nur wenig unterschieden von den Eroberungsplänen der Entente. Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß diese Eroberungsziele von der französischen Minderheit, von den Russen und den sozialistischen Parteien Englands abgelehnt würden. Trotzdem aber oder vielleicht gerade deshalb beschloß die Konferenz der Alliierten, ehe sie in ihre eigentlichen Beratungen eintrat, daß nur einstimmig gefaßte Beschlüsse Gültigkeit erlangen könnten. Danach war von vornherein mit absoluter Sicherheit anzunehmen, daß diese Konferenz resultatlos verlaufen müsse. Tatsächlich ist es auch so gekommen. Diese Konferenz hat weder Beschlüsse zustande gebracht über die Beteiligung an einer allgemeinen Konferenz in Stockholm, noch eine Verständigung über die Stellung zur Kriegszielfrage. Die Folge davon war, daß die auf den

9. September 1917 anberaumte allgemeine Konferenz in Stockholm erneut, und zwar zum drittenmal, verschoben werden mußte, diesmal sogar auf unbestimmte Zeit.

Über die Vorgänge auf der Konferenz der Alliierten in London hat ein Teilnehmer, der Führer der französischen Minderheit, Jean Longuet, in der französischen Presse nähere Mitteilungen gemacht und unter anderem ausgeführt:

„Die französischen Delegierten erweckten durchaus trotz des formellen Beschlusses ihrer Partei den Eindruck, nur gekommen zu sein, um gegen die Stockholmer Konferenz zu arbeiten, währenddem die überwältigende Mehrheit der Delegierten Mandate für die Beschickung der Konferenz hatten. Das ging soweit, daß Shaw im schärfsten Tone ausrief: „Wann werden die französischen Vertreter mit ihrer Obstruktion aufhören?"

Shaw und andere haben auch vorzeitig die Londoner Konferenz verlassen mit der Erklärung, daß nicht die geringste Aussicht auf eine Einigung bestände. Ist der Bericht von Longuet richtig, und ich habe keinen Anlaß, daran zu zweifeln, dann sprechen diese Tatsachen für sich selbst und dann kann es keinem Zweifel unterliegen, wo die Verantwortung für das Scheitern der Stockholmer Konferenz liegt.

Wir haben uns nie in die inneren Verhältnisse anderer Länder eingemischt, das möchte ich auch heute nicht tun. Aber soviel darf ich doch wohl sagen: In der Bekämpfung der Verweigerung der Pässe hätten wir von den Sozialisten und Gewerkschaften in den Ententeländern doch ein energischeres Auftreten erwarten dürfen. Hätte es unsere Regierung gewagt, einen solchen Angriff gegen unsere Friedensarbeit zu unternehmen, so wäre das für uns die Kraftprobe gewesen, wir hätten es als unsere Ehrenpflicht betrachtet,

unsere ganze Kraft und unsere ganze Entschlossenheit einzusetzen, um diesen Angriff auf unsere Friedensarbeit niederzuschlagen.

So wenig aber auch der bisherige Verlauf der Stockholmer Arbeit ermutigt, falsch wäre es deshalb, alle Hoffnung aufzugeben. Über die Friedenssehnsucht der Arbeiter aller Länder kann kein Zweifel bestehen. Das Proletariat leidet am meisten unter dem Kriege. Es kann aber auch — davon bin ich überzeugt — der Welt den Frieden bringen, wenn es sich zum ernsten und entschlossenen Friedenswillen zusammenfindet. Wir haben rückhaltlos ausgesprochen, wie wir uns den Frieden denken. Wo sind die proletarischen Interessen, die nach dieser Stellungnahme noch eine Fortsetzung des Krieges verlangen? Man mag zur Vorgeschichte des Krieges, zur Haltung der einzelnen sozialistischen Parteien in ihren Ländern zum Kriege stehen, wie man will, sollen deshalb die Völker weiter bluten? Sollen deshalb die Arbeiterbataillone hüben und drüben weiter hingemäht werden? Jede sozialistische Partei hat unter dem Zwange des Notstandes und der Pflicht der Selbsterhaltung gehandelt. Das haben wir immer anerkannt. Selbstaufopferung kann die Internationale von der Arbeiterklasse keines Landes verlangen. Hieße das nicht das Leben der eigenen Arbeiterklasse opfern? Die Internationale kennt nur gleiche Pflichten und gleiche Rechte. Die Erkämpfung des Friedens kann deshalb nur das gleichzeitige und gleichmäßige Werk der Sozialisten aller Länder sein! Dazu war die Sozialdemokratie Deutschlands während des ganzen Krieges bereit, unablässig hat sie diesem Ziel zugestrebt. Dazu steht sie auch heute noch. Ihr heißer Wunsch ist, daß die Stunde des Erfolges ihrer Bestrebungen bald kommt.

Zum Schluß noch ein kurzes Wort an unsere

Gegner. Sie triumphieren: Die Internationale, die Sozialdemokratie seien bankerott. Ich fürchte nicht um die Zukunft der Internationale und der Sozialdemokratie. Der Krieg hat uns manche grausame Lehre gegeben, wir haben manches zulernen müssen, von unseren Grundsätzen brauchen wir aber nichts preiszugeben. Der Krieg hat furchtbar in das Völkerschicksal hineingegriffen, wer aber glaubt, künftig seine Politik auf den Völkerhaß aufbauen zu können, wird schwere Enttäuschungen erleben. Man frage nur unsere Soldaten an den Fronten, wie sie über den Chauvinismus unserer Philister, Professoren und Kriegsgewinnler denken. Die Hunderttausende Gefangenen, so bitter und dunkel auch ihr Los sein mag, sie werden mit demselben Gedanken in die Heimat zurückkehren wie die Soldaten von der Front. Die Schrecken des Krieges, seine Opfer und Leiden, der Wiederaufbau des Zerstörten werden gewaltige Antriebe zur Politik der Völkerverständigung sein. Und glauben etwa unsere Gegner, das kapitalistische Wirtschaftssystem habe im Kriege moralische Eroberungen gemacht? Die Ausbeutung der Notlage, die zügellose Profitsucht haben in der schwersten Zeit unseres Volkes Triumphe gefeiert! Unsere Gegner mögen auf der Hut sein, daß die sozialistische Flut nicht ihre Dämme durchbricht und über ihnen zusammenschlägt.

Die großen Zukunftsaufgaben werden mit zwingender Logik Einheit und Geschlossenheit der Partei wiederherstellen. Die schweren Kämpfe der Zukunft werden aufräumen mit Eigenbrötelei, mit Lähmung der Schlagkraft der Arbeiterklasse. Eiserne Notwendigkeit wird die Arbeiterklasse sammeln um das Banner der alten Sozialdemokratie, die bleibt, was sie war und ist, die Partei des Klassenkampfes, Ruferin und Führerin im Befreiungskampf der Arbeiterklasse.

FÜR EINEN VERSTÄNDIGUNGSFRIEDEN

Aus einer Parteitagsrede. Würzburg 1917.

Genossen, es sind vier Jahre verflossen seit dem letzten Parteitag, Jahre des furchtbarsten Völkerdramas, ein Meer von Blut und Tränen. Um uns her liegen schwarz und schwer die Schatten des Todes. Da gilt es, Genossen, zunächst unsere schmerzliche Pflicht zu erfüllen: Unsäglich groß ist die Zahl der Freunde, die der Krieg aus unseren Reihen riß. Viele gereifte Kämpfer, denen im proletarischen Befreiungskampf der Rauhreif des Lebens das Haar gebleicht, sanken dahin; fremde Erde deckt soviel blühende Jugend, soviel wachsende Kraft, soviel Hoffnungen der Partei. Weit klafft die Lücke in unseren Reihen. Unauslöschlicher Dank ihnen, die unser Wort heute nicht mehr erreicht; das Gelöbnis, in ihrem Sinne weiter zu kämpfen für die Menschlichkeit, für den Frieden, für die edlen Ideale und Ziele des Sozialismus, sei heute erneuert.

Parteigenossen, alle Völker durchzieht heute tiefster leidenschaftlicher Wille zum Frieden. Das Sinnen und Trachten der besten Teile der Völker ist die Frage: Wie kommen wir aus dem grausigen Elend heraus? Wie kommen wir endlich zum baldigen Völkerfrieden? An dieser Tatsache vermögen die Treibereien der Kriegsverlängerer diesseits und jenseits der Schützengräben nichts zu ändern. Freilich, die eine Partei kann die Waffen nicht niederlegen, solange die andere in ungehemmter Eroberungslust weiter stürmt. Selbstverständlich verlangt das auch niemand. Die Sozialdemokratie hat immer erklärt: Solange die Gegner nicht zum Frieden bereit sind, stehen wir zur Verteidigung unseres Landes. Zugleich verlangen wir aber eine klare und verständige Friedensarbeit, eine Friedenspolitik, die frei ist von jeder Zweideutigkeit,

die den Völkern der feindlichen Länder die Gewähr gibt, daß ein gerechter Ausgleich möglich ist. Haben die Völker diese Erkenntnis, sind die Völker überzeugt, daß ein gerechter Friede ohne weiteres Blutvergießen möglich ist, dann wird und muß sich der Friedenswille auch bei den Völkern in den feindlichen Ländern durchsetzen. Dagegen wird jedes selbstbewußte Volk mit dem Aufgebot seiner ganzen Kraft bis zum letzten weiterkämpfen, wenn es weiß, daß es auf seine Vergewaltigung und seine Vernichtung abgesehen ist. Unsere Gegner im alldeutschen Lager höhnen: Unsere Friedensarbeit habe bisher nur Mißerfolge gehabt, nicht einmal mit den Sozialisten der kriegführenden Länder hätten wir uns verständigen können. Wenn wir bisher nicht mehr Erfolg aufzuweisen haben, so beweist das nur die ungeheueren Schwierigkeiten der Friedensarbeit. Die öffentliche Meinung der ganzen Welt ist vergiftet; mit Haß, Wahnwitz und Wiedervergeltung ist systematisch die Volksseele erfüllt worden. Dazu hat das Gebaren unserer Alldeutschen im hohen Maße beigetragen. Gerade ihr zügelloses Fordern, ihr skrupelloses Treiben ist es, das draußen im Ausland zur Aufpeitschung des Kriegswillens benutzt wird. So wird im feindlichen und neutralen Ausland eine Weltkarte viel verbreitet, in der die Eroberungspläne unserer Alldeutschen in grellen Farben eingemalt sind, und am Rande dieser Karte befinden sich die Aussprüche unserer Weltverschlucker. Es gibt kein wirksameres Mittel, um den Kriegswillen bei den Völkern in den feindlichen Ländern aufzupeitschen, als dies vielgebrauchte Propagandamittel. Bei unserer Arbeit in Stockholm haben wir die Wirkung dieser Propaganda auf Schritt und Tritt erfahren müssen. Aber dennoch war unsere Friedensarbeit nicht vergebens; mit den Stockholmer Sozialistenkonferenzen

ist die Friedensfrage auf die Tagesordnung der Welttribüne gestellt, der Friedensgedanke ist damit in den Mittelpunkt der öffentlichen Erörterungen gerückt worden. Alle Staatsmänner wurden gezwungen, zur Friedensfrage Stellung zu nehmen. Stockholm hat erst die Atmosphäre geschaffen, in der die Friedenskundgebung des Reichstags und die Friedensnote des Papstes möglich waren. Die vielumstrittene Reichstagskundgebung war eine Friedenstat; in der Geschichte dieses grausigen Krieges wird sie immer hervorleuchten. Sie war ein Appell an die Menschlichkeit und die Vernunft. Die Wirkung dieser Reichstagskundgebung auf den Friedenswillen der Volksmassen in den feindlichen Ländern ist unverkennbar; sie hat überall die Friedensströmung, die Friedensbewegung gestärkt. Waren doch die Regierungen aller Ententeländer gezwungen, Gewaltmaßnahmen gegen die lebhaft auftretende Friedensbewegung in ihren Ländern zu ergreifen. Das verzweifelte Mittel der Paßverweigerung spricht doch eine recht deutliche Sprache. Aber mit Gewaltstreichen, und seien sie noch so drakonisch, läßt die Friedensbewegung sich nicht niederhalten. Ihre gewaltigen Antriebe liegen in den Schrecken des Krieges, in den Leiden der arbeitenden Massen, die in allen Ländern gleich furchtbar sind. So schwierig auch die Wiederaufrichtung der proletarischen Internationale ist, das Friedensgeplänkel der Diplomaten stellt die Geduld der Völker doch auf eine zu harte Probe. Deshalb rühren die Völker sich mehr und mehr für einen Frieden der Verständigung, der verankert ist in den Völkern. Die baldige Herbeiführung des Friedens ist für die Arbeiterklasse aller Länder die Lebensfrage, die dringendste Lebensnotwendigkeit. Darin liegt für uns die Gewähr, daß die Verständigung sich trotz aller Widerstände und trotz

aller Hemmungen durchsetzen muß, daß schließlich doch das sozialistische Pflichtbewußtsein triumphiert über Haß und Verblendung.

Genossen, so wenig wir uns diese Hoffnung entreißen lassen durch die erst kürzlich wieder neu proklamierten Eroberungsziele der Entente, so wenig werden wir uns abhalten lassen, die Treibereien unserer heimischen Eroberungspolitiker zu brandmarken. In welchem Gewande die Eroberungspolitiker auch erscheinen mögen, ob als Alldeutsche, als unabhängiger Ausschuß oder als Vaterlandspartei, in allen Fällen handelt es sich um ein frivoles Spiel mit den Interessen unseres Landes. Der Friede ohne Eroberung lohne die Opfer nicht, die Blutopfer dürften nicht umsonst gebracht sein, so hält man uns entgegen. Mit diesem Argument wird der Krieg, dieses entsetzlichste Völkerschicksal, in echt kapitalistischer Auffassung einer Geschäftsaktion gleichgestellt, die etwas bringen muß. Der große Gesichtspunkt, daß dieser Krieg vor allem die für Deutschland so verhängnisvolle Konstellation der Großmächte beseitigen muß, wenn Deutschland überhaupt wieder lebensfähig werden soll, wird dabei ganz außer acht gelassen und beiseite geschoben. Annexionen und Kontributionen müssen die Weltkoalition gegen uns noch fester zusammenschweißen als früher! Die Hinausschiebung unserer Grenzen soll notwendig sein gegen künftige Angriffe. Gibt es aber einen sichereren, einen besseren Grenzschutz als die Verständigung mit dem Nachbarn? Mit der Politik der gepanzerten Faust hat der Krieg mit seinen grausamen Lehren dauernd und endgültig aufgeräumt. Kein Volk wird nach dem an Opfern und Zerstörungen so grausamen Krieg in der Lage sein, die Lasten der Rüstungen zu tragen, die eine solche Politik erfordern würde. Nur die Sicherung des

Friedens durch internationale Rechtsgarantien allein kann den Völkern wieder Lebensmöglichkeit geben. Fälschlich wird der Friede der Verständigung auch als ein Verzicht auf die wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit Deutschlands dargestellt. Der Verständigungsfrieden ist die Verhandlungsgrundlage, auf die sich jede Partei ohne Demütigung stellen kann, die einen Ausgleich aller Streitfragen und aller Interessen ermöglicht. Nur so wird es möglich sein, die künftige wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands im Einklang mit den Interessen anderer Völker sicherzustellen. Und es ist kein Zweifel, Genossinnen und Genossen, hätte unser Volk heute abzustimmen, ob es einen Verständigungsfrieden will, einen Frieden ohne Eroberungen und Annexionen, einen Frieden, der die Unversehrtheit unseres Landes und seine wirtschaftlichen Lebensinteressen sichert, oder ob es bis zur Niederwerfung der Gegner weitere Hekatomben von Menschenopfern bringen will, kein Zweifel, neun Zehntel unseres ganzen Volkes, in der Heimat sowohl wie an den Fronten, würden dem Verständigungsfrieden zustimmen. Die Sozialdemokratie kann sich deshalb in ihrer Friedensarbeit mit Recht auf die große Mehrheit unseres Volkes in der Heimat und an den Fronten stützen, und sie wird so wie bisher auch künftig ihre ganze Kraft einsetzen in der Bekämpfung aller Eroberungs- und Vergewaltigungspläne, sie wird eintreten für einen Frieden des Rechts, für den Frieden der Verständigung.

Unsere politischen Verhältnisse im Innern sind durch die letzten Reichstagsverhandlungen grell beleuchtet worden. Ist dabei auf außerpolitischem Gebiete Schaden entstanden, so trägt die Verantwortung allein die Reichsleitung. Hätte sie den dringenden Beschwerden über politische Mißbräuche im Heere, hätte sie dem dringenden Rat wegen der tief bedauerlichen

Vorgänge in der Marine Rechnung getragen, und hätte sie selbst nicht in letzter Stunde vollkommen versagt, dann wäre unser Land vor diesem Schaden bewahrt geblieben. Aber der Mann, der das stolze Wort aussprach, ich lasse mir die Führung nicht aus der Hand nehmen, ist kein Führer! Ungeschick führte ihn von einer peinlichen Situation in die andere. Der einzige Erfolg seiner dreimonatigen Probezeit ist ein großer Haufen Scherben. Wie die Sozialdemokratie zu der Regierung der Herren Michaelis, Helfferich und Capelle steht, das hat sie im Reichstag mit ziemlicher Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Wir legen Wert darauf, auch hier zu sagen: Bei dieser Absage bleibt es, die Verhandlungen dieses Parteitages werden dazu beitragen, diese Absage noch kräftiger zu unterstreichen. Das Kapitel Michaelis ist der Zusammenbruch des bisherigen Regierungssystems. Die Vorgänge haben zwingend dargetan, daß die Demokratisierung des Reiches unaufschiebbar, daß sie eine gebieterische Notwendigkeit geworden ist. In dieser furchtbaren Zeit können die Reichsgeschäfte nicht Männern in die Hände gegeben werden, auf deren Wahl das Parlament keinerlei Einfluß hat, während geheime Kräfte, Zufälligkeiten, ja sogar Mißverständnisse dabei entscheidend sind. Wir brauchen eine Reichsleitung, die getragen ist vom Vertrauen des Parlaments, die entschlossen ist, eine Politik im Sinne des Volkswillens zu führen, eine Reichsleitung, die den Mut und die Kraft hat, den Sonderinteressen einer dünnen Oberschicht den Willen unseres Volksganzen entgegenzusetzen. Die Situation erfordert eine Reichsleitung, die tatsächlich führt, eine Reichsleitung, die mit fester Hand die Grenze zieht zwischen politischen und militärischen Aufgaben. Der Militarisierung unserer Politik muß der schärfste und rücksichtsloseste Wider-

stand entgegengesetzt werden! Vor allem muß aufgeräumt werden mit dem Belagerungszustand, diese politische Zwangsjacke ist unerträglich geworden, wir müssen aus ihr heraus so schnell wie möglich. Das Wort „Freie Bahn für den Tüchtigen" hat nie mehr Geltung und kann nie mehr Bedeutung haben, als in dieser furchtbaren Situation. Jetzt muß diesem Worte Geltung verschafft, jetzt muß es zur Tat werden.

Das Dreiklassenwahlsystem in Preußen muß schnellstens und restlos beseitigt werden. Es wird beseitigt werden, denn wir werden nicht dulden, daß es bestehen bleibt! Ein Verschleppungsversuch würde die schwersten Kämpfe heraufbeschwören, würde zum Verhängnis für unser Land werden. In dem freien Preußen, in dem Preußen des freien Wahlrechts, ist kein Raum mehr für die Raritätenkammer des Herrenhauses. Benutzt die Reichsleitung oder die preußische Regierung diesen vormärzlichen Prellbock gegen das Parlament des gleichen Wahlrechts, dann wird sich ein Unwille in unserem Volke erheben, der damit sehr schnell aufräumt.

All das sind Aufgaben von größter Bedeutung, die uns in ernster Arbeit die nächsten Tage beschäftigen werden. Es gilt, Rückschau zu halten auch auf die Kämpfe im Innern der Partei, auf den Bruch der Parteieinheit, den wir alle schmerzlich empfinden. Mit verdoppelter Kraft wollen wir an die Arbeit gehen, den Blick aufwärts und vorwärts gerichtet auf die gewaltigen proletarischen Aufgaben der Zukunft. Hunderttausende von Parteigenossen, die draußen im entsetzlichen blutigen Kampfe stehen, setzen die größten Erwartungen in den Parteitag. Ihnen allen im Felde, auf See und in den Garnisonen gilt unser erster Gruß! Mit heißem Dank und herzlichen Wünschen gedenken wir ihrer. Förderung der Friedens-

arbeit, dem Völkermorden nachdrücklichst das Friedensverlangen entgegenzusetzen, das ist unsere erste und größte Pflicht. Dessen können unsere Feldgrauen sicher sein. Für die großen entscheidenden Kämpfe der Zukunft wollen wir der Partei das Rüstzeug schaffen. Wir wollen unser ganzes Können einsetzen für die Stärkung der Partei nach innen und außen, zur Festigung und Stählung ihrer Organisation. Kommt dann die Stunde, in der das Schicksal unseres Volkes neu geschmiedet wird, dann wird am Amboß der Zeit die Sozialdemokratie ihren Mann stellen.

KRIEGS- UND FRIEDENSPROBLEME

Aus einer Parteitagsrede. Würzburg 1917.

Die Verhandlungen unseres Parteitages sind mit Ernst und Sachlichkeit geführt. Sie standen auf erfreulicher Höhe und haben uns alle voll befriedigt. Die Gesamttätigkeit der Partei während der letzten vier Jahre haben wir offen und vor aller Welt verhandelt. Wir hatten nichts zu verbergen, wir brauchten keiner Entscheidung auszuweichen. In allen großen Fragen sind klare, unzweideutige Entscheidungen herbeigeführt. Die Richtlinien für die künftige Politik der Partei sind klar und fest umrissen. Unsere feste Überzeugung ist, daß unsere Verhandlungen bei der Arbeiterschaft in der Heimat und an den Fronten freudigen Widerhall gefunden haben. Das wichtigste Merkmal unserer Würzburger Tagung, der Grundzug aller Verhandlungen, war die starke innere Geschlossenheit der Partei; eine feste Geschlossenheit, die uns alle mit Zuversicht, Begeisterung und Siegessicherheit erfüllt. Niemand in der Partei hat den Parteitag so sehr herbeigesehnt wie die Parteileitung. Die lange Dauer des Krieges, die Unmöglichkeit, einen

Parteitag abhalten zu können, zwang uns, das uns übertragene Vertrauensamt weit über den festgesetzten Zeitpunkt hinaus auszuüben. Auf eigene Verantwortung hin mußten wir vielfach schwierige Entscheidungen treffen, die in normaler Zeit dem Parteitag vorbehalten waren. Um so mehr erfüllt es uns mit Genugtuung, nun für unsere Tätigkeit die volle Zustimmung des Parteitages gefunden zu haben.

Noch einmal haben wir hier die Stellung der Partei zu den Kriegsfragen gründlich erörtert, noch einmal ist das Für und Wider ernst und sachlich erwogen worden. Wenn in der Presse, besonders in der alldeutschen, der Beschluß des Parteitages in dem Sinne ausgelegt wird, er verlange die Kreditbewilligung unter allen Umständen, so ist diese Auslegung durchaus falsch. Die Partei wird auch in Zukunft bei jeder Kreditforderung prüfen, ob die Voraussetzungen der Bewilligung gegeben sind.

Parteigenossen! Die Entscheidung des Parteitages über die so sehr umstrittene Stellung zum Kriege ist mit überwältigender Mehrheit erfolgt. Nun ist die bisherige Haltung der Reichstagsfraktion in der Partei fest verankert. Jetzt gilt es, die bisher geführten Meinungskämpfe zurücktreten zu lassen, den Blick vorwärts zu richten. Will Deutschland seine Stellung in der Weltwirtschaft wieder erringen, dann muß seine Volkswirtschaft neu aufgebaut werden. Dieser Aufbau muß getragen und gefestigt werden von großzügiger, tiefgreifender Sozialpolitik. Was hier zur Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter geschehen muß, hat der Parteitag entschieden zum Ausdruck gebracht. Die ungeheuerlichen finanziellen Lasten des Krieges sind nur zu tragen, wenn sie zunächst jenen aufgebürdet werden, für die der Krieg Gewinn brachte. Aber auch der Besitz, den der Krieg

erhalten, der durch den Krieg geschützt worden ist, muß im stärksten Maße zu den Lasten herangezogen werden.

Vor allem aber muß das neue Deutschland ein freies Deutschland sein! Frei von allen Klassenprivilegien, frei von allen politischen und geistigen Hemmungen und Bevormundungen. Freie Entfaltung unserer vollen Volkskraft auf allen Gebieten ist für die Arbeiterklasse und das Reich Lebensnotwendigkeit.

Mit ernstem Nachdruck hat der Parteitag mehrfach auf die große Verantwortung hingewiesen, die hier auf der Regierung lastet. Man soll sich nicht täuschen über die große Gefahr, wenn es hier zu Enttäuschungen kommen sollte. Auch das, was der Parteitag nicht ausgesprochen hat, ist charakteristisch für die Haltung der Partei.

Parteigenossen! Rückhaltlos haben wir unsere Beziehungen zur proletarischen Internationale besprochen. Der Haß, der allenthalben in der Welt Orgien feiert, hat Zugang zu unseren Herzen nicht gefunden. Seiner Unfruchtbarkeit setzen wir die Liebe und Achtung entgegen, die allein imstande ist, aufzubauen den Bund der freien Völker, die allein imstande ist, aufzubauen die Macht, die der Welt den Frieden erkämpfen und sichern kann! Verblendung hat zur Spaltung der Sozialdemokratie Deutschlands geführt. Möge das klare Auge der deutschen Arbeiter sich nicht trüben lassen durch den Nebel unwahrer Phrasen! Die Arbeiterbewegung muß ein einziger Strom sein, auf dem unser Schiff stolz in das Meer der Zukunft hinausgleitet. Mit dem festen und entschlossenen Willen, dafür unser Bestes einzusetzen, wollen wir uns trennen mit dem alten Ruf: Die völkerbefreiende Sozialdemokratie, sie lebe hoch!

KAMPF GEGEN DIE REGIERUNG

Aus einer Reichstagsrede. 9. 10. 1917

Ich habe nicht die Absicht, in die Debatte selbst einzugreifen. Mein Parteifreund David hat vorhin unsere Stellung zu den Kriegszielen und zu den Fragen, die uns seit Sonnabend hier beschäftigen, eingehend dargelegt. Ich habe mich nur namens meiner Freunde zu den Vorgängen zu erklären, die vorhin im Hause mit Recht großes Aufsehen erregten. Der Herr Reichskanzler und der Herr Staatssekretär der Marine haben gegen einzelne Mitglieder der Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten und gegen die Partei selbst die allerschwersten Anklagen erhoben. Der Herr Reichskanzler ist sogar soweit gegangen, die weitestgehenden politischen Konsequenzen gegenüber dieser Partei zu ziehen. Wenn die Reichsleitung überhaupt diesen Schritt hier unternehmen wollte, dann hätte sie nach meiner Ansicht zunächst doch einmal die innen- und außenpolitische Wirkung eines solchen Vorgehens beurteilen müssen. Man hätte überhaupt den Gedanken, hier in die Debatte des Parlaments plötzlich mit dieser Anklage hineinzufahren, nur dann erwägen dürfen, wenn absolut einwandfreies und in sich selbst zweifellos schlüssiges Material vorhanden gewesen wäre. Aber auch selbst dann hätte dieses Vorgehen noch zurückgewiesen werden müssen. Wenn die Reichsregierung glaubt, daß einzelne Mitglieder dieses Hauses sich gegen die Strafgesetze vergangen haben, dann hat der Reichstag in seiner Geschäftsordnung einen geregelten Weg vorgeschrieben, wie das Verfahren einzuleiten ist. Es ist unerhört, ohne die Angeschuldigten vorher zu unterrichten, plötzlich mit so schweren Anklagen vor aller Öffentlichkeit im Parlament hervorzutreten. Dieses Vorgehen müssen wir auf das allerentschiedenste verurteilen.

Wie ist nun das Vorgehen an sich sachlich begründet? Nach dem Material, das der Herr Staatssekretär der Marine hier vorgetragen hat, muß ich erklären, daß die von ihm erhobenen Anklagen nicht gerechtfertigt sind. Daß Soldaten mit Parlamentariern verhandeln, ist eine Erscheinung, die im Kriege besonders lebhaft zutage getreten ist. Mit den Kollegen meiner Fraktion, mit der Fraktionsleitung verkehren Hunderte und Tausende von Soldaten schriftlich und mündlich. Wir haben es immer als unsere Pflicht betrachtet, die Klagen und Wünsche unserer Feldgrauen auf das sorgfältigste zu prüfen, soweit sie berechtigt sind, auf die richtigen Wege zu leiten, und für die berechtigten Beschwerden einzutreten. Dieses Recht würden wir uns von keiner Seite streitig machen lassen. Wir werden es immer als unsere Pflicht betrachten, ganz offen und energisch für die Rechte unserer Soldaten einzutreten. Daraus irgend etwas politisch Verdächtiges herzuleiten, ist durchaus falsch.

Was weiter vom Herrn Staatssekretär vorgetragen worden ist, läßt darauf schließen, daß die Partei der Unabhängigen Sozialisten in der Marine Agitation für ihre Bestrebungen entfaltet hat. Ja, meine Herren, es steht jeder Partei dieses Hauses offen, für ihre Aufgaben und Ziele Propaganda zu treiben. In den letzten Tagen haben wir hier festgestellt, daß im Heer und in der Marine vor den Augen ihrer Leiter eine wüste Agitation betrieben wird, die vielfach von militärischen Stellen getragen ist, die sich gegen die Politik der Mehrheit des Reichstags und der überaus großen Mehrheit unseres Volkes richtet. Wenn nun die Heeresleitung die Politik selbst in das Heer hineinträgt, dann darf sie sich nicht beschweren, wenn andere Parteigruppen ebenfalls im Heere Propaganda treiben. Weiter aber ist, soweit ich das Material beurteilen kann, das

der Herr Staatssekretär der Marine vorgetragen hat, gegen die Unabhängige Partei nichts festgestellt. Deshalb scheint uns auch sachlich das ganze Vorgehen durchaus ungerechtfertigt zu sein, und wir müssen es entschieden mißbilligen.

Der Herr Reichskanzler hat mit seiner Erklärung der ganzen Sache noch die Krone aufgesetzt. Er hat kurzerhand aus dem Armgelenk heraus eine Partei außerhalb des Rechts gestellt. Mein Freund David hat sofort nach ihm darauf hingewiesen, daß meine Partei immer die politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger verfochten hat. Es ist geradezu unbegreiflich, wie in einer Zeit, wo sich unser Land in der schwersten Situation befindet, wo die Zusammenfassung aller Kräfte unseres Volkes die höchste Aufgabe der Regierung sein müßte, die Regierung einen Teil unseres Volkes — mag er groß oder klein sein, das kommt hier nicht in Betracht — außerhalb des Rechts zu stellen versucht. Das ist ein Rückfall in die alte Auffassung der Ausnahmegesetzgebung, die wir auf das allerschärfste verurteilen müssen. Ein solches Vorgehen, eine solche Erklärung konnte nur von einer Regierung erfolgen, die sich — nehmen Sie es mir nicht übel, aber ich will es offen aussprechen — ihrer großen Verantwortung nicht bewußt und ihrer hohen und großen Aufgabe, die auf ihr lastet, in keiner Weise gewachsen ist, und ich spreche es weiter offen aus: Jeder Tag, der das deutsche Volk früher von dieser Regierung befreit, wird von uns begrüßt werden. Sollte aber die Reichsleitung wirklich eine solche Politik einschlagen, wie sie der Herr Reichskanzler angekündigt hat, so werden wir es als unsere höchste Aufgabe betrachten, sie mit dem Einsatz unserer ganzen Kraft und unseres ganzen Pflichtbewußtseins auf das rücksichtsloseste zu bekämpfen.

MAHNUNG ZUR SELBSTBESINNUNG

Aus einer Reichstagsrede. 1. 12. 1917

Vor der Abstimmung über die erneut geforderten Kriegskredite habe ich namens meiner Fraktion einige kurze Ausführungen zu machen. Das Friedensangebot der russischen Regierung ist von der friedenssehnsüchtigen Welt freudig begrüßt. Wir erblicken in ihm das wichtigste politische Ereignis des Krieges, den ersten ernsten Schritt zum Frieden. Ebenso freudig werden die schwer blutenden Völker die klare Antwort des Herrn Reichskanzlers und der Regierungen von Österreich und Ungarn auf dieses Angebot aufgenommen haben. Der Herr Reichskanzler hat dem angebotenen Waffenstillstand zugestimmt und erklärt, er erblicke in den russischen Friedensvorschlägen eine diskutable Grundlage für die Aufnahme von Friedensverhandlungen. Diese Vorschläge der russischen Regierung beruhen auf einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Die Friedenskundgebung des Reichstags vom Juli d. J. verlangt einen Frieden des Ausgleiches und der Verständigung, einen Frieden ohne gewaltsame Gebietserweiterung, ohne politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigung eines Volkes. Auf der gleichen Linie wie diese Kundgebung bewegt sich die Antwort auf die Papstnote, zu der sich auch die neue Reichsleitung am Mittwoch bekannt hat. Der Herr Reichskanzler hat in seiner Erklärung mit besonderer Betonung hervorgehoben, die Zukunft von Polen, Kurland und Litauen müsse dem Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker überlassen werden. In demselben Sinne hat sich gestern der Herr Staatssekretär von Kühlmann im Haushaltsausschuß erklärt. Er hat gesagt, für eine Neugestaltung der Dinge im

Osten müsse dem Selbstbestimmungsrecht der Völker volle Rechnung getragen werden.

Diese Erklärungen der Reichsleitung begrüßen wir mit Genugtuung. Von der verantwortlichen politischen Reichsleitung erwarten wir auf das bestimmteste, daß sie die in Aussicht stehenden Friedensverhandlungen streng im Sinne und Geist dieser Erklärungen führt. Wir erblicken in diesen Erklärungen eine Garantie, an der unseres Erachtens nicht gerüttelt werden darf. Die von Rußland ehrlich gebotene Friedenshand muß bei den Mittelmächten ebenso ehrliches Entgegenkommen finden. Die Reichsleitung wird und darf sich nach ihren Erklärungen nur von dem aufrichtigen Bestreben leiten lassen, zu einer Verständigung zu gelangen, die ein dauernd freundnachbarliches Verhältnis zwischen Rußland und Deutschland verbürgt.

Die russische Regierung will mit ihrem Friedensangebot den allgemeinen Frieden herbeiführen. Vom gleichen Willen ist das deutsche Volk beseelt. Wäre die Möglichkeit gegeben, dem wahnsinnigen Völkermorden völlig Einhalt zu gebieten: das deutsche Volk würde das aufrichtig begrüßen und sein Bestes dafür einsetzen.

Zum Unglück der Völker ist jedoch nach den Erklärungen der Staatsmänner in England und Frankreich mit dieser Möglichkeit leider noch nicht zu rechnen. Lloyd George und Clemenceau wollen keine Verständigung, sie wollen den Krieg bis zum Ende. Sie haben das ernste Friedensbestreben des Papstes unbeachtet gelassen und das Friedensangebot der russischen Demokratie beiseitegeschoben. Sie haben erneut zur Fortsetzung der Metzelei aufgerufen. Über ihre Kriegsziele lassen die Geheimverträge der Entente keinen Zweifel mehr. Hat Lloyd George doch

erst kürzlich noch zynisch mit der Vernichtung des deutschen Handels, der Lebensader unserer Volkswirtschaft, gedroht. Dieses Verhalten der Regierungen Englands und Frankreichs zwingt uns nach wie vor, zu unserer Selbstbehauptung unsere Verteidigung stark zu halten. Deshalb stimmen meine politischen Freunde den geforderten Kriegskrediten zu.

Wir müssen aber auch bei dieser Gelegenheit von der Reichsleitung nachdrücklichst verlangen, daß sie den dringendsten wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben im Innern unseres Landes schnellstens gerecht wird. Unter allen Umständen muß Sorge getragen werden, daß die vorhandenen Lebensmittelbestände rationell bewirtschaftet, in erster Linie der menschlichen Ernährung gesichert werden. Die wucherische Preispolitik muß endlich unterbunden und der gemeinschädliche Schleichhandel rücksichtslos bekämpft werden. Es muß hier unverzüglich eingeschritten werden, wenn nicht die Organisation unserer Volksernährung über den Haufen geworfen werden soll. Das verwerfliche System des Preisanreizes scheint allerdings unter dem Regime Waldow seine Neuauferstehung zu feiern. Dafür spricht die jetzige skandalöse Erhöhung des Haferpreises, gegen die wir auch an dieser Stelle den schärfsten Protest erheben müssen. Die Ernährungspolitik des Herrn v. Waldow wandelt Bahnen, die uns zwingen, ihr mit dem allerschärfsten Mißtrauen zu begegnen.

Erfreulicherweise hat die Reichsleitung auf einmütiges Verlangen des Reichstages sich gestern bereit erklärt, die Löhnung unserer Soldaten zu erhöhen; die Löhnung der Soldaten soll um ein Drittel, die der Unteroffiziere um ein Fünftel erhöht werden. Ich muß namens meiner Freunde und, wie ich glaube, mit Zustimmung des ganzen Hauses auf das dringendste er-

suchen, diese Erhöhung nicht erst im Laufe des nächsten Monats, sondern rückwirkend ab 1. November d. J. schon in Kraft treten zu lassen. Den über alles Lob erhabenen Leistungen unserer Soldaten wird der beste Dank durch schnelle Aufbesserung ihrer kargen Bezüge.

Ebenso dringend müssen wir verlangen, dem einstimmigen Beschluß des Reichstags auf Erhöhung der Bezüge der verletzten Soldaten und der Hinterbliebenen der Gefallenen baldigst Rechnung zu tragen. Eine grundsätzliche Zustimmung der Reichsregierung dazu liegt vor. Die Durchführung kann unseres Erachtens bei der langen Dauer des Krieges aber nicht mehr länger hinausgeschoben werden. Namentlich verlangt die Notlage der Witwen und Waisen der Gefallenen gebieterisch schnelle Abhilfe.

In diesem Zusammenhange muß ich auch auf die Notlage der Arbeiter-Invaliden hinweisen. Die Reichsleitung hat gestern grundsätzlich auch hier eine Erhöhung der Bezüge und rasche Durchführung zugesagt. Ich darf wohl die Erwartung aussprechen, daß die armen Invaliden der Arbeit noch im Laufe dieses Jahres diese dringende Hilfe erhalten.

Einen großen Teil der zu diesen Maßnahmen erforderlichen Mittel kann die Reichsleitung leicht einbringen, wenn sorgfältiger bei Beschaffung des Kriegsmaterials gewirtschaftet wird. Hier wird nicht nur aus dem Vollen geschöpft, hier wird geradezu Verschwendung getrieben. Die Abschlüsse der Handelsgesellschaften der Kriegsindustrie liefern die himmelschreiendsten Belege für diese Wirtschaft. Auf Kosten des Volkes werden hier märchenhafte Reichtümer aufgehäuft. Vom Kriegsministerium muß entschieden gewissenhaftere Verwendung der Reichsmittel gefordert werden. Das Kriegsministerium sollte sich weni-

ger mit Zensur und Versammlungsrecht beschäftigen, dafür mehr den Kriegsgewinnlern und ihren Schiebern auf die Finger schauen.

Dem Herrn Reichsschatzsekretär müssen wir sagen, daß seine nächste Steuer unseres Erachtens eine schärfere, möglichst restlose Erfassung der Kriegsgewinne sein muß. Wenn die Masse unseres Volkes blutet und opfert, hat niemand das Recht, sich am Kriege zu bereichern. Vor allem aber hoffen wir, daß die Selbstbesinnung und Vernunft den Krieg mit seinen grauenhaften Opfern, seinen sinnlosen Zerstörungen und abscheulichen Begleiterscheinungen bald überwindet und allen Völkern den Frieden gibt.

1918.

AUFZEICHNUNGEN AUS DEM NACHLASS

Friedensgerüchte. 23. 1. 1918

Haussmann teilt mir streng vertraulich mit, daß er in letzter Zeit zweimal in der Schweiz gewesen sei. Das erstemal in Genf. Dort traf er mit einem Amerikaner zusammen, den er im Beisein eines Österreichers sprach. Beides sehr ernste politische Persönlichkeiten. Man machte ihn aufmerksam auf die in Aussicht stehenden Reden Lloyd Georges und Wilsons und war über deren Tendenz unterrichtet. Lloyd George habe Friedensneigung, man habe ihm für seine Rede einen Friedenspassus nahegelegt. Lloyd George hatte diese Partie aber Wilson zugeschoben. Tatsächlich stimme die Stelle in Wilsons Rede, mit der er sich an die Reichstagsmehrheit wende, sinngemäß mit dem überein, was ihm damals — also bevor die Rede gehalten wurde — mitgeteilt worden sei. Das Ergebnis der Aussprache war ein Vorschlag von der anderen Seite, es solle demnächst eine Aussprache

zwischen drei Vertretern der Arbeiterpartei, der Liberalen und Konservativen aus England und drei Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstages in der Schweiz stattfinden. Und zwar solle es sich dabei um maßgebende Parlamentarier handeln. Man sprach auch über die in Betracht kommenden Personen. Für Deutschland wünsche man (außer Haussmann) Erzberger und Ebert — mich anstatt Scheidemann, weil ich nicht so im Verdacht der Regierungsfreundlichkeit stehe, auch nicht so sehr festgelegt sei. Haussmann hatte sich bereit erklärt, dem Vorschlag näherzutreten, wenn wirklich aus England einflußreiche Parlamentarier kämen. Neben Henderson oder einem ihm gleichstehenden Arbeiterparteiler war Lord Backmeister oder ein gleichwertiger Abgeordneter genannt. Falls diese Voraussetzungen zuträfen, solle man ihn nach einem verabredeten Code benachrichtigen, dann wolle er an die in Betracht kommenden deutschen Abgeordneten mit dem Vorschlag herantreten.

Als Haussmann mit mir sprach, war diese Nachricht eingetroffen.

Ich sagte grundsätzlich zu, machte aber zur Bedingung, obgleich die ganze Sache streng vertraulich behandelt werden sollte, mit Scheidemann darüber zu sprechen.

(Hinzufügen muß ich noch, daß der deutsche Gesandte sich zustimmend geäußert habe. Haussmann sagte mir auch, daß er den Plan vorher nicht formell der Regierung unterbreiten wolle, es genüge, wenn man Solf einweihe.)

Scheidemann, mit dem ich sofort sprach, erklärte sich ohne weiteres mit dem Vorschlag Haussmann einverstanden. Nur hielt er es für erforderlich, den Kanzler oder Kühlmann formell von dem Vorhaben zu informieren!

Haussmann, mit dem ich gleich danach sprach, meinte, der Kanzler oder Kühlmann würden die Sache Ludendorff unterbreiten, der sie wahrscheinlich durchkreuzen werde. Er wolle sich aber noch einmal die Anregung überlegen.

Am nächsten Tag sagte mir Haussmann, er habe Hertling schriftlich Mitteilung gemacht.

Am 26. Januar teilte mir Haussmann mit, daß gegen Erzberger Bedenken geltend gemacht würden. Seine Auslandsverhandlungen und seine damit verbundene Wichtigtuerei besage nichts. Das Gerede vom Erzberger-Frieden bekäme neue Nahrung, auf Ludendorff wirke Erzberger wie rotes Tuch. Man plane in gewissen Kreisen gegen Erzberger einen großen Coup, er habe ihm einen Wink gegeben — das sei ihm um so angenehmer, als er bereits über die Sache mit Erzberger gesprochen, der sofort zugestimmt habe.

Ich erklärte ihm, daß ich auf Erzberger großes Gewicht lege. Seine Wichtigtuerei gefalle mir zwar auch nicht, auch müsse absolute Diskretion während der Verhandlung gewahrt werden. Kämen Pressemitteilungen dazwischen, habe die Sache keinen Wert. Haussmann meint, mit Erzberger ginge es nach Lage der Dinge nicht, man müsse sich über einen anderen Zentrumsmann verständigen. Wie sei es mit Belzer? Er sei seinerzeit mit in Bern gewesen (Deutsch-Französische Konferenz) und stehe fest zur Reichstagsentschließung. Da ich Belzer persönlich gar nicht kenne, machte ich geltend, daß ich mit einem mir persönlich fremden Herrn eine solche Aktion nicht unternehmen möchte. Ich schlug Fehrenbach vor. Haussmann fürchtete, daß ihn seine Eigenschaft als Vorsitzender des Haushaltsausschusses hindere. Das konnte ich nicht gelten lassen, mit dem Haushaltsausschuß habe die Aktion nichts zu tun. Gegen den

von Haussmann vorgeschlagenen Graf von Gelen, der sehr gute Beziehungen zu Hertling haben solle, verhielt ich mich ablehnend.

Nachmittags teilte mir Haussmann mit, Kühlmann sei mit Fehrenbach einverstanden. Erzberger habe er offen Mitteilung gemacht, dieser habe Fehrenbach auch sehr befürwortet. Bussche, der unterrichtet sei, ordne die Paßangelegenheit. Über die Abreise bzw. den Tag des Zusammentreffens in Bern mache er mir schriftlich Mitteilung.

Abends sprach ich mit Fehrenbach. Er meinte, wir sollten noch etwas zurückhalten, man müsse absolute Sicherheit haben, daß es sich um eine ernste Sache handle. Bussche, der dazu kam, meinte, der Vertrauensmann Haussmanns müsse sehr argwöhnisch beurteilt werden. Es handle sich um den Amerikaner Worldt, der schon einmal als Freund Wilsons in Aktion getreten sei, nachher habe es sich herausgestellt, daß er Wilson persönlich gar nicht kenne. Außerdem habe ein Journalist die Hände im Spiel, der vor dem Krieg in Berlin war. Der Admiralstab habe ihm sehr vertraut, sei aber von ihm hineingelegt worden.

Fehrenbach war danach noch abgeneigter, er wolle von daheim Haussmann schreiben. Ich verhielt mich bei dieser Unterhaltung passiv.

RESOLUTION ZUM STREIK DER MUNITIONSARBEITER

30. 1. 1918

I.

Der Parteiausschuß stellt fest, daß sich die gegenwärtige Streikbewegung nicht gegen die Landesverteidigung richtet und nicht die Ziele eines feindlichen Imperialismus fördern will. Sie ist aus einer tiefen Mißstimmung entstanden, die durch die Ernährungsschwierigkeiten und den Druck des Belagerungs-

zustandes hervorgerufen wurde. Das Treiben der Reaktion im preußischen Dreiklassenhaus, das auf die Verhinderung der preußischen Wahlreform gerichtet ist, das herausfordernde Auftreten der sogenannten Vaterlandspartei und die unklare Haltung der Regierung in der Friedensfrage haben diesen Stimmungsdruck verschärft. Da alle Ratschläge und Warnungen der Sozialdemokratischen Partei ungehört verhallten, wurde ein Ausbruch dieser Volksstimmung unvermeidlich.

Durch den Eintritt sozialdemokratischer Abgeordneter beider Fraktionen in die Streikleitung war die volle Gewähr dafür gegeben, die Bewegung in geordneten Bahnen zu halten und sie rasch, ohne Schädigung der Allgemeinheit, zum Abschluß zu bringen, Voraussetzung war, daß die Regierung auf Gewaltmaßregeln verzichtete und Forderungen erfüllte, die von einer erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung als berechtigt anerkannt werden.

Statt diesen Weg zu gehen, hat die Regierung unter kleinlich-formalistischen Vorwänden Verhandlungen mit den Arbeitervertretern der Streikenden abgelehnt. Sie hat zugleich geduldet, daß ihr nachgeordnete Organe mit erbitternden Unterdrückungsmaßregeln gegen die Bewegung vorgingen. Das Versammlungsrecht wurde vollständig unterdrückt, der ‚Vorwärts' verboten, schließlich der gewählten Streikleitung jede Betätigung untersagt. Die Folge davon ist, daß sich der Streik explosionsartig auf immer neue Gruppen ausdehnt, und daß er auf immer neue Orte überspringt, jeder Regelung und Kontrolle entbehrend.

Die Verantwortung für diese Entwicklung der Dinge trifft jene Stellen, die sich vor Ausbruch des Streiks und während seiner Dauer beharrlich geweigert haben, die Stimme der Vernunft zu hören, und

deren Politik offensichtlich auf die Erzwingung eines Macht- und Gewaltfriedens gegen die eigene Bevölkerung hinsteuert.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich während des ganzen Krieges rückhaltlos zur Landesverteidigung bekannt. Die Landesverteidigung wird jedoch gefährdet durch die politische Einsichtslosigkeit derer, die den Krieg zu kriegverlängernden, vom Volke nicht gebilligten Zielen führen wollen, die dem Volk versprochenen Rechte verweigern und jeden Protest gegen einen immer unerträglicher werdenden Druck mit verstärktem Druck beantworten. Darum müssen sich heute alle Kräfte vereinigen, um eine Abkehr von dem verhängnisvollen Kurs herbeizuführen, im Interesse der Selbsterhaltung unseres Volkes und eines baldigen, gerechten Friedens.

II.

Der Parteiausschuß fordert die Reichsregierung auf, sich in eindeutiger Weise zu erklären:

1. für die ausgiebigere Lebensmittelversorgung durch Erfassung der Lebensmittelbestände bei den Erzeugern und in den Handelslagern zur gleichmäßigen Zuführung an alle Bevölkerungsklassen;

2. für ihre Bereitwilligkeit, schleunigst den Belagerungszustand aufzuheben; sofort aber alle das Vereins- und Versammlungsrecht sowie die freie Meinungsäußerung durch die Presse einschränkenden Bestimmungen zu beseitigen;

3. für die Aufhebung der Militarisierung der Betriebe;

4. daß sie entschlossen ist, die schnellste Durchführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Preußen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu sichern;

5. daß sie bereit ist zu einem allgemeinen Frieden ohne offene oder verschleierte Annexionen und Kontributionen auf Grund des nach demokratischen Grundsätzen durchzuführenden Selbstbestimmungsrechts der Völker."

ZUM MUNITIONSARBEITERSTREIK UND ZUR VERHAFTUNG DES ABGEORDNETEN DITTMANN

Aus einer Reichstagsrede. 22. 2. 1918

Wir sind der Überzeugung, daß der Streik durch die unhaltbare Politik der Reichsleitung verursacht worden ist. Die Regierung hat es vermieden, in der Friedensfrage für Klarheit zu sorgen, sie hat die immer wieder geltend gemachten Beschwerden über die Handhabung des Belagerungszustandes nicht berücksichtigt, und in der Ernährungsfrage sind die Interessen des Volkes von der Reichsleitung leider nicht in dem Maße geschützt worden, wie es notwendig ist. Die Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhause über die Frage des Landtagswahlrechts wurden gerade kurz vor dem Streik in so provokatorischer Weise geführt, daß die Arbeiter bis aufs Blut gereizt worden sind. Wenn die Reichsleitung hier den Arbeitern Moral predigen will, so soll sie sich zunächst ihrer Pflicht bewußt werden, die Interessen des Volkes gegenüber einer kleinen Schicht von Interessenpolitikern mit Entschiedenheit zu wahren.

Im übrigen will ich mich in dem Rahmen halten, der durch den Beschluß des Hauses gezogen worden ist. Ich will auf eine nähere politische Erörterung der Vorgänge, die zur Verhaftung des Abgeordneten Dittmann und seiner Verurteilung geführt haben, jetzt nicht eingehen. Aber das möchte ich zum Ausdruck bringen: Nach meiner Kenntnis der Dinge ist die Dar-

stellung des Sachverhalts, wie sie der Herr Abgeordnete Herzfeld gegeben hat, durchaus zutreffend. Auch wir sind der Meinung, daß die Frage hier einer gründlichen und nachdrücklichen Besprechung unterzogen werden muß. Das wird von uns bei den politischen Debatten in den nächsten Tagen geschehen. Im Zusammenhange mit den außen- und innenpolitischen Fragen wird man die ganze Streikbewegung gründlich besprechen müssen.

Bei der Gelegenheit wird auch über die Judikatur — wenn man hier überhaupt noch von einer Judikatur reden kann — der außerordentlichen Kriegsgerichte gesprochen werden müssen. Die Gerichte wüten in einer Weise bis in die letzten Tage hinein, die die schärfste Kritik herausfordert. Schon jetzt möchte ich jedoch zum Ausdruck bringen, daß wir gegen das ganze Verfahren gegen den Abgeordneten Dittmann und gegen das Urteil den schärfsten Protest erheben.

Im übrigen handelt es sich für mich zunächst um die Frage: Ist es nach dem Art. 31 Abs. 3 der Reichsverfassung gerechtfertigt, die Aufhebung der Strafhaft des Abgeordneten Dittmann während der Sitzungsperiode zu verlangen? Der Herr Staatssekretär sagt, daß über diese Frage hier im Reichstag wiederholt gesprochen worden sei. Das ist richtig. Aber diese Verhandlungen liegen doch sehr weit zurück. Es war in den Jahren 1873 und 1874. Der Herr Staatssekretär wird zugeben müssen, daß damals hier im Hause durchaus keine einheitliche Auffassung geherrscht hat, daß die Frage vielmehr sehr verschieden beurteilt worden ist, daß selbst eine so große Partei wie das Zentrum im Jahre 1874 bei dem Fall Majunke die Auffassung vertreten hat, daß Art. 31 Abs. 3 der Reichsverfassung auch im Falle des Strafvollzugs anwendbar sei. Stellt man sich nicht auf einen streng

formalistischen Standpunkt, beurteilt man diese Bestimmung der Reichsverfassung lediglich nach ihrem Geist und nach ihrem Zweck, dann muß man zu der Auffassung kommen, daß die frühere Beurteilung der Mehrheit des Reichstags unhaltbar ist.

Die Immunität des Abgeordneten ist kein persönliches Privileg, keine Gefälligkeit, die der Person des Abgeordneten erwiesen werden soll, sondern die Sicherstellung der Rechte der Wähler und des Parlaments. Der Abgeordnete hat nicht allein das Recht, hier zu erscheinen, nein, es ist seine Pflicht; es ist seine höchste Pflicht, die ihm von seinen Wählern auferlegt worden ist. Wird nun einem Abgeordneten die Pflichterfüllung unmöglich gemacht, so nimmt man eben Tausenden von Wählern das Recht ihrer parlamentarischen Vertretung. Das ist in einer Zeit, wo Schicksalsfragen unseres Volkes entschieden werden, für die Wähler eine besonders schwere Benachteiligung. Die Immunität der Abgeordneten bezweckt weiter, eine ungehinderte Tätigkeit der Parlamente sicherzustellen. Der Reichstag muß Wert darauf legen, vollzählig zusammenzukommen. Sein vollzähliges Zusammentreten ist heute notwendiger denn je. Selbstverständlich muß außer Betracht bleiben, inwieweit der einzelne Abgeordnete für die Tätigkeit des Parlaments von Bedeutung ist. Alle Mitglieder des Hauses sind gleichberechtigt, und gerade bei dieser grundsätzlichen Frage muß jedes Mitglied dem anderen gleichgestellt werden. Entscheidend bei der Beurteilung dieser Frage kann meines Erachtens nur sein: Ist es wichtiger, daß der Abgeordnete ununterbrochen seine Strafhaft vollzieht, oder ist es wichtiger, daß der Reichstag vollzählig zusammentreten kann?

Unter keinen Umständen dürfen wir uns von der Beurteilung der Person des Abgeordneten oder von

seiner Parteistellung dabei leiten lassen. Die vornehmste Pflicht des Parlaments ist der Schutz der Minderheit. Das hat einmal der Abgeordnete v. Bennigsen hier recht nachdrücklich ausgeführt. Er hat gesagt: „Wir müssen uns hüten, daß wir in den Schein geraten, als ob wir die politische Stellung, welche die Majorität des Reichstags gewährt, mißbrauchen wollen, um die Minderheit zu unterdrücken." Auch im vorliegenden Falle muß jeder Schein vermieden werden, als ob dabei die Person des Abgeordneten Dittmann oder seine Parteistellung in Betracht kommen könnte. Es kann sich hier lediglich um die Wahrung des Rechtes des Reichstags handeln, und dazu sind alle Parteien im gleichen Maße verpflichtet.

BEWILLIGUNG DER KRIEGSKREDITE

Aus einer Reichstagsrede. 13. 7. 1918

Bei der Stellungnahme zur Kreditvorlage lassen wir uns von folgenden Erwägungen leiten. Wir bedauern aufs tiefste, daß das furchtbare Blutvergießen im Westen und Süden fortdauert. Das deutsche Volk ist erfüllt von ehrlichem Friedenswillen. Auch die deutsche Regierung hat von neuem ihre Friedensbereitschaft erklärt. Wohl gibt es in Deutschland einflußreiche Kreise, die, vom Wahne der Eroberung befangen, durch Aufstellung phantastischer Kriegsziele den Kriegstreibern der Entente Vorschub leisten. Aber diese Kreise sind nicht das deutsche Volk! Daß die Politik der deutschen Annexionisten nur eine kleine Minderheit unseres Volkes hinter sich hat, würde für alle Welt in der Stunde unzweifelhaft werden, in der die Völker der Ententestaaten ihre Regierungen dazu bewegen, sich auch ihrerseits zu Friedensverhandlungen auf der Grundlage der beiderseitigen Integrität

bereit zu erklären. Nach einem Worte einer solchen Bereitschaft würde das deutsche Volk nimmermehr dulden, daß Friedensverhandlungen an Eroberungsforderungen oder irgendwelchen politischen, wirtschaftlichen oder finanziellen Vergewaltigungsabsichten scheitern. Aber die Regierungen und Parlamente und leider auch Vertreter der Arbeiterparteien in den Ententestaaten haben bisher eine solche Friedensbereitschaft vermissen lassen. Die gegnerischen Staatsmänner haben auch in ihren letzten Kundgebungen sich zu Kriegszielen bekannt, die das politische und wirtschaftliche Leben Deutschlands aufs allerschwerste beeinträchtigen würden. Sie verkünden immer von neuem den Kampf bis zum Ende, und sie betören ihre Völker mit der Täuschung, daß die Widerstandskraft Deutschlands erlahmen und der Krieg in absehbarer Zeit mit dem Siege der Entente endigen würde. Diese unheilvolle Politik des Ringens „bis zur letzten Entscheidung" müßte in Wahrheit den Krieg noch auf Jahre unabsehbar verlängern. Welches auch immer der schließliche Ausgang sein würde, sicher wäre es, daß kein Staat einen Siegespreis erringen könnte, der irgendwie im Verhältnis zu den unermeßlichen weiteren Opfern an Blut und Gut stehen würde. Sicher wäre es, daß alle beteiligten Völker einer immer trostloseren Verelendung verfallen würden.

Auf entehrende, seine politische, wirtschaftliche und kulturelle Zukunft vernichtende oder herabdrückende Bedingungen wird das deutsche Volk niemals eingehen! Es will den ehrenvollen Frieden für alle! Da die Gegner uns einen solchen Frieden bis auf den heutigen Tag verweigern, so werden wir auch diesmal die Mittel bewilligen, die zur weiteren Verteidigung der Lebensinteressen unseres Volkes und zur Erreichung des Friedens erforderlich sind.

BEWILLIGUNG DER LETZTEN KRIEGSKREDITE

Aus einer Reichstagsrede. 22. 3. 1918.

Über unsere Beurteilung des Ostfriedens haben wir keinen Zweifel gelassen. Wie wir uns endgültig dazu stellen, wird nachher bei der dritten Lesung des russischen Friedensvertrages dargelegt werden. Ich muß aber schon hier entschieden zum Ausdruck bringen, daß die Reichsleitung in bestimmten Erklärungen den Völkern in Polen, Litauen und Kurland das Recht zugesichert hat, die künftige Gestaltung ihres Schicksals selbst zu bestimmen. Die Reichsleitung hat mit diesen Erklärungen sich vor der Welt und der Geschichte verpflichtet. Von der tatsächlichen Durchführung wird es abhängen, wie künftig die Welt die Politik des Reichs beurteilt.

Auch die Mehrheit des Reichstags hat sich für gerechte Ausführung dieser Zusicherungen eingesetzt. Wir müssen deshalb von dem Herrn Reichskanzler auf das bestimmteste erwarten, daß er sich durch keinerlei Widerstände von der Erfüllung dieser übernommenen Pflichten abhalten läßt. Wir erwarten, daß er alles einsetzt, damit den Randvölkern im Osten, und zwar den Völkern in ihrer Gesamtheit, der Aufbau ihres neuen staatlichen Lebens nach ihrer eigenen freien Entschließung gewährleistet wird. Das ist im eigenen Interesse des Reichs unerläßlich; denn nur so wird es möglich sein, mit unseren östlichen Nachbarvölkern in ein freundschaftliches, wirtschaftlich gedeihliches Verhältnis zu kommen, den jetzigen Frieden im Osten in sich selbst zu sichern und damit zu einem dauernden zu machen.

Im Westen sind leider keine Aussichten auf Frieden. Wir haben unser Möglichstes getan, um auch dort weiterem Blutvergießen ein Ende zu bereiten. Neue Friedenshoffnungen ließ die Diskussion zwi-

schen dem Herrn Reichskanzler und dem Präsidenten Wilson aufkommen. Wilson hat in seiner Botschaft vom 11. Februar d. J. dargelegt, auf welcher Grundlage man zu allgemeinen Friedensverhandlungen kommen könne. Der Herr Reichskanzler hat darauf am 25. Februar erklärt, er stimme den vier Leitsätzen Wilsons grundsätzlich bei; auf dieser Grundlage könne der allgemeine Frieden erörtert werden. Weiter hat sich der Herr Reichskanzler bereit erklärt, mit der belgischen Regierung über die belgische Frage in eine unverbindliche Aussprache einzutreten. Diese Erklärungen haben wir als einen ernsten Schritt der Verständigung begrüßt; eine Antwort ist aber weder von Wilson noch von der belgischen Regierung gegeben worden. Dagegen haben die Staatsmänner in England, Frankreich und in Italien keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie nach wie vor an ihrem alten Standpunkt festhalten, wie er in dem Beschluß von Versailles festgelegt ist. In diesem Beschluß wird gesagt: Die einzige unmittelbare Aufgabe der Alliierten bestehe darin, mit äußerster Kraftanstrengung in geschlossenstem wirksamsten Zusammenarbeiten die militärischen Handlungen fortzusetzen, das heißt Fortsetzung des Krieges bis zur Erreichung der sattsam bekannten Kriegsziele der Entente, von denen Lloyd George sagte, die Regierung könne davon nicht im geringsten abgehen. Aus England haben wir kürzlich gehört, daß die von der Regierung geforderten Kriegskredite — und es war die größte Kriegskreditvorlage Englands — im Unterhaus einstimmig bewilligt worden sind, und aus Frankreich, daß die Deputiertenkammer die für die Fortsetzung des Krieges geforderten Gelder mit allen gegen 5 Stimmen votiert hat. So befindet sich unser Land nach dem Westen immer noch in der Verteidigung gegen Feinde, die uns an Zahl überlegen sind und die

Lebensinteressen unseres Volkes bedrohen. Wir werden deshalb den geforderten Kriegskrediten zustimmen.

Bei der Bewilligung dieser neuen Kredite müssen wir aber von der Reichsleitung nachdrücklichst fordern, daß der bisherigen Verschwendung von Reichsmitteln bei Beschaffung von Kriegsmaterial endlich Einhalt geboten wird. Die Ausplünderung des Reichs durch Heereslieferanten ist dieser Tage hier gründlich besprochen worden. Die Schuld an diesem unerhörten Skandal liegt nicht nur bei den Militärbehörden, die Verantwortung dafür trägt in vollem Maße die Reichsleitung. Besonders wäre es längst Pflicht der Reichsschatzverwaltung gewesen, hier mit eisernem Besen dazwischen zu fahren. An rechtzeitigen Beschwerden und Mahnungen hat es im Reichstag nicht gefehlt. Haben wir doch schon in den ersten Kriegsmonaten auf diesem Gebiete wahrlich genug bittere Erfahrungen machen müssen. Wir müssen deshalb vom Herrn Reichskanzler fordern, schnellstens eine ausreichende Überwachung der für den Heeresbedarf arbeitenden Betriebe zu schaffen und eine sorgfältige Prüfung der Preise für alle Bedürfnisse des Heeres und der Marine durchzuführen. —

Ein weiterer unerträglicher Zustand, auf den ich hinweisen muß, ist die Handhabung des Belagerungszustandes. Die Übergiffe auf diesem Gebiet sind an der Hand von Material hier und im Hauptausschuß vielfach besprochen, eine wesentliche Besserung ist jedoch nicht eingetreten. Vielfach handelt es sich bei den Einschränkungen der Preßfreiheit und den Beschränkungen des Versammlungsrechts um offenbaren Mißbrauch des Kriegszustandes zu politischen Zwecken. Einige Militärkommandos schalten und walten im politischen und geistigen Leben wie auf dem Kasernenhof.

Nur ein Beispiel. Das stellvertretende Generalkommando in Breslau drangsaliert unsere Partei und die Gewerkschaften mit einer wahren Wollust. Es verbietet unserer Partei nicht nur alle öffentlichen Versammlungen, es verhindert auch Mitgliederversammlungen unserer Partei, sogar die Werbung von Mitgliedern ist unserer Partei dort verboten. In ähnlicher Weise wird dort das Versammlungsrecht der Gewerkschaften mißhandelt. Der einzige Erfolg dieser sinnlosen Raserei ist, daß gesunder Sinn und guter Wille der Arbeiter systematisch vernichtet wird. Die Herren von der Militärverwaltung sind hier leicht geneigt, bei angeblichen Übergriffen von Arbeitern mit der Faust auf den Tisch zu schlagen. Die Beschwerden des Generalkommandos in Breslau beschäftigen aber seit Monaten den Haushaltsausschuß des Reichstags, das Plenum des Reichstags und das Kriegsministerium, ohne daß eine wesentliche Besserung der dortigen Verhältnisse eingetreten wäre. Haben denn die Herren vom Kriegsministerium auf das Generalkommando in Breslau keinerlei Einfluß, oder gilt die militärische Disziplin nicht auch für die Herren Kommandierenden Generale? Es ist die höchste Zeit, daß diesem unerhörten Mißbrauch der Militärgewalt endlich durch gesetzliche Maßnahmen ein Riegel vorgeschoben wird.

Unser Volk trägt mit unermüdlicher Ausdauer die Lasten von Opfern und Schicksalen dieses Krieges. Will man diesen gewaltigen Leistungen gerecht werden, dann muß unser Volk nicht nur verschont bleiben von häßlichen politischen Schikanen, dann müssen alle Volksgenossen ungesäumt in den vollen Besitz der gleichen staatsbürgerlichen Rechte gelangen.

Die wirtschaftliche Wirkung des Krieges, die Überführung unserer Volkswirtschaft in die Friedenszeit

erfordern durchgreifende sozialpolitische Maßnahmen. Meine Herren, da muß ich auch heute wieder zunächst hinweisen auf die dringliche Besserstellung der Kriegsbeschädigten und ihrer Hinterbliebenen. Im November vorigen Jahres hat hier im Anschluß an Ausführungen, die ich machte, der Herr General Langermann erklärt, eine Novelle zu den Versorgungsgesetzen sei bereits im Kriegsministerium fertiggestellt. Dem Reichstag ist die Novelle indes noch nicht zugegangen. Bei der Notlage in den Kreisen der Kriegsbeschädigten und ihrer Hinterbliebenen muß ich dringend bitten, diese Novelle dem Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt vorzulegen.

Auch die schon längst in Aussicht gestellten Entwürfe wegen Schaffung von Arbeitskammern und Aufhebung des § 153 der Reichsgewerbeordnung liegen dem Reichstage immer noch nicht vor. Wir dürfen wohl erwarten, daß beim Wiederzusammentritt des Reichstags die Entwürfe von der Regierung bestimmt vorgelegt werden.

Unerläßlich für den Aufbau der Friedenswirtschaft ist die rechtzeitige reichsgesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung. Hier muß eine über das ganze Reich verzweigte, alle Erwerbsgebiete umfassende zentrale Organisation geschaffen werden, deren Verwaltung auf paritätischer Grundlage aufgebaut ist. Aber selbst dann, meine Herren, wenn wir eine gutorganisierte Arbeitsvermittlung besitzen, wird es nicht möglich sein, allen aus dem Felde heimströmenden Arbeitern und Angestellten Erwerb zu sichern. Unter keinen Umständen dürfen aber unsere heimkehrenden Krieger dem Elend der Arbeitslosigkeit preisgegeben werden. Deshalb müssen wir fordern, daß schon jetzt eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung in Angriff genommen wird, in dem Sinne, wie es

von den gesamten deutschen Gewerkschaften bei der Reichsregierung längst angeregt ist.

Besondere Aufmerksamkeit verlangt die Wohnungsfrage. Das Reich muß hier grundlegende gesetzliche Maßnahmen ergreifen für eine planmäßige Wohnungsherstellung nach dem Kriege. Die private Bautätigkeit kann den großen Anforderungen nicht gerecht werden. Bundesstaaten und Gemeinden werden hier tatkräftig eingreifen müssen. Ohne erhebliche finanzielle Beihilfe des Reichs werden aber auch sie den großen Aufgaben nicht gerecht werden können. Das Reich muß hier mit Reichsmitteln eingreifen. Meine Herren, das sind eine Reihe wichtiger, durchaus berechtigter und praktisch sehr wohl möglicher Forderungen, deren baldige Durchführung dringend geboten ist. Das fordert der Friede im Innern, das fordert die soziale Pflicht beim Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft.

Und schließlich, meine Herren, noch eins. Wir stehen vor einem neuen blutigen Zusammenstoß im Westen, vielleicht dem furchtbarsten des ganzen Krieges, den wir, wie ich schon bemerkte, leider nicht verhindern konnten. Dennoch ist es unseres Erachtens unabweisbare Pflicht der Reichsregierung, sobald sich im Westen Verständigungsmöglichkeiten zeigen, die den Lebensinteressen unseres Landes gerecht werden, alles zu tun, um der gequälten Menschheit endlich den langersehnten allgemeinen Frieden zu geben.

DIE LETZTEN KRIEGSMONATE

Aufzeichnungen aus dem Nachlaß.

Ende Juli 1918 verbrachte ich einige Wochen im bayrischen Vorgebirge. Es überraschte mich, daß die Stimmung der Bevölkerung in dieser rein ländlichen Gegend ohne politische Beeinflussung von außen her

und trotz geringer Ernährungsschwierigkeiten stark zum Frieden um jeden Preis neigte. Nach näherer Information fand ich, daß die schweren Kriegsopfer in den kleinen Gemeinden der Bevölkerung viel mehr zum Bewußtsein kamen als in den Städten; sie standen im Mittelpunkt der täglichen Unterhaltung. Die Urlauber erzählten über die Verhältnisse an der Front, über die zunehmende Stärke der Gegner und die Aussichtslosigkeit der Fortsetzung des Krieges. Dabei wurde sehr viel geklagt über die Behandlung der Mannschaften durch die Offiziere. Über die Notwendigkeit der zwangsweisen Organisation der Volksernährung und der sonstigen Kriegswirtschaft fehlte es an jeglicher Aufklärung der Bevölkerung; über die „Berliner" Kriegsgesellschaften wurden die ungeheuerlichsten Geschichten erzählt. Überall begegnete man der Auffassung, der Krieg nehme nur ein Ende, wenn das Volk selbst Schluß mache. Bestärkt wurde diese Auffassung durch die fortgesetzten ungünstigen Nachrichten von der Westfront. Wie mir in München versichert wurde, war überall in Süddeutschland die gleiche Stimmung.

Mitte August fanden im Hauptquartier Beratungen mit den Österreichern statt, an denen auch Kaiser Karl teilnahm. Wie immer ist diese Zusammenkunft mit großer Wichtigkeit in der Presse angekündigt worden, während über Zweck und Ergebnis nichts verlautete. Es begann in der Presse das übliche Rätselraten, vielfach wurde behauptet, es handle sich um Polen, das deutsche Volk solle von den Militärs wieder einmal vor eine vollendete Tatsache gestellt werden. Einige Blätter verlangten deshalb die Berufung des Haushaltsausschusses des Reichstags. Da ich Vorsitzender dieses Ausschusses war, fuhr ich nach Berlin, um nichts zu versäumen.

In Berlin sprach ich zunächst mit meinen Freunden im Parteivorstand, Scheidemann war in der Schweiz. Alle waren der Meinung, man müsse schnell zum Frieden kommen, wenn die Katastrophe vermieden werden solle. Der Reichskanzler war gar nicht in Berlin, sein Vertreter von Payer, mit dem ich sprach, beurteilte die militärische Situation recht ungünstig; auch er sprach sich für schnellen Frieden aus. Widerstände von militärischer Seite seien nicht mehr zu befürchten, doch hielt er die Berufung des Haushaltsausschusses für verfrüht; er empfahl zunächst eine Besprechung mit den Fraktionsvorsitzenden. Gröber war nicht in Berlin, deshalb hatte ich mit Erzberger eine längere Rücksprache. Die Situation beurteilte auch er ungünstig, von einem rückhaltlosen Bekenntnis zum Völkerbund mit obligatorischer Schiedsgerichtsbarkeit versprach er sich Friedensmöglichkeiten. Mit allgemeinen Erklärungen sei allerdings nichts zu machen, man müsse mit einem bis ins Einzelne durchgearbeiteten Programm hervortreten, zu diesem Zwecke habe er ein Buch über den Völkerbund in Arbeit. Ob die Reichsregierung das erforderliche Vertrauen habe, sei ihm sehr zweifelhaft.

Eine von mir berufene gemeinsame Sitzung der Vorstände der Sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die sich in diesen Tagen ebenfalls mit der Situation beschäftigte, kam zu dem Ergebnis, daß vor allem über die Wiederherstellung Belgiens Klarheit geschaffen werden müsse, weiter sei Zustimmung zum Völkerbund mit Abrüstung und Schiedsgerichtsbarkeit und die Bereitwilligkeit zur Räumung aller besetzten Gebiete notwendig. Die Ruhe im Innern sei nur aufrecht zu erhalten, wenn schnellstens die Demokratisierung Preußens und des Reiches durchgeführt würde.

Die Besprechung mit den Fraktionsvorsitzenden hat von Payer zum 21. August berufen. Gröber, von Westarp, Stresemann, Wiemer und ich waren geladen. Hintze berichtete über die Verhandlungen im Hauptquartier. Über Polen sei eine Verständigung mit Österreich noch nicht herbeigeführt, aber zu erwarten. Der Kaiser habe eine Personalunion abgelehnt. Die militärische Lage sei sehr ernst, doch nicht hoffnungslos. Österreich habe erklärt, es sei am Ende seiner Kraft, auch die übrigen Verbündeten seien in schlechter Lage. Man sei sich einig gewesen, alle diplomatischen Mittel anzuwenden, um zum Frieden zu kommen. Geeignete Schritte seien bereits eingeleitet. Gröber warnte vor überstürzten Friedensschritten, während ich lebhaft für schnellen Frieden eintrat und erneut nachdrücklich die zur Katastrophe drängenden Verhältnisse im Innern besprach. Im Anschluß an diese Aussprache legte Kriege die Zusatzverträge zum Brester Frieden vor; er bat um die Zustimmung der Fraktionsvorsitzenden. Die Regierung würde dann abschließen und im Spätjahr beim Reichstag dafür Indemnität nachsuchen. Ich sprach entschieden gegen die Verträge und das in Aussicht genommene Verfahren. Bei der ganzen Situation sei der Brester Vertrag nicht zu halten, damit fielen auch die Zusatzverträge. Man solle sich durch die versprochenen Goldzahlungen der Russen nicht blenden lassen, schließlich müßten wir sie doch wieder herausgeben. Der Brester Vertrag habe den Widerstand der Gegner Deutschlands gestärkt, der Abschluß der Zusatzverträge verschärfe diese Wirkung in einer Situation, wo wir dringend auf die Friedensbereitschaft der Gegner angewiesen seien. Kriege berief sich mir gegenüber auf die bereits vorliegende Zustimmung der Russen. Ich erwiderte, diese könnte mich in meiner Beurteilung nicht beeinflussen, maßgebend seien für

mich die deutschen Interessen, und zwar nicht nur die augenblicklichen, sondern die zukünftigen. Hintze war zurückhaltend. Er erklärte sich zwar gegen die Zusatzverträge, sie seien aber lediglich die Konsequenz des Brester Vertrages. Kriege suchte nach einer Verständigung mit mir und bat schließlich um eine Besprechung mit dem gesamten Fraktionsvorstand. Am nächsten Tag war ich mit einigen Kollegen bei ihm, in einer langen Rede suchte er die Abmachungen schmackhaft zu machen. Dabei betonte er nachdrücklich seine guten Beziehungen zu den Russen. Besonderes Gewicht legte er auf einen Brief von Tschitscherin an ihn, den er uns mit großem Behagen vorlas. Tschitscherin nahm Bezug auf die gemeinsame Arbeit in Brest, lobte Kriege in hohen Tönen und bedauerte, daß es ihm nicht möglich war, mit ihm zusammen auch an der Beratung über die Zusatzverträge teilnehmen zu können. An unserer Stellung wurde durch diese Besprechungen nichts geändert; die Fraktion stimmte später meiner Stellungnahme zu.

DIE LETZTE REDE IM ALTEN REICHSTAG 22. 10. 1918

Wir durchleben schicksalsschwere Stunden. So sehr wir auch bemüht sind, dabei Optimismus zu bewahren, so muß man doch sagen: Herrliche Zeiten sind es nicht, denen wir entgegengeführt worden sind.

Eine nüchterne Prüfung der tatsächlichen militärischen und politischen Lage mußte die neue Regierung dazu führen, das Gesuch um Waffenstillstand und Frieden abzusenden. Nur ärgste demagogische Verlogenheit kann behaupten, daß die Demokratie durch Preisgabe deutschen Landes oder auf Kosten der Interessen des deutschen Volkes zur Macht gelangen wollte. Tatsache ist, daß sie die Macht ergreifen mußte, weil nur sie noch imstande ist, Deutschland zu retten.

Das Ersuchen an den Präsidenten Wilson hat die Zustimmung aller zur Mitwirkung berufenen Instanzen gefunden. Nach Meinung aller war der Schritt notwendig. Auch meine politischen Freunde und ich billigen diesen Schritt, ebenso die Antwort der Regierung auf die Gegenfragen des Präsidenten Wilson.

Die neue Regierung hat sich an den Präsidenten Wilson gewandt, weil er noch am 27. September sich zum Prinzip des Friedens unparteiischer Gerechtigkeit bekannte, das unabhängig sein sollte von jeder militärischen Lage. Auch früher hat der Präsident ähnliche Grundsätze vertreten. So hat er in einer Botschaft vom 23. Januar 1917 gesagt: „Die Gleichheit der Völker, auf die ein Frieden begründet sein muß, wenn er dauerhaft sein soll, muß in einer Gleichheit der Rechte bestehen." Und weiter sagte der Präsident in derselben Botschaft: „Nur ein Friede zwischen Gleichgestellten kann Dauer haben; nur ein Friede, dessen oberster Grundsatz die Gleichheit und gemeinsame Teilnahme an gemeinsamen Wohltaten ist." Ausdrücklich hat der Präsident Wilson die Absicht von sich gewiesen, auf Demütigung und Vernichtung des Gegners auszugehen. Nun kann der Präsident sich durch die Tat als der großzügige Idealist und der rechtschaffene Mann bewähren, der dem Gemetzel Einhalt gebietet und die Grundlagen zu einem Dauerfrieden des Rechts und zum Völkerbunde legen will. Will der Präsident seinen Grundsätzen treu bleiben, so kann er sich allerdings nicht denen anschließen, die trunken von Siegesübermut schon in dem Vorgefühl schwelgen, dem niedergerungenen Gegner den Fuß in den Nacken zu setzen. Darüber haben wir uns nie getäuscht: die englischen und französischen Chauvinisten und Imperialisten haben den Prinzipien des Präsidenten Wilson wohl mit dem Munde, aber nie mit dem Herzen zu-

gestimmt. Möge Präsident Wilson jetzt auf die Stimme eines Henderson, eines Longuet hören, die zu einem Frieden raten, der keinen Rachegeist, keinen Revanchegedanken zurückläßt.

Im Bewußtsein ihres guten Rechtes und unserer noch keineswegs erschöpften Widerstandskraft hat sich die deutsche Demokratie bemüht, die Steine aus dem Wege zu räumen, die den Zugang zum Frieden versperren könnten. Wir haben uns zur Räumung der besetzten Gebiete bereit erklärt, und zwar in der Voraussetzung, daß sie in geordneter Weise vor sich gehen kann und zu ihrer Durchführung eine Waffenpause eintritt. Dem tief ergreifenden Elend der unschuldigen Zivilbevölkerung in den Kampfgebieten, das wir mit dem Präsidenten Wilson beklagen, wäre damit sofort Abhilfe geschaffen.

Wir begrüßen es, daß die Oberste Heeresleitung strengsten Befehl gegeben hat, die Zerstörungen auf das militärisch Notwendige zu beschränken. Sollten Plünderungen und Gewalttätigkeiten vorgekommen sein, müssen sie unseres Erachtens strengste Strafe finden.

Den unbeschränkten U-Boot-Krieg haben wir Sozialdemokraten immer bekämpft. Alle mit ihm verbundenen wirtschaftlichen Berechnungen haben wir verworfen und von seiner politischen Wirkung haben wir Unheil für Deutschland vorhergesagt. Wir hätten gewünscht, daß die Regierung gegenwärtig auf die Waffe des U-Boot-Krieges großzügig Verzicht geleistet hätte. Der Befehl, der an die U-Boot-Kommandanten gegeben worden ist, beweist aber jedenfalls den Entschluß, dem Standpunkt des Präsidenten gerecht zu werden und den Haß abzubauen, der schon so lange die kriegführenden Völker trennt.

Präsident Wilson hat die Zerstörung „jeder willkür-

lichen Macht" verlangt, die für sich geheim oder nach eigenem Belieben den Frieden der Welt stören kann. Damit hat er sich eine alte Forderung der deutschen Sozialdemokratie zu eigen gemacht. Schon 1908 anläßlich des „Daily Telegraph"-Interviews hat unsere Fraktion in dieser Richtung genau formulierte Anträge hier eingebracht, Anträge, die jetzt endlich — leider viel zu spät — zur Annahme gelangen werden. So sehr aber auch zu bedauern ist, daß die Demokratie erst in dem Augenblick zur Durchführung kommt, in dem sich der militärische Vorteil auf seiten unserer Gegner neigt, so ist die Demokratie doch der eigenen Initiative unseres Volkes entsprungen und in seiner eigenen Gesinnung festgewurzelt. Niemand in der Welt braucht daran zu zweifeln, daß unser Volk das Recht der Selbstbestimmung sich nicht mehr entwinden lassen wird. Sein Selbstbestimmungsrecht kann aber ein Volk nur dann wahren, wenn es auf dessen Aufrechterhaltung nach außen ebenso bedacht ist wie nach innen. In diesem Sinne fordern wir deutschen Sozialdemokraten für uns dasselbe Recht, das wir den anderen Völkern zugestehen, und das wir ihnen — ich will es offen aussprechen — nie hätten vorenthalten dürfen.

Am 5. Oktober hat sich dem Deutschen Reichstag eine Regierung vorgestellt, die ihre Existenz von der Zustimmung des Reichstags, von der Billigung weitester Volkskreise und insbesondere von der Mitwirkung der Vertrauensmänner der Arbeiter abhängig gemacht hat. Mit Recht ist deshalb der 5. Oktober als ein Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands bezeichnet worden. Er ist der Geburtstag der deutschen Demokratie. Die Regierung des Volksvertrauens — das will sie sein — leitet gegenüber dem früheren Spott auf die „Politik der Hasenheide", gegenüber dem feudalen System der Volksverachtung eine neue inner-

politische Epoche für Deutschland ein. Das deutsche Volk läßt sich nicht länger bevormunden; es will frei sein und wird frei sein! Die sozialdemokratische Partei hat von jeher die Überzeugung vertreten, daß ein großes Volk der Gegenwart nicht auf die Dauer von einer dünnen Oberschicht, von kleinen Gruppen auf Grund ererbter Vorrechte regiert werden könne. Im alten Deutschland waren ganze Klassen, Nationen und Konfessionen von der schaffenden Mitwirkung im Staate nahezu vollständig ausgeschlossen. Die Fortsetzung dieser Ausschaltungspolitik ist unmöglich, denn sie ist für Deutschland verhängnisvoll geworden. In dieser schwersten Prüfungszeit muß der Staat alle Volkskräfte mobil machen und für sich gewinnen, wenn er nicht untergehen, wenn er leben will. Wer sich jetzt noch der deutschen Demokratie widersetzt, vergeht sich nicht nur an den Menschenrechten unseres Volkes, sondern auch an der Sicherheit unseres Landes. Die Kreise, die bisher in Preußen-Deutschland die Alleinherrschaft hatten, das bureaukratisierte Junkertum und die verjunkerte Bureaukratie, haben endgültig ausgespielt. Für Volk und Reich ist die Demokratisierung zur Lebensnotwendigkeit geworden. Hier gilt das bekannte Wort: Wenn die Völker fortschreiten und die Verfassungen stillstehen, kommen die Revolutionen. Die besitzenden Klassen Deutschlands können froh sein, wenn der deutsche Volksstaat sich im Wege der politischen Entwicklung durchsetzt. Blicken Sie nach Rußland, und Sie sind gewarnt!

Der 5. Oktober leitet also einen Systemwechsel von großer Tragweite ein. Er ist der Übergang zu einem neuen Staatswesen, in dem das Volk durch seine freigewählten Vertreter seine Zukunft gestalten soll. Natürlich ist das, was bisher geschah, nur der Anfang eines Überganges. Wir Sozialdemokraten sind uns

darüber klar, daß von wirklicher Demokratie und Volksbefreiung erst dann gesprochen werden kann, wenn die wirtschaftliche Ausbeutung beseitigt und die Klassengegensätze aufgehoben sind. Aber heute gilt es zunächst im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung den Volkswillen zur maßgebenden Gewalt im Reiche zu erheben. Dazu bedarf es auf der Stelle durchgreifender Änderungen unserer Reichsverfassung.

Die Vorlage wegen Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung liegt uns bereits vor. Gleich meinem Herrn Vorredner muß ich zum Ausdruck bringen, daß der Entwurf uns nicht weit genug geht. Wir müssen verlangen, daß das Recht der Kriegserklärung ohne Einschränkung und ohne Ausnahme in allen Fällen von der Zustimmung des Reichstags abhängig gemacht wird. Meine Herren, das Volk ist es, das dabei seine Haut zu Markte zu tragen hat. Ein entsprechender Antrag der Mehrheitsparteien wird dem Reichstage zugehen; wir werden der so abgeänderten Vorlage dann unsere Zustimmung geben.

Die Vorlage wegen Artikel 11 der Reichsverfassung sieht auch vor, daß Friedensverträge künftig ebenso wie Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, der Zustimmung des Reichstags bedürfen. Wir sind Gegner der geheimen Verträge, die in der Vorgeschichte dieses Krieges eine recht verderbliche Rolle gespielt haben. Deshalb erwarten wir von der Reichsregierung, falls wir zu einer Völkerrechtsliga kommen sollten, daß sie sich rückhaltlos gegen Geheimverträge und Sonderverträge erklärt.

Unseres Erachtens muß auch im Grundgesetz des Reichs die jetzt zum Durchbruch gekommene parlamentarische Regierungsform in aller Form unwider-

ruflich festgelegt werden. Es muß dabei zum Ausdruck kommen, daß der Reichskanzler nur mit Zustimmung des Reichstags ernannt werden kann und sein Amt niederzulegen hat, wenn der Reichstag es fordert. Erst dann ist für die Zukunft die parlamentarische Regierungsform gesichert.

Das vom Herrn Reichskanzler heute angekündigte Ministerverantwortlichkeitsgesetz begrüßen wir. Es muß darin aber dem Reichstage die Möglichkeit gegeben werden, den Reichskanzler oder andere verantwortliche Minister vor einem Staatsgerichtshof zur Verantwortung ziehen zu können. Die Sicherstellung der Demokratie erfordert aber dringend weitergehende Verfassungsänderungen. Die Militärgewalt darf nicht länger mehr Staat im Staate sein. Das Militärkabinett muß seiner Machtbefugnisse entkleidet und in jeder Hinsicht dem verantwortlichen Kriegsminister unterstellt werden. Die Ernennung oder Verabschiedung der Offiziere und der Beamten darf nur unter Gegenzeichnung der Minister erfolgen, die dem Parlamente verantwortlich sind.

Verhängnisvoll und völlig unhaltbar ist die ganz absolutistische Stellung des Großen Generalstabs, der verfassungsmäßig weder dem Reichskanzler noch dem Reichstage verantwortlich ist. Täuschen wir uns nicht: Für das persönliche Regiment und für die Politik der gepanzerten Faust ist kein Raum mehr in Deutschland. Die Befehlsgewalten und alles, was darauf aufgebaut ist, muß der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und des Reichstags unterstellt werden. Soll die neue Demokratie nicht Kulisse und Dekoration sein, so kann als Zentralgewalt nur ein Wille herrschen, das ist die vom Volksvertrauen getragene Volksregierung. Wir erwarten von dem Herrn Reichskanzler, daß die heute von ihm angekündigte Vorlage

über die Ministerverantwortlichkeit unverzüglich dem Reichstage vorgelegt wird. Wir werden dann für die von mir angekündigten weitergehenden Änderungen der Verfassung dem Reichstag entsprechende Anträge unterbreiten.

Nur die Freiheit kann die Wunden heilen, die uns der Krieg so tief geschlagen hat. Nur ehrliche, tatkräftige Regierung für das Volk durch das Volk kann uns den Frieden zurückbringen. Deutschlands gewaltige wirtschaftliche Entwicklung lag offen vor den Augen aller Welt. Kaum der ärgste Feind versagte unseren technischen und geistigen Leistungen die Anerkennung. Aber auch der beste Freund im Auslande hat es nicht verstanden, daß wir trotzdem in der politischen Entwicklung so weit zurückbleiben konnten. Hier liegt der Brennpunkt des Mißtrauens, das uns die ganze Welt entgegenbringt. Es heute endlich zu überwinden, ist das Gebot der Stunde. Engstirniger Polizeigeist, frivoles Säbelrasseln und provozierender Junkerübermut haben Haß und Verderben über uns gebracht. Spätestens als wir im Kriege der feindlichen Riesenkoalition gegenüberstanden, hätten wir aus freier Entschließung den feindlichen Kriegshetzern die wirksame Propaganda der deutschen Unfreiheit entreißen müssen. Nun duldet die Not keinen Aufschub mehr. Deutschland muß frei werden oder untergehen. Dem alten Preußen hat in diesen Tagen die „Kreuzzeitung" die Sterbeglocke geläutet. Aber es ist nur die konservative Parteiherrschaft in Preußen, die untergeht. Das wahre Preußen des preußischen Volkes gewinnt dadurch neues Leben. Seit eineinhalb Jahrzehnten führt das arbeitende Volk Preußens einen zähen, ununterbrochenen Kampf um seine politische Gleichberechtigung. 15 Monate sind vergangen, seit der König von Preußen feierlich die Abschaffung der

Klassenvorrechte im Wahlrecht angekündigt hat. Verzweifelt haben sich die bisher Bevorrechteten gewehrt. Große politische und moralische Werte sind damit verwüstet. Dem Reich ist schwerer Schaden zugefügt worden. Wo war denn die von den Konservativen immer so laut gerühmte Staatstreue und Vaterlandsliebe, als der Weltkrieg auf seinem Höhepunkte die Entfesselung aller Volkskräfte verlangte? Lieber haben sie das Reich und Preußen in die größten Gefahren gestürzt, ehe sie dem Volke gutwillig seine Rechte gaben. Das Wort des Herrn v. Oldenburg-Januschau: „Wenn in Preußen das Wahlrecht eingeführt wird, wie es vorliegt, dann haben wir den Krieg verloren!" — das Wort wird den Konservativen nie vergessen werden. Jetzt endlich im letzten Augenblick hat die konservative Partei das gleiche Wahlrecht als Gebot nationaler Notwendigkeit anerkannt. Zu spät, um das Urteil über Sie zu mildern, daß Sie Ihre Vorrechte höher gestellt haben als die Not des Landes.

Der Herr Reichskanzler hat heute erklärt, das gleiche Wahlrecht in Preußen sei gesichert; es soll schnellstens und restlos durchgeführt werden. Wir warnen auf das allerdringendste, in Rücksicht auf formale Vorschriften die Durchführung noch auf Monate hinauszuschieben. Es ist allerhöchste Zeit, daß in Preußen das Klassenparlament dem Volksparlament Platz macht. Wenn irgendwo, so ist hier Eile geboten. Schnellstens muß in Preußen die Einheit zwischen Volk und Staat hergestellt werden. Nur dann kann Preußen leben und seine führende Stellung im Reich wiedergewinnen.

Von der Einsichtslosigkeit und dem Eigennutz der herrschenden Klasse, die sich im Kriege schonungslos enthüllt haben, hebt sich um so strahlender die glänzende Tüchtigkeit ab, die in diesem Kriege die deutschen

Volksmassen auf allen Gebieten bewiesen haben. Das deutsche Volk hat in diesem Kriege eine Widerstandskraft und eine moralische Stärke gezeigt wie niemals ein anderes Volk in der Welt. Kein Wort der Anerkennung, nicht einmal irgendeine Tat unserer Dankbarkeit reicht hin, um unsere Soldaten zu lohnen, die besonders in den letzten Monaten Ungeheuerliches ertragen und geleistet haben. Diesem Volke kann das gleiche Wahlrecht, das Selbstbestimmungsrecht nicht länger verwehrt werden. Das ist in Preußen ebenso unmöglich wie in Sachsen, Braunschweig, Mecklenburg und in den anderen Bundesstaaten. Auch wir achten den föderativen Charakter des Reichs und das Selbstbestimmungsrecht seiner einzelnen Volksstämme. Wir wollen aber, daß unsere Volksstämme ihr Schicksal selbst entscheiden können. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß die aus rückständigen Feudalverfassungen hervorgegangenen Landesvertretungen weder willens noch fähig sind, die notwendigen Reformen durchzuführen. Dazu fehlt ihnen die Einsicht in die Nöte ihrer Völker und vor allem die Liebe zu diesen. Deshalb müssen wir nachdrücklich fordern, daß die staatsbürgerliche Gleichberechtigung in allen Bundesstaaten auf dem Wege der Reichsgesetzgebung durchgeführt wird.

Der Herr Reichskanzler hat uns vorhin mitgeteilt, daß Elsaß-Lothringen nun ungesäumt die volle Autonomie erhalten soll, wie es der dortige Landtag fordert. Wieviel klüger wäre es gewesen, den Elsaß-Lothringern ihr Recht längst zu geben. Meine Partei und andere haben vor und während des Krieges wahrlich oft genug hier darauf gedrängt. Im vorigen Jahre hat sich endlich die Reichsregierung dazu bereit erklärt. Aber offenbar hat auch hier die unheilvolle Militärpolitik hemmend eingegriffen, die so ungeheuer

schwer an Elsaß-Lothringen gesündigt hat. In dieser Schwäche der Regierung gegen die Militärpolitiker lag ihr Kardinalfehler. Man hat nicht nur die Militärpolitik geflissentlich in das Heer hineingetragen, sondern mit ihr auch vielfach entscheidend in den Gang der Reichspolitik eingegriffen. Zum Überdruß oft haben wir das hier festgestellt. Meine Herren, wozu braucht die Oberste Heeresleitung politische Institutionen, deren Tätigkeit auf Gebieten liegt, für die verfassungsmäßig allein die Reichsleitung verantwortlich ist? Darf ein Kriegspresseamt sich zum Herrscher über Inhalt und Tendenz aller deutschen Zeitungen aufwerfen wollen? Darf eine Auslandsabteilung der Obersten Heeresleitung auswärtige Politik auf eigene Faust treiben und die Politik des Reichs gegenüber fremden Staaten durchkreuzen? Und welchen ungeheuren Schaden hat die Militärpolitik in den östlichen Randstaaten angerichtet? Wir müssen sofortige radikale Abkehr von diesem für Deutschland verhängnisvollen System fordern. Die Militärs haben wirklich in der Bewältigung ihrer technischen Aufgaben ein sehr großes Arbeitsgebiet; auf politischem Gebiete haben sie bisher nur Unheil angerichtet. Nach dem Recht und den Kompetenzen unserer Verfassung haben sie auf diesem Gebiete nichts zu tun. Wir erwarten deshalb von der neuen Regierung, daß sie jeden Versuch einer militärischen Nebenregierung mit äußerster Entschiedenheit und Entschlossenheit entgegentritt. Der Geist der militärischen Überhebung und Bevormundung hat auch bei der Handhabung des Belagerungszustandes zu unsäglich trüben Erfahrungen geführt. Hier hat sich ein Zustand krassester Willkür und Diktatur herausgebildet, der geistig und politisch geradezu verwüstend wirken mußte. Die zahllosen Debatten, die wir darüber in diesem Hause geführt haben, haben sich zu

einem Elend ohne Ende ausgewachsen, irgendwelche Besserung haben sie nicht herbeigeführt. Das wirksamste Mittel gegen diese unerträglichen Zustände ist zweifellos die Beschränkung des Belagerungszustandes auf die tatsächlich vom Feinde bedrohten Gebiete. Wir haben stets die Aufhebung des Belagerungszustandes im Innern des Reichs gefordert und halten auch heute daran fest. Gewiß ergibt sich daraus eine Reihe technischer Schwierigkeiten. Würde deshalb die Reform auf die lange Bank geschoben, so wäre dabei allerdings nicht viel gewonnen. Entscheidend muß unseres Erachtens sein, daß tatsächlich sofort die Sicherstellung der persönlichen Freiheit, des Versammlungsrechts und der Preßfreiheit durchgeführt wird. Diese Forderungen hat die Regierung anerkannt und in ihr Programm aufgenommen; sie müssen schnell und tatkräftig durchgeführt werden.

Inzwischen ist ein Erlaß ergangen, auf den der Herr Reichskanzler vorhin hinwies, wonach der Oberbefehlshaber alle seine Anordnungen und Entscheidungen im Einverständnis mit dem Reichskanzler oder seinem Stellvertreter zu treffen hat.

Wir begrüßen diesen Schritt. Damit ist aber nicht genügend geschehen. Eine Änderung des Belagerungszustandsgesetzes ist unseres Erachtens unerläßlich. Der Reichstag, der dabei mitzuwirken hat, muß dafür Sorge tragen, daß der Einfluß des Militärs auf dem Gebiet des Belagerungszustandes auf die rein strategischen Fragen, auf die tatsächlich militärischen Angelegenheiten eingeschränkt wird. Nur so kann den Übergriffen des Militärs, die auf dem Gebiete des Zensur- und Versammlungsrechts bis in die letzten Tage fortgesetzt worden sind, endlich Einhalt geboten werden. Es erregt auch heute großen Unwillen im Lande, daß noch immer stellvertretende kommandierende Ge-

nerale im Amte sind, die sich bei Ausübung des Belagerungszustandes wie Tobsüchtige gebärden. Hier muß endlich und gründlich Wandel geschaffen werden.

Die Regierung kann im Volke ihr Vertrauen nicht besser festigen als mit der restlosen Beseitigung der politischen und geistigen Bevormundung, mit der schnellsten Wiederherstellung der Lebensfreiheit des Volkes.

Zugleich muß den bisherigen Opfern des Belagerungszustandes Gerechtigkeit widerfahren. Wird mit dem alten System gebrochen, so lassen sich auch die Verurteilungen nicht aufrechterhalten, die es zur Folge hatte. So erfreulich es ist, daß die erste Maßnahme der neuen Regierung die Durchsetzung der Amnestie war, so müssen wir doch verlangen, daß die Amnestie vollständig und restlos ist. Sie muß den Verurteilten der ordentlichen Militärgerichte ebenso zugute kommen wie denen der Zivilgerichte und der außerordentlichen Militärgerichte.

Ich kann erfreulicherweise auf die Partie meiner Rede, die den Fall Liebknecht behandeln sollte, verzichten, weil mir kurz vor Beginn meiner Rede mitgeteilt worden ist, daß Liebknecht bereits in Freiheit ist. Aber ich muß doch hinweisen auf die unglücklichen Matrosen, die wegen Unbesonnenheiten zu schweren Strafen verurteilt worden sind. Auch ihnen muß die Amnestie gerecht werden. Die natürliche Folge der Amnestie muß unseres Erachtens sein, daß auch die Verurteilten in den besetzten Gebieten eingeschlossen werden, daß die schwebenden Verfahren eingestellt und die Opfer der Schutzhaft befreit werden.

Besonders wünsche ich, daß die immer noch aus ihrem Lande verbannten Elsaß-Lothringer baldigst in ihre Heimat zurückkehren können. Eine neue Zeit muß einen neuen Glauben an eine neue Gerechtigkeit

wecken. Aber die Regierung muß auch Sorge tragen, daß den überaus rigorosen Bestrafungen in den besetzten Gebieten überhaupt Einhalt geboten wird. So hat zum Beispiel die „Litauische Zeitung" vom 27. September gemeldet, daß wegen Abhaltung einer verbotenen Versammlung und Verbreitung unrichtiger Nachrichten vom dortigen Feldgericht des Generalkommandos eine Anzahl Personen zu schweren Strafen, teils zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Solch unerhörte grausame Urteile müssen in der ganzen gesitteten Welt einen Schrei der Entrüstung auslösen. Sie müssen den deutschen Namen aufs schwerste schänden.

Ich muß weiter in diesem Zusammenhange hinweisen auf die kürzlich aus Helsingfors gemeldeten schweren Verurteilungen sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter in Finnland. Sechs sollen zum Tode, andere zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt sein. Hier handelt es sich zweifellos um brutale Klassenurteile. Ich weiß wohl, daß wir in Finnland nicht entscheidend sind, aber wir haben Einfluß dort. Deshalb richte ich namens meiner Freunde an die Regierung das dringende Ersuchen, soweit wie möglich sich entschieden dafür einzusetzen, daß diese grausamen Strafen nicht vollstreckt werden. Sofortiges Eingreifen ist hier ein Gebot der Menschlichkeit.

Soviel von den dringenden Aufgaben des Augenblicks. Zu einem vollständigen Programm der nächsten Aufgaben fehlt noch viel.

Die während des Kriegs vorgenommene Reform der Wahlkreiseinteilung zur Reichstagswahl war nur eine kleine Abschlagszahlung. Nur das allgemeine, im ganzen Reiche durchgeführte Verhältniswahlrecht kann die Basis einer wirklich demokratischen Volksvertretung werden. Der heutige Zustand verfälscht

das gleiche Wahlrecht. Unsere Frauen dürfen nicht länger mehr politisch rechtlos sein, eine Erkenntnis, die in anderen Ländern längst, am deutlichsten aber während des Krieges gekommen ist. Was wäre die deutsche Heimatsfront ohne die unermüdliche Arbeit der Frauen in den Werkstätten, Bureaus, in den Krankensälen, in der weiteren Kriegsfürsorge? Wer bewundert nicht das stille Heldentum unserer Frauen und Mütter? Das neue Deutschland ehrt dieses Heldentum unserer Frauen am schönsten durch die Gewährung der gleichen politischen Rechte. Unsere ganze Verwaltung von oben bis unten, die Staatsverwaltung, die Selbstverwaltung muß auf eine neue Grundlage gestellt werden. Überall muß der alte Junkergeist ausgeräuchert werden, soll das neue Deutschland Wirklichkeit werden.

Aber auch die wirtschaftliche Not unseres Volkes stellt uns vor große Aufgaben. Da ist es charakteristisch, daß in der Schicksalsstunde unseres Volkes der Bund der Landwirte in einem Aufruf die Organisation unserer Volksernährung als sozialdemokratische Zwangswirtschaft zu diskreditieren sucht und verlangt, daß mit ihrem Abbau begonnen wird. Die Herren mögen sich nicht täuschen über die Stimmung des Volks. Vor allem soll man sich hüten vor wirtschaftlicher Sabotage der Volksernährung unter der neuen Demokratie! Das müßte zur Katastrophe führen, die auch für die Landwirtschaft mit den schwersten wirtschaftlichen Opfern verbunden wäre. Die Sicherheit unseres Landes macht es jedem Landwirt zur Pflicht, heute mehr denn je im Kriege sein Bestes zu tun, um unsere Volksernährung sicherzustellen. Die Not des Volkes erfordert schärfste Erfassung aller Nahrungsprodukte. Beim preußischen Großgrundbesitz ist da noch viel nachzuholen. Der schwunghafte Schleichhandel ist der

beste Beweis, wie mangelhaft die Erzeugnisse für die öffentliche Bewirtschaftung erfaßt werden. Das System der Selbstversorgung muß einer gründlichen Reform unterworfen werden. Die skandalösen Wucherpreise für die notwendigen Bedarfsartikel müssen zurückgedrängt werden, wenn die Verhältnisse erträglich werden sollen.

Man hat uns zum Vorwurf gemacht, wir hätten in unserem Mindestprogramm die Sozialpolitik vergessen. Es steht noch unendlich viel anderes nicht darin, was auch unbedingt in ein Aktionsprogramm hineingehörte. Aber wir mußten uns mit dem begnügen, was heute und morgen getan werden kann und unbedingt durchgeführt werden muß. Sozialpolitik im Kriege ist ein trauriges Kapitel. Jeder Tag stellt neue und andere Aufgaben. Jetzt, wo wir die Friedensarbeit in Fluß gebracht haben, drängen uns die Verhältnisse die ungeheuersten sozialpolitischen Arbeiten auf. Demobilisation der Riesenarmeen draußen, der arbeitenden Frauenheere drinnen; die Beschaffung von Arbeit und Brot für die heimkehrenden Soldaten und die Arbeiter der Kriegsindustrie; die Umstellung unserer gesamten Wirtschaft auf die schon halb vergessene Friedenswirtschaft; die Wiederanknüpfung des Welthandels und Weltverkehrs; die Wiederherstellung des gesetzlichen Arbeiterschutzes vor dem Kriege. Hier stehen wir vor fundamentalen Aufgaben unseres künftigen Lebens. So blöd und kurzsichtig sind wir wahrhaftig nicht, daß wir bei Aufstellung unseres Programms an nichts von alledem gedacht hätten. Die Schaffung des Arbeitsamtes beweist das Gegenteil. Der ist nie im Herzen Sozialdemokrat gewesen, der glaubt, daß wir die soziale Not der breiten Volksmassen auch nur einen Augenblick hätten vergessen können.

Die Grundursache der augenblicklich drückendsten Not ist eben der Krieg. Da mußte manches andere im Augenblick zurücktreten hinter die Riesenaufgabe der Beendigung des gräßlichen Mordens. Einen ehrlichen dauernden Frieden für die gesamte Menschheit hat die neue Regierung als Hauptinhalt ihres Programmes bezeichnet. Das war der Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie von Kriegsbeginn an. Seit dem 4. August gab es für uns nur ein Kriegsziel, an dem wir unerschütterlich festhielten: die Wiedererlangung des Friedens unter Sicherung unserer Lebensnotwendigkeiten und ebenso ehrliche Achtung der Lebensbedürfnisse der anderen Völker. Die breiten Massen unseres Volkes haben dieser Politik des Verständigungswillens und des Friedensstrebens stets volles Verständnis entgegengebracht.

Darum hat innerpolitisch und nach außen hin nichts so ungeheuer geschadet, ist uns nichts so verhängnisvoll geworden wie der mit allen Mitteln geführte Machtkampf unserer Gewaltpolitiker. Durch die brutale Art, in der sie ihre wilden Eroberungsziele verfolgten, haben sie unser ganzes innerpolitisches Leben vergiftet, das Volk in seinem guten Glauben schwankend gemacht und die öffentliche Meinung irregeführt. Schmähungen schlimmster Art haben sie auf jeden gehäuft, der die eigenen Volksgenossen über den Wahnsinn dieser Politik belehrte. Selbst jetzt, wo der Gang der Ereignisse über diese Weltverschlucker zur Tagesordnung übergegangen ist, ist ihr letztes Lebenszeichen noch auf Zerstückelung des Volkes gerichtet.

Gestatten Sie mir, nur ein Beispiel aus vielen hier anzuführen: „Jammergestalten, Miesmacher, Flaumacher, Unglücksraben und quakende Unken aus der Tiefe" nennt der Aufruf der freikonservativen Partei die Männer, die jetzt ihr Bestes einsetzen zur Rettung

unseres Volkes aus dem Unglück, in das es die Gewaltpolitiker gestürzt haben. Der Tag der Abrechnung mit diesen Katastrophenpolitikern wird kommen, und dabei wird ihnen nichts, aber auch gar nichts geschenkt werden. Ein unerbittliches Volksgericht wird über sie hereinbrechen. Aber heute muß schon gesagt werden: Die alldeutschen Schreier und ihre Hintermänner, die jetzt im Lande die Rebellion gegen die demokratische Regierung organisieren, spielen mit dem Feuer! Sie mögen sich gesagt sein lassen: Ihre Zeit ist endgültig vorbei, ihre Politik ist gebrandmarkt für alle Zeiten.

Die Sozialdemokratie hat im Kriege nie ein taugliches Mittel zur Austragung von Völkerstreit erblickt. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege ist eine alte Programmforderung der deutschen Sozialdemokratie. Heute ist diese Forderung zum Gemeingut der Völker geworden. Alle Völker verlangen Garantien, die sie für alle Zeiten vor der Wiederkehr der Kriegsfurie bewahren. Wie der einzelne Staatsbürger in allen Kulturstaaten sein Recht beim Gericht suchen muß, ebenso muß im Völkerleben an Stelle der Gewalt das Recht treten. Das Völkerrecht muß fest verankert werden in einem alle Völker umfassenden Bund, der jeden Friedensstörer in die Schranken weist. Seine gemeinsamen Machtmittel muß der Völkerbund gegen den richten, der ohne Anrufung des Schiedsgerichts zum Schwert greift. Hand in Hand damit muß eine allseitige und immer vollständigere Abrüstung durchgeführt werden. Sonst brechen die Völker unter der doppelten Last der Kriegsschulden und der Rüstungen zusammen. Völkerbund, obligatorisches Schiedsgericht und Abrüstung sind die sichersten Bürgschaften für den Dauerfrieden, die sicherste Bürgschaft auch für das

Lebensrecht jeder einzelnen Nation, ob stark oder schwach, groß oder klein.

Zum Schluß noch ein Wort über die Beweggründe, die uns Sozialdemokraten veranlaßten, in die neue Reichsleitung einzutreten. Entscheidend für diesen Entschluß — der uns gewiß nicht leicht geworden ist — war die Not unseres Landes, die nie größer war als heute. Gelingt es den Herrschenden der feindlichen Länder, uns einen bedingungslosen Frieden aufzuzwingen, werden unsere wirtschaftlichen Lebenskräfte vergewaltigt, unsere wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten unterbunden, dann wird die deutsche Arbeiterklasse schwer getroffen. Sollten wir in den Zustand zurückgestoßen werden, der jährlich Hunderttausende Arbeiter zur Auswanderung zwang, dann würde den deutschen Arbeitern in der Fremde das Los der Kulis drohen. Die schwer und opfervoll erkämpften wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der deutschen Arbeiter würden gefährdet, ihr Kampf für den sozialen Aufstieg um Jahrzehnte zurückgeworfen. Deshalb bekennen wir uns zur Politik der Landesverteidigung, heute, wie am 4. August 1914, getreu uns selbst, getreu unserem Volke und seiner Zukunft. Dabei bleiben wir, so lange es notwendig ist.

Geht es nach unserem Willen, dann soll es nicht zum Verzweiflungskampfe kommen. Diese Regierung, die erste deutsche Reichsleitung, in der Sozialdemokraten sitzen, soll eine Friedensregierung sein.

Es wäre für uns gewiß bequemer gewesen, draußen zu stehen und unsere Hände in Unschuld zu waschen. In der Schicksalsstunde des deutschen Volkes wäre aber eine solche Politik vor der Geschichte, vor der Nation und vor der deutschen Arbeiterklasse nie und nimmer zu verantworten. Wir sind in die Regierung hineingegangen, weil es heute um das ganze deutsche

Volk, um seine Zukunft, um Sein oder Nichtsein geht. Die Sozialdemokratie, die immer mit Leidenschaft dem Ideal des Weltfriedens gedient hat, die im Kriege unausgesetzt für den Frieden gewirkt hat, darf und will jetzt, wo es gilt, aus dem Blutbade des Krieges herauszukommen, nicht tatenlos beiseite stehen. Wir wissen, was wir mit unserem Schritt gewagt haben. Gelingt es uns aber, durch unseren Entschluß die Schauer des Krieges auch nur um einige Tage zu verkürzen, und dadurch Zehntausenden unserer Soldaten das Leben zu retten, so wäre uns das Rechtfertigung und Genugtuung genug. Hätten wir durch Verweigerung unserer Mitarbeit auch nur den Schimmer einer Friedensmöglichkeit vernichtet, so hätten wir unverantwortlich gehandelt. Durch unseren Eintritt in die Regierung übernehmen wir keinerlei Verantwortung für ihre bisherige Politik. Im Gegenteil! Unser Eintritt in die Regierung zieht einen dicken Trennungsstrich zwischen dem, was vor und dem, was nach dem 5. Oktober geschah. Der jetzige Umschwung, die jetzt erfolgte Parlamentarisierung verurteilt durch sich selbst die Sünden des früheren Systems. Wir haben zu den Regierungen immer in Gegensatz gestanden; wir haben sie bekämpft, wo es notwendig war, und haben durch Ablehnung des Etats über unsere Stellung zur Gesamtpolitik der Regierung keinerlei Zweifel gelassen. Aber was immer in der Vergangenheit verfehlt worden sein mag: Wir mußten versuchen, zu verhindern, daß das unschuldige deutsche Volk darunter leidet, daran zusammenbricht.

Wir wissen: Ein böses Erbe haben wir übernommen; wir müssen viel Ballast auswerfen, um das Staatsschiff in den Friedenshafen zu retten. Nicht den besitzenden Klassen zuliebe, sondern für die Zukunft des Staates, der einst dem ganzen Volke gehören soll,

zur Beschleunigung des Friedens, zur Verbesserung der Friedensaussichten haben wir in schwerster Zeit das Opfer gebracht. Für eine engumgrenzte Arbeit haben wir uns mit allen denen zusammengeschlossen, die für den Rechtsfrieden und die Demokratisierung sind. Gelingt uns unsere Aufgabe, so ist das ein Segen nicht sowohl für uns wie für das deutsche Volk.

Von unseren grundsätzlichen Aufgaben und Anschauungen haben wir nichts preisgegeben und nichts verleugnet. Unser Programm ist das alte. Unser Kampf gilt nach wie vor der Durchführung der Rechte und Interessen des arbeitenden Volkes. Wir sind, was wir waren, und bleiben, was wir sind: Sozialdemokraten! Anhänger der internationalen Völkergemeinschaft, Kämpfer für die Befreiung der Menschheit vom Elend des Krieges, aus der Not des Kapitalismus, der ihn verschuldet hat, Feinde jeder Ausbeutung und Unterdrückung.

Aber unbeschadet unseres Programms haben wir uns jetzt an die Bewältigung einer Aufgabe gemacht, die sofort gelöst werden muß, soll nicht die deutsche Arbeiterschaft schwersten Schaden erleiden. Im Dienst unserer todumdrohten Soldaten an der Front, im Dienste unserer darbenden Arbeiter und Kinder in der Heimat wollen wir den Frieden schaffen.

Mit Ruhe und Festigkeit sehen wir dem entgegen, was unser Friedensschritt bringt. Hab und Gut können wir verlieren, — die Kraft, die Neues schafft, kann uns aber keiner nehmen. Was auch kommen mag: Wir bleiben stehen in der Mitte Europas als ein zahlreiches, tüchtiges, ehrliebendes Volk. Wollen die anderen Völker fortab unsere Freunde sein, so wird das ein Gewinn sein für uns und für sie; wollen sie unsere Feinde bleiben, indem sie uns als Auswurf der Menschheit und als ihre Schuldknechte behandeln, so rufen

wir ihnen zu: Nehmt euch in acht, jede Knechtschaft hat einmal ein Ende!

Wir deutschen Sozialdemokraten wollen, daß der kommende Frieden ein fester, ewiger Bundesfrieden freier und gleichberechtigter Völker wird. Alle Freunde dieses großen Gedankens in der Welt rufen wir an, uns bei seiner Verwirklichung zu helfen, denn wir glauben an die Menschheit. Erleben wir eine Enttäuschung, so werden wir nicht verzagen, denn wir glauben an unser Volk. Zu ihm wollen wir dann in Treue stehen, bis auch ihm die Freiheitsstunde schlägt.

AUFRUFE DES REICHSKANZLERS EBERT 9.—10. 11. 1918

I.

Die neue Regierung hat die Führung der Geschäfte übernommen, um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungersnot zu bewahren und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzusetzen. Diese Aufgabe kann sie nur erfüllen, wenn alle Behörden und Beamten in Stadt und Land ihre hilfreiche Hand leihen.

Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unser harrt. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht.

Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören.

Es muß die erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre

Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern.

Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderungen und Raub, mit Elend für alle! Die Ärmsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten getroffen werden.

Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich aufs schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle dringend: Verlaßt die Straßen! Sorgt für Ruhe und Ordnung!

II.

Mitbürger! Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde daher über das Ergebnis der Öffentlichkeit in Kürze berichten.

Ich weiß, daß es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten unternommen haben, aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volke. Ein Versagen der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend ausliefern.

Helft also mit mir dem Vaterlande durch furchtlose und unverdrossene Weiterarbeit, ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist.

III.

Es sind gestern viele Motorwagen der Kraftfahrtruppen requiriert worden. Alle diese Wagen müssen sofort nach der Potsdamer Straße 26 a zurück-

gebracht oder mindestens telephonisch „Nollendorf 4010" angemeldet werden.

Wenn die Lebensmittelversorgung nicht vollkommen versagen und dadurch schwerstes Unheil über die Berliner Bevölkerung gebracht werden soll, müssen alle militärischen Wagen sofort abgeliefert werden.

ZWEI KUNDGEBUNGEN DER REGIERUNG EBERT-HAASE

12. 11. 1918

I.

Die Staatssekretäre und die Chefs der Reichsbehörden sind von der Reichsregierung mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt worden. Das Eindringen unbefugter Personen in die Geschäftsräume der Reichsbehörden und die Übernahme amtlicher Geschäfte durch solche Personen ist nicht gestattet. Ebert. Haase.

II.

Die Kohlenwirtschaft ist ebenso wichtig und gefährdet wie die Lebensmittelwirtschaft. Die Kohlennot wird trotz Abstellung der Kriegswirtschaft unverändert groß bleiben, schon wegen der Verkehrsschwierigkeiten. Die Aufrechterhaltung der Kohlenwirtschaft ist abhängig von dem geordneten Weiterarbeiten der Organisation. Die örtlichen Organe sind: für den Hausbrand die Städte und Kommunalverbände, für Gas, Wasser, Elektrizität und die Kohlenversorgung der Fabriken die Kohlenabteilungen und Elektrizitätsabteilungen bei den bisherigen Kriegsamtsstellen. Diese sind bereits angewiesen, nach Gesichtspunkten der Friedenswirtschaft zu arbeiten.

Die Arbeiter- und Soldatenräte, überhaupt alle durch den Übergang der Regierungsgewalt in die Hände des Volkes entstandenen politischen Organe werden

aufgefordert, in die bestehende Organisation der Kohlenwirtschaft nicht einzugreifen, sondern deren etwa erforderliche Umgestaltung der zentralen Volksregierung zu überlassen. Nur so kann das schwerste Unheil von dem Volke und dem zurückkehrenden Heere abgewendet werden. Ebert. Haase.

DAS SOZIALISTISCHE PROGRAMM SOLL SOFORT VERWIRKLICHT WERDEN

Erster Aufruf der Volksbeauftragten. 12. 11. 1918

An das deutsche Volk!

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.

2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.

3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.

4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.

5. Die Freiheit der Religionsübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.

6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen.

7. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.

8. Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt. Ebenso die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter.

9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.

Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden, spätestens am 1. Januar 1919 soll der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Lasten auf Reich, Land und Gemeinde. — Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 Mark ausgedehnt werden. — Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellungen von Wohnungen bekämpft werden. — Auf die Sicherung einer geregelten Volksernährung wird hingearbeitet werden. — Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen. — Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen. — Auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht.

Ebert. Haase. Scheidemann. Landsberg.
Dittmann. Barth.

Die Volksregierung ist von dem Wunsche beseelt, daß jeder unserer Soldaten nach den unsäglichen Leiden und den unerhörten Entbehrungen in kürzester Zeit nach der Heimat zurückkehrt. Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn die Demobilisierung nach einem geordneten Plane vor sich geht. Falls einzelne Trupps willkürlich zurückfluten, so gefährden sie sich selbst, ihre Kameraden und die Heimat auf das schwerste. Ein Chaos mit Hunger und Not müßte die Folge sein. Die Volksregierung erwartet von euch strengste Selbstzucht, um unermeßlichen Schaden zu verhüten. Wir ersuchen die Oberste Heeresleitung, das Feldheer von vorstehender Erklärung der Volksregierung in Kenntnis zu setzen und folgendes anzuordnen:

1. Das Verhältnis zwischen Offizier und Mann hat sich auf gegenseitigem Vertrauen aufzubauen. Willige Unterordnung des Mannes unter den Offizier und kameradschaftliche Behandlung des Mannes durch den Vorgesetzten sind hierzu Vorbedingungen.

2. Das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers bleibt bestehen. Unbedingter Gehorsam im Dienst ist von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der Zurückführung in die deutsche Heimat. Militärische Disziplin und Ordnung im Heere müssen deshalb unter allen Umständen aufrechterhalten werden.

3. Die Soldatenräte haben zur Aufrechterhaltung des Vertrauens zwischen Offizier und Mann beratende Stimme in Fragen der Verpflegung, des Urlaubs, der Verhängung von Disziplinarstrafen. Ihre oberste Pflicht ist es, auf die Verhinderung von Unordnung und Meuterei hinzuwirken.

4. Gleiche Ernährung für Offiziere, Beamte und Mannschaften.

5. Gleiche Zuschüsse zu den Löhnungen. Gleiche Feldzulage für Offiziere und Mannschaften. Von der Waffe gegen Angehörige des eigenen Volkes ist nur in der Notwehr oder zur Verhinderung von Plünderungen Gebrauch zu machen.

Ebert. Haase. Scheidemann. Dittmann.
Landsberg. Barth.

BILDET BAUERNRÄTE! 14. 11. 1918

Die neue deutsche Reichsregierung ruft hiermit alle Schichten der ländlichen Bevölkerung ohne Unterschied der Parteirichtung auf zu gemeinsamer freiwilliger Bildung von Bauernräten, um die Volksernährung, die Ruhe und Ordnung auf dem Lande sowie die ungehinderte Fortführung der ländlichen Betriebe sicherzustellen.

Die Reichsregierung hat den Wunsch, die staatlichen Eingriffe zur Sicherung der Volksernährung auf das absolut Notwendige zu beschränken, in der Erkenntnis, daß Freiwilligkeit und Selbstverwaltung schneller und besser zum Ziele führen, als die beste bureaukratische Organisation. Je mehr die ländliche Bevölkerung durch freiwillige selbstgeschaffene Orts- und Gemeindeausschüsse dazu beiträgt, daß schnell und fortlaufend die erforderlichen Lebensmittel zur Sicherung der Volksernährung bereitgestellt werden, desto weniger wird es zu zwangsweisen Eingriffen kommen. Die ländliche Bevölkerung hat es also selber in der Hand, diese auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Die ländliche Bevölkerung kann versichert sein, daß die Reichsregierung sie nachdrücklichst schützen wird vor allen willkürlichen Eingriffen Unberufener in ihre Eigentums- und Produktionsverhältnisse. Wenn der Hunger niemanden aus der Stadt auf das Land

treibt und die von der Front zurückflutenden Soldatenmassen regelrecht verpflegt werden können, wird es solcher Schutzmaßnahmen gar nicht bedürfen. Deshalb ist die freiwillige Lieferung der erforderlichen Lebensmittelmengen das sicherste Schutzmittel vor Störungen der Ruhe und Ordnung auf dem Lande und garantiert auch am besten den ungestörten Fortgang der ländlichen Betriebe. Dieser Zusammenhänge möge die ländliche Bevölkerung sich bewußt sein und alles tun, was in ihren Kräften steht, das deutsche Volk in dieser schweren Zeit vor dem Verhungern zu schützen. Niemand wird Unbilliges von ihr verlangen und sie verantwortlich machen, wenn Transportschwierigkeiten oder andere Umstände Stockungen in der Versorgung der Bevölkerung verursachen; aber im eigenen Interesse und in dem der Volksgesamtheit muß die Landbevölkerung jetzt ohne jeden Verzug die freiwillige Organisierung von Bauernräten in die Hand nehmen.

Erfreulicherweise haben die berufenen Organisationen der deutschen Landwirtschaft sich bereits mit einem solchen Vorschlag an die landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands gewendet und sich mit der neuen Reichsregierung darüber verständigt.

Jetzt gilt es schnell zu handeln, jede Passivität auszuschalten und in freiwilliger, gemeinsamer Zusammenarbeit der Bauernräte auf dem Lande mit dem Kriegsernährungsamt und den Arbeiter- und Soldatenräten in den Städten alle Gefahren abzuwenden, die eine akute Hungersnot über den einzelnen und über die Volksgesamtheit heraufbeschwören muß.

Bauern, Landarbeiter, Handwerker und Gewerbetreibende auf dem Lande: Bildet unverzüglich Bauernräte!

Ebert. Haase. Landsberg. Scheidemann. Barth
Dittmann.

AN HEIMAT UND HEER 22. 11. 1918

Die Verpflegung des Feldheeres auf dem Rückmarsch ist durch Plünderungen von Verpflegungszügen und Verpflegungsmagazinen aufs äußerste bedroht.

Heimat und Heer werden dringend aufgefordert, mit allen Kräften solche Vorkommnisse zu verhindern, da sonst ein Zusammenbruch der Verpflegung mit schlimmsten Folgen unausbleiblich wäre.

Plünderung oder Versuch einer solchen hat schärfste Strafe zur Folge. Ebert. Haase. Göhre.

AN DIE HEIMKEHRENDEN SOLDATEN 22. 11. 1918

Kameraden! Die Deutsche Republik heißt Euch von Herzen willkommen in Eurer Heimat! Ihr seid für ein Vaterland ausgerückt, in dem Ihr nichts zu sagen hattet, in dem eine Handvoll von Gewalthabern Macht und Besitz unter sich verteilt hatten. Ihr durftet nur schweigen und kämpfen, während Hunderttausende neben Euch schweigen und sterben mußten.

Heute kommt Ihr ins eigene Land zurück, in dem künftighin niemand etwas zu sagen und zu bestimmen hat, als das Volk selbst, in das Ihr Euch nun wieder eingliedert. Die Revolution hat den Bann gebrochen: Ihr und wir, Deutschland ist frei. Unsere sozialistische Republik soll als freieste in den Bund der Völker treten. Ihr findet aber nicht nur alle politischen Rechte, die Euch bisher vorenthalten waren, die Heimat soll auch wirtschaftlich Euer Besitz und Erbe werden, in dem Euch nach unserem Willen keiner mehr ausbeuten und knechten soll.

Die Reichsregierung, die das Vertrauen Eurer Kameraden und der Arbeiter berufen hat und trägt, will Euch Arbeit schaffen, Schutz bei der Arbeit und er-

höhtes Einkommen aus der Arbeit. Achtstundentag, Erwerbslosenunterstützung, Arbeitsbeschaffung, Ausdehnung der Krankenversicherung, Steuerung der Wohnungsnot, Sozialisierung der dazu reifen Betriebe: alles ist im Werden, ist zum Teil schon Gesetz!

Kommt und seid willkommen als die Männer, welche die Träger der neuen Republik und ihrer Zukunft sein sollen. — Gewiß, Ihr findet bei uns Knappheit an Nahrungsmitteln, an allen wirtschaftlichen Gütern, im Lande herrschen Not und Entbehrung. Helfen kann uns nur gemeinsame Arbeit, solidarisches Handeln. — Nur ein Deutschland, das eine gesicherte, in den Arbeitern und Soldaten verankerte Regierung besitzt, kann von unseren bisherigen Gegnern das erreichen, was Ihr seit vier Jahren erkämpft und ersehnt habt: — den Frieden!

Ebert. Haase. Scheidemann. Dittmann.
Landsberg. Barth.

AUFZEICHNUNGEN AUS DEN REVOLUTIONSTAGEN

Aus dem Nachlaß.

(Es fehlen Aufzeichnungen bis zum 14. November 1918.)

15. 11. vorm. Ich beauftragt, mit Preuß wegen Übernahme Staatssekretariats des Innern zu verhandeln. Max Weber kommt auch in Betracht.

15. 11. Ich verhandle mit Stadtkommandanten, Polizeipräsidenten, Oberkommando wegen Organisation eines Sicherheitsdienstes in Berlin. Luxemburg (Gewerkschaften und Eisenbahnerrat) wünschen, daß die Luxemburgische Regierung Eisenbahnen provisorisch übernehme. Abgelehnt. Prinz und Prinzessin Sigismund von Preußen wollen als Herr und Frau von Plehwe Auslandspässe. Zugestimmt.

15. 11. nachm. Abkommen Gewerkschaft und Groß-

industrielle über Arbeitsgemeinschaft veröffentlicht Regierung und empfiehlt den Leitern der Reichsbetriebe Beachtung.

Fehrenbach will Reichstag einberufen. Es wird ihm geantwortet: Infolge der politischen Umwälzung, die sowohl die Institution des deutschen Kaisertums als auch den Bundesrat in seiner Eigenschaft als gesetzgebende Körperschaften beseitigt hat, kann auch der 1912 gewählte Reichstag nicht mehr zusammentreten. Unterschrift aller Volksbeauftragten. Halbamtlicher Zusatz für Presse: Die Reichsregierung ist mit den Vorbereitungen zur möglichst schnellen Einberufung einer konstitutionellen Nationalversammlung beschäftigt.

18. 11. vorm. Kompetenzkonflikt mit Vollzugsrat, der Kongreß aller Ar.- und S.-Räte des Reichs vertagt zur Regelung der Kompetenzfrage — keine Entscheidung. Ausschuß auf meinen Vorschlag eingesetzt, der Kompetenzfrage prüfen soll.

18. 11. nachm. Stellung zu Sowjetrußland. Haase riet, dilatorisch vorzugehen. Vorgelesen werden Berichte der Gesandtschaften in Bern, Haag und Stockholm, demnach ist Entente bereit, der gegenwärtigen bürgerlich-sozialdemokratischen Republik Entgegenkommen in den Friedensbedingungen und Lieferung von Lebensmitteln zu zeigen, falls und solange die Regierung in der gegenwärtigen Zusammensetzung unter Ebert bestehen bleibt; gegenüber einem Anwachsen des Bolschewismus würde sie jedoch sofort mit allen Mitteln einschreiten."

Landsberg weist auf russische Funksprüche hin, die die deutsche Regierung beschimpfen und deutsche Arbeiter auffordern, die Regierung zu stürzen.

Kautsky schließt sich Haase an, die Entscheidung müsse hinausgeschoben werden. Die Sowjetregierung

würde sich nicht mehr lange halten, sondern in einigen Wochen erledigt sein.

Haase zu Gesandtenberichten: Sicher verbürgt seien nur zwei Äußerungen amerikanischer Vertreter in Bern und je eine Äußerung des englischen Gesandten im Haag und in Finnland.

Barth teilt mit, daß auch Liebknecht und Rosa Luxemburg mit einer dilatorischen Behandlung einverstanden seien. Ob Revolution in Deutschland friedlich oder terroristisch weitergehe, hinge ganz von der Konterrevolution ab.

Ebert teilt mit, daß ein dänischer Parteigenosse ihn eindringlich gewarnt habe vor der bolschewistischen Gefahr. Die Ausweisung der Bolschewisten in Dänemark stünde bevor. Ihr Sturz sei nahe. Ebert hält es für die Hauptaufgabe der Regierung, Frieden zu schließen. Alles, was den Frieden störe, müsse zurückgestellt werden. Auch der Vollzugsrat hat unsere Stellung zu den russischen Dingen widerspruchslos gebilligt.

Beschlossen (einmütig): Russische Regierung aufgefordert, zu dem Funkspruch Stellung zu nehmen, in dem sie die gegenwärtige Regierung anzweifelt, und Untersuchung über Gründe der Verhaftung der Generalkonsulate in Petersburg und Moskau und die Umstände der Verhaftung. Kabinett erklärt Wien, daß es mit Ludo Hartmann als Gesandter in Berlin einverstanden.

Ebert soll mit Solf über Entlassung von Bussche und Stumm sprechen.

Vollzugsrat verlangt: a) Befehl an die Zeitungen, die Erlasse des Vollzugsrates an erster Stelle aufzunehmen; b) das Wahlrecht zum Vollzugsrat der Republik nur Kopf- und Handarbeitern zu geben. Ebert diese Art Einmischung unverantwortlich. Vollzugsrat verlangt eine Autorität für sich. Die Vollzugsbevoll-

mächtigten nicht Puppen in seiner Hand. Die Vollzugsbevollmächtigten seien der Vollzugsausschuß für das Reich. Haase will beide Fragen freundschaftlich erörtern.

Kabinett beschließt, daß diejenigen Industriezweige, die nach ihrer Entwicklung zur Sozialisierung reif sind, sofort sozialisiert werden sollen. Eine Kommission namhafter Nationalökonomen soll alsbald zusammenberufen werden, um unter Hinzuziehung von Praktikern aus den Reihen der Arbeiter und Unternehmer die Einzelheiten festzulegen.

Besprochen wird das Finanzprogramm Schiffers.

Dittmann teilt den Beschluß der Fünferkommission wegen der Kompetenzfrage mit dem Vollzugsausschuß mit. Ebert macht darauf aufmerksam, daß darin die Delegation der Vollzugsgewalt auf die Reichsleitung nicht erwähnt sei. Es wird eine entsprechende Änderung beschlossen.

19. 11. abends 6½. Lange Debatte über Proklamation, die Sozialisierung der reifen Betriebe ankündigt. Schiffer erhebt Einwände. Es wird beschlossen, daß ein Entwurf Schiffers morgen eingereicht und dann die Angelegenheit durch Beschlußfassung erledigt wird.

Es wird mitgeteilt, daß die Organisation „Heimatschutz" im Osten notwendig sei, wenn die Lebensmittelvorräte in Preußen gesichert werden sollen. Erzberger und Kapp geben alle Garantie, daß hier keine Konterrevolution organisiert wird. Der Organisation wird zugestimmt.

20. Gesprochen wird über die Notlage der 350 000 Österreicher, die hier unverpflegt und nicht unterstützt herumliegen.

20. 11. nachm. 1. Zur Verhandlung stehen die Richtlinien über Aufgaben der Soldatenräte, die vom Vollzugsrat am 18. d. M. mit dem Ersuchen um schnelle

Erledigung einzuberufen sind. Demnach sollen (§ 8) die Kommandogewalt und gesamte politische Macht des Reiches in die Hände des Vollzugsrates gelegt werden. Ebert schlägt vor, diesen § 8 zu ersetzen durch die Vereinbarungen, die mit der Unterkommission des Vollzugsrates erzielt sind. Ziffer 3 dieser Vereinbarung lautet: „Die Bestellung des Kabinetts durch den Arbeiter- und Soldatenrat von Groß-Berlin bedeutet die Übertragung der Exekutive. Deshalb darf der Vollzugsrat oder ein anderer Arbeiter- und Soldatenrat Akte der Vollzugsgewalt nicht vornehmen. Selbst in einem dringenden Ausnahmefall kann er nur im Einverständnis mit dem Kabinett, oder, soweit es Angelegenheiten Preußens sind, nur im Einverständnis mit der Preußischen Regierung handeln." 4. „Die Berufung und Abberufung der Mitglieder des entscheidenden Kabinetts und bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse, auch Preußens, erfolgt durch den Vollzugsrat, dem auch das Recht der Kontrolle zusteht." 5. „Vor der Berufung der Fachminister durch das Kabinett ist der Vollzugsrat zu hören."

Barth, Dittmann und Haase sollen darüber erneut mit dem Vollzugsrat verhandeln.

2. Es wird beschlossen, Vertreter der Einzelstaaten zu einer Konferenz nach Berlin zu berufen, auf der auch über Auflösung des Reichstages entschieden werden soll. Außerdem werden eine Reihe Maßnahmen zum Schutze des Reichstagsgebäudes beschlossen und der bisherige Direktor zum Verwalter bestellt.

5. Barth berichtet, Däumig teile mit, es sei notwendig, Hindenburg so schnell als möglich von der Obersten Heeresleitung zu entfernen. Das sei die beste Widerlegung der Behauptung der Entente vom Fortbestehen des deutschen Militarismus.

Ebert teilt mit, daß Hindenburg auf Ehrenwort ver-

sichert habe, hinter der neuen Regierung zu stehen. Ebenso Gröner. Es liege kein triftiger Grund vor, an Hindenburgs Stellung zu rütteln. Die Demobilisierung erfordere die Vermeidung jeder unnötigen Erschütterung des Zusammenhanges des Heeres. (Erledigt ohne Beschlußfassung.)

21. 11. vorm. 3. Vom Kriegsminister liegt ein Protest gegen den Deputierten des Vollzugsrates vor; er verlangt 6 Zimmer, will alles gegenzeichnen. Kenntnis genommen (Ebert zur Erledigung).

4. Bildung von Bauern- und Landarbeiterräten wird zugestimmt.

7. Begrüßung der heimkehrenden Truppen. Auf Eberts Vorschlag wird beschlossen, ein warmherziges Wort den vom Felde heimkehrenden Soldaten zu sagen. Scheidemann soll den Entwurf (Veröffentlichung) vorbereiten.

21. 11. nachm. Es wird im Kabinett eingehend über Umstellung der Rüstungsbetriebe in Friedensarbeit beraten. Annähernd 95 Prozent der gesamten Industrie ist auf Kriegsbedürfnisse eingestellt. In Oberschlesien drohen zwei Gefahren. Einmal der Einbruch polnischer Banden und dann die polnische Politisierung Oberschlesiens. Es bestehen Andeutungen, daß man versuchen will, Oberschlesien durch Abstimmung zu Polen zu schlagen.

Ebert: Mit der Armee Mackensen wird nichts anzufangen sein, sie trifft erst in drei Wochen ein. Andere Truppen haben wir nicht zur Entsendung. Irgendein Schutz muß aber geschaffen werden. Diesen Schutz sehe ich nur darin, daß die Generalkommandos und die Arbeiter- und Soldatenräte an der Ostgrenze versuchen, aus Bürgern und Soldaten an der Ostgrenze einen Schutz zu schaffen und eine Einrichtung, die im Innern von Schlesien die Ruhe und die Abwicklung

des Wirtschaftslebens nach Möglichkeit gewährleistet. Über die Aufgabe dieser Truppe müßte völlige Übereinstimmung mit der Reichsregierung herbeigeführt werden. Eine Verständigung mit der polnischen Regierung in Posen möchte ich auch empfehlen. Aber eine Truppe müssen wir trotzdem schaffen, sonst können wir nicht sichern, was wir absolut brauchen, um nicht unterzugehen. An dem guten Willen des Ausschusses in Posen und Korfanty zweifle ich nicht; aber man weiß nicht, wie weit sie ihren Willen in die Tat umsetzen können. In der Konferenz in Gleiwitz (die für die nächsten Tage vorgesehen ist und Arbeiter- und Soldatenrat, Industrie und Landwirtschaft umfaßt) müßte versucht werden, im Sinne der Organisation eines Heimatschutzes zu wirken, eine andere Möglichkeit sehe ich nicht.

Barth und Haase bekämpfen den Vorschlag. Landsberg und Bauer treten für ihn ein.

Beschlossen: Friedliche Verständigung anstreben, wenn sie scheitert, soll Oberschlesien militärisch gesichert werden.

22. 11. nachm. Das Programm der am 25. d. M. zusammentretenden Reichskonferenz der Einzelstaaten wird besprochen. Tagesordnung und Referate werden festgesetzt.

Kompetenzfrage Vollzugsrat und Reichsleitung zustandegekommen. Durch Wolffs Telegraphenbureau veröffentlicht.

23. 11. abends. Haase verlangt Beschlagnahme der Archive des Auswärtigen Amtes. Kautsky und David sollen mit Solf einen Vorschlag über Sammlung des Materials und Veröffentlichung unterbreiten.

Für Berner Gesandtschaft empfiehlt Haase den Prof. Friedrich Wilhelm Förster.

24. 11. vorm. Flaggenfrage. Beschlossen wird, dem

Stadtkommandanten Wels und dem Vollzugsrat als Erklärung des Kabinetts mitzuteilen: Wir empfehlen als Sinnbild des Neugewordenen die Flaggen mit rotem Wimpel zu versehen. Bei öffentlichen Gebäuden wird erwartet, daß dieser Empfehlung Folge geleistet wird.

25. 11. vorm. Gröner soll wegen eines Erlasses an die Truppen in der Ukraine zur Rede gestellt werden. Der Erlaß soll zu den polnischen Absichten des Kabinetts in Widerspruch stehen.

Generäle Eberhardt und Sixt sollen rote Fahnen und Armbinden verboten haben. Es wird angeregt, sie zu entlassen.

26. 11. vorm. Entwurf einer Verordnung wegen der Wahl zur verfassunggebenden Nationalversammlung wird besprochen. Preuß und Schultz berichten.

27. 11. vorm. Fortsetzung Beratung über Wahlgesetz. Einzelstaaten sind gehört. Elsaß-Lothringen wird gegen den Einspruch von Barth und Dittmann als letzter Wahlbezirk aufgeführt. Lebhafte Debatte über Wahltermin. Haase, Dittmann und Barth sprechen gegen jede Festsetzung des Termins.

Ebert schlägt als Termin 2. Februar vor und ihn der Bestätigung der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte zu unterstellen. Landsberg entschieden für Terminsfestsetzung und droht andernfalls Regierung den Unabh. Soz. Part. zu überlassen. Schließlich Einigung auf 16. Februar. Barth enthielt sich der Abstimmung.

30. 11. vorm. Reichswahlgesetz wird vollzogen.

2. 12. vorm. Ebert teilt mit, daß Wilhelm II. seiner Abdankungsurkunde ein Schreiben beigefügt habe, das er verliest. Die Verzichtsurkunde liegt vor.

3. 12. Ebert teilt mit, daß Stinnes und Marx aus Spaa abberufen seien. Fehrenbachs Antwort. Reichstag nicht berufen werden darf.

Ebert verlangt Schaffung einer Volkswehr auf demokratischer Grundlage mit Aufgabe: Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung vor allem für Lebensmittelversorgung. Dann aber auch als Schutz gegen gemeine Verbrecher. Volkswehr muß bei freiwilliger Meldung auf demokratisch organisierter Wahl der Gruppenführer beruhen. Kleine Truppenkorps von 100 Mann unter Leitung von Unteroffizieren, Feldwebeln, Offizieren. Volkswehr soll Regierung und Räten bei Durchführung ihrer Aufgabe zur Seite stehen. Zuständig in der Volkswehr die Mannschaft für Erlaß von Disziplinarvorschriften, Bestrafungen, Urlaubserteilung, Verpflegungsbestimmungen und der Absetzung von Führern. Volkswehr muß durch Handschlag verpflichtet werden auf Republik und Regierungsprogramm und darauf, daß sie selbstgewählten Führern Gehorsam schuldig sind. Eintrittsbedingungen: nicht ganz junge Leute, 25 Jahre, Unbescholtenheit, Gesundheit, gute Verpflegung, ordentliche Bezahlung, Verheiratete verpflegen sich selbst. Entschädigung 200—300 Mark monatlich. Für die Führer Zulagen von 25, 50 und 100 Mark. Versicherung der Truppen gegen Dienstschäden, Todesfall usw. Eine Truppe ganz zur Verfügung der Reichsleitung. Gliederung nach Großstädten und Armeekorpsbezirken. Weitere Aufgabe: Schutz der ungeheuren Wertbestände von Bürgern, Sicherheitswache gegen jede Konterrevolution, möglichst schnelle Errichtung dieser Volkswehr.

Nach längerer Debatte, in der Dittmann und Haase die Sache hinausziehen wollten, Landsberg und Scheidemann dafür eintreten. Beschluß: Ebert soll schnellste Fühlung mit Kriegsminister nehmen und ihn für einen Plan und einen Offizier ersuchen, der Organisationstechniker ist.

Preuß schlägt vor, einen kleinen Beirat mit den

Vorarbeiten für den Entwurf einer deutschen Verfassung zu betrauen.

4. 12. vorm. Ebert: Vollzugsrat hat Abgesandten in die Reichsämter geschickt, um sich zu orientieren. Es wird beschlossen, Einspruch zu erheben. Staatssekretären ist mitzuteilen, daß es bei bisherigen Abmachungen bleibt.

7. 12. vorm. Gesetz über Volkswehr wird einstimmig angenommen.

Vorgänge wegen Verhaftung des Vollzugsrates. Aufruf beschlossen.

7. 12. abends. Sitzung mit Vollzugsrat. Vollzugsrat bringt wegen des Vorganges am 6. d. M. allerlei Anträge, unter anderen Absetzung von Ebert, der abgelehnt wird. Anschuldigungen gegen Brecht und Moser wegen Hochverrat. Komödie.

11. 12. In der Nacht vom 10. zum 11. große Erregung in den Kreisen der Unabhängigen und Spartakisten wegen einer angeblichen Gegenrevolution. Alles Phantasie.

Vollzugsrat hat wieder willkürliche Verhaftungen vorgenommen, darunter Angehörige von Stinnes und Thyssen. Ebert verlangt entschieden Freilassung. Vollzugsrat muß seine Eingriffe in Exekutive unterlassen, sonst müsse er zurücktreten.

Scheidemann und Landsberg schließen sich dem entschieden an. Es wird beschlossen: Sofortige Freilassung, verbitten uns jeden weiteren Eingriff in die Exekutive.

12. 12. 1918. Programm für Demobilisierung und Umstellung der Industrie eingehend beraten und erledigt.

Steuerprogramm von Schiffer vorgetragen und erledigt. Stenographische Aufzeichnungen im Protokoll.

Ausführungsbestimmungen zum Volkswehrgesetz werden erledigt.

13. 12. Magistrat klagt über Arbeitslosigkeit.

Graf Rantzau ist zur Übernahme des Auswärtigen Amtes unter folgenden Bedingungen bereit: 1. Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik. 2. Schleunige Einberufung der Nationalversammlung. 3. Konsolidierung deutschen Kredits im Auslande. 4. Schaffung militärischer Sicherheit. 5. Stellung der Arbeiter- und Soldatenräte. Kabinett billigt einstimmig Solf verabschiedet.

Etat des Vollzugsrates, der schon einigemale zur Spezialisierung und Einschränkung zurückgegeben worden ist, liegt wieder vor. Er wird als Ausräuberung öffentlicher Kassen bezeichnet und wieder zurückgegeben.

13. 12. nachm. Stellung zum Vollzugsrat. Ebert verlangt, daß der Reichskonferenz folgender Antrag unterbreitet werde: Die Führung der Reichsgeschäfte liegt restlos in den Händen der Regierung. Der von der Konferenz einzusetzende Ausschuß soll nur parlamentarisches Kontrollorgan sein. Das Herum- und Hineinregieren der Arbeiter- und Soldatenräte im Lande muß aufhören.

Alle stimmen zu, Unabhängige Sozialdemokraten machen einige Vorbehalte.

EBERTS RECHENSCHAFT ÜBER SEINE TÄTIGKEIT IN DER ERSTEN REVOLUTIONSZEIT

Rede auf der Reichskonferenz. 25. 11. 1918

Im Namen der Reichsleitung heiße ich Sie alle herzlich willkommen und hoffe, daß unsere Arbeit, die von größter Bedeutung für unser Land und Volk ist, mit Erfolg abgeschlossen werden kann. Zur Zeit durch-

leben wir eine grundstürzende Umwälzung Deutschlands. Vier Jahre wahnsinnigen Krieges mit dem Aufgebot der Volkskraft bis zum Äußersten, mit den entsetzlichsten Blutopfern und Zerstörungen an Kulturgütern, haben zu einem völligen Zusammenbruch Deutschlands geführt. Einem Zusammenbruch nicht nur auf militärischem Gebiete; auch wirtschaftlich ist unser Land völlig ausgesaugt. Als wir die politische Macht des Reiches übernahmen, standen wir vor einem Trümmerhaufen. Wir waren nicht im Zweifel über die ungeheuren Schwierigkeiten, denen wir entgegengestellt wurden. Wir waren uns auch der großen Last der Verantwortung bewußt, die uns aufgebürdet worden ist. Unsere Pflicht gegen die Arbeiterklasse und gegen unser Volk gebot uns aber zu handeln.

Die Revolution hat die Monarchie im Reiche und in den Einzelstaaten beseitigt; an ihre Stelle ist die demokratisch-sozialistische Republik getreten. Die Exekutive der Republik, die politische Leitung des Reiches liegt in den Händen des Rates der Volksbeauftragten, der Beauftragten der Arbeiter und Soldaten des Reiches, die die Träger der politischen Macht sind. Das Ziel der Politik der Reichsleitung ist die Durchführung und Sicherung der sozialistischen Demokratie.

Unsere nächsten Aufgaben müssen sein die schnelle Herbeiführung des Friedens und die Sicherstellung unseres Wirtschaftslebens.

Unsere erste Handlung war die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen. Die Bedingungen sind hart, überaus hart, bedrohen unser Volk mit Hungertod und mit der Vernichtung seines wirtschaftlichen Lebens. Gleichwohl mußten wir uns mit ihnen abfinden — einen anderen Ausweg gab es nicht. Unserer Waffenstillstandskommission gebührt großer Dank.

Mit Energie und Geschick hat sie wenigstens einige Erleichterungen der Bedingungen erreicht. Gleichwohl sind die Bedingungen unerträglich. Man nimmt uns Verkehrsmaterial, das unerläßlich ist für die Aufrechterhaltung unserer Volksernährung, und hält gleichzeitig die Hungerblockade gegen uns aufrecht, der bereits Hunderttausende von Greisen, Frauen und Kindern zum Opfer gefallen sind. Schon deshalb müssen wir schnell zum Frieden kommen. Die Verhandlungen der Friedenskonferenz werden so kompliziert und umfangreich sein, daß mit einem schnellen Abschluß nicht zu rechnen ist; sie wird längere Zeit in Anspruch nehmen. Werden wir nicht vor Abschluß der allgemeinen Friedensverhandlungen von den Waffenstillstandsbedingungen befreit, dann muß unser Volk in tiefes Elend und in wirtschaftliche Anarchie versinken. Rettung kann nur ein baldiger Präliminarfriede bringen, auf ihn müssen wir mit allen Mitteln hinarbeiten. Erst dann bekommen wir die Möglichkeit, die Volksernährung sicherzustellen und unser Wirtschaftsleben weiterzuführen.

Schon jetzt aber muß an jeden Arbeiter und Soldaten der dringende Appell gerichtet werden, alle Kräfte einzusetzen für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens. Die politische Freiheit hat sich im ganzen Reiche mit Wucht durchgesetzt. Jeder Versuch, diesen Erfolg streitig zu machen oder zu beseitigen, wird scheitern an dem entschlossenen Willen der Arbeiter und Soldaten. Die Freiheit allein kann uns aber nichts nützen, wenn wir nicht Brot und Arbeit haben. Deshalb muß alles geschehen, um die vorhandenen Verkehrsmittel, Eisenbahnen, Schiffe usw. in den Wirtschaftsdienst des Reiches zu stellen. Unsere Eisenbahner dürfen nicht verzagen. Unsere Matrosen, Werft- und Hafenarbeiter an der Wasserkante müssen alle

Kräfte einsetzen, um schnellstens unsere Schiffe flott zu machen. Von dem ungestörten Fortgang unserer Kohlenförderung hängt es ab, ob wir unsere Güterbeförderung aufrechterhalten, ob wir die Arbeit in den Werkstätten und Fabriken fortsetzen und unser darbendes Volk vor Kälte schützen können. Nur solidarisches Zusammenwirken aller Arbeiter kann das Schlimmste abwenden.

Die Arbeiter und Soldaten brauchen nicht besorgt zu sein um die sozialen Erfolge der Revolution. Wir haben bereits Maßnahmen ergriffen, die Sozialisierung gewisser Industriezweige in die Wege zu leiten. Allerdings nur solcher, die dazu reif sind. Nicht Experimente im einzelnen Betriebe haben wir im Auge, die halten wir für die Fortsetzung unseres Wirtschaftslebens für gefährlich. Die Vergesellschaftung ganzer Industriezweige nach sachkundiger Vorbereitung und nach Sicherung des Erfolges haben wir allein im Auge.

Freilich jetzt, wo die Produktivkräfte fast völlig erschöpft sind, ist es ungemein schwer, ja fast unmöglich, diese Absicht in die Tat umzusetzen. Deshalb gilt es zunächst, unseren Arbeitern und den von der Front zurückströmenden Soldaten Arbeit und Lebensmöglichkeit zu schaffen. Dazu bedarf es der Einsicht, des guten Willens und der Tatkraft aller, in Süd und Nord, in Ost und West. Nichts wäre in dieser Situation verhängnisvoller als ein Auseinanderstreben des Reiches. Nie war die Einheit aller deutschen Stämme notwendiger, gebieterischer als in dieser Stunde. Nur ein innerlich gefestigtes Deutschland vermag in einheitlichem und geschlossenem Handeln das Unglück zu meistern, das ohne Schuld unseres Volkes über uns alle hereingebrochen ist. Nur so, aber auch nur so ist es möglich, Deutschland zu retten.

Die endgültige Regelung über das Zusammenwirken

der Einzelstaaten mit dem Reiche muß der konstituierenden Nationalversammlung vorbehalten werden. Sie wissen, meine Herren, daß die Reichsleitung entschlossen ist, die Nationalversammlung baldigst zu berufen. Ich kann Ihnen mitteilen, daß bereits morgen in der politischen Reichsleitung das Wahlgesetz für die Nationalversammlung in Beratung genommen werden soll. Wir werden alles tun, um möglichst bald zur Nationalversammlung zu kommen. Bis dahin wird ein Provisorium für das Zusammenwirken der Einzelstaaten mit der Reichsleitung geschaffen werden müssen, und das ist eine der Fragen, die uns heute in besonderem Maße beschäftigen muß. Ich gestatte mir, eine Zwischenbemerkung über den Charakter der Reichsregierung zu machen, weil mir darüber nicht in allen Kreisen Klarheit zu bestehen scheint. Als wir die Regierung übernommen haben, sind wir von dem Grundsatz ausgegangen, daß die gesamte politische Leitung des Reichs in die Hände des Rats der Volksbeauftragten gelegt wird. Dieser Rat besteht lediglich aus Vertretern der sozialistischen Parteien. Alle politischen Entscheidungen des Reichs liegen in den Händen dieser Körperschaft. Aber Sie müssen eins beachten: Die Reichsmaschine ist ein etwas komplizierterer Apparat als der unserer Bundesstaaten, sei es auch der größte. Wir mußten, nachdem wir die politische Macht in die Hand genommen hatten, dafür Sorge tragen, daß die Reichsmaschine nicht zusammenbricht; wir mußten Sorge tragen, daß diese Maschine weiterläuft, um unsere Ernährung und Wirtschaft aufrechterhalten zu können. Und das war kein leichtes Stück Arbeit. Wir haben unter Aufgebot aller Kräfte Tag und Nacht gearbeitet, um schließlich nicht den Zusammenbruch und den Niedergang in einigen wenigen Tagen vor Augen zu sehen. Das konnten wir sechs Mann allein nicht

machen; dazu brauchten wir die erfahrene Mitarbeit der Fachleute. Hätten wir die erfahrenen bisherigen Leiter der Reichsämter entfernt, hätten wir diese Stellen besetzen müssen mit Leuten, denen die erforderliche Kenntnis und Erfahrung fehlt, dann wären wir in einigen Tagen am Ende unseres Lateins gewesen. Wir haben deshalb an alle Reichsämter den dringenden Appell gerichtet, bis auf weiteres die Geschäfte weiterzuführen. Nur so war es möglich, den Zusammenbruch zu verhindern und über die Schwierigkeiten hinwegzukommen.

Das Auswärtige Amt ist besetzt mit dem Staatssekretär Solf. Herr Staatssekretär Solf hat während des ganzen Krieges — das bin ich schuldig, hier auszusprechen, und da befinde ich mich in Übereinstimmung mit meinen Kollegen — auf dem Boden der Verständigungspolitik gestanden, wie wir sie vertreten haben. Herr Staatssekretär Solf hat weiter die Waffenstillstandsverhandlungen unter seinem Namen eingeleitet und ist dabei, die Friedensverhandlungen vorzubereiten. Es wäre ein höchst gewagtes Experiment gewesen, mit einem Schlage diesen Mann vom Platze zu entfernen. Wir waren uns darüber einig, ihn zu bitten, zu bleiben und die Geschäfte mit uns zu führen, solange wir das Vertrauen zu ihm haben. Dafür bin ich ihm dankbar.

Herr Staatssekretär Erzberger ist von der früheren Regierung mit der Führung der Waffenstillstandsverhandlungen beauftragt worden. Bis in die letzte Stunde sind vom frühen Morgen bis in die tiefe Nacht hinein Verhandlungen zwischen Spaa und hier geführt worden. Da war es ganz unmöglich, daß einer von uns sechs Mann plötzlich diese Arbeit übernahm, um den Mann, der die Dinge bisher geleitet hat, in dessen Händen alle Fäden zusammenliefen, der allein die sehr

komplizierte Materie beherrschte, vom Platze zu verweisen. Die Waffenstillstandsverhandlungen wären dadurch aufs höchste gefährdet worden. Wer wollte das verantworten? Wir haben auch hier gesagt, daß nichts geschieht ohne unsere Zustimmung. So ist verfahren worden. Ich sehe nicht ein und muß auf das entschiedenste bestreiten, daß was geschehen ist, was unserem Lande zum Schaden gereichen könnte. Im Gegenteil: Die Verhandlungen sind von der Kommission und Herrn Erzberger so geführt worden, wie es die Interessen unseres Landes erfordern. Das muß dankbar anerkannt werden.

Und nun die übrigen Ämter. Das Reichsamt des Innern haben wir neu besetzt mit einem Manne, der als einer der hervorragendsten Staatsrechtslehrer anerkannt wird, der durch die Kriegspolitik nicht belastet ist, mit einem Manne, von dem wir hoffen, daß er mit uns unser neues Staatswesen aufbauen kann.

Einige Ämter haben wir mit Leuten aus unserer Mitte besetzt: so das Reichsarbeitsamt und das Kriegsernährungsamt.

Dann die Reichsschatzverwaltung. Wir hatten in diesen Tagen überaus schwere Sorgen, daß das Reich finanziell zusammenbricht. Sie wissen, daß uns im Auslande vielfach Kredite aufgekündigt sind. Wir mußten mit der bisherigen Verwaltung des Reichsschatzamtes zu Rate gehen und Mittel und Wege suchen, um unsere Finanzwirtschaft aufrechtzuerhalten. Herr Staatssekretär Schiffer hatte sich gesträubt und war schließlich nicht ohne Bedenken bereit, unserem dringenden Wunsche zu folgen und die Geschäfte weiterzuführen.

Die übrigen Ämter sind Fachministerien. Niemand wird widersprechen, wenn sie von den gegenwärtigen Männern weitergeführt werden.

Wir haben aber noch weitergehende Sicherungen geschaffen: In jedes Reichsamt sind Beigeordnete geschickt worden, die in jeder Hinsicht Kontrollrecht haben. Ich kann mitteilen, daß alle Staatssekretäre sich bemüht haben, mit diesen Einrichtungen in ein geordnetes Verhältnis zu kommen. Ich habe Klagen von Beigeordneten und Staatssekretären bisher nicht gehört, ich habe nur das Bemühen gefunden, mit dieser Einrichtung im Sinne unserer Aufgaben gemeinsam zu arbeiten.

Die Oberste Heeresleitung hat uns erklärt, daß sie sich der neuen Regierung restlos unterstellt, daß sie die Republik anerkennt. Wenn es da hier und dort Differenzen gibt, so ist das begreiflich; aber Sie müssen doch auch in Betracht ziehen, daß wir uns inmitten einer Demobilisierung eines Heeres von 6 bis 8 Millionen Menschen befinden.

Eins habe ich vergessen: Wir haben ein Amt für die Demobilisation eingerichtet, das die wirtschaftliche Umstellung durchzuführen hat, eine außerordentlich schwierige Aufgabe. Es ist von Herrn Eisner gesagt worden, daß uns Rohstoffe und alles fehle, und da haben wir uns gesagt: Auch zu dieser Arbeit müssen wir einen Mann gewinnen, der große Erfahrungen hat, der großes Organisationstalent hat und gezeigt hat, daß er solchen Aufgaben gewachsen ist. Da haben wir Herrn Oberstleutnant Köth dringend gebeten, in dieses Amt einzuspringen und im Sinne unserer Wünsche zu wirken.

So kann man nicht mit Redensarten über das hinweggehen, was wir getan haben, man kann nicht einfach mit leeren Behauptungen sagen: Ihr habt nichts getan, euch fehlt die Energie und die Freude zur Durchführung der Revolution. Sie können sicher sein: Wir haben mit bestem Willen und äußerster Ent-

schlossenheit alles getan, was wir glaubten im Interesse des Volkes und der Revolution tun zu sollen. Nichts ist versäumt. Wir haben gehandelt.

Wenn die deutsche Republik leben soll, dann ist es unsere erste Pflicht, Arbeit zu schaffen, ohne Arbeit gibt es kein Leben. Sozialismus ist Arbeit. Auch die Freiheit kann nicht leben ohne Selbstzucht. Da glaube ich an unsere deutschen Arbeiter und Soldaten noch einmal von dieser Stelle aus den Appell richten zu sollen, daß in diesen überaus wichtigen geschichtlichen Tagen die deutsche Arbeiterschaft der Welt zeigen muß, daß die fünfzigjährige Arbeit der Sozialdemokratie, nämlich die politische und wirtschaftliche Schulung, die Erziehung zur Disziplin, kein leerer Wahn ist.

Was wir gehört haben aus den Referaten, insbesondere aus denen über die wirtschaftliche Lage unseres Landes, macht uns zur heiligsten Pflicht, möglichst schnell für die neue Republik eine festgefügte staatsrechtliche Grundlage zu schaffen, die Nationalversammlung zu berufen. Ich bitte Sie, soweit es in Ihren Kräften steht, auch draußen im Lande in diesem Sinne zu wirken. Nur so können wir den Erfolg der Revolution sichern; nur so können wir der Republik die notwendige Lebensmöglichkeit geben.

GEGEN JEDE GEWALTPOLITIK

Rede in einer Volksversammlung. 1. 12. 1918

Die große deutsche Revolution wird keine neue Diktatur, keine Knechtschaft über Deutschland bringen, sondern die deutsche Freiheit fest begründen. Die Diktatur der Junker und des Militarismus hat unser Land ins Unglück gestürzt, eine neue Willkürherrschaft

erträgt unser Volk nicht. Politische Freiheit ist Demokratie auf der festen Grundlage der Verfassung und des Rechts. Diese Demokratie unerschütterlich zu festigen, ist Aufgabe der Nationalversammlung, zu der wir am 16. Februar wählen werden. Auf Recht und Vernunft soll die junge deutsche Volksrepublik aufgebaut werden. Für die Sozialdemokratie ist dazu der Weg klar vorgezeigt. Das Erfurter Programm der Partei sagt:

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse."

Für diese Grundsätze hat die deutsche Sozialdemokratie 50 Jahre gekämpft. Dazu muß sie auch heute stehen, wenn sie sich nicht selbst untreu werden will. Sie kämpft nicht nur den Klassenkampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern auch den großen idealen Menschheitskampf gegen jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung. Unter diesem Zeichen sind wir bisher siegreich vorgedrungen, unter diesem Panier werden wir auch den großen Wahlkampf zur Konstituante führen, und wir werden siegen.

Die konstituierende Versammlung wird die deutsche Nation, die jetzt auseinanderzufallen droht, wieder fest zusammenfassen. Keine Macht der Welt ist

stark genug, die auf der Einheit des deutschen Wirtschaftslebens beruhende politische Einheit der deutschen Stämme dauernd zu entzweien, oder die Stämme gegeneinander auszuspielen. Alle sind wirtschaftlich untrennbar miteinander verbunden. Für die Arbeiterschaft wäre nichts verhängnisvoller, als der Rückfall in mittelalterliche Kleinstaaterei mit ihrer naturgemäßen wirtschaftlichen Rückständigkeit und politischen Krähwinkelei. Nicht Separatismus, sondern energische einheitliche Zusammenfassung aller schaffenden Kräfte des ganzen deutschen Volkes zu tatkräftiger Arbeit ist das Gebot der Stunde. Was auch kommen mag, kein Volk ist verloren, das sich nicht selbst aufgibt. Hier liegt die grundlegende Aufgabe der Nationalversammlung. Von ihr erwarten wir den endgültigen Frieden.

Nach der überstürzten Räumung der besetzten Gebiete hängen wir noch mehr von der feindlichen Nahrungsmittelhilfe ab, als zuvor. Wir müssen Rohstoffe haben, soll nicht allgemeine Arbeitslosigkeit und tiefstes Elend Herr über unser ganzes Volk werden. Schon heute ist die Lebenskraft unseres Volkes schwer angegriffen. Nur zähe, leidenschaftliche Hingabe und eiserne Energie können das zerstörte Werk wieder aufbauen. Überzeugung und Notwendigkeit gebieten uns, das im weitesten Sinne nach sozialistischen Regeln zu tun. In grundsätzlichem sozialistischen Geiste wollen wir Gebiete des Wirtschaftslebens vergesellschaftlichen, die dazu reif sind. Das soll nach wohlüberlegter wissenschaftlicher Einsicht unter Mitwirkung der Praktiker auf großangelegter zentraler Basis geschehen. Der Sozialismus ist nicht Selbstzweck, auch er ist nur ein Mittel, Freiheit, Glück und Wohlstand des Volkes zu erhöhen. Nur dort, wo die sozialistische Wirtschaftsweise höhere Erträge bringt, dem Volke weniger Arbeitslast auferlegt und mehr Mög-

lichkeiten des Verbrauchs und der Freude eröffnet, ist der Sozialismus am Platze, nur dort kann er sich dauernd behaupten.

Von links her wird behauptet, man müsse erst sozialisieren und dann wählen; das Volk sei angeblich zum Wählen noch nicht reif. Solch junkerliche Geringschätzung des Volkes steht Proletariern schlecht zu Gesicht. Diese Parole ist ebenso unsinnig wie gefährlich. Sozialistische Experimente in einzelnen Betrieben können nur zum Schaden der Arbeiter und Diskreditierung des Sozialismus ausschlagen. Sozialismus bedeutet die planmäßige Ordnung der Wirtschaft durch die Gesamtheit, zum Nutzen der Allgemeinheit. Sozialismus schließt jede Willkür aus, er ist Ordnung auf höchster Basis; Unordnung, persönlicher Wille und Gewalttat sind Todfeinde des Sozialismus. Es ist sehr bezeichnend, daß Lenins letzte Schrift den Titel trägt: „Ordnung, Disziplin und Arbeit müssen jetzt die Sowjetrepublik retten!" Dazu darf es bei uns nicht kommen. Deshalb sind schon jetzt beim Wiederaufbau des Wirtschaftslebens Ordnung, Disziplin und Arbeit unerläßlich.

Um die sozialen Erfolge der Revolution brauchen die Arbeiter nicht besorgt zu sein. Der Kapitalprofit wird scharf gefaßt werden, möglichst völlige Beseitigung des arbeitslosen Einkommens erstreben wir, die Kriegsgewinne müssen möglichst restlos eingezogen, die Erbschaftssteuer verschärft und das Erbrecht der Republik geschaffen werden. Soll die Revolution und ihr Sieg gesichert werden, dann muß jede politische und wirtschaftliche Putschtaktik abgelehnt und aufs entschiedenste bekämpft werden. Die deutschen Arbeiter mögen nach Rußland sehen und sich warnen lassen! Das hochentwickelte Wirtschaftsleben Deutschlands kann auf die Dauer nicht mit Maschinen-

gewehren und Brownings vergewaltigt werden. Wir wollen ein dauerhaftes, innerlich gesundes Werk schaffen, das eine gesicherte Entwicklung der Wirtschaft und ein kräftiges Volksleben ermöglicht.

Freiheit in Wort und Schrift, gleiches Recht für alle, das sind und bleiben unsere Grundlagen. Beseitigung jeder Unterdrückung und Ausbeutung bleibt unverrückbar unser Ziel. Jetzt gilt es, das deutsche Volk nicht in Hunger und Unordnung untergehen zu lassen. Was uns für die Zukunft vor Augen steht, ist ein freies, gesundes, frohes Volk, das keine Schmerzen, kein Elend mehr kennt. Wer das gleiche will, kämpfe mit uns gegen jede Gewaltpolitik, von wem sie auch komme, für Freiheit, Demokratie und Sozialismus, für volle Befreiung des ganzen Menschengeschlechts.

FRIEDEN, FREIHEIT UND BROT!

Rede in einer Volksversammlung. 8. 12. 1918

Die imposante Kundgebung liefert uns den Beweis, daß das schaffende Berlin, daß die Arbeiterschaft in ihrer übergroßen Mehrheit der sturmerprobten Fahne der alten sozialdemokratischen Partei Folge geleistet hat. Wir haben heute morgen dreizehn überfüllte Volksversammlungen abgehalten. Die Versammlungen konnten den Zustrom nicht fassen. Vielfach mußten Parallelversammlungen abgehalten werden und dennoch mußten Tausende umkehren, weil sie keinen Platz fanden.

In allen Versammlungen haben wir mit aller Klarheit und Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, was wir wollen. Wir wollen Frieden, Freiheit und Brot! Gelingt es uns nicht, den in den nächsten Tagen ablaufenden Waffenstillstand zu verlängern, gelingt es uns nicht, zu Ruhe und Ordnung zu kommen, dann

sind die Erfolge der Revolution verloren. Deshalb ist es unsere erste Aufgabe, die Forderungen der Demokratie restlos zur Geltung zu bringen. Die Meinungs- und Gewissensfreiheit sind die Grundpfeiler der neuen Ordnung. Mit ihnen stehen und fallen die Erfolge der Revolution. Gewalt bedeutet immer Reaktion! Wir haben die alten Tyrannen verjagt, die mit dem Fluch des Unglücks belastet sind, das über uns gekommen ist. Die alten Tyrannen werden vom Tode nicht wieder auferstehen. Jeden Versuch, das alte System wieder einzuführen, werden wir niederkämpfen. Wir werden aber auch jede neue Gewaltherrschaft bekämpfen, die verhindern will, daß das Volk sein Geschick selbst bestimmt. Täglich verteilen die Anhänger der Gewaltpolitik Waffen, täglich lassen sie den Ruf erschallen, die Regierung mit Gewalt zu bekämpfen. Wir werden dieses mit äußerster Entschlossenheit bekämpfen. Wir wollen keine Regierung der Gewalt, unsere Legitimation soll einzig und allein der Wille des Volkes sein.

Solange das Volk nicht in freier Wahl seinen Willen bekundet hat, ist die neue Regierung nur ein Provisorium. Deshalb müssen wir schleunigst zur konstituierenden Nationalversammlung kommen. Der Sieg der Revolution kann nur gesichert werden durch die auf Grund demokratischer Wahlen von Männern und Frauen berufene Konstituante. Ich habe zu dem politischen Urteil des Volkes volles Vertrauen. Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß der Wahltag zur Nationalversammlung aller Welt glatt zeigt, daß die fünfzigjährige Erziehungsarbeit der deutschen Sozialdemokratie ihre Gedankenwelt zum Gemeingut der ganzen Nation gemacht hat. Die Freiheit muß gesichert werden! Es ist doch wahrlich genug des Mordens, genug des vergossenen Blutes. Soll nun, nachdem

die deutsche Arbeiterschaft die Macht errungen hat, noch weiter Blut fließen? Nein! und abermals Nein!

Die Sicherheit im Innern ist die Bedingung dafür, daß es uns gelingt, Arbeit und Brot zu schaffen. Den Frieden nach innen und außen festzulegen, der Arbeitswille, Verantwortlichkeitsbewußtsein und Solidarität sind die Grundlagen, auf der allein wir leben können. Ohne dies ist der Sieg der Revolution verloren. Deshalb fordere ich Sie auf, Arbeiter, Soldaten, Genossen, scharen Sie sich fester um uns, unterstützen Sie uns in unserem schweren und opfervollen Kampf um die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens, und um uns nach schmerz- und entbehrungsreichen Jahren den Frieden zu bringen. Jeder Versuch, diese Erfolge zu erschüttern und in Gefahr zu bringen, wird unseren entschlossenen Widerstand herausfordern. Deshalb lassen wir den Ruf erschallen: Es lebe die Freiheit, die Demokratie, die Nationalversammlung und die alte deutsche Sozialdemokratie!

VOR DER VEREIDIGUNG DER HEIMKEHRENDEN TRUPPEN

9. 12. 1918

Sie kehren aus dem Getümmel des Krieges zurück und sehen sich in der Heimat gewaltigen Veränderungen gegenüber. Das alte System ist gestürzt, das deutsche Volk ist gewillt, neue Verfassungsformen zu schaffen, die die schweren Wunden heilen sollen, welche unser Land in den Jahren des Völkerhasses davongetragen hat. Wir sind von unserem Volk mit der einstweiligen Führung der Regierungsgeschäfte betraut. Frieden, Freiheit, Ordnung werden die Sterne sein, denen wir folgen werden. Wir dürfen hoffen, daß Sie uns bei der Lösung unserer schweren Aufgabe unterstützen werden. Ich bitte Sie, folgendes Gelöbnis abzulegen:

Wir geloben, zugleich im Namen der von uns vertretenen Truppenteile, unsere ganze Kraft für die einige deutsche Republik und ihre provisorische Regierung, den Rat der Volksbeauftragten, einzusetzen.

AN DIE HEIMKEHRENDEN TRUPPEN 10. 12. 1918

Kameraden, willkommen in der Deutschen Republik, herzlich willkommen in der Heimat, die sich nach Euch gesehnt hat; deren bange Sorge Euch ständig umschwebte. In diesem Augenblick, da wir Euch am heimatlichen Herde begrüßen, gilt unser erster Gedanke den teuren Toten. Ach, soviele kehren nimmer wieder. Hunderttausende ruhen in Feindesland in stillen Gräbern, andere Hunderttausende mußten vor dem Ende des Kampfes zurückkehren, zerfetzt und verstümmelt von feindlichen Geschossen. Ihnen allen, die sich für den Schutz der Heimat aufgeopfert haben, unseren unauslöschlichen Dank. Wir können ihren Opfermut nicht vergelten, und bloße Worte sind zu schwach, ihnen zu danken. Was wir ihnen an Taten der Dankbarkeit darbringen können, das wollen wir ihnen in Treue leisten.

Der Verbesserung des Loses der Kriegshinterbliebenen und Kriegsinvaliden galt des neuen deutschen Volksstaates erste Verfügung. Ihr seid dem gräßlichen Gemetzel glücklich entronnen. Froh begrüßen wir Euch in der Heimat. Seid willkommen von ganzem Herzen, Kameraden, Genossen, Bürger. Eure Opfer und Taten sind ohne Beispiel. Kein Feind hat Euch überwunden. Erst als die Übermacht der Gegner an Menschen und Material immer drückender wurde, haben wir den Kampf aufgegeben. Und gerade Eurem Heldenmute gegenüber war es Pflicht, nicht noch zwecklose Opfer von Euch zu fordern. Allen Schrek-

ken habt Ihr mannhaft widerstanden — Mannschaften und Führer —, sei es in den Kreidefelsen der Champagne, in den Sümpfen Flanderns oder auf dem elsässischen Bergrücken, sei es im unwirtlichen Rußland oder im heißen Süden. Unendliche Leiden habt Ihr erduldet, unvergängliche, fast übermenschliche Taten vollbracht, unvergleichliche Proben Eures unerschütterlichen Mutes Jahr um Jahr abgelegt. Ihr habt die Heimat vor feindlichem Einfall geschützt, Ihr habt Euren Frauen und Kindern, Euren Eltern den Mord und Brand des Krieges ferngehalten, Deutschlands Fluren und Werkstätten vor Verwüstung und Zerstörung bewahrt. Dafür dankt Euch die Heimat in überströmendem Gefühl. Erhobenen Hauptes dürft Ihr zurückkehren. Nie haben Menschen Größeres geleistet und gelitten als Ihr. Im Namen des deutschen Volkes tiefinnigen Dank und noch einmal herzlichen Willkommengruß in der Heimat. Ihr findet unser Land nicht so vor, wie Ihr es verlassen habt. Neues ist geworden, die deutsche Freiheit ist erstanden. Die alte Herrschaft, die wie ein Fluch auf unseren Taten lag, hat das deutsche Volk abgeschüttelt. Es hat sich selbst zum Herrn über das eigene Geschick gemacht. Auf Euch vor allem ruht die Hoffnung der deutschen Freiheit. Ihr seid die stärksten Träger der deutschen Zukunft. Niemand hat schwerer als Ihr unter der Ungerechtigkeit des alten Regimes gelitten, an Euch haben wir gedacht, als wir mit einem verhängnisvollen System aufräumten, für Euch haben wir die Freiheit erkämpft, für Euch der Arbeit ihr Recht errungen. Nicht mit reichen Gaben können wir Euch empfangen, nicht Behaglichkeit und Wohlstand Euch bieten; unser unglückliches Land ist arm geworden. Schwer lastet auf uns der Druck harter Gebote der Sieger. Aber aus dem Zusammenbruch wollen wir uns ein neues

Deutschland zimmern, mit der rüstigen Kraft und dem unerschütterlichen Mut, den Ihr tausendfach bewährt habt. Wetteifernd haben Angehörige aller deutschen Stämme draußen im Kampfe gestanden, Angehörige aller deutschen Stämme stehen vor uns. Schulter an Schulter habt Ihr gemeinsam gerungen, geopfert, geblutet, Not und Tod ins Auge geschaut. Nun liegt Deutschlands Einheit in Eurer Hand, sorgt Ihr dafür, daß Deutschland beieinander bleibt, daß nicht das alte Kleinstaatenelend uns wieder übermannt, daß nicht die alte Zerrissenheit unsere Niederlage vervollständigt. Rettet Ihr die Einheit der deutschen Nation, die Ihr nun Bürger werdet der einen, der untrennbaren Deutschen Republik! Und dann geht mit uns an den Wiederaufbau des Zerstörten. Oft — wenn Ihr draußen dem grausigen Handwerk obliegen mußtet, zog Euch Sehnsucht zurück zur friedlichen Arbeitsstätte, zum Kulturwerk daheim. Die sozialistische Republik, die Euch durch mich begrüßt, wird ein Gemeinwesen der Arbeit sein. Arbeit ist die Religion des Sozialismus, arbeiten müssen wir mit aller Kraft, mit ganzer Hingabe, sollen wir nicht zugrunde gehen und verkommen, sollen wir nicht zum Bettelvolk herabsinken. Das Reich der Zerstörung habt Ihr verlassen, die Pforte neuen Schaffens tut sich vor Euch auf, Eure Tatkraft, Euer Mut, die draußen nie erlahmten, müssen uns zu neuem Friedensglück führen. Bald schlägt die ersehnte Stunde des Friedens, bald wird die konstituierende Nationalversammlung die Freiheit und die Republik fest verankern, durch den unantastbaren Willen des ganzen deutschen Volkes. Ihr legt die Waffen aus der Hand, die, getragen von den Söhnen des Volkes, dem Volk nie eine Gefahr, sondern stets nur Schutz sein sollten. Ihr sollt mitschaffen an dem großen Werk einer neuen deutschen Zukunft — der

Zukunft unseres Volkes, dessen Glück Eure fleißigen Hände erbauen müssen von Grund auf. Und so laßt mich Eure Treue zur Heimat, die uns allen gemeinsame Liebe zur Einheit Deutschlands, unseren Stolz auf die Freiheit und die große unteilbare Deutsche Republik zusammenschließen in dem Ruf: Unser deutsches Vaterland, die deutsche Freiheit, der freie Volksstaat Deutschland — sie leben hoch!

ZUR WAHRUNG DER DEUTSCHEN EINHEIT 12. 12. 1918

Am 4. Dezember haben zwei Versammlungen in Köln unter Führung ehemaliger Zentrumsabgeordneter „die anerkannten Vertreter des Volkswillens aller Parteien in Rheinland und Westfalen und in anderen Ländern am Rhein" aufgefordert, „die Proklamierung einer dem Deutschen Reiche angehörenden, selbständigen Rheinisch-westfälischen Republik in die Wege zu leiten."

Die unterzeichneten Volksbeauftragten halten es demgegenüber für ihre Pflicht, zu betonen, daß das Ziel der großen deutschen Volksbewegung im November 1918 nicht die Abtrennung und Selbständigmachung ehemaliger Teile des Reichs oder Preußens vom Gesamtgebiet ist, sondern die kraftvolle Zusammenfassung und Vereinigung aller Reichsteile zu einem Gemeinwesen, das die großen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufgaben der neuen Deutschen Republik einheitlich und volkstümlich regelt.

Wie diese Aufgaben mit selbstverständlicher Berücksichtigung der Interessen der verschiedenen Reichsteile zu lösen sind, das wird durch die von der Reichsleitung einberufene Deutsche Nationalversammlung und die von ihr festzusetzende Reichsverfassung entschieden werden. Dabei wird auch das künftige

Schicksal des preußischen Staates endgültig bestimmt werden. Eine Neuregelung seines Staatsgebietes dürfte durchaus im Gange der wahrscheinlichen Entwicklung liegen. Hierbei verfassungsmäßig mitzuwirken, sind diejenigen „anerkannten Vertreter des Volkswillens" berufen, die auch in Rheinland-Westfalen unter dem freiesten Wahlrecht der Welt zur Nationalversammlung entsendet werden.

Aufs entschiedenste aber legen wir im Namen des deutschen Volkes und der deutschen Revolution Verwahrung ein gegen Bestrebungen, wie sie in Köln zutage getreten sind. Die Einheitlichkeit des Reiches wird nicht „gewahrt", sondern gefährdet durch die völlig grund- und beweislosen Behauptungen, es bestehe die „völlige Unmöglichkeit, in Berlin eine geordnete Regierung zu schaffen". Vielmehr sind die Kölner Beschlüsse einseitig und im höchsten Grade geeignet, die Zusammenfassung aller Kräfte der Heimat in dieser schweren Übergangszeit vom Krieg zum Frieden ganz erheblich zu hindern und zu schwächen.

Die Volksbeauftragten sind deshalb gewiß, daß auch in Rheinland-Westfalen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung sich entschlossen gegen jeden Versuch zur Abtrennung wendet. Wir fordern die Bevölkerung des gesamten Deutschen Reichs und ihre provisorischen politischen Behörden auf, sich wie ein Mann mit uns zur Abwehr aller Zersplitterungsversuche offener und versteckter Art zu vereinigen, und dementsprechend zu handeln.

Ebert. Haase. Landsberg. Barth. Dittmann. Scheidemann.

SCHUTZ DER PRESSFREIHEIT 12. 12. 1918

In den letzten Tagen haben sich die Eingriffe von Arbeiter- und Soldatenräten in die Preßfreiheit derart gehäuft, daß die Reichsregierung ihnen aufs entschiedenste entgegentreten muß. So ist z. B. in Leipzig eine Zeitung mit Stürmung und Zerstörung bedroht worden, wenn sie einen bestimmten Bericht bringe, und an den Plakatsäulen zur Selbsthilfe gegen diese Zeitung aufgerufen worden, und in Mülheim (Ruhr) sind Druckereien stillgelegt und Platten zerschlagen worden, weil sich die Deutsche Volkspartei und die Zentrumspartei in Flugblättern gegen die Verhaftung von Mülheimer Bürgern gewandt hat. Ähnliche Vorgänge werden aus zahlreichen anderen Städten gemeldet. Die Reichsregierung verwahrt sich aufs entschiedenste gegen jede gewaltsame Beschränkung des freien Wortes. Sie fordert von den A.- und S.-Räten die völlige Aufrechterhaltung der Preßfreiheit, die einer ihrer ersten Programmpunkte ist. Es wird Aufgabe der Reichskonferenz der A.- und S.-Räte sein, zu erwägen, wie gegen lokale Organisationen vorzugehen sei, die sich solche willkürlichen Handlungen zuschulden kommen lassen.

Ebert. Haase. Scheidemann. Dittmann.
Landsberg. Barth.

GEGEN TERROR UND GEWALT

Rede in einer Volksversammlung im Zirkus Busch. 15. 12. 1918

Die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte ist berufen, um den Sieg der Revolution zu festigen. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind in den Tagen der Revolution impulsiv entstanden, für ihre Tätigkeit fehlte es an einheitlichen Grundsätzen und

Wegen. Es ist deshalb begreiflich, daß in den ersten Tagen und Wochen der Republik Fehlgriffe vorkamen. Auch bei der jungen Republik geht's ohne Kinderkrankheiten nicht ab. Unser Land befindet sich aber nach den furchtbaren Kriegsjahren in einer so ernsten Situation, daß die Kinderkrankheiten schnellstens überwunden werden müssen, wenn wir nicht zugrunde gehen sollen. Es machen sich bedrohliche Erscheinungen geltend, die mit Demokratie und Sozialismus nichts zu tun haben, sondern zu ihnen im schärfsten Gegensatz stehen; Erscheinungen, die von der deutschen Sozialdemokratie stets grundsätzlich und scharf bekämpft worden sind. Das ist die Anarchie! Sie versucht mit Terror und Gewalt die Verwaltung in Gemeinde, Staat und Reich lahmzulegen, wütet wahnwitzig gegen die Weiterführung unseres Wirtschaftslebens, sucht die Herbeiführung des Friedens und Wiederanknüpfung friedlicher, wirtschaftlicher Beziehungen zur Welt unmöglich zu machen. Sie kennt nur ein Ziel: Das Phantom der Weltrevolution. Das Leben des eigenen Volkes, die wirtschaftlichen und politischen Sicherungen seines Bestandes, die Selbstbehauptung der Arbeiterklasse Deutschlands sind jenen Elementen gleichgültig.

Aufgabe der Reichskonferenz muß es sein, hier einen dicken Trennungsstrich zu ziehen. Hier kann es nur ein Hüben und Drüben geben; hier geht's um Sein oder Nichtsein. Wollen wir nicht politisch und wirtschaftlich jämmerlich zusammenbrechen, soll der Sozialismus, dem wir alle ein Leben voll Hingabe und zähester Arbeit geopfert haben, für alle Zeit von der Geschichte nicht gebrandmarkt werden, dann muß die selbstmörderische Anarchie, wo sie sich zeigt, mit aller Entschlossenheit bekämpft werden. Gewiß, es drohen uns auch Gefahren von rechts, mit denen wir aber

spielend fertig werden, wenn die Arbeiter und Soldaten einig sind. Deshalb muß auf der Reichskonferenz Klarheit geschaffen werden über die Aufgaben der Arbeiter- und Soldatenräte, die nach einheitlichen Richtlinien für das ganze Reich geführt werden müssen. Nicht Hemmungen oder gar Unterbindungen des staatlichen Lebens durch willkürliche örtliche Eingriffe in die Organisation und Verwaltung des Reichs, sondern tatkräftige Mithilfe muß die Losung sein.

Die Hauptarbeit der Reichsleitung bestand bisher in der Aufräumung von Hindernissen. Zu positiver, schaffender Arbeit, großzügigen, politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen konnten wir nicht genügend kommen. Ohne ein gewisses Maß von Bewegungsfreiheit, ohne Initiative und Entfaltung von Energie können aber auch in der sozialistischen Republik die Interessen des Volkes nicht gesichert werden. Wir müssen deshalb darauf bestehen, daß hier völlige Klarheit und absolute Sicherheit geschaffen wird, nur dann können wir die Verantwortung künftig noch tragen.

Ebenso unerläßlich ist Sicherung des Bestandes der Republik gegen jeden Angriff, von welcher Seite er auch kommen mag. Was nützen uns alle demokratischen, Wirtschafts- und sozialen Maßnahmen, wenn uns die Macht zu ihrer Durchführung fehlt? Diese Macht soll die Volkswehr sein, deren Schaffung die Reichsleitung schon vor zwei Wochen beschlossen hat, deren Schaffung in die Wege geleitet und schnellstens durchgeführt werden muß. Diese Sicherung muß auch für die Nationalversammlung geschaffen werden, um alle Angriffe auf ihre Souveränität niederhalten zu können. Aus dem ganzen Reiche haben wir von zahlreichen Arbeiter- und Soldatenräten und anderen Körperschaften Kundgebungen erhalten, in

denen dringend ein früherer Termin für die Nationalversammlung verlangt wird. Nach genauer Prüfung bin ich der Meinung, daß ohne Überstürzung und ohne Schädigung irgendwelcher Rechte der Wahltermin schon vier Wochen früher angesetzt werden kann. In der Prüfung und Erledigung dieser hochwichtigen Frage liegt die größte Aufgabe der Reichskonferenz. Ich erhoffe von ihr gute Arbeit. Voll Vertrauen sehe ich ihr entgegen, weil ich sicher bin, daß die große Mehrheit der Delegierten ebenso wie die Reichsleitung erfüllt sein wird von dem alten Schlachtruf: „Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!"

DAS SCHRECKGESPENST DES HUNGERS UND DER WIRTSCHAFTLICHEN AUFLÖSUNG

Aufruf. 15. 12. 1918

Die Errungenschaften der sozialistischen Revolution sind in Gefahr! Die drohende Katastrophe zeichnet sich täglich deutlicher ab.

Vergeßt nicht, wie wir stehen! Der Krieg hat uns arm gemacht, die Niederlage noch ärmer. Unser Boden ist vernachlässigt und ausgesogen, unser Vieh abgeschlachtet, unsere Verkehrsmittel sind heruntergekommen, die Produktionsanlagen für die Herstellung von Friedensgütern abgenützt, teilweise ruiniert, die wichtigsten Rohstoffe mangeln. Drückende Waffenstillstandsbedingungen lähmen unsere Bewegungsfreiheit. Ungeheuerlich sind die Lasten, die der siegreiche Feind uns aufbürdet.

Arbeiter! In Eurer, nur in Eurer Hand liegt es, das Verhängnis abzuwenden. Ihr müßt unsere zusammengebrochene Wirtschaft wieder aufrichten. Ihr müßt dafür sorgen, daß uns Hunger und Bürgerkrieg erspart bleiben und das, was unweigerlich auf Bürger-

krieg folgt: die Verwüstung aller Errungenschaften der Revolution, Euerer Revolution. Ihr müßt arbeiten!

Ihr müßt arbeiten! Der Sozialismus verlangt Arbeit, kann nur bestehen auf Grundlage der Arbeit! Wer feiern muß, soll Unterstützung bekommen; aber wer feiert, obwohl er arbeiten könnte, macht sich und die anderen ärmer, versündigt sich an seinem Volke und dessen sozialistischer Zukunft, hilft den Zusammenbruch bereiten, der schließlich auch ihn selbst verschlingt.

Arbeiter! Bleibt nicht in den großen Städten zusammengedrängt, wo die Industrie auch nicht genug Arbeit schaffen kann, weil es an Kohle und anderen Betriebsstoffen fehlt und wo Ihr schließlich Hunger leiden müßt, weil die Lebensmittel nicht herangebracht werden können.

Geht hinaus aufs Land, in die Städte der Provinz! Die Kräfte, die in Berlin und anderen Großstädten brachliegen, werden dort dringend gebraucht. Geht zu den Arbeitsnachweisen; sie werden Euch sagen, wo Ihr lohnende Arbeit findet, die Euch nährt und das Volk retten hilft. Keiner darf sich jetzt darauf versteifen, an dem Ort zu bleiben, in den er während des Krieges gekommen ist. An der Vernunft, an der sozialistischen Disziplin jedes einzelnen hängt das Dasein, die Freiheit, die Zukunft unserer sozialistischen Hoffnung.

Arbeiter! Schützt Eure Revolution vor den Angriffen jeglicher Reaktion; rettet sie auch vor dem Ruin durch Hunger und wirtschaftliche Auflösung!

Ebert. Haase. Scheidemann. Dittmann. Landsberg. Barth.

AUF DEM KONGRESS DER ARBEITER- UND SOLDATEN-RÄTE

16. 12. 1918

Soldaten und Arbeiter der Deutschen Volksrepublik! Mit einem Ruck leidenschaftlicher Entschlossenheit habt Ihr in den ersten Novembertagen zertrümmert, was im Laufe der Zeit morsch geworden war; habt Ihr die Abhängigkeiten zerrissen, die man als gottgegeben ansah, und den deutschen Volksstaat vollkräftig ins Leben gesetzt. Die Könige sind auf und davon, die Republik muß nach den Worten unseres großen französischen Genossen und Friedensfreundes Jaurès eine Nation von Königen sein. Alle alten Herrenrechte sind mit einem Schlage zerbrochen, das Recht des Volkes ist die Grundlage des deutschen Staats. Aber wir sind uns klar darüber, daß die Republik erst dann den Kern ihres Wesens erfüllt, wenn sie nicht nur die Herren, sondern auch die Ausbeuter beseitigt. Die tapferen Kämpfer der Revolution, welche die Fürsten von Thronen, das Junkertum und die Schwerindustrie aus der Herrschaft des Staates vertrieben haben, sollen die Republik der Freiheit erobern, die freie sozialistische Volksrepublik.

Diese junge Republik macht einstweilen noch einige Kinderkrankheiten durch. Fünf Wochen nach der Revolution ist der neue Staat noch nicht so gefestigt und geordnet, wie es die alte 500jährige Herrschaft der Hohenzollern und die 1000jährige der Wittelsbacher war. Alle, die ein großes Geschrei darüber erheben, wir vermöchten der Anarchie nicht Herr zu werden und seien nicht imstande, einen normalen Verlauf des staatlichen Lebens herbeizuführen, haben gewiß nie am Aufbau auch nur der kleinsten Organisation mitgeschaffen. Ihr Arbeiter und Soldaten, in Eurer übergroßen Mehrzahl alte tätige Mitglieder der Arbeiter-

bewegung, wißt, wieviel Mühe die Gründung des kleinsten Parteivereins oder der kleinsten Gewerkschaftszahlstelle macht, wie lange es dauert, ehe sie ihre Aufgabe wirklich erfüllt. Und Ihr werdet Euch nicht wundern, wenn der gewaltige Umschwung der Novembertage nicht alsbald einen Apparat zustande gebracht hat, der reibungslos läuft und mit höchstem Nutzeffekt arbeitet. Gewiß drängt die Zeit. Nach den unsagbaren Verwüstungen des vierjährigen Mordens, nach der frivolen Leichtfertigkeit der früheren Gewalten, die alles auf eine Karte gesetzt hatten, und als sie fehlschlug, ratlos dastanden, nicht mehr aus und ein wußten und schließlich feige desertierten, steht die junge Volksrepublik vor den schwierigsten Aufgaben, die je einem eben erst geschaffenen Staatswesen gestellt worden waren. Inmitten eines allgemeinen Mangels an Bedarfsgütern jeder Art soll sie für ungezählte Millionen Menschen Arbeit schaffen, während alle Rohstoffe fehlen. Inmitten einer allgemeinen Auflösung der alten politischen und sozialen Ordnung muß sie unbedingt dafür sorgen, daß das öffentliche und wirtschaftliche Leben nicht einen Tag still steht, daß Sicherheit, Nahrung, Kleidung, Beleuchtung und Heizung vorhanden sind. Die uns gestellte Aufgabe ist wahrhaft gigantisch. Ihre Lösung ist unmöglich, wenn jeder nach eigenem Kopfe darauflos wirtschaftet. Nur fester, einheitlicher Wille kann der unendlichen Schwierigkeiten der Lage Herr werden. Die Arbeiterklasse im Waffenrock und in der Bluse, die im sozialistischen Kampfe die alten Götzen gestürzt und die neue Freiheit herbeigeführt, darf nicht dulden, daß Uneinigkeit, Zersplitterung, Eigensinn, Eigendünkel und Eigenmächtigkeit sie um die Früchte der Revolution bringen. Sie muß unbedingt verlangen, daß ein einheitlicher Mehrheitswillen gebildet wird und eine einheitliche Linie in allen prak-

tischen Maßnahmen der Staatsverwaltung innegehalten wird, wie sie die Träger der Revolution vorschreiben.

Als am 9. November das Volk gesiegt hatte, gab es keine regierende Gewalt in Deutschland mehr. Alle alten Machthaber waren auseinandergestoben. In diesem Augenblicke mußten die Sieger die Gewalt ergreifen und die provisorische Regierung schaffen, die bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung jetzt neu zu regeln und zu bekräftigen Ihre Aufgabe ist. Dazu haben Sie sich hier zusammengefunden. Vertreter der Arbeiter aus allen Gegenden Deutschlands haben sich zusammengefunden. Ihr Zusammenschluß soll das Beieinanderbleiben des einigen Deutschlands verbürgen. Ihr Zusammenschluß soll die Einheit im Wollen und Handeln der Reichsleitung für die nächsten Wochen sicherstellen. Sie sollen aus der Gewalt der siegreichen Revolution den neuen Rechtsstaat errichten. Auf die Dauer kann es nur eine Rechtsquelle geben, das ist der Wille des ganzen deutschen Volkes; das war der Sinn der deutschen Revolution. Gewaltherrschaft hat uns ins Verderben geführt, nun dulden wir keinerlei Gewaltherrschaft mehr, komme sie, von wem sie wolle. Je eher wir dazu gelangen, unseren Staat auf die feste Rechtsgrundlage des Willens der ganzen Nation zu stellen, um so eher wird die Deutsche Volksrepublik gesund und stark, um so eher kann sie an die Erfüllung ihrer sozialistischen Ziele herangehen. Das siegreiche Proletariat richtet keine neue Klassenherrschaft auf. Es überwindet zunächst politisch, dann wirtschaftlich die alten Klassenscheidungen und stellt die Gleichheit all dessen her, was Menschenantlitz trägt. Das ist der große ideale Gedanke der Demokratie. Wer ihn ganz und restlos in sich aufgenommen hat, kann den dauernden Frieden erringen, kann ein vollgültiges Mitglied der Familie der freien Völker werden. Demokratie

und Nationalversammlung, die endgültige Überwindung der Willkürherrschaft, die dauernde Garantie der Selbstregierung des Volkes, das muß in dieser Zeit unsere Hauptsorge sein. Verrichten Sie hier ein großes Werk der Freiheit und der Demokratie, und die Deutsche Volksrepublik wird aller Gefahren Herr werden und einer glücklichen Zukunft entgegengehen.

EIN ZWISCHENSPIEL

Vor der Reichskanzlei erschienen am 6. 12. 1918 bewaffnete Soldaten und Matrosen, deren Führer, Spiro, „gestützt auf die bewaffnete Macht, und im Bewußtsein, für die ganze Nation zu sprechen", den Volksbeauftragten Ebert „zum Präsidenten Deutschlands" ausrief. Der neue „Präsident" antwortete auf diese Huldigung:

Wir stehen vor ungeheuren Schwierigkeiten, die der Krieg und die Waffenstillstandsbedingungen unserem Volke auferlegt haben. Unsere Volkswirtschaft ist der Grundstock unseres Lebens. Noch schwerer wird unser Wirtschaftsleben bedroht, wenn eigenmächtige Maßnahmen in den Betrieben zum schließlichen Schaden der Arbeiterklasse getroffen werden. Wir wollen unser soziales Programm nicht mit einzelnen Experimenten, sondern im Rahmen der Reichsgesetzgebung durchführen.

Ein einheitlicher Wille muß die Geschicke des ganzen Reiches leiten. Die Führung der Geschäfte muß fest in den Händen der Reichsleitung liegen. Wir haben uns stets bemüht, mit den A.- und S.-Räten gemeinsam zu arbeiten, in deren Hand die Macht liegt. Auch mit dem Vollzugsausschuß von Berlin haben wir uns verständigt. Wenn wirklich Differenzen beständen, dürfte unter keinen Umständen von außen eingegriffen werden. Das müßt Ihr uns überlassen! Wenn Ihr jetzt stürmisch die Einberufung der Nationalversammlung

begehrt, so vergeßt nicht, daß Eure Kameraden erst auf dem Rückmarsch sind und daß sie, die mit Euch alle Kriegsnöte geteilt haben, auch wählen wollen. Geduldet Euch bis zur Tagung aller deutschen A.- und S.-Räte am 16. Dezember, die sich über den technisch frühesten Termin der Nationalversammlung schlüssig werden sollen. Heute fordere ich Euch auf, volle Disziplin zu wahren und eine geschlossene Truppe unter einheitlicher Führung zu bilden, die der Grundstock der Macht ist, auf die sich Deutschlands Zukunft und Glück aus dem Abgrund eines jähen Falls neu aufbauen soll. Ihr sollt die Stütze eines neuen freien Deutschlands werden, dessen Bestand von keiner Seite gefährdet werden darf. Die junge soziale Republik Deutschland lebe hoch!"

Die Demonstranten gaben sich damit nicht zufrieden. Spiro stellte „die klare Frage": „Herr Ebert ist jetzt zum Präsidenten der Deutschen Republik ausgerufen worden. — Folgt er diesem Rufe oder nicht? — Ja oder nein?" Die Antwort lautete ruhig und bestimmt:

„Kameraden und Genossen! Den Ruf, der an mich ergangen ist, kann und will ich nicht annehmen, ohne vorher mit meinen Freunden in der Regierung gesprochen zu haben. Das ist eine hochwichtige Angelegenheit, deren Entscheidung allein in den Händen des Rates der Volksbeauftragten liegt."

DAS ENDE DER VOLKSBEAUFTRAGTEN

Drei Kundgebungen zum Austritt der Unabhängigen aus der Regierung. 30.—31. 12. 1918

I.

Arbeiter! Soldaten! Bürger! Bürgerinnen!

Die Unabhängigen sind aus der Regierung ausgeschieden. Die verbleibenden Mitglieder des Kabinetts haben dem Zentralrat ihre Mandate zur Ver-

fügung gestellt, um ihm vollkommen freie Hand zu lassen. Einstimmig sind sie von ihm aufs neue bestätigt worden. Die lähmende Zwiespältigkeit ist überwunden. Die Reichsregierung ist neu und einheitlich gebildet. Sie kennt nur ein Gesetz des Handelns: Über jede Partei das Wohl, der Bestand, die Unteilbarkeit der Deutschen Republik. Zwei Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind auf einstimmigen Beschluß des Zentralrates an Stelle der ausgeschiedenen drei Unabhängigen getreten: Noske und Wissell. Alle Mitglieder des Kabinetts sind gleichberechtigt. Vorsitzende sind Ebert und Scheidemann. Und nun an die Arbeit! Im Innern gilt es: Die Nationalversammlung vorzubereiten und ihre ungestörte Tagung sicherzustellen, für die Ernährung ernstlich Sorge zu tragen, die Sozialisierung im Sinne des Rätekongresses in die Hand zu nehmen, die Kriegsgewinne in der schärfsten Form zu erfassen, Arbeit zu schaffen und Arbeitslose zu unterstützen, die Hinterbliebenenfürsorge auszubauen, die Volkswehr mit allen Mitteln zu fördern, die Entwaffnung Unbefugter durchzusetzen. Nach außen: Den Frieden so schnell und so günstig wie möglich herbeizuführen und die Vertretungen der Deutschen Republik im Ausland mit neuen, von neuem Geist erfüllten Männern zu ersetzen. Das ist in großen Zügen unser Programm bis zur Nationalversammlung. In enger Fühlung mit den deutschen Freistaaten soll es verwirklicht werden. Seine Ausführung im einzelnen wird nicht in Kundgebungen, sondern in Taten zum Ausdruck kommen. Jetzt haben wir Arbeitsmöglichkeit! Es wäre unsere Schuld allein, wenn wir sie nicht zur Arbeit benützen würden! Uns die Arbeit! Euch allen aber die Mitarbeit! Der neue Freistaat ist unser aller Besitz. Helft ihn sichern! Auch an Euch ist die Frage des Zentralrats gerichtet: „Seid Ihr bereit,

die öffentliche Ruhe und Sicherheit gegen gewaltsame Eingriffe zu schützen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Arbeitsmöglichkeit der Regierung gegen Gewalttätigkeiten, ganz gleich von welcher Seite, zu gewährleisten?" Ihr müßt diese Frage mit einem Ja! beantworten. Die Reichsregierung bekennt sich ohne Einschränkung zu diesem Ja. Ohne dieses Ja bleibt jedes Programm Papier und Worte! Wir aber wollen über den Aufruf zum Aufbau! Wir gehen ans Werk! Wir glauben an Euch und an uns! Wir kommen durch!

Die Reichsregierung:
Ebert. Scheidemann. Landsberg. Noske. Wissell.

II.

Arbeiter, Bürger, Soldaten!
Die Regierungskrise hat die Lösung gefunden, die das deutsche Volk erwartet hat. Die Unabhängigen sind ausgeschieden, die Reichsregierung wird aus den Reihen der Mehrheitssozialisten ergänzt werden und, von inneren Hemmungen frei, an die Lösung ihrer großen Aufgaben gehen: Die Wahlen zur Nationalversammlung und den Frieden vorzubereiten und bis dahin die Aufrechterhaltung einer freiheitlichen Ordnung sicherzustellen.

Die Vertreter der Unabhängigen sind ausgetreten, weil der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik gegen sie entschieden hat. Der Zentralrat hat erklärt: „Die Volksbeauftragten Ebert, Landsberg und Scheidemann haben lediglich den Auftrag erteilt, das Nötige zur Befreiung des Genossen Wels zu veranlassen. Das ist aber auch erst geschehen, nachdem den drei Volksbeauftragten von dem Führer der Volksmarinedivison telephonisch mitgeteilt worden ist, daß er für das Leben des Genossen Wels nicht mehr garan-

tieren könne. Das billigt der Zentralrat." Nach diesem Schiedsspruch von der höchsten Instanz, von den Vertrauensleuten sämtlicher A.- und S.-Räte Deutschlands, sind die Unabhängigen aus der Regierung geschieden. Sie haben sie in einem Augenblick verlassen, wo alles in Frage gestellt ist: Waffenstillstand, Frieden, Ernährung, Bestand des Reiches. Wo zum erstenmal vom französischen Bevollmächtigten General Foch die unzweideutige Äußerung vorliegt: „Mit einer bolschewistischen Regierung verhandeln wir nicht!" Wo keiner sich der Pflicht entziehen darf, den völligen Untergang abzuwehren! Obwohl viele Stunden lang die Berechtigung der Notwehr bewiesen wurde, in der Ebert, Landsberg und Scheidemann gehandelt haben, und diese vom Zentralrat anerkannt wurde, haben die Unabhängigen ihren Austritt wieder mit der angeblichen „Schuld" der sozialdemokratischen Volksbeauftragten begründet. Auf die Frage des Zentralrats, ob die Volksbeauftragten bereit seien, die öffentliche Ruhe und Sicherheit, insbesondere auch das private und öffentliche Eigentum gegen gewaltsame Eingriffe zu schützen, und mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln ihre eigene Arbeitsmöglichkeit und die ihrer Organe gegen Gewalttätigkeiten, ganz gleich von welcher Seite, zu gewährleisten — auf diese Frage haben die Unabhängigen geschwiegen! Vor der Beantwortung dieser Lebensfrage des deutschen Volkes haben sie sich gedrückt! Damit haben sie bewiesen, daß sie die erste Pflicht jeder Regierung nicht erfüllen wollen: Die Sicherheit innerhalb des Staates zu gewährleisten!

Die Revolution ist nicht Anarchie, sondern erhöhte Sicherheit, gestützt auf den freien Willen gleichberechtigter Staatsbürger! Indem die Unabhängigen die Mittel zur staatlichen Sicherung ablehnten, haben sie sich als regierungsunfähig erwiesen. Für uns ist die Revolution

keine Parteiparole, sondern das kostbarste Gut des ganzen schaffenden Volkes. Wir übernehmen ihre Aufgaben als Beauftragte des Volkes mit dem Schwur: Alles für die Revolution, alles durch die Revolution! Aber auch mit der festesten Absicht, jedem unerbittlich entgegenzutreten, der aus der Revolution des Volkes den Terror einer Minderheit machen will. Hunderttausende demonstrieren heute für die neue Regierung, um den skrupellosen Mißbrauchern der Straße zu beweisen, wo die Mehrheit steht. Auf ihrer Solidarität beruht unser Auftrag und unser Amt. Die Massen sind unsere Rechtfertigung, ihr Wille gibt uns die Kraft zu der Riesenaufgabe! Arbeiter, Bürger, Soldaten! Mit einer Demonstration allein ist es nicht getan! Habt einen Willen und zeigt einen Willen! Dann ist der Abzug der Unabhängigen weiter nichts als die langersehnte Handlungsfreiheit einer einheitlich gebildeten Regierung. Keine unfruchtbare Parteizänkerei mehr, sondern einheitliche Arbeit in Eurem Sinn, im republikanischen, sozialistischen, demokratischen Sinn! Hoch die deutsche Volksrepublik!

III.

Mit dem Zutritt meiner zwei Freunde Noske und Wissell hat Deutschland zum erstenmal eine reine Parteiregierung. Wir sind uns bewußt, was das bedeutet, sowohl nach der Seite der anderen Parteien, als auch der Verantwortung unserer eigenen Partei gegenüber. Aber Sie werden aus fast allen Blättern ersehen haben, wie sympathisch die Kabinettsumbildung begrüßt wurde. Das bedeutet natürlich keine Zustimmung zu unserm Parteiprogramm, wohl aber zu unserm Regierungsprogramm, welches die Einheitlichkeit des Wollens und Handelns an erste Stelle setzt. Damit wollen wir bis zur Nationalver-

sammlung das Reich vor Erschütterungen bewahren, und dann wird die Abstimmung zeigen, ob die Mehrheit des Volkes eine andere Regierung wünscht oder hinter uns steht.

Wir sind der Überzeugung, daß nur eine Regierung, die in sich keinerlei Reibungen zu überwinden hat, also aus einem Holz geschnitzt ist, jetzt durchhelfen kann, und diese Regierung glauben wir zu sein. Dabei fühlen wir uns keineswegs als ein Ausschuß unserer Partei, sondern als Beauftragte des ganzen Volkes, ebenso wie wir keine Berliner Regierung sein wollen und können, sondern eine deutsche. Es ist viel darüber geschrieben worden, ob und welcher Süddeutsche in das Kabinett zu berufen sei. Das erste, was ich noch in der Nacht tat, nachdem die Unabhängigen ihren Austritt erklärt hatten, war, daß ich an verschiedene Parteifreunde in Süddeutschland telegraphierte, um ihre etwaige Bereitwilligkeit zum Eintritt in die Regierung festzustellen. Aber die Erscheinung, unter der leider unsere ganze Parteiarbeit leidet, zeigte sich auch hier: Fast alle führenden Männer sind schon in irgendeiner Weise an den Regierungsgeschäften beteiligt, so daß wir mit unseren Bemühungen bis jetzt noch keinen Erfolg hatten. Wir hoffen aber, daß es uns noch gelingen wird. Wie es überhaupt unser Bestreben sein wird, in engster Fühlung mit den deutschen Freistaaten die Reichsgeschäfte zu führen, um auch durch diese ständige Zusammenarbeit die Reichseinheit klar zum Ausdruck kommen zu lassen. Darin stimmen wir mit den Regierungen Süddeutschlands vollständig überein. Unsere nächste und dringendste Aufgabe wird sein, der Regierung einen Rückhalt in der neu zu schaffenden Volkswehr zu geben. Das wird sich hauptsächlich der Staatssekretär Noske angelegen sein lassen. Sodann wird Scheidemanns Aufgabe sein, seine Arbeit der

Friedenskonferenz zu widmen, welche diplomatisch-politisch vorzubereiten uns jetzt eine so vorzügliche Kraft wie der neue Staatssekretär Graf Rantzau zur Verfügung steht. Wissell hat dafür zu sorgen, daß das Schlagwort von der sozialistischen Republik Deutschland aus einem Schlagwort zur Tatsache werde, d. h. daß neben den politischen Rechten auch die wirtschaftlichen und sozialen Anforderungen des arbeitenden Volkes erfüllt werden. Ich selbst sehe meine hauptsächlichste Aufgabe in der Vorbereitung der Nationalversammlung, von der für uns die drei wichtigsten Errungenschaften abhängen: Frieden, Freiheit, Brot! Es muß mit allen Mitteln durchgesetzt werden, daß sowohl die Wahlen wie nachher die Nationalversammlung selbst absolut ungestört und unbeeinflußt verlaufen können. Aber auch der gewaltige Stoff, welcher der Beratung und der Beschlußfassung unterliegen soll, muß gesichtet werden, wenn es der Konstituante mit Erfolg gelingen soll, ihr Ziel zu erreichen: Die verfassungsrechtliche Grundlage für die junge Deutsche Republik zu schaffen. In diesem Willen und mit diesen Kräften gehen wir ins neue Jahr!

1919.

GEGEN KARL LIEBKNECHT UND ROSA LUXEMBURG

Aufruf. 8. 1. 1919

Mitbürger! Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht. Die Regierung, die binnen zehn Tagen die freie Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gestürzt werden. Das Volk soll nicht sprechen dürfen. Seine Stimme soll unterdrückt werden. Die Erfolge habt Ihr gesehen. Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit aufgehoben. Die Presse ist unterdrückt, der Verkehr lahmgelegt. Teile Berlins sind die Stätte blu-

tiger Kämpfe. Andere sind schon ohne Wasser und Licht. Proviantämter werden gestürmt, die Ernährung der Soldaten und Zivilbevölkerung wird unterbunden.

Die Regierung trifft alle notwendigen Maßnahmen, um diese Schreckensherrschaft zu zertrümmern und ihre Wiederkehr ein für allemal zu verhindern. Entscheidende Handlungen werden nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es muß aber gründliche Arbeit getan werden, und sie bedarf der Vorbereitung.

Habt nur noch kurze Zeit Geduld! Seid zuversichtlich, wie wir es sind, und nehmt Euren Platz entschlossen bei denen, die Euch Freiheit und Ordnung bringen werden.

Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden. Die organisierte Gewalt des Volkes wird der Unterdrückung und der Anarchie ein Ende machen. Einzelerfolge der Feinde der Freiheit, die von ihnen in lächerlicher Weise aufgebauscht werden, sind nur von vorübergehender Bedeutung. Die Stunde der Abrechnung naht.

ZUR ERÖFFNUNG DER VERFASSUNGGEBENDEN DEUTSCHEN NATIONALVERSAMMLUNG

Rede. Weimar, 6. 2. 1919

Meine Damen und Herren, die Reichsregierung begrüßt durch mich die Verfassunggebende Versammlung der deutschen Nationen. Besonders herzlich begrüße ich die Frauen, die zum erstenmal gleichberechtigt im Reichsparlament erscheinen. Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution; sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen. In der Revolution erhob sich das deutsche Volk gegen eine veraltete, zusammenbrechende Gewaltherrschaft. Sobald das Selbst-

bestimmungsrecht des deutschen Volkes gesichert ist, kehrt es zurück auf den Weg der Gesetzmäßigkeit. Nur auf der breiten Heerstraße der parlamentarischen Beratung und Beschlußfassung lassen sich die unaufschiebbaren Veränderungen auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete vorwärts bringen, ohne das Reich und sein Wirtschaftsleben zugrunde zu richten. Deshalb begrüßt die Reichsregierung in dieser Nationalversammlung den höchsten und einzigen Souverän in Deutschland. Mit den alten Königen und Fürsten von Gottes Gnaden ist es für immer vorbei. Wir verwehren niemandem eine sentimentale Erinnerungsfeier. Aber so gewiß diese Nationalversammlung eine große republikanische Mehrheit hat, so gewiß sind die alten gottgegebenen Abhängigkeiten für immer beseitigt. Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in aller Zukunft sich selbst. Diese Freiheit ist der einzige Trost, der dem deutschen Volke geblieben ist, der einzige Halt, an dem es aus dem Blutsumpf des Krieges und der Niederlage sich wieder herausarbeiten kann.

Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. Meine Damen und Herren, es war die Kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte. Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und angesichts der militärischen und wirtschaftlichen Lage konnte sie nicht anders handeln. Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die verfehlte Politik der alten Gewalten und der leichtfertige Übermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt haben. Sie ist auch nicht verantwortlich für unsere schwere Lebensmittelnot. Die Tatsache, daß wir durch die Hungerblockade Hunderttausende von Menschenleben verloren haben, daß ihr Hunderttausende von Männern, Frauen, Kindern und Greisen

zum Opfer gefallen sind, widerlegt die Redensart, daß wir ohne die Revolution mit unsern Lebensmitteln ausgereicht hätten. Niederlage und Lebensmittelnot haben uns den gegnerischen Mächten ausgeliefert.

Aber nicht nur uns, auch unsere Gegner hat der Krieg ungeheuer erschöpft. Aus dem Gefühl der Erschöpfung bei unseren Gegnern entspringt ihr Bestreben, sich schadlos zu halten am deutschen Volke, wird der Ausbeutungsgedanke in das Friedenswerk hineingetragen. Diese Rache- und Vergewaltigungspläne fordern den schärfsten Protest heraus. Das deutsche Volk kann nicht auf 20, 40 oder 60 Jahre zum Lohnsklaven anderer Länder gemacht werden. Das furchtbare Unglück des Krieges für ganz Europa kann nur wieder gutgemacht werden durch Handinhandgehen der Völker. Angesichts des Massenelends auf allen Seiten erscheint die Schuld beinahe klein. Gleichwohl ist das deutsche Volk entschlossen, selbst alle zur Verantwortung zu ziehen, denen ein absichtliches Verschulden oder eine absichtliche Niedertracht nachgewiesen werden kann. Aber man soll nicht diejenigen strafen, die selbst Opfer waren, Opfer des Krieges, Opfer unserer früheren Unfreiheit.

Weshalb haben nach ihren eigenen Zeugnissen unsere Gegner gekämpft? Um den Kaiserismus zu vernichten. Es gibt ihn nicht mehr, er ist für immer erledigt. Die Tatsache dieser Nationalversammlung selbst zeigt es. Sie haben gekämpft, um den Militarismus zu zerstören. Er ist in Trümmer gestürzt und wird nicht wieder erstehen. Für Gerechtigkeit, Freiheit und einen Dauerfrieden haben unsere Gegner nach ihren feierlichen Proklamationen kämpfen wollen. Die Waffenstillstandsbedingungen aber sind bisher unerhört hart und schonungslos durchgeführt worden. Elsaß wird ohne weiteres als französisches Land behandelt.

Die von uns ausgeschriebenen Wahlen zur Nationalversammlung sind widerrechtlich verhindert worden. Die Deutschen werden aus dem Lande getrieben, der deutsche Besitz sequestriert. Das besetzte linksrheinische Gebiet wird vom übrigen Deutschland abgeschlossen und getrennt. Die Bestimmung des Waffenstillstandsvertrages, daß keine öffentlichen Werte verschleudert werden sollen, wird ungeheuerlich auszuweiten versucht zu einer allgemeinen geldwirtschaftlichen Versklavung des deutschen Volkes.

Während wir längst außerstande und ohne Aussicht sind, den Waffengang zu erneuern, werden unsere 800 000 Kriegsgefangenen noch immer zurückgehalten, sind vom seelischen Zusammenbruch und harter Zwangsarbeit aufs schwerste bedroht. Aus diesen Akten alter Gewaltpolitik spricht kein Geist der Versöhnlichkeit. Die Waffenstillstandsbedingungen wurden damit begründet, daß sie dem alten Regime der Hohenzollern auferlegt waren. Wie will man es rechtfertigen, daß man sie der jungen sozialistischen Republik fortdauernd verschärft, obwohl wir alle Kräfte einsetzen, den uns auferlegten schwerdrückenden Verpflichtungen gerecht zu werden! Wir warnen die Gegner, uns nicht zum Äußersten zu treiben. Wie General Winterfeldt könnte eines Tages jede deutsche Regierung gezwungen sein, auf weitere Mitwirkung an den Friedensverhandlungen zu verzichten und den Gegnern die ganze Last der Verantwortung für die Neugestaltung der Welt zuzuschieben. Man stelle uns nicht vor die verhängnisvolle Wahl zwischen Verhungern und Schmach. Auch eine sozialistische Volksregierung und gerade diese muß daran festhalten: Lieber ärgste Entbehrung als Entehrung. Wenn zu den Millionen, die im Kriege alles verloren haben und nichts mehr zu verlieren fürchten, auch diejenigen kämen, die glaubten,

Deutschland habe nichts zu verlieren, dann wird sich unwiderstehlich die Taktik der Verzweiflung durchsetzen.

Im Vertrauen auf die Grundsätze des Präsidenten Wilson hat Deutschland die Waffen niedergelegt. Jetzt gebe man uns den Wilson-Frieden, auf den wir Anspruch haben. Unsere freie Volksrepublik, das ganze deutsche Volk erstrebt nichts anderes, als gleichberechtigt in den Bund der Völker einzutreten und sich dort durch Fleiß und Tüchtigkeit eine geachtete Stellung zu erwerben.

Deutschland kann der Welt noch vieles leisten. Ein Deutscher hat den Arbeitern aller Länder den wissenschaftlichen Sozialismus geschenkt. Wir sind auf dem Wege, der Welt noch einmal sozialistisch voranzuschreiten, indem wir dem Sozialismus dienen, der allein Dauer haben kann, der den Wohlstand und die Kultur des Volkes hebt, dem Sozialismus der werdenden Wirklichkeit. Wir wenden uns deshalb noch einmal an alle Völker der Welt mit dem dringenden Appell, dem deutschen Volk Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, durch Vergewaltigung unseres Volkes und unserer Wirtschaft nicht zu vernichten, was sich trotz alledem hoffnungsvoll bei uns anbahnt. Das deutsche Volk hat sich sein Selbstbestimmungsrecht im Innern erkämpft. Es kann es jetzt nach außen nicht preisgeben.

Wir können auch nicht darauf verzichten, die ganze deutsche Nation im Rahmen eines Reichs zu einigen. Unsere deutsch-österreichischen Brüder haben auf ihrer Nationalversammlung bereits am 12. November vorigen Jahres sich als Teil der großdeutschen Republik erklärt. Jetzt hat die deutsch-österreichische Nationalversammlung erneut unter stürmischer Begeisterung uns ihren Gruß entboten und die Hoffnung ausgesprochen, daß es unserer und ihrer Nationalver-

sammlung gelingen wird, das Band, das die Gewalt 1866 zerrissen hat, wieder neu zu knüpfen. Deutsch-Österreich müsse mit dem Mutterland für alle Zeiten vereinigt werden.

Meine Damen und Herren! Ich bin sicher, im Sinne der gesamten Nationalversammlung zu sprechen, wenn ich diese historische Kundgebung aufrichtig und voll Freude begrüße und sie mit gleicher, herzlicher Brüderlichkeit erwidere. Unsere Stammes- und Schicksalsgenossen dürfen versichert sein, daß wir sie im neuen Reich der deutschen Nation mit offenen Armen und Herzen willkommen heißen. Sie gehören zu uns, und wir gehören zu ihnen.

Ich darf auch wohl die Erwartung aussprechen, daß die Nationalversammlung die künftige Reichsregierung ermächtigt, baldigst mit der Regierung des deutsch-österreichischen Freistaates über den endgültigen Zusammenschluß zu verhandeln. Dann soll kein Grenzpfahl mehr zwischen uns stehen. Dann wollen wir sein ein einig Volk von Brüdern.

Deutschland darf nicht wieder dem alten Elend der Zersplitterung und Verengung anheimfallen. Geschichte und Anlage hemmen zwar, einen straff zentralisierten Einheitsstaat zu bilden. Viele Stämme und viele Dialekte sind in Deutschland vereinigt, aber sie müssen zu einer Nation und einer Sprache zusammenklingen. Die Abgrenzung zwischen Reichsrecht und Stammesrecht mag im einzelnen umstritten bleiben. Im Großen müssen wir uns aber alle einig sein, daß nur eine ungehemmte einheitliche Entwicklungsmöglichkeit unseres Wirtschaftslebens, ein politisch aktionsfähiges, festgefügtes, einiges Deutschland die Zukunft unseres Volkes sicherstellen kann. In diesem starken deutschen Volksstaat soll jeder Stamm seine wertvollsten Eigenschaften frei zu schöner Blüte entfalten können. Nur

so können wir hoffen, aus all dem Drang und all der Not der Zeit den Aufstieg zu den Höhen der Menschheit wiederzufinden.

Eine Nationalversammlung, die einer Regierung die unanfechtbare Legitimation gibt, im Namen des ganzen deutschen Volkes zu handeln, fördert schon dadurch den Frieden nach außen und innen in hohem Maße.

Meine Damen und Herren, die provisorische Regierung hat eine sehr üble Herrschaft angetreten. Wir waren im eigentlichsten Wortsinne die Konkursverwalter des alten Regimes: Alle Scheuern, alle Läger waren leer, alle Vorräte gingen zur Neige, der Kredit war erschüttert, die Moral tief gesunken. Wir haben, gestützt und gefördert vom Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, unsere beste Kraft eingesetzt, die Gefahren und das Elend der Übergangszeit zu bekämpfen. Wir haben der Nationalversammlung nicht vorgegriffen. Aber wo Zeit und Not drängten, haben wir die dringlichsten Forderungen der Arbeiter zu erfüllen uns bemüht. Wir haben alles getan, um das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen. — Viele Unternehmer haben, verwöhnt durch den großen nationalen Markt der Kriegswirtschaft und die hohen sicheren Gewinne, die der alte monarchisch-militaristische Staat ihnen einräumte, verlernt, die notwendige Initiative zu entfalten. Wir richten deshalb an die Unternehmer den dringenden Appell, die Wiederbelebung der Produktion mit allen Kräften zu fördern.

Auf der anderen Seite rufen wir die Arbeiterschaft auf, alle Kräfte anzuspannen zur Arbeit, die allein uns retten kann. Wir haben Verständnis für die seelischen Stimmungen derer, die nach übermäßiger Kraftausgabe in der Kriegszeit jetzt eine Entspannung suchen. Wir wissen, wie schwer es denen ist, die jahrelang im Felde

gelebt haben, sich wieder in das friedliche Arbeitsleben hineinzufinden. Aber es muß sein! Wir müssen arbeiten und Werte schaffen, sonst gehen wir zugrunde. Sozialismus ist nach unserer Auffassung nur möglich, wenn die Produktion eine genügend hohe Stufe der Arbeitsleistung innehält. Sozialismus ist uns Organisation, Ordnung und Solidarität, nicht Eigenmächtigkeit, Egoismus und Zerstörung. Auch der alte Staat hätte es nicht vermeiden können, zur Dekkung der ungeheuren Kriegsschulden die Staatswirtschaft weiter auszudehnen. In der Zeit der allgemeinen Not darf es für Privatmonopole und mühelosen Kapitalprofit keinen Raum mehr geben. Wir wollen planmäßig den Profit dort ausschalten, wo die wirtschaftliche Entwicklung ein Gewerbe zur Vergesellschaftlichung reif gemacht hat.

Sorgenvoll blickt uns die Zukunft an. Wir vertrauen aber trotz alledem auf die unverwüstliche Schaffenskraft der deutschen Nation. Die alten Grundlagen der deutschen Machtstellung sind für immer zerbrochen. Die preußische Hegemonie, das Hohenzollernsche Heer, die Politik der schimmernden Wehr sind bei uns für alle Zukunft unmöglich geworden. Wie der 9. November 1918 angeknüpft hat an den 18. März 1848, so müssen wir hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. Es charakterisiert durchaus die nur auf äußeren Glanz gestellte Zeit der Wilhelminischen Aera das Lassallesche Wort, daß die klassischen deutschen Denker und Dichter nur im Kranichzug über sie hinweggeflogen seien. Jetzt muß der Geist von Weimar, der Geist der großen Philosophen und Dichter, wieder unser Leben erfüllen. Wir müssen die großen Gesellschaftsprobleme in dem Geiste behandeln, in dem Goethe sie im zwei-

ten Teil des Faust und in Wilhelm Meisters Wanderjahren erfaßt hat: Nicht ins Unendliche schweifen und sich nicht im Theoretischen verlieren. Nicht zaudern und schwanken, sondern mit klarem Blick und fester Hand ins praktische Leben hineingreifen!

„Denn der Mensch, der zur schwanken Zeit auch schwankender Gesinnung ist,
Der vermehrt das Übel und leitet es weiter und weiter.
Aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich."

So wollen wir an die Arbeit gehen, unser großes Ziel fest vor Augen, das Recht des deutschen Volkes zu wahren, in Deutschland eine starke Demokratie zu verankern und sie mit wahrem sozialen Geist und sozialistischer Tat zu erfüllen. So wollen wir wahr machen, was Fichte der deutschen Nation als ihre Bestimmung gegeben hat: „Wir wollen errichten ein Reich des Rechtes und der Wahrhaftigkeit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt."

ZUM REICHSPRÄSIDENTEN GEWÄHLT

Rede in der Nationalversammlung. Weimar, 11. 2. 1919

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich zunächst für die freundlichen Worte Ihres Herrn Präsidenten danke. Ihr Vertrauen ist meine größte Ehre. Der Ruf, den Sie soeben an mich richteten, ist ein Ruf zur Pflicht. Ich folge ihm in dem Bewußtsein, daß heute mehr denn jemals jeder Deutsche auf dem Platz, auf den er gestellt wird, seine Schuldigkeit zu tun hat. Mit allen meinen Kräften und mit voller Hingabe werde ich mich bemühen, mein Amt gerecht und unparteilich zu führen, niemand zuliebe und niemand zuleide. Ich gelobe, daß ich die Verfassung der Deut-

schen Republik getreulich beachten und schützen werde. Ich will und werde als der Beauftragte des ganzen deutschen Volkes handeln, nicht als Vormann einer einzigen Partei.

Ich bekenne aber auch, daß ich ein Sohn des Arbeiterstandes bin, aufgewachsen in der Gedankenwelt des Sozialismus, und daß ich weder meinen Ursprung noch meine Überzeugung jemals zu verleugnen gesonnen bin. Indem Sie das höchste Amt des deutschen Freistaates mir anvertrauten, haben Sie — ich weiß es — keine einseitige Parteiherrschaft aufrichten wollen. Sie haben aber damit den ungeheuren Wandel anerkannt, der sich in unserem Staatswesen vollzogen hat, und zugleich auch die gewaltige Bedeutung der Arbeiterklasse für die Aufgaben der Zukunft. Die ganze wirtschaftliche Entwicklung läßt sich darstellen als eine fortwährende Verringerung und Abtragung der Vorrechte der Geburt. Jetzt hat das deutsche Volk dieses Vorrecht auf dem Gebiet der Politik restlos beseitigt. Und auch auf sozialem Gebiet vollzieht sich diese Wandlung. Auch hier werden wir bestrebt sein müssen, allen, im Rahmen des menschlich Möglichen, den gleichen Ausgangspunkt zu geben und das gleiche Gepäck aufzuladen.

Mögen wir um die Formen ringen, in denen sich dieses Recht durchführen läßt: das Streben nach dieser höchsten menschlichen Gerechtigkeit wird uns allen innewohnen.

Freiheit und Recht sind Zwillingsschwestern. Die Freiheit kann sich nur in fester staatlicher Ordnung gestalten. Sie zu schützen und wiederherzustellen, wo sie angetastet wird, das ist das erste Gebot derer, die die Freiheit lieben. Jede Gewaltherrschaft, von wem sie auch komme, werden wir bekämpfen bis zum Äußersten.

Dem Gewaltprinzip zwischen den Völkern haben wir feierlich abgesagt; auch dort wollen wir, daß das Recht und die Freiheit zur Geltung komme. Niemand soll in den Verband der Deutschen Republik gezwungen werden, aber es soll auch niemand mit Gewalt von ihr getrennt werden, den es zu ihr zieht und drängt.

Nur auf das freie Selbstbestimmungsrecht wollen wir unseren Staat gründen, nach innen und außen. Wir können aber um des Rechtes willen nicht dulden, daß man unseren Brüdern die Freiheit der Wahl raubt. Die Freiheit aller Deutschen zu schützen mit dem äußersten Gebot von Kraft und Hingabe, dessen ich fähig bin, das ist der Schwur, den ich in dieser Stunde in die Hände der Nationalversammlung lege.

Den Frieden zu erringen, der der deutschen Nation das Selbstbestimmungsrecht sichert, die Verfassung auszubauen und zu behüten, die allen deutschen Männern und Frauen die politische Gleichberechtigung unbedingt verbürgt, dem deutschen Volke Arbeit und Brot zu schaffen, sein ganzes Wirtschaftsleben so zu gestalten, daß die Freiheit nicht Bettlerfreiheit, sondern Kulturfreiheit werde, das sei unseres Strebens Ziel.

Ich weiß, daß die Kraft eines einzelnen, wo immer er auch stehe, gering ist, wenn sie sich nicht mit allen lebendigen Kräften des Volkes vereinigt. Ein so hartes Geschick unser Volk auch getroffen hat: an seinen lebendigen Kräften verzweifeln wir nicht. Unser Volk hat sich in großer Bewegung Licht und Luft geschaffen, es wird sich auch durchsetzen draußen in der Welt und zu Hause.

Die Tüchtigkeit der Männer der Volkswahl, die Ehrlichkeit ihres Strebens und die Reinheit ihres Wollens müssen den Beweis für die Richtigkeit des großen Prinzips der Selbstregierung erbringen.

Alle diese Forderungen stellen an mich schwerste Aufgaben und Pflichten. Mein Bestes will ich dafür einsetzen, ihnen zu genügen. Gemeinsam aber wollen wir unermüdlich arbeiten für das Glück und Wohlergehen des freien deutschen Volkes. Und so, meine Damen und Herren, rufe ich: Unser deutsches Vaterland, unser deutsches Volk, sie leben hoch!

DER PRÄSIDENT DES VOLKES, NICHT DER PARTEI

An die Vertreter der deutschen Presse. Weimar, 12. 2. 1919

Der erste Tag meines Amtes soll auch der Tag sein, an dem ich mit der deutschen Presse Fühlung nehme. Sie wissen, ich war ebenfalls Redakteur. Ich kenne aus eigener Erfahrung Ihre Aufgaben und Pflichten, Ihre Schwierigkeiten und Anstrengung. Bei mir können Sie jeder Unterstützung sicher sein. Ich freue mich, daß mir ein Amt zugefallen ist, unter dessen vornehmsten Aufgaben die Wahrung der völligen Pressefreiheit obenan steht.

Unter den hier versammelten Herren sind alle Parteirichtungen vertreten. Es ist meine Aufgabe und das Erfordernis meines Amtes, mit Ihnen allen in Beziehungen zu treten ohne Rücksicht auf Ihre oder meine Parteizugehörigkeit. Sehen Sie bitte darin ein Zeichen für die Art, wie ich das Präsidentenamt verwalten will. Nicht eine Partei, sondern die große Mehrheit des ganzen Volkes hat mich gewählt und kann daher auch von mir verlangen, daß ich der Präsident des Volkes und nicht einer Partei bin. Ich glaube, wir alle, die wir im öffentlichen Leben politisch tätig sind, haben zu einem gewissen Teil diese Pflicht, uns nicht als Vertreter nur eines Teiles, sondern als Vertreter des ganzen Volkes zu fühlen. Das Einzelne kann nur

gedeihen, wenn das Allgemeine gedeiht, und Parteiideale lassen sich nur durchführen und dürfen nur durchgeführt werden, wenn sie der Ansicht und dem Wohle des Ganzen entsprechen. Zur Demokratie gehört auch der Respekt vor einer anderen Ansicht, der dem Parteikampf feste Grenzen ziehen muß. Die große Mehrheit von Ihnen gehört ja den Parteien an und steht ihnen nahe, aus welchen sich die neue Regierung bilden wird. Die anderen Herren bitte ich, in unseren Taten nicht nur das Trennende, sondern auch das Gemeinsame sehen zu wollen, und bei mir auch vorauszusetzen, was ich auch bei Ihnen voraussetzen will: Eine tiefernste Auffassung von der Pflicht zum Vaterlande.

Zwei Aufgaben hat die neue Regierung vor allen anderen: Den Frieden zu sichern und die Verfassung zu beschließen. Beides muß geschehen im Zeichen der Gerechtigkeit, Gerechtigkeit nach außen und innen, für Deutschland gegenüber unseren bisherigen Gegnern, für jeden unserer Volksgenossen gegenüber bisheriger Bedrückung und Unfreiheit. Das Arbeitsprogramm, auf Grund dessen die neue Regierung diese zwei Aufgaben lösen wird, wird der Ministerpräsident morgen vertreten. Ich will heute nur eines dazu sagen: Es ist kein Kompromißprogramm im schlechten Sinne. Alle drei Parteien, die daran mitgearbeitet haben, haben sich rückhaltlos auf den Boden unverfälschter und unverkürzter Demokratie gestellt.

Wir können heute sagen, die Demokratie ist für Deutschland in einem Umfange gesichert, wie für kein anderes Land. Bei unserer ausschlaggebenden Beteiligung am Regierungsprogramm können Sie sich denken, daß auch unsere sozialistischen Ideale die Programmaufstellung wesentlich beeinflußt haben. Allerdings, als wahrhafte Demokraten haben wir nicht daran ge-

dacht, andere Ansichten und Auffassungen zu vergewaltigen, aber wir haben es ermöglicht, daß eine vollkommene Übereinstimmung erzielt wurde über die Art, wie die Sozialisierung anzubahnen sei. Danach sollen Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsgang einen privatmonopolistischen Charakter angenommen haben und dadurch zur Sozialisierung reif geworden sind, auf Reich, Staat Gemeindeverbände und Gemeinden zu übernehmen sein, und als solche Wirtschaftszweige werden besonders erwähnt die Bergwerke und die Erzeugung von Energie. Sie sehen, die sozialistische Partei kann und wird ihren Idealen nicht untreu werden, aber sie lehnt es in echt marxistischer Weise ab, ein Vergewaltigungsprinzip des Wirtschaftslebens an die Stelle des Prinzips des organischen Wachstums zu setzen. Als die Zeit zur Demokratie reif war, ist das demokratische Deutschland entstanden. Nun muß die Zeit zum Sozialismus reif werden, und bis dorthin muß der soziale Gedanke alle Handlungen jeder Regierung bestimmen.

Die Organe der Regierung, die mit den Herren von der Presse zu tun haben, sind angewiesen, diese ihre Arbeit in verständnisvollstem Sinne zu leisten, in einem Sinne, der nichts zu tun hat mit Beeinflussung, sondern der geeignet ist, die Mitarbeit der Presse anzurufen. Der große englische Demokrat Junius hat einmal gesagt, die Freiheit der Presse, wenn sie unter einer despotischen Regierung möglich wäre, könne allein schon ein Gegengewicht gegen die Macht des Fürsten werden. Über einen solchen Gegensatz sind wir weit hinausgewachsen. Aber ich sage heute und würde mich freuen, wenn ich dabei Ihre Zustimmung fände, daß die Freiheit der Presse, ihre Kritik, ihre Mitarbeit, ihre Anregungen, ihre Vorschläge, wie dies alles im heutigen Deutschland jeder Beschränkung

entbunden sein soll, eine notwendige Fortsetzung unserer Arbeit in der Regierung bildet und uns Tag für Tag in lebendigen Zusammenhang mit Volksmeinung und Volkswillen setzen muß.

OSTERBRIEF AN DIE NATIONALVERSAMMLUNG

Weimar, 15. 4. 1919

Die Nationalversammlung als die berufene Vertreterin des deutschen Volkes hat am 10. April mit großer Einmütigkeit die Erwartung ausgesprochen, daß die Reichsregierung nur einem Frieden der Verständigung und Versöhnung zustimmt und jeden Vertrag ablehnt, der Gegenwart und Zukunft des deutschen Volks und der Menschheit preisgibt.

Ich begrüße diese Kundgebung als das Bekenntnis des unbeugsamen Willens des deutschen Volks, daß der kommende Friede ein Friede dauernder Verständigung und Versöhnung der Völker sein soll, und daß er somit auch Deutschland die Möglichkeit geben muß, diesen Grundsatz der Verständigung und Versöhnung dauernd zu beobachten. Der Wille des deutschen Volkes wird für die Reichsregierung maßgebend sein.

Nationalversammlung und Reichsregierung arbeiten mit Hingabe und Energie an der Erfüllung ihrer großen historischen Aufgabe, Frieden, Brot und Arbeit und eine neue Staatsform für ein großes Volk zu schaffen. Die Aufgabe ist schwer zu erfüllen, solange diejenigen, die es in der Hand haben, der Welt den Frieden zu geben, sich noch von dem Gefühle des Völkerhasses und der Rache beherrschen lassen und durch Hungerblockade und drohende Existenzvernichtung das deutsche Volk zur Verzweiflung treiben.

Bereits vor fünf Monaten haben wir unter Annahme der Bedingungen unserer Gegner die Grund-

lage für den Friedensschluß mit ihnen vereinbart. Wir haben die schweren Aufgaben des Waffenstillstandes erfüllt, unser Heer aufgelöst, die feindlichen Kriegsgefangenen herausgegeben. Aber immer noch wird uns der Friede vorenthalten. Obgleich wehrlos und wirtschaftlich am Ende, werden wir durch die Blokkade immer noch abgesperrt, werden unsere Gefangenen immer noch in Feindesland zurückgehalten. Das ist gleichbedeutend mit der Fortsetzung des Krieges und eine Belastung, wie sie wohl noch kein Volk zu bestehen hatte.

Wir haben alles getan, um bei unseren Feinden den Friedensschluß zu erreichen und unser Volk von dieser unerträglichen Qual zu befreien. Die Verantwortung für alle Folgen, die sich aus der Fortdauer des jetzigen Zustandes für uns, für das übrige Europa und letzten Endes für die ganze Welt ergeben müssen, fällt somit auf sie. Dies mögen sich unsere Gegner in zwölfter Stunde vor Augen halten.

Frieden, Arbeit und Brot und das neue Deutschland zu schaffen, ist aber auch unmöglich, solange Teile unseres eigenen Volkes in einem Kampf verharren, der unser schwer darniederliegendes Staats- und Wirtschaftsleben vollends zu vernichten droht. Wohl ist viel gesündigt worden am deutschen Volk in vier schweren Kriegsjahren. Darum ist unsere erste Pflicht, zu verstehen, zu helfen und zu bessern. Aber der Drang der Massen nach Menschlichkeit und Menschenwürdigkeit ist keine Entlastung für eine Handvoll führender Unruhestifter, die planmäßig den Aufbau der deutschen Republik zu stören trachten.

Das neue Deutschland soll aufgebaut werden im Wege energischer, organischer Ausgestaltung zum sozialen Volksstaat. Den wirtschaftlichen und sozialen Interessenvertretungen soll dauernder Einfluß auf die

Gestaltung des Staatslebens eingeräumt werden. Besonders die letztere Frage ist Gegenstand eingehender Prüfung der Regierung. Aber das neue Deutschland kann nicht geschaffen werden durch den radikalen Sprung ins Dunkle, der sicher ein Sprung in den Abgrund wäre. Die bolschewistische Diktatur der Minderheit des Proletariats würde den Industriestaat Deutschland sicher in wenigen Monaten ruinieren.

Selbstverständlich muß berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten Rechnung getragen werden. Dafür wird sich die Regierung immer einsetzen. Aber sinnlose politische Streiks setzen das Schicksal der Arbeiter und ihrer Familien aufs Spiel und müssen zur Verelendung führen. Deshalb gebietet uns das Lebensinteresse unseres Volkes, diesen Bestrebungen mit allen Kräften entgegenzutreten und gegen Gewaltakte terroristischer Elemente entschieden einzuschreiten.

Schleuniger Friede nach außen, fußend auf der Grundlage der Verständigung und des Bundes aller Völker, ist für uns eine Lebensfrage. Aber nicht weniger beruht unsere Rettung vor dem Untergang auf der Notwendigkeit von Friede und Arbeit im Innern. Darum wende ich mich in dieser ernsten Stunde an unser deutsches Volk in allen seinen Schichten mit der mahnenden Bitte: „Laßt ab von der Selbstzerfleischung, überwindet Euch, tut die Augen auf vor dem Abgrund, arbeitet!"

Und Sie, die Abgeordneten unseres Volkes, bitte ich: Wohin Sie auch gehen während der Pause, die heute in Ihren Beratungen eintritt, wirken Sie überall für Friede und Arbeit. Unser Vaterland, unser neues Deutschland darf nicht zuschanden werden.

DREI KUNDGEBUNGEN BEI BEKANNTGABE DER FRIEDENSBEDINGUNGEN

Berlin, 9. und 18. 5. 1919

I.

Der ehrliche Friedenswille unseres schwer duldenden Volkes fand die erste Antwort in ungemein harten Waffenstillstandsbedingungen. Das deutsche Volk hat die Waffen niedergelegt und alle Verpflichtungen des Waffenstillstandes, so schwer sie waren, ehrlich gehalten. Trotzdem setzten unsere Gegner 6 Monate lang den Krieg durch Aufrechterhaltung der Hungerblockade fort. Das deutsche Volk trug alle Lasten im Vertrauen auf die durch die Note vom 5. November von den Alliierten gegebene Zusage, daß der Friede ein Frieden des Rechts auf der Grundlage der 14 Punkte Wilsons sein würde.

Was uns statt dessen jetzt in den Friedensbedingungen geboten wird, widerspricht der gegebenen Zusage, ist für das deutsche Volk unerträglich und auch bei Aufbietung aller Kräfte unerfüllbar. — Gewalt ohne Maß und Grenzen soll dem deutschen Volk angetan werden. Aus solchem aufgezwungenen Frieden müßte neuer Haß zwischen den Völkern und im Verlauf der Geschichte neues Morden erwachsen. Die Welt müßte jede Hoffnung auf einen die Völker befreienden und heilenden, den Frieden sichernden Völkerbund begraben. Zerstückelung und Zerreißung des deutschen Volkes, Auslieferung der deutschen Arbeiterschaft an den fremden Kapitalismus zu menschenunwürdiger Lohnsklaverei, dauernde Fesselung der jungen deutschen Republik durch den Imperialismus der Entente sind das Ziel dieses Gewaltfriedens.

Die deutsche Volksregierung wird den Friedensvorschlag der Vergewaltigung mit dem Vorschlag des Friedens des Rechts auf der Grundlage eines dauernden Völkerfriedens beantworten. Die tiefe Erregung,

die alle deutschen Volkskreise ergriffen hat, legt Zeugnis dafür ab, daß die deutsche Regierung den geschlossenen Willen des Volkes zum Ausdruck bringt. Die deutsche Regierung wird alle Kräfte anspannen, um für das deutsche Volk dieselbe nationale Einheit und Unabhängigkeit und dieselbe Freiheit der Arbeit in Wirtschaft und Kultur zu erringen, welche die Alliierten allen Völkern Europas geben wollen — nur unserem Volke nicht.

Unser Volk muß sich durch eigenes Handeln retten. Angesichts dieser Gefahr der Vernichtung müssen das deutsche Volk und seine von ihm selbstgewählte Regierung zusammenstehen. Ohne Unterschied der Partei möge Deutschland sich zusammenschließen in dem einmütigen Willen, das deutsche Volkstum und die gewonnene Freiheit zu bewahren. Jeder Gedanke, der ganze Wille der Nation gehören jetzt der Arbeit für die Erhaltung und Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes. Die Regierung ruft alle Volksgenossen auf, in dieser schweren Stunde mit ihr auszuharren in wechselseitigem Vertrauen auf dem Wege der Pflicht und im Glauben an den Sieg der Vernunft und des Rechts.

II.

Ich danke Ihnen herzlich für die machtvolle Kundgebung, die Sie, wie ich höre, in allen Stadtteilen mit großem Erfolg veranstaltet haben. Wir müssen uns rühren und handeln. Wir müssen unsere letzte Kraft einsetzen gegen die drohende Vergewaltigung. Millionen Volksgenossen in Deutschland und Deutsch-Österreich sollen ihrer Rechte beraubt und geknechtet werden. Unser Volk, wir alle, sollen bettelarm werden. Unsere Industrie, unsere Wirtschaft sollen vernichtet, politisch sollen wir für vogelfrei erklärt werden. Rechtlos macht man uns allen anderen Nationen

gegenüber. Wir wären ehrlos, wenn wir uns nicht dagegen mit aller Kraft wenden würden, die in uns wohnt. Im Namen der Regierung kann ich Ihnen versichern: Wir können und werden diesen Frieden nicht unterschreiben! Schwere Tage stehen uns bevor. Helfen Sie uns! Lassen Sie es nicht bei dieser einen Demonstration bewenden. Das ganze deutsche Volk muß sich hinter uns stellen und uns stützen in dem Kampf um den Frieden, der uns Recht und Lebensmöglichkeit sichern soll.

III.

Meine Damen und Herren! Ich habe mit Ihrer Deputation gesprochen und gehört, daß sie in den verschiedensten Stadtteilen machtvolle und eindrucksvolle Kundgebungen gegen den Frieden, den man uns zumutet, veranstaltet haben. Ich sehe auch, daß Sie zu Zehntausenden hier erschienen sind, um Ihrem Protest Ausdruck zu verleihen. Ich danke Ihnen von ganzem Herzen für diese Kundgebung. Es geht ein Schrei der Entrüstung und Empörung durch unser ganzes Volk — und mit Recht. Wir wären ehrlos und würdelos, wenn wir nicht unsere ganze Kraft aufbieten gegen die Schmach, die uns angedroht wird. Man will nicht allein Millionen deutscher Volksgenossen vergewaltigen, man will uns finanziell erwürgen, man will uns wirtschaftlich ruinieren, man will uns rechtlos machen in der ganzen Welt. Die Arbeiterklasse vor allem wäre es, die unter diesen schmachvollen Bedingungen elend und jämmerlich zusammenbrechen würde. Wir wären nicht in der Lage, unsere industrielle Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Die Arbeitslosigkeit, die heute schon durch die Straßen heult, würde sich vermehren. Tausende und Abertausende deutscher Arbeiter wären gezwungen, das

Vaterland zu verlassen und draußen in der Welt jämmerliche Arbeitsbedingungen aufzusuchen, um dann schmählich unterzugehen. Niemals darf sich ein Volk von siebzig Millionen solche schmachvollen Bedingungen gefallen lassen! Die deutsche Regierung wird diese Bedingungen nie und nimmermehr annehmen. Wir lehnen sie ab, mag da kommen, was auch kommen mag. Und in diesen schicksalsschweren Tagen, die uns bevorstehen, in dem Kampf um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes ist es notwendig, daß Mann und Frau, jung und alt, sich hinter uns stellen und mit uns gemeinsam für Menschenwürde, Freiheit und Dasein kämpfen. In diesem Sinne fordere ich Sie auf, einzustimmen: Das junge republikanische Deutschland, die Völkerversöhnung und der Friede, sie leben hoch!"

ZWEI KUNDGEBUNGEN NACH UNTERZEICHNUNG DES VERSAILLER VERTRAGES 24.—25. 6. 1919

I.

Soldaten! Sie wissen, was gestern sich ereignet hat. Regierung und Volksvertretung sind vor eine furchtbar schicksalsschwere Entscheidung gestellt worden, die in der Geschichte beispiellos ist. Wir haben uns mit allen Mitteln und mit aller Kraft gewehrt, die uns noch zu Gebote standen, aber wir mußten schließlich der brutalen Gewalt der Übermacht weichen. Zur aussichtsvollen Verteidigung gegen diese Gewalt — auch wenn wir sie gewollt hätten — fehlt uns die Kraft. Unser Volk ist zermürbt, darüber gibt es keinen Zweifel. Bei Ablehnung wäre nach dem, was uns über die Absichten der rachsüchtigen Gegner bekannt ist, mit Verschärfung der Aushungerung, wenn nicht mit voller Verwüstung Deutschlands, zu rechnen gewesen. Selbstzerfleischung

und Verfall des Reiches wären sicher gefolgt, das aber durfte nicht sein. Unser Deutschland muß leben bleiben, auch nach dem Furchtbaren, was sich ereignet hat. Das war unser Gedanke, als wir nach schwerem inneren Kampfe und mit blutendem Herzen uns zu dem entsetzlichen Ja entschlossen. Und dieser Gedanke muß auch Sie beseelen. Deutschland darf nicht zugrunde gehen. Wir können und dürfen trotz allem an Deutschlands Schicksal nicht verzweifeln. Soldaten! Dienstbereitschaft und Manneszucht unter Ihrem bewährten Führer haben bisher dafür gesorgt, daß Deutschland nicht in den Abgrund der Anarchie gestürzt ist. Ich danke dafür Führer und Mannschaften. Nun müssen Sie das Vaterland auch weiter vor dem Abgrund bewahren. Jetzt in der schlimmsten Not dürfen Sie nicht abspringen. Jetzt im größten Unglück unseres Vaterlandes gilt es, das Höchste zu leisten. Nur wenn wir uns selbst aufgeben, sind wir verloren. Deshalb heißt es die Zähne zusammenzubeißen und noch einmal alles, das Letzte einzusetzen für die Zukunft Deutschlands. Es ist uns nichts erspart geblieben. Dennoch müssen wir auch durch dieses Elend, durch diesen Jammer hindurch, und wir kommen durch, wenn wir nicht kleinmütig werden, wenn wir das Vertrauen zu uns selbst nicht verlieren. So wollen wir uns hier gegenseitig geloben, ich für die Regierung und Sie für sich und Ihre Kameraden, unser Vaterland nicht zu verlassen, sondern auszuhalten. Je größer die Not, desto größer die Pflicht. Aus Not und Elend müssen wir unser Vaterland retten, und zum Zeichen dessen, daß wir ausharren und nicht verzagen, wollen wir gemeinsam ausrufen: „Unser geliebtes deutsches Vaterland lebe hoch, hoch, hoch!"

II.

Die Reichsregierung hat mit der Zustimmung der Nationalversammlung erklärt, den Friedensvertrag zu unterschreiben. Schwersten Herzens, unter dem Druck der rücksichtslosesten Gewalt, nur in dem einen Gedanken: Unserem wehrlosen Volk neue Kriegsopfer und Hungerqualen zu ersparen.

Der Friede ist geschlossen! Nun wahrt und sichert den Frieden!

Das erste Erfordernis ist: Vertragserfüllung.

Jede Anstrengung muß an die Erfüllung dieses Vertrages gesetzt werden; soweit er ausführbar ist, muß er ausgeführt werden! Nimmer werden wir derer vergessen, denen die Abtretung droht, sie sind Fleisch von unserem Fleisch. Wir werden für sie eintreten, wo wir können, wie für uns selbst. Aus dem Staatsverband können sie gerissen werden, aber nicht aus unserem Herzen.

Das zweite Erfordernis ist: Arbeit!

Die Lasten dieses Friedens können wir nur tragen, wenn keine Hand müßig ist. Für jede nicht erfüllte Leistung können die Gegner mit Vormarsch, Besetzung oder Blockade antworten. Wer arbeitet, verteidigt den heimischen Boden.

Das dritte Erfordernis heißt: Pflichttreue!

Wie wir trotz aller Gewissensnot auf dem Posten geblieben sind, so muß es jeder einzelne machen. Der Soldat, und zwar Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, der Beamte, jeder muß um des Ganzen willen seiner Pflicht treu bleiben, auch in diesen bösesten aller bösen Tage. Man zwingt uns, Deutsche an fremde Gerichte auszuliefern. Wir haben uns bis zum äußersten dagegen gewehrt. Für die tiefe Erbitterung unserer braven Truppen haben wir volles Verständnis. Aber wenn nicht Offizier und Mann jetzt

noch fester für die innere Ordnung eintreten helfen, so liefern sie nicht nur ein paar Hundert, sondern Millionen unserer Landsleute aus, und zwar der Okkupation, der Annexion, dem Terror. Deutschland muß lebensfähig bleiben! Ohne innere Ordnung keine Arbeit! Ohne Arbeit keine Vertragserfüllung! Ohne Vertragserfüllung keinen Frieden, sondern Wiederaufnahme des Krieges! Wenn wir nicht alle mithelfen, ist die Unterschrift unter dem Vertrag wertlos. Dann kann es keine Erleichterungen, keine Revisionen und kein schließliches Abtragen der ungeheuren Lasten geben. Was heute an Tagen versäumt wird, kann unsere Kinder Jahre der Knechtschaft kosten. Schon heute müssen Volk und Regierung an die Arbeit gehen. Es darf keine Pause geben und kein Beiseitestehen. Es gibt nur einen Weg aus der Finsternis dieses Vertrages: Erhaltung von Reich und Volk durch Einigkeit und Arbeit!

Helft uns dazu, Männer und Frauen!

DIE LIEBE ZUR HEIMAT

Weimar, 21. 8. 1919

Ansprache nach der Vereidigung des Reichspräsidenten.

Herr Präsident! Ich danke Ihnen von ganzem Herzen für die freundlichen Worte, die Sie an mich gerichtet haben. Ich danke Ihnen ganz besonders dafür, daß Sie in Ihren Worten Erinnerungen an unsere gemeinsame, engere liebe Heimat mitklingen ließen.

Meine Damen und Herren! Sie vertreten alle Gaue Deutschlands. Das aber müssen wir uns erhalten, wenn wir unser Vaterland auf Grundlagen aufbauen wollen, die unvergänglich und unzerstörbar sein sollen: Die innige Liebe zur Heimat, zum Volksstamm, dem der Einzelne entsprossen ist. Und dazu soll kommen die

heilige Arbeit am Ganzen, das Sichindienststellen in die Interessen des Reichs. Da löst sich der Widerspruch zwischen Gesamtstaat und Einzelstaat. Da, in der engeren Heimat, liegt die Quelle unserer Kraft, in der weiteren, in der großen Heimat das Ziel und der Kern unserer Arbeit. In diesem Geiste lassen Sie mich zu meinem Teil die Verfassung halten, vertiefen und schützen.

Das Wesen unserer Verfassung soll vor allem Freiheit sein, Freiheit für alle Volksgenossen. Aber jede Freiheit, an der mehrere teilnehmen, muß ihre Satzung haben. Diese haben Sie geschaffen; gemeinsam wollen wir sie festhalten.

Aus Ihrem Vertrauen bin ich an die erste Stelle im Deutschen Reich gestellt worden, in Ihre Hand habe ich das Gelöbnis abgelegt, die von Ihnen für das deutsche Volk geschaffene Verfassung treu zu wahren. Ihr Vertrauen wird mir die Kraft geben, immer der Erste zu sein, wenn es gilt, Bekenntnis und Zeugnis abzulegen für den neuen Lebensgrundsatz des deutschen Volkes: Für Freiheit, Recht und soziale Wohlfahrt!

DIE DEUTSCHE DEMOKRATIE, DER TRAUM LANGER JAHRZEHNTE

Ansprache an die Weimarer. 21. 8. 1919

Mein erstes Wort an das deutsche Volk nach dem 9. November ging dahin, daß bald eine Verfassunggebende Nationalversammlung berufen werden solle.

Was damals Zukunftsmusik schien, heute ist es schon geschichtliche Vergangenheit, ist es Tat und Wirkung geworden. Die deutsche verfassunggebende Nationalversammlung hat das Werk vollendet, das ihr den Namen gegeben hat. Die Verfassung ist in Kraft getreten, als erster habe ich heute auf sie und in die

Hände des Nationalversammlungs-Präsidenten den Eid geleistet.

Weimarer! Ich werde diesen Tag und seine Bedeutung nie vergessen! Aber auch Ihr sollt Euch an diese Stunde erinnern. Zum ersten Male hat heute das Volk sich selbst in Pflicht und Eid genommen; kein Auftrag von unverantwortlicher Stelle, keine Berufung von oben her ist durch seinen Schwur auf die Verfassung bekräftigt worden, sondern in die Hand des ersten Mannes der Volksvertretung habe ich Treue gelobt in dem Amt, das mir diese Volksvertretung anvertraut hat. Ein Volk, gleich und gleichberechtigt an Haupt und Gliedern: das soll der heutige Tag vor allen Deutschen bezeugen!

Vor uns steht das Wahrzeichen Weimars, das Doppelstandbild der zwei Weimarer Großen. Für uns, die wir den Traum langer Jahrzehnte, die deutsche Demokratie, vollenden durften, gesellt sich zu diesen zwei erlauchten Häuptern ein drittes Haupt, das Haupt Ludwig Uhlands. Von ihm, dem unsterblichen Redner der Frankfurter Paulskirche, stammen die mannhaften, unerschrockenen Verse vom guten, alten Recht, für dessen Wiederherstellung er gegen Willkür und Rechtsbruch kämpfte! Kein neues, willkürliches, nach Parteigründen zugeschnittenes Recht haben wir in der Verfassung geschaffen. Wir sind vielmehr aufs Neue vom alten Recht ausgegangen, das verschüttet lag, vom Rechte, das mit uns geboren, vom Rechte, das dem Volke vorenthalten war und nun vom Volke selbst errungen und gesichert worden ist! Darum sagen wir mit Ludwig Uhland: Das gute alte Recht, das aller Verfälschungen und Erzwungenheiten entkleidet, ist heute Allgemeingut und Erbe des Deutschen und soll es bleiben für immer!

In diesem Sinne und Glauben erneuere ich vor Euch

den Schwur der Treue zum Volk und zum Volksrecht! Ihr alle habt Anspruch auf diesen Treueid, Bürger, Bürgerinnen und Soldaten, die ihr alle Mitinhaber und Mitverteidiger dieses Rechtes seid. Laßt uns zusammenstehen in dem harten Lebenskampf unseres Volkes, ruft mit mir zum Gelöbnis dieser unlösbaren Gemeinsamkeit, daß es von hier, vom Herzen Deutschlands, vom Schauplatz unvergänglicher geistiger Taten, hinausklingt ins ganze deutsche Vaterland, in Städte und Dörfer, in Fabriken und Werkstätten: Unser geliebtes deutsches Volk, es lebe hoch!

BAYERN UND DAS REICH

Ansprache an die bayerischen Truppen. München, 25. 8. 1919

Die deutsche Reichsverfassung ist in Kraft getreten. Sie bestimmt, daß der Oberbefehl der Reichswehr in meine Hände übergeht. Ich habe ihn aber dem Reichswehrminister Noske übertragen. Wir haben heute morgen im bayerischen Kriegsministerium die erforderlichen Übergangsarbeiten erledigt. Wir freuen uns, Gelegenheit zu haben, Vertreter der Truppenteile aus ganz Bayern hier begrüßen zu können. Ich danke Ihnen namens der Reichsregierung in erster Linie, daß Sie sich in den Dienst der Reichswehr gestellt haben, der Reichswehr, deren Aufgabe es ist, uns zu schützen nach außen und Sicherheit und Ordnung im Innern aufrecht zu erhalten. Ich danke Ihnen für die Dienste, die Sie bisher in diesem Sinne Ihrem Vaterlande Bayern und dem ganzen Deutschen Reiche geleistet haben. Wir waren gezwungen, einmal durch den uns auferlegten harten Frieden, dann aber auch aus politischen Gründen, die Reichswehrorganisationen zusammenzufassen zu einer einheitlichen, straffen, über das ganze Reich ausgedehnten Organisation. Ich bin gekommen, um

Ihnen, den Vertretern aus den bayerischen Landen, aus Schwaben sowohl wie aus Altbayern, aus Franken und aus der Pfalz, zu versichern, daß, wenn auch diese einheitliche Zusammenfassung stattgefunden hat, Ihre landsmännischen Interessen in der neuen Wehrorganisation nach jeder Richtung hin gesichert und gewährleistet sind. Ich selbst bin Süddeutscher von ganzem Herzen und habe Verständnis für eigene Stammesart und den Eigenwillen meiner süddeutschen Landsleute. Sie können versichert sein, daß unter Führung und Leitung meines Freundes Noske diese Grundsätze in der neuen Reichswehr aufrecht erhalten werden. Deshalb bitte ich Sie auch, in der neuen Organisation mit voller Tatkraft und mit Begeisterung für unser gemeinsames Vaterland Dienst zu tun. Seien Sie versichert, die Mehrheit unseres ganzen Volkes, vor allem aber die Geschichte wird Ihnen unaussprechlichen Dank wissen für die Dienste, die Sie heute dem Reiche leisten. In diesem Sinne wünsche ich, daß auch unter der neuen Organisation zwischen Süd und Nord ein inniges kameradschaftliches und freundschaftliches Verhältnis besteht.

DEUTSCHLANDS NORD UND SÜD

Ansprache beim Besuch in Württemberg. Stuttgart, 28. 8. 1919

Als Badener, dem Schwarzwald kein Fremder, fühle und denke ich mit Ihnen und habe Verständnis für die Sorge meines Vaterlandes, aber es muß doch eins berücksichtigt werden: Wir sind an die Schaffung der Verfassung gegangen, nach einem furchtbaren Krieg, nach einem Zusammenbruch auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, wie ihn noch kein Volk erlebt hat. Dazu sind uns Friedensbedingungen aufgezwungen worden von eminenter wirtschaftlicher und politischer

Tragweite. Das machte es notwendig, die vorhandenen Kräfte des Reichs möglichst zusammenzufassen in eine einheitliche, geschlossene Organisation. Das zwang uns, auch manchem in den Weg zu treten, was vielleicht gerade dem Süden lieb und wert war. Aber ich darf Sie versichern, wir haben bei dem Bestreben nach einheitlicher Zusammenfassung gleichfalls nicht verkannt, was für den Fortbestand des Reichs unerläßlich ist. Die Wahrung der Eigenheit unserer deutschen Stämme und die Wahrung des politischen staatlichen Eigenlebens der Einzelstaaten, die Vereinheitlichung des Reiches und die Wahrung der Stammeseigenschaften lassen sich sehr gut vereinigen. Die Tatsache, daß Herr Haussmann, ein Württemberger und Süddeutscher von echtem Schrot und Korn, Vorsitzender des Verfassungsausschusses war, und daß alle wichtigen und entscheidenden Fragen fast in Übereinstimmung entschieden worden sind, darf Ihnen die Versicherung geben, daß nach der Richtung hin von der Reichsleitung alles geschehen ist, um die Eigenart der Süddeutschen und Württemberger zu schützen.

Nun zur auswärtigen Politik! Unsere Stellung zum Ausland ist so ungeheuer schwierig und unglücklich, wie sich nur denken läßt, und wenn wir dem Ausland gegenüber die Stellung uns wiedererobern und erhalten wollen, die wir brauchen, um leben zu können, dann ist es notwendig, daß wir ohne Unterschied der Stammeseigenschaften Schulter an Schulter uns fest zusammenschließen und eine einheitliche Front gegenüber dem Ausland bilden. Dementsprechend müßte auch die auswärtige Politik ganz in die Hand der Reichsleitung gelegt werden. Dann werden wir gezwungen, uns immer zu vereinheitlichen.

Es blieb leider herzlich wenig an Soldaten übrig. Was lag da näher, als unsere verschiedenen militäri-

schen Kräfte in eine Hand zu legen und diese Einheitlichkeit zu organisieren, um sie ungehemmt im ganzen Reiche verwenden zu können. Wir befinden uns da in Übereinstimmung mit allen militärischen Stellen, und ich glaube, dafür bürgt mein Freund Noske, daß die Führung der militärischen Geschäfte so erfolgt, daß darin Komplikationen zwischen Nord und Süd nicht entstehen werden.

Auf wirtschaftlichem Gebiete: Die Eisenbahnen waren ja ein Stolz der Staaten. Die Zeiten sind vorüber, und doch bilden sie die Grundlagen unseres Wirtschaftslebens. Darum halte ich es für wichtig, sie ebenfalls unter einheitliche Leitung zu bringen; doch dürfen Sie versichert sein, daß auch hierbei die Interessen der süddeutschen Staaten gewahrt werden.

Die Steuerfrage bildet ein bitterböses Kapitel. Ein vielfaches von dem, was früher ausreichte, um unsere Gliedstaaten und unsere Gemeinden zu finanzieren, muß heute unseren Gegnern zugeführt werden. Das können wir nicht, wenn wir keine Möglichkeit haben, die Finanzen des Reiches einheitlich auf die Leistungen einzustellen.

Das sind die wichtigsten Gebiete, die nach der neuen Verfassung vereinheitlicht worden sind. Im übrigen ist der Charakter des Föderativstaates vollauf gewahrt. Sie dürfen versichert sein, daß die Reichsleitung und ich alles getan haben, um zu vermeiden, daß bei der Durchführung der Verfassung Komplikationen zwischen den einzelnen Volksstämmen entstehen. Ich glaube, daß Sie alle mit der neuen Grundlage für unser Staatswesen zufrieden sein werden, und wünsche, daß auf dieser Grundlage das neue Deutschland, die neue Deutsche Republik sich festigen und glänzend entfalten werde zu neuem Glück und zur neuen Freude des deutschen Volkes.

Danach ein Wort über die wirtschaftlichen Sorgen. Die Verfassung ist aufgebaut auf der Grundlage der Demokratie. Jeder hat das Recht der freien Meinungsäußerung und der freien politischen Betätigung, aber Freiheit ohne Zügel und Schranken ist Anarchie. Solchen Weg machen wir nicht mit. Jeder hat neben seinen Rechten im Staate auch Pflichten, und nachdem nun von der nach dem freiesten Wahlrecht der Welt gewählten Nationalversammlung die Verfassung des Reiches festgestellt worden ist, verlangen wir von jedem, mag er stehen, wo er will, daß er diese Verfassung respektiert. Es wird uns aufgegeben, ihr den notwendigen Respekt zu verschaffen. Das gilt auch für die Pflichten des Einzelnen gegenüber unserem gemeinsamen Wirtschaftsleben. Wir können nicht zulassen, daß in wahnsinniger Verblendung die Grundlagen unseres Wirtschaftslebens systematisch zerstört werden durch sinnlose Streiks. Was vom Reich geschehen kann, um die Kohlenversorgung sicherzustellen und berechtigte Ansprüche zu befriedigen, das wird geschehen mit allen möglichen Mitteln, die wir besitzen.

Schließlich zu den Kriegsgefangenen. Ich gebe die Versicherung ab, daß alles, was in den Kräften der Regierung stand, getan wurde, um unsere kriegsgefangenen Brüder sobald als möglich in die Heimat zurückzuführen. Leider werden der Durchführung der englischen Bereitwilligkeit, jeden Tag etwa 2000 deutsche Kriegsgefangene zurückzuführen, im Obersten Rat in Paris neuerlich Schwierigkeiten gemacht. Ich benutze diese Gelegenheit, um an alle Menschenfreunde der Welt den dringenden Appell zu richten, uns in diesem Kampfe um die Befreiung unserer Brüder beizustehen. Es gibt kein Menschenwerk, das edler ist, als die Befreiung unserer unschuldigen Kriegsgefangenen in Frankreich und England.

SACHSEN UND DAS REICH

Ansprache beim Besuch der Sächsichen Regierung.

Dresden, 1. 9. 1919

Der Zweck meiner Reise ist, zu versuchen, die Zusammengehörigkeit und die gemeinsame Arbeit unserer einzelnen Länder mit der Reichsleitung zu fördern und mich weiter durch eigene Anschauung zu informieren und zu hören, welche Wünsche und Beschwerden manches von diesen Ländern auf der Seele hat. Ich darf sagen, nachdem ich am Abschluß meiner Reise stehe — ich komme aus Süddeutschland — daß sie notwendig und zweckmäßig war. Es sind manche Mißverständnisse aus dem Wege geräumt worden; ich habe manche Anregungen empfangen, die zweifellos geeignet sind, das engere Zusammenwirken von Reich und Einzelstaaten zu fördern. Überall aber ist mir der Gedanke entgegengeschlagen, daß alles geschlossen, freudig und treu zum Reich und zur Reichseinheit steht.

Ich freue mich, hier Gelegenheit zu haben, die Vertreter der sächsischen Verwaltung, die Vertreter der Beamten und Angestellten des Staates begrüßen zu können. Mein Herr Vorredner hat schon darauf hingewiesen, wie schwierig es für die Beamten, namentlich für die höheren Beamten, war, sich mit den neuen Verhältnissen abzufinden. Ich bin von jeher tolerant gewesen und achte jede ehrliche politische Überzeugung, und ich habe deshalb volles Verständnis für die schweren inneren Kämpfe, die mancher tapfere Mann in den letzten Monaten mit sich selbst durchgefochten hat, um mit uns gemeinsam am Wohle des Landes und des Reiches zu arbeiten. Ich weiß auch und habe das vielfach empfunden, daß es unmöglich gewesen wäre, das Schicksal des Landes in ruhige Bahnen zu lenken, wenigstens in so ruhige, wie wir sie

bisher hinter uns haben, wenn nicht der Beamtenkörper geschlossen und treu hinter uns gestanden hätte. Dafür kann ich Ihnen allen im Namen des Reiches aufs herzlichste danken.

Ich weiß, daß die Verhältnisse in Sachsen besonders schwierig waren. Nach dem politischen Zusammenbruch folgte der wirtschaftliche Zusammenbruch, und ein solcher wird in einem Lande mit so starker Industrie besonders schwer verstanden. Wir haben deshalb auch immer mit besonderer Sorge nach Sachsen gesehen und haben mit Genugtuung gefunden, daß die Regierung die Lage richtig zu erfassen gewußt hat und daß sie auch, wenn es geboten war, entschlossen einzugreifen wußte. Dafür danke ich der Regierung, und ich benutze die Gelegenheit, auch namens der Reichsregierung aufrichtige Teilnahme an dem tragischen Geschick, das den ehemaligen Kriegsminister Neuring getroffen hat, auszusprechen.

Ich sagte bereits, daß Sachsen unter dem wirtschaftlichen Niederbruch besonders schwer zu leiden hatte. Die Reichsleitung hat volles Verständnis dafür und wir sind bestrebt, Sachsen in seinen besonders schwierigen Aufgaben kraftvoll zu unterstützen. Es fällt uns nicht ein, das Eigenleben der Einzelstaaten in eine Art spanischen Stiefels einzuschnüren. Wir haben auch nie verkannt, wie wichtig die Pflege der Kultur der einzelnen Länder für das Gesamtinteresse des Reiches ist. Die Wünsche, die Herr Minister Uhlig hier ausgesprochen hat, sollen vom Reiche beachtet und nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Was uns aber jetzt vor allem nottut, das ist Klarheit darüber, daß wir den schweren Wintermonaten, die uns bevorstehen, nur gewachsen sein können, wenn wir alle bis auf den Letzten noch einmal unser Bestes einsetzen für unser Land und für das Reich.

Was wirtschaftlich zu tun ist, um vor allem die Kohlenversorgung zu regeln, das soll geschehen.

Auf sozialem Gebiet werden die berechtigten Forderungen der Arbeiter erfüllt werden, soweit es nicht schon geschehen ist. Zu verlangen ist aber eins: daß jeder Arbeiter und Staatsbürger einsieht, daß Arbeit nun einmal die Grundlage unseres Wirtschaftslebens ist. Jeder, der an diesen Grundlagen rüttelt, oder den Wirtschaftsfrieden zu unterbinden versucht, hat mit dem schärfsten Widerstand der Reichsregierung und der Gesamtheit des Landes zu rechnen. Deshalb glaube ich auch, daß es uns gelingen wird, diese letzte große Schwierigkeit zu überstehen. Wir werden es nicht leicht haben in der Zukunft; wir werden vieles und manches entbehren müssen; wir werden alle hart und fleißig und mit Hingabe aller Kräfte arbeiten müssen, aber dann wird es uns auch gelingen, Deutschland einer besseren Zukunft entgegenzuführen. Ich freue mich, daß Sie alle so aufrichtig und so offen Ihre Treue zum Reich bestätigt haben. Wenn wir so in allen Gauen Deutschlands, in allen Berufsschichten und Klassen des Deutschen Reiches fest zusammenhalten, dann bin ich sicher, Deutschland wird wieder einer glücklicheren und schöneren Zukunft entgegengehen.

ÜBERWINDET DIE VERZAGTHEIT

Ansprache auf der Leipziger Messe. 2. 9. 1919

Gern und freudig habe ich der Einladung Folge geleistet. Nicht nur deshalb, weil damit einem Herzenswunsche von mir entsprochen wurde, sondern weil ich diesen Besuch als eine hohe Pflicht angesichts der Bedeutung der Leipziger Mustermesse angesehen habe. Ich freue mich, daß man hier in Leipzig gleich nach dem Zusammenbruch wieder an die Arbeit gegangen

ist, an die Arbeit, die nicht nur eine solche für die innere Wirtschaft, sondern auch für den Welthandel ist. Die Leipziger Mustermesse soll der Welt zeigen, was Deutschland vermag. Da die Arbeit die Quelle aller Kultur ist, so wird die Welt bald wieder erkennen, was Deutschland in kultureller Hinsicht zu leisten vermag. Die Welt wird aber auch erkennen, daß sie deutsche Industrie und deutschen Handel nicht entbehren kann. Sie wird einsehen, daß es eine Torheit ist, den Versuch zu machen, Deutschland von friedlicher Arbeit auszuschalten. Die Welt braucht die deutsche Industrie. Von allen Hemmnissen, die sich unserem Wiederaufbau entgegenstellen, müssen wir vor allem eins überwinden lernen: das ist die Verzagtheit, die sich noch in weiten Kreisen geltend macht. Gelingt uns dies, dann können wir getrosten Schrittes weiter marschieren.

ZWEI BEGRÜSSUNGEN DER HEIMKEHRENDEN KRIEGSGEFANGENEN

26. 9. 1919

I.

Euch, die Ihr heimkehrend heute die Schwelle der Heimat überschritten habt, entbiete ich im Namen des Deutschen Reichs, im Namen des deutschen Volkes tiefbewegt Willkommen und Gruß. Schwer und bang waren unsere Sorgen um Euch, die wir um des Vaterlandes willen in Not und Kummer wußten. Um so stärker ist jetzt unsere Freude, Euch aus Fremde und Not zurückerhalten zu haben.

Nach langen und bitteren Jahren der Trennung kehrt Ihr heim, nach schweren Tagen des Kampfes und der Gefahr und nach noch schwereren Zeiten der Gefangenschaft, der Unterdrückung, der harten Fron unter fremdem Joch und unter unerbittlichem Zwang haßerfüllter Feinde. In bitterem Schmerz empfanden

wir in den Tagen der Trennung mit Euch Eure Leiden und alle Euch angetane Schmach. In tiefer Trauer gedenken wir der vielen, denen das Morgenrot der Heimkehr ins Vaterland nicht mehr leuchtete, die unmenschlicher Behandlung, harter Sklavenarbeit, ungesunden Verhältnissen und dem Mangel menschlicher Fürsorge im Feindesland erlegen sind und deren Los weder unsere unermüdlichen Bemühungen und Beschwerden noch die menschenfreundlichen Bestrebungen neutraler Staaten abwenden konnten.

Deutschland, das heute seine langentbehrten leidgeprüften Söhne begrüßt, kann Euch nicht mit rauschenden Festen und jubelndem Empfang feiern. Durch den verlorenen Krieg mit seinen unerhört harten Friedensbedingungen, durch wirtschaftliche Not schwer bedrückt, empfängt Euch die Heimat in stiller, wehmütiger Freude, aber mit sorgender Liebe.

Das Haus der Heimat, das Ihr heute wieder betretet, ist ein anderes geworden, als das Ihr verließet. Das deutsche Volk hat sich eine neue Form staatlichen und wirtschaftlichen Lebens geschaffen. Bedrohen auch noch schwere Wolken und Erschütterungen den neuen Bau unseres Volkstums, so dürfen wir doch hoffen, daß in späteren Jahren wir und kommende Geschlechter frei und glücklich in ihm leben werden. Angestrengte Arbeit jedes einzelnen für sich und die Gesamtheit ist aber die unerläßliche Vorbedingung dieser besseren Zukunft. Hierbei mitzuschaffen und mitzuwirken fordere ich auch Euch, heimkehrende Brüder, mit meinem Willkommen auf; helft die Heimat, um deretwillen Ihr so viel gelitten und die Euch durch dieses Leid noch teurer geworden ist, wieder aufrichten und erhalten, für Euch, für Eure Familien, für Deutschland! Ehren, Glanz und Gold kann Euch das verarmte Vaterland nicht bieten, aber freie Entfaltung

aller Kräfte, Arbeit und ein menschenwürdiges Dasein will es allen geben, die sich zu ihm bekennen.

Seid nochmals willkommen, herzlich willkommen in der alten Heimat und im neuen Deutschland!

II.

Die junge Deutsche Republik, zu der sich das alte Reich in schmerzlichem und bitterem Kampfe umgestaltet hat, braucht jede entschlossene und ausdauernde Kraft, wenn sie wieder zu einer wahrhaften, schützenden und nährenden Heimat werden soll. Aber neben dem Tagewerk, an das die bittere Not der Volksgemeinschaft ruft, steht in dem neugestalteten Deutschland ein zweites: die Freiheit in der Freiheit. Freiheit der Gesinnung, volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung verbürgen die neue Verfassung. Wie immer man zu Einzelfragen steht: Verteidigen Sie vom ersten Tage im alten Vaterlande ab das gleiche Recht für alle als das Bollwerk gegen jede Diktatur. Wenn Sie den Segen kameradschaftlichen Zusammenhaltens, den Sie durch harte Jahre schätzen gelernt haben, mit hineintragen in unser zerklüftetes Volk, dann dürfen wir in Ihnen die Vorkämpfer der höchsten Freiheit sehen: der Freiheit, die Achtung vor der Ansicht und Überzeugung der Nächsten hat und auch im politischen Gegner den Landsmann und Schicksalsgenossen sieht. Wirken wir alle in diesem Sinne, dann muß es wieder in Deutschland vorwärts und aufwärts gehen, trotz alledem.

OBERSCHLESIEN ALLZEIT DEUTSCH! Breslau, 22. 10. 1919

Ansprache beim Empfang einer Abordnung aus Oberschlesien.

Ich danke Ihnen von Herzen, daß Sie mir Gelegenheit geboten haben, Sie zu versichern, daß ich die Gefühle Oberschlesiens teile, daß ich und mit mir die deutsche

Regierung keine größere Sorge habe als die, Oberschlesien, das kostbare Kleinod aus dem reichen Schatze der deutschen Lande, Deutschland zu erhalten. Wer noch daran zweifeln könnte, daß Oberschlesien deutsches Land ist, und zu welch hoher Blüte es sich in seiner Verbindung mit Preußen und dem Deutschen Reiche entwickelt hat, wie das wirtschaftliche und kulturelle Wesen in einer mehr als 600jährigen Geschichte deutschen Gepräges erlangt hat, der hat sich von dieser Tatsache durch die Ausstellung „Arbeit und Kultur in Oberschlesien" überzeugen müssen, die eine eindringlichere Sprache redet als Bücher und statistische Werke. Jeder Deutsche muß die Abtrennung Oberschlesiens vom Deutschen Reiche als schweres Unrecht empfinden. Dieses Unrecht gilt es mit allen Mitteln der Überzeugung und Gerechtigkeit zu verhüten. Ein Kampf der Geister steht uns bevor. Die Volksabstimmung soll über das staatliche Schicksal OS. entscheiden. Unsere Pflicht ist klar vorgezeichnet. Die oberschlesischen Deutschen sollen sich dabei von ihren deutschen Brüdern nicht verlassen fühlen. Mit Rat und Tat soll ihnen Hilfe werden. Die Regierung wird allen Einfluß aufbieten, um die Zeit der fremden Besetzung, die der Abstimmung vorangeht, so gestalten zu lassen, daß sie der Bevölkerung erträglich ist und daß in den Grenzen der öffentlichen Ordnung die deutsche Werbetätigkeit sich zu entfalten vermag, bis die Stunde der Entscheidung schlägt. Mit fester Zuversicht sehe ich dieser Stunde entgegen. Oberschlesien soll deutsch bleiben! Aber auch in dem nicht dem deutschen Stamme angehörenden Teile der oberschlesischen Bevölkerung soll eine Zukunft kultureller Freiheit erblühen. Im neuen Deutschland soll auf dem Boden der Rechtsgleichheit und Selbstverwaltung ein freier Geist für alle herrschen. Jeder Staatsbürger,

der über Jahre seine Pflicht dem Staatswesen gegenüber erfüllt, soll sich kulturell frei entfalten dürfen. Kein Zwang der individuellen Entwicklung, Ordnung im Rahmen des allgemeinen Ganzen, das ist die Losung. Sie aber, meine Herren, müssen mit frischem Mut und im Bewußtsein des Rechts an die Arbeit gehen! Vergessen Sie alles Trennende! Angesichts des großen Ziels müssen die Parteigegensätze zurücktreten.

ANSPRACHE BEI DER TOTENFEIER 23. 11. 1919

Wir stehen alle unter dem tiefen, erschütternden Eindruck der Stunde. Mit Grauen denken wir daran, wie die blühende Jugend und die beste Manneskraft Europas im grausamen Ringen auf den Schlachtfeldern hinsank. Unser Herz krampft sich bei dem Gedanken an die entsetzliche Zeit brennender Sorge um den Gatten, den Vater, die Söhne und Brüder, die draußen standen. Und wieviele sind nicht wieder heimgekehrt, ruhen in West und Ost und Süd in fremder Erde. In tiefer Ehrfurcht neigen wir das Haupt vor den Gräbern unserer Lieben. Unsägliches haben sie gelitten und alles geopfert für uns. Unauslöschlicher Dank namens des Vaterlandes! Nie werden wir sie vergessen! In der Geschichte unseres Volkes, in unseren Herzen werden sie fortleben.

Wir gedenken in dieser Stunde auch derer, die zwar ihr Leben glücklich aus dem Männermorden gerettet haben, aber mit gebrochener oder vernichteter Schaffenskraft heimgekehrt sind. Wir denken an die Witwen und Waisen der Gefallenen. Das Wort von der Ehrenpflicht des Vaterlandes gegen sie muß zur Tat werden! So arm auch unser Land geworden ist, so niederdrückend auch die uns aufgebürdeten Lasten sind, der Pflicht gegen die Kriegsverletzten und Kriegshinterbliebenen

muß das Vaterland in erster Linie und unter allen Umständen gerecht werden. Die Reichsregierung — dessen darf ich Sie versichern — sieht in der Erfüllung dieser Pflicht ihre heiligste Aufgabe. Alles, was möglich ist, soll geschehen, um die Opfer des Krieges vor Not und Elend zu schützen, um ihnen das Leben lebenswert zu machen.

Nicht zuletzt gedenken wir der Hunderttausende unglücklicher Brüder, die heute noch als Kriegsgefangene in fremder Gewalt schmachten. Herzzerreißend ist ihr Los. Alle erdenklichen Versuche und alle möglichen Bemühungen, sie zu befreien, sind bisher an dem Nein des Gegners gescheitert. Deshalb richte ich auch in dieser Stunde den dringendsten Appell an die Menschenpflicht und den Gerechtigkeitssinn aller Völker, uns zu helfen in diesem Kampfe um unser Fleisch und Blut! Unsere unglücklichen Brüder in Gefangenschaft sollen gewiß sein, daß wir stündlich ihres Unglücks gedenken, und nicht erlahmen werden im Kampfe für sie, bis ihnen die Stunde der Befreiung schlägt.

Mögen die Völker und alle Volksgenossen, angesichts dieses Martyriums, angesichts der Hekatomben von Menschenopfern dieses entsetzlichsten aller Kriege, den Krieg verabscheuen und bekämpfen als das grausamste Verbrechen an der Menschheit. Menschlichkeit und Kultur gebieten, an Stelle von Gewalt und Unterdrückung Freiheit und Recht zu setzen. Die Vergewaltigung und Unterdrückung von Völkern war immer der Fluch der Welt! Nur die wahre, alle Völker umfassende und durchdringende Demokratie kann der leidenden Menschheit den Frieden geben. Der Völkerversöhnung und der Völkergemeinschaft muß die Zukunft gehören. Wohl ist der Weg dorthin weit und schwierig, verzagen dürfen wir aber nicht. Geloben

wir, die Erkämpfung dieses hohen Ideals zu unserer Lebensaufgabe zu machen, dann ehren wir am würdigsten unsere Toten!

1920.

DER ZUKUNFT ENTGEGEN!

Kundgebung zum Neujahrstage. 1. 1. 1920

In dem vergangenen Jahre ist zwar das Chaos abgewehrt, die Einheit des Reichs erhalten und gefestigt worden, indessen mußte unter dem Druck rücksichtslosen Zwanges ein Friede geschlossen werden, der die Ehre unseres Volkes, seinen Wohlstand, die Früchte vergangener und künftiger Arbeit, fremder Gnade zu überantworten droht. Das heute beginnende Jahr muß entscheiden, ob die Deutschen trotz allem als Nation, Staat und Wirtschaft sich zu behaupten hoffen können, oder durch inneren Hader, dem sich äußerer Haß zugesellt, in einem endgültigen Zusammenbruch auch die Hoffnungen ihrer Kinder begraben müssen. Diese Schicksalsfrage vor Augen, bitte ich heute alle, die sich Deutsche nennen, in der gemeinsamen Not die Reihen zu schließen und ein jeder an seiner Arbeitsstelle für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes das Äußerste zu tun.

DIE INDUSTRIE UND DIE ARBEITER

Ansprache beim Empfang des Präsidenten des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. 7. 1. 1920

Ich bin vollkommen Ihrer Ansicht, daß der deutschen Industrie eine überaus wichtige Bedeutung beim Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens zukommt. Ja, ich gehe noch weiter, ich erblicke in der möglichst raschen Wiederbelebung und möglichst vollen Entfaltung unserer gewerblichen Produktion die wichtigste

wirtschaftliche Gegenwartsaufgabe überhaupt, ohne deren Erfüllung nicht nur die Lebenshaltung der ganzen Nation, sondern unmittelbar das Leben von Millionen deutscher Volksgenossen bedroht ist.

Ausgehend von der Erwägung, daß die Erfüllung der Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes heute allen anderen Aufgaben voranzugehen hat, habe ich zusammen mit der Reichsregierung bisher alles aufgeboten, um sowohl die von Ihnen gar nicht erwähnten äußeren, als auch die inneren Voraussetzungen dieses Zieles zu schaffen. Die Regierung ist sich dabei jedoch klar darüber, daß die Erreichung dieses Zieles im Innern nicht nur von der möglichst freien Betätigung der Unternehmer, sondern auch von anderen Bedingungen abhängt, deren Erfüllung in gleicher Weise Voraussetzung des Erfolges ist.

Eine dieser Voraussetzungen ist die Hebung der stark gesunkenen Arbeitsbereitschaft und Arbeitsfreudigkeit der Arbeitnehmer. Die Reichsregierung ist einerseits entschlossen, jeder unberechtigten Arbeitsverweigerung im Interesse der Allgemeinheit und im Interesse der Arbeitnehmer selbst mit allen Mitteln entgegenzutreten. Sie erblickt aber andererseits ihre Aufgabe auch darin, durch Erfüllung der berechtigten Forderungen der Arbeiter die Arbeitsbereitschaft und Arbeitsfreudigkeit so zu fördern, wie es zur Wiederbelebung und vollen Entfaltung der gewerblichen Produktion erforderlich ist. Sie hält sich dabei in den Grenzen, die durch unsere wirtschaftliche Lage gezogen sind.

Diesem Ziele dient insbesondere das Betriebsrätegesetz, das einem stark hervortretenden und grundsätzlich berechtigten Wunsche der Arbeiter entgegenkommt und in den durch die Verhältnisse gezogenen Grenzen bestimmt ist, neben der Steigerung der Ar-

beitsfreudigkeit im gemeinsamen Interesse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unnötige Arbeitsstreitigkeiten und Betriebsstockungen zu verhüten und Schlimmerem vorzubeugen. Ich verweise hierbei auf das Vorgehen Englands, das sich gezwungen sieht, denselben Weg zu beschreiten. Auch dieses Beispiel, wie die Geschichte der inneren Entwicklung Englands überhaupt, bestätigt mir aufs neue die Ansicht, daß es im Interesse der Unternehmer selbst liegt, Maßnahmen, die dem Wandel der Zeiten und dem neuen Geist sozialer Fortentwicklung in der ganzen Welt, nicht nur in Deutschland, entsprechen, freiwillig auf sich zu nehmen, statt sich bis zuletzt dagegen zu wehren und sie sich erst aufzwingen zu lassen. Von diesem Standpunkt aus dürfen wir wohl auch von der Arbeitgeberschaft verständnisvolle Würdigung der rein sachlichen Bestrebungen der Regierung erwarten.

Voraussetzung des Wiederaufsteigens Deutschlands ist aber auch die Gesundung unserer durch den Krieg völlig zerrütteten Finanzen. Ohne diese Gesundung kann die volle Entfaltung unserer Produktionsfähigkeit weder erreicht noch wirksam werden. Die finanzielle Lage Deutschlands fordert gebieterisch durchgreifende Maßnahmen. Ohne große Opfer des Einzelnen ist auch hier das Ganze bedroht. Die Reichsregierung hat bei ihren Steuerprojekten die gewerbliche Produktion nach Möglichkeit geschont. Sie ist auch bei ihren weiteren Maßnahmen entschlossen, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Produktion unter allen Umständen aufrechtzuerhalten.

Mit diesem Ziele im Auge sehe ich aus Ihren Darlegungen nicht ohne Bedauern, daß Sie der schweren Situation, in der sich die gegenwärtige Regierung befindet und von Anfang befunden hat, nicht gerecht werden, wenn Sie ohne nähere Begründung auf eine

Reihe von Mängeln — die Schäden des Verkehrswesens, die Überfülle der Ämter, auf übermäßigen Gebrauch der Notenpresse u. a. m. — hinweisen. Ich muß es mir versagen, auf alle Einzelheiten einzugehen. Aber Sie vergessen, von welcher Grundlage aus wir an den Wiederaufbau Deutschlands herangetreten sind. Wir haben diese Aufgabe übernommen in der schwersten Not, in der sich je ein Volk befunden hat: Nach einem mehr als vierjährigen Krieg mit einem unseligen Abschluß, der nicht nur die materiellen, sondern auch die moralischen Kräfte des Volkes völlig erschöpft hatte; unter dem Druck eines Waffenstillstandes, der durch seine Bedingungen und fast noch mehr durch seine nie vorhergesehene und nicht vorhersehbare Dauer in alle Regierungsmaßnahmen die Unsicherheit eines fremden Willens hineintrug. Es mußte das Werk der neuen Verfassung bewältigt werden, die erst die Handhabe gab, für die Fülle der neuen Aufgaben die neuen Organe zu schaffen, und die Grundlage bot, um das Wirtschaftsleben der Nation in die neuen Bahnen zu lenken, um das Finanzwesen aus der Schuldenwirtschaft zur Deckung der Ausgaben auf Grund der Steuerkraft des Volkes zu führen. Und zu alledem die Notwendigkeit, die Nation sich selbst wiederfinden zu lassen, sie der moralischen Gesundung entgegenzuführen und den einzelnen Menschen ebenso wie die Gesamtheit zur Erkenntnis unserer Lage und des Geistes der neuen Zeit zu bringen.

Ich habe bei Eintritt in das neue Jahr die Erwartung ausgesprochen, daß ein jeder an seiner Arbeitsstätte für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes das Äußerste tun möge. Ich habe dabei vorausgesetzt, daß jeder bereit ist, dem allgemeinen und wohlverstandenen eigenen Interesse diejenigen Opfer zu bringen, die jedem von uns auferlegt werden müssen.

Die Reichsregierung verfolgt weder eine einseitige Produktions- noch eine einseitige Konsumentenpolitik. Sie betrachtet vielmehr als ihre Pflicht, die Interessen aller Berufszweige zu einem gerechten Ausgleich zu bringen. Es ist schwer, vom Standpunkt des Einzelnen aus die Zusammenhänge des Ganzen richtig einzuschätzen und abzuwägen. Für eine ehrliche Kritik bin ich und die Reichsregierung stets dankbar. Den Vorwurf einseitiger Interessenpolitik aber muß ich mit Entschiedenheit zurückweisen. Von der vaterländischen Gesinnung der deutschen Industrie erwarte ich, daß sie in richtiger Würdigung aller Schwierigkeiten und Hemmungen den bitteren Notwendigkeiten der allgemeinen Lage gerecht wird.

Mit der Reichsregierung werde ich auch in Zukunft die Sorge für die Hebung der gewerblichen wie der landwirtschaftlichen Produktion Deutschlands als die wichtigsten Aufgaben betrachten. Ich rechne darauf, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Weise und im allgemeinen Interesse die Regierung in der Durchführung dieser schwierigen Aufgabe unterstützen. Jede Mitarbeit — von welcher Seite sie auch kommen mag, — an dem großen Ziele, unser Volk aus der großen Not herauszuführen und unsere Nation vor dem Äußersten zu bewahren, wird von mir und der Regierung dankbar begrüßt und dankbar angenommen werden.

BRIEF AN MINISTER ERZBERGER

Berlin, 4. 2. 1920

Unter Bezugnahme auf unsere gestrige Unterredung wegen der Reise der ehemaligen Kaiserin nach Holland, teile ich folgendes mit:

Der Vorgang, den ich Ihnen gelegentlich kurz andeutete, hat sich wie folgt abgespielt:

Der Kriegsminister Scheuch teilte mir eines Tages mit, die ehemalige Kaiserin habe den Wunsch, zu ihrem Gemahl nach Holland überzusiedeln. Es war mir klar, daß die Reise in der damaligen Situation leicht auf große Schwierigkeiten stoßen könnte. Ich habe mich aber sofort bereit erklärt, alles Mögliche zu tun, um die Reise und ihren ungestörten Verlauf zu sichern. Wir verständigten uns dahin: Der Kriegsminister sorgt für einen Sonderzug. Die Kaiserin und ihre Begleitung erhalten von mir schriftliche Reiseausweise, in denen die Reichsregierung ungehinderte Reise verlangt. Außerdem erklärte ich mich bereit, eine besondere Begleitung zu stellen, die eingreifen sollte, falls es auf der Reise dennoch zu Schwierigkeiten käme. Es war schwer, geeignete Leute dafür zu finden, zumal nur kurze Zeit dafür zur Verfügung stand. Unter anderem hat eine Exzellenz, eine hochgestellte Persönlichkeit des alten Regimes, abgelehnt. Schließlich hat mein alter Parteifreund, der Abgeordnete Hermann Molkenbuhr, diesen Auftrag allein ausgeführt.

Wie ich gestern von General Scheuch hörte, soll sich unter der engeren Begleitung der Kaiserin ein General befunden haben.

Mit den besten Wünschen für Ihr persönliches Wohlergehen Ihr ergebener Ebert.

DAS KAPPABENTEUER IN SECHS AUFRUFEN

13. 3. bis 1. 4. 1920

I.

Arbeiter, Genossen! Der Militärputsch ist da. Die Marinedivision Ehrhardt marschiert auf Berlin, um eine Umgestaltung der Reichsregierung zu erzwingen. Wir weigern uns, uns diesem militärischen Zwange zu beugen. Wir haben die Revolution nicht

gemacht, um das blutige Landsknechtregiment heute wieder anzuerkennen. Wir paktieren nicht mit den Baltikum-Verbrechern.

Arbeiter, Genossen! Wir müßten uns vor Euch schämen, wenn wir anders handeln würden. Wir sagen nein und noch einmal nein. Ihr müßt uns bestätigen, daß wir in Eurem Sinne gehandelt haben. Jedes Mittel ist gerecht, um die Wiederkehr der blutigen Reaktion zu vernichten.

Streikt, legt die Arbeit nieder und schneidet dieser Militärdiktatur die Luft ab. Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik. Laßt alle Spaltung beiseite. Es gibt nur ein Mittel gegen die Wiederkehr Wilhelms II.: Lahmlegung des Wirtschaftslebens, keine Hand darf sich mehr rühren, kein Proletarier darf der Militärdiktatur helfen. Generalstreik auf der ganzen Linie. Proletarier, vereinigt Euch!

II

An die Regierungen der Länder! Putschversuche gewissenloser Meuterer, hinter denen kein ernster Politiker steht, haben die Regierung veranlaßt, zwecks Vermeidung von Blutvergießen Berlin zu verlassen. Die verfassungsmäßige Regierung hat ihren Sitz in Dresden und ist die einzige, die das Chaos verhindern kann. Wir ersuchen, den dienstlichen Verkehr mit uns aufrecht zu erhalten und alle Beziehungen zu den Staatsstreichlern in Berlin abzulehnen.

III

An das deutsche Volk! Durch einen wahnwitzigen Handstreich sind die Regierungsgebäude in Berlin in die Hände von Aufrührern gelangt. Keine politische Partei, kein Mann von besonnener Denkungsart steht hinter diesen Vorgängen. Nachdem sich die in

Döberitz einquartierten, zur Entlassung bestimmten Truppen, namentlich aus dem Baltikum, hinter diesen Akt der Tollheit gestellt haben, hat die Regierung, um ein Blutbad zu vermeiden und das Leben der an Zahl geringen in Berlin befindlichen regulären Truppen zu schonen, Berlin verlassen. Blut ist seit 1914 genug geflossen, und das Abenteuer wird in wenigen Tagen an seiner inneren Unmöglichkeit zusammenfallen.

Die Regierung hat ihren Sitz nach Dresden verlegt. Jeder bleibt an den Gehorsam gegen die verfassungsmäßige Regierung gebunden. Nur sie kann Befehle erteilen und Zahlungsanweisungen ausstellen. Jede Anordnung einer anderen Stelle ist nichtig. Die Soldaten der Reichswehr haben die Verfassung zu schützen, dem Reichspräsidenten und der Regierung zu dienen und gehorsam zu sein. Den Eidbruch einer Anzahl Offiziere nachzuahmen, verbietet ihnen Pflicht und Recht.

Die Auflösung der Nationalversammlung ist verfassungswidrig. Der Präsident der Nationalversammlung ist ersucht, die Nationalversammlung alsbald wieder einzuberufen. Nur eine auf der Verfassung begründete Regierung vermag Deutschland davor zu bewahren, daß es in Nacht und Blut versinkt. Wenn Deutschland von einem Putsch zum anderen geführt wird, so ist es verloren. Eine auf dem Gewaltakt Weniger beruhende Regierung entbehrt der Autorität im Inlande und im Auslande.

Das Volk wird verhungern, wenn neue Wirren die Wirtschaft und den Verkehr unterbinden, das Vertrauen des Auslandes, das sich nur eine verfassungsmäßige Regierung erwirbt, untergraben. Ungeheure Gefahren nach innen und außen stehen bevor, wenn das Volk die Besonnenheit verliert.

Deutsches Volk, schare dich um deine verfassungsmäßige Regierung!

IV.

Soldaten der Reichswehr! Unter unsäglichen Schwierigkeiten ist es gelungen, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes aus der schlimmsten Zerrüttung herauszubringen. Unser armes, durch den Krieg und seinen unglücklichen Ausgang bis zum äußersten erschöpftes Volk fing endlich an, aufzuatmen. Die Produktion begann sich zu heben. Die seit kurzem steigende Valuta zeigte, daß auch das Vertrauen des Auslandes in unsere wirtschaftliche Kraft zurückkehrte. So stand auch eine baldige Besserung der Ernährungsverhältnisse in Aussicht. Alles das ist durch das verbrecherische Vorgehen eines Häufleins reaktionärer politischer Abenteurer, denen sich leider ein Teil der in Berlin liegenden Reichswehr als williges Werkzeug hergab, wieder in Frage gestellt worden. Aufs neue sieht sich unser Land an den Rand des Bürgerkrieges gerissen. Zu dem inneren Unglück tritt die steigende Gefahr einer erneuten Spannung der auswärtigen Lage hinzu. Gewalttaten der Entente drohen wiederum. So ist die Existenz des Reiches selbst von innen und außen bedroht. Angesichts dieser tiefernsten Lage richten wir an Euch, Soldaten der Reichswehr, die Aufforderung: Helft uns unser Volk vor neuem furchtbaren Unglück bewahren. Durch Eid und Gewissen habt Ihr Euch auf den Schutz der Reichsverfassung und zum Gehorsam gegen die durch die Nationalversammlung rechtmäßig eingesetzte Regierung verpflichtet. Wir appellieren an Eure Ehre als Soldaten und Bürger eines freien Staates. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung in Stadt und Land steht auf dem Boden der neugeschaffenen staatsrechtlichen Ordnung. Sie verflucht das Vorgehen der Berliner Staatsstreichler, das von neuem so großes Unglück über unser Volk zu bringen

droht. Selbst rechtsstehende Kreise sind dieser Auffassung. Haben doch vor wenigen Tagen die Sprecher der Rechtsparteien in der Nationalversammlung, Graf Posadowsky und Dr. Heinze, übereinstimmend erklärt, daß der Versuch einer gewaltsamen Beseitigung der Republik ein verbrecherischer Wahnsinn sei. Darum: Niemand mache sich mitschuldig an diesem verbrecherischen Wahnsinn! Haltet treu zu der allein rechtmäßigen Regierung. Befolgt ihre Befehle mit strengster Gewissenhaftigkeit und weist jeden Versuch, Euch zu Eidbruch und Hochverrat zu verleiten, mit Entrüstung zurück! Tut mit uns Euer Bestes, um unser Volk auch aus dieser neuen Lebensgefahr zu retten und nach so viel Schrecknissen und Leiden einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

V.

Kapp und Lüttwitz sind zurückgetreten! Das Abenteuer in Berlin ist beendet. Vor der ganzen Welt ist im Laufe weniger Tage der unwiderlegliche Beweis geführt worden, daß die Demokratie in der deutschen Republik kein Schein und keine Täuschung ist, sondern die alleinige Macht, die auch mit dem Versuch der Militärdiktatur im Handumdrehen fertig zu werden versteht. Das Abenteuer ist zu Ende, der verbrecherisch unterbrochene Wiederaufbau von Volk und Wirtschaft muß wieder aufgenommen und zum Erfolge geführt werden. Dazu ist es vor allem nötig, daß die Arbeiterschaft ihre starke Waffe, den Generalstreik, niederlegt. In zahlreichen Städten ist die Arbeit wieder aufgenommen. Nun gilt es, alle Teile der Wirtschaft wieder in Gang zu setzen. Zu allererst die Kohlenförderung, ohne die es überhaupt kein Wirtschaftsleben gibt.

Arbeiter! Seid jetzt ebenso tatkräftig und will-

fähig zur Stelle, wie bei der Abwehr der Aufrührer. Jeder Mann an die Arbeit! Die Reichsregierung wird mit aller Kraft die Aufnahme des Wiederaufbaues fördern, die Hochverräter, die Euch zum Generalstreik gezwungen haben, der strengsten Bestrafung zuführen und dafür sorgen, daß nie wieder die Soldateska in das Geschick des Volkes eingreifen kann. Den Sieg haben wir gemeinsam errungen. Jetzt wählt Eure Betriebsräte, die Euch die Mitwirkung am Produktionsprozeß sichern, und schafft in der neuen Wirtschaftsdemokratie mit uns gemeinsame Arbeit. Ans Werk!

VI

An die Reichswehr! Eine tiefgehende Beunruhigung hat im Anschluß an den Staatsstreich vom 13. März in der Reichswehr um sich gegriffen. Die Frage der Bestrafung der am Putsche Beteiligten sowie der Verhütung ähnlicher Vorkommnisse in der Zukunft hat in den ersten Tagen unter den Unteroffizieren und Mannschaften eine begreifliche Erregung geschaffen, die an verschiedenen Stellen zu Handlungen der Selbsthilfe geführt hat.

Durch die Erlasse des Reichswehrministers ist kein Zweifel darüber gelassen worden, daß alle am Putsche mitschuldigen militärischen Vorgesetzten der gerichtlichen Bestrafung unterliegen werden, daß aber die Verführten keine Verantwortung trifft für die Ausführung der ihnen von treulosen Führern gegebenen Befehle. Es ist ferner in den Erlassen gesagt, daß ein eigenmächtiges Eingreifen in die Untersuchungen von unbefugter Seite sowie die eigenmächtige Auflösung oder Neubildung militärischer Formationen keinesfalls mehr geduldet werden kann. Derartige Übergriffe gefährden den Bestand der Reichswehr, die zur

Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung unentbehrlich ist.

Ich erinnere daher erneut daran, daß jede Handlung, wie die Absetzung von Offizieren und eigenmächtige Neuwahl von Führern, als Verletzung der Disziplin und als Vergehen gegen die Verfassung und die Gesetze anzusehen ist und nur den Gang der ordnungsmäßigen Untersuchung behindert. Ich bin entschlossen, um jede Politik grundsätzlich aus der Reichswehr fernzuhalten, keinerlei politische Betätigung in irgendeiner Richtung in ihr zu dulden und die Truppe zu einem in sich geschlossenen, von verfassungstreuen Führern geleiteten Machtmittel zum Schutze der Ordnung zu gestalten.

Ich erwarte, daß die Reichswehr im Vertrauen auf die von mir und der Regierung eingesetzten Führer sich rückhaltlos und in straffer Disziplin der schweren Aufgabe der Sicherung des Reichs und seiner Verfassung zur Verfügung stellt. Nur so wird es möglich sein, das durch den Staatsstreich stark erschütterte Vertrauen des Volkes der Reichswehr wieder zu gewinnen, ohne das sie ihrer schweren Aufgabe nicht gerecht werden kann.

DER ABSTIMMUNGSSIEG IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Rede beim Empfang einer Abordnung. 19. 4. 1920

Ich freue mich aufrichtig, daß Sie nach Ihrem nationalen Erfolg die Reichshauptstadt aufgesucht und uns so Gelegenheit gegeben haben, in Ihnen dem schleswig-holsteinischen Volk für sein Bekenntnis zum alten Vaterland von ganzem Herzen zu danken. Sie waren die Stützen der deutschen Arbeit in der Abstimmungszone. Kein Amt, kein Auftrag, einzig und allein reiner Idealismus, Liebe zur engeren und wei-

teren Heimat haben Sie zu der opfervollen Tätigkeit getrieben. Deshalb ist auch das schöne Ergebnis so ganz Ihr Eigentum, ein Sieg des Volkes für das Volk. Daß Sie den Kampf von hoher kultureller Warte streng sachlich geführt haben, erfüllt uns mit besonderer Genugtuung. Lassen Sie mich der Hoffnung Ausdruck geben, die heute alle Deutschen mit Ihnen bewegt: daß auf Grund des glänzenden Abstimmungsergebnisses eine Grenzlinie gezogen werde, die der natürlichen Abgrenzung der zwei Völker entspricht. Dänemark und Deutschland, beide Länder brauchen eine endgültige Vereinigung ihrer Beziehungen, eine Grenze, die nicht nur durch ein Machtgebot in der Landkarte, sondern durch klare Gerechtigkeit in die Herzen eingezeichnet ist.

Sie haben als erstes Abstimmungsgebiet Zeugnis für Deutschland und Deutschtum ablegen dürfen. Sie haben die erste Schlacht in diesem unblutigen Kampf um die Grenzen des Reiches gewonnen. Das soll uns und unseren Landsleuten in den übrigen Abstimmungsgebieten ein gutes Zeichen, eine feste Hoffnung bedeuten! Mögen sich überall dort, wo mit dem Stimmzettel die Heimat gerettet werden muß, Frauen und Männer finden wie Sie, selbstlos, opferwillig, unermüdlich und vaterlandsliebend. Dann wird sich der Tag von Flensburg in Oberschlesien und Masuren, in Ost- und Westpreußen wiederholen! Dann wird gerade von den bedrohten Grenzgebieten aus ein Strom einheitlichen nationalen Willens ins ganze Vaterland sich ergießen, dann wird der Kampf um die Einheit Deutschlands den nicht bedrohten Landstrichen ein Beispiel und eine Lehre sein für die Kraft, die in der Einheit aller Volksgenossen liegt, wenn es sich um Sein oder Nichtsein des Landes handelt!

BRIEF AN DIE VERFASSUNGGEBENDE DEUTSCHE NATIONALVERSAMMLUNG ZUM ABSCHLUSS IHRER TAGUNG

Berlin, 20. 5. 1920

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem heutigen Tage schließt einer der bedeutungsvollsten Abschnitte im parlamentarischen Leben Deutschlands. Seit dem 6. Februar 1919 waren Sie die Träger einer politischen Entwicklung, so überreich an Geschehnissen, Arbeiten und Leiden, wie keine je zuvor. Sie waren berufen, unter den schwersten Umständen die schwersten Entschließungen zu fassen, und Ihre Arbeiten standen Tag für Tag und manchmal Stunde für Stunde unter den inneren Erschütterungen der Nachkriegszeit und unter den Bedrohungen der Gegner von außen. Wenn es Ihnen trotzdem gelungen ist, die Grundmauern für eine neue politische und wirtschaftliche Wiedererhebung des deutschen Volkes zu errichten, so ist es mir Ehre und Pflicht, Ihnen für alles Geleistete zu danken.

Die Fülle der Arbeit, die hinter Ihnen liegt, zeigt sich am deutlichsten, wenn wir an das Trümmerfeld denken, das am Tage des Waffenstillstandes vor uns lag. Es galt nicht nur, ein Volk aus der Verwilderung und den Blutopfern des Krieges, aus der dumpfen Verzweiflung der endgültigen Niederlage in die Menschlichkeit zurückzuführen, Arbeit und Brot zu beschaffen und an eine Freiheit in Selbstzucht zu gewöhnen, sondern vor allem die ganze Volkswirtschaft, das ganze Denken und Fühlen, die Anschauungen eines ganzen Volkes den neuen Verhältnissen anzupassen. Es galt, dem deutschen Volke im Wege der Selbstbestimmung neue Formen seines Daseins, die neue Verfassung zu geben und somit das Fundament zu schaffen, auf dem sich die gegenwärtige und kommende Geschichte des deutschen Volkes aufbauen wird. Die Rückwirkungen

des Krieges auf die Weltwirtschaft, die Entwertung unseres Geldes und unseres Geldkredits mit allen ihren Folgen zwangen zum Umbau unseres Wirtschaftslebens. Eine grundlegende neue Gestaltung der Stellung des Arbeitnehmers in Industrie und Handel im Sinne einer Mitwirkung aller schaffenden Volksteile in der Verwaltung der wirtschaftlichen Unternehmungen war geboten. Der Zusammenbruch des alten Heeres machte die Schaffung einer neuen Wehr notwendig, die kein Instrument einer irgendwie gearteten Kriegspolitik sein durfte. All diese Umgestaltungen und Neuschöpfungen sind noch im Fluß, das Ereignis der deutschen Revolution ist noch auf keinem Gebiet abgeschlossen, da und dort haben wir bittere Rückschläge erlitten, wie beim Kapp-Putsch mit seinen katastrophalen Folgen. Aber Sie haben das Verdienst, die neuen Grundfesten in das Chaos hineingebaut zu haben, und wenn einst das Richtfest eines völlig erneuten und wieder gefestigten deutschen Volkshauses gefeiert werden wird, dann wird man Ihrer als der ersten Bauleute der Republik in Treue gedenken.

Sie gehen nun hinaus, um den Kampf für den neuen Reichstag zu führen. Erlauben Sie mir, in dieser letzten Stunde der verfassunggebenden Nationalversammlung an die erste zu erinnern, als ich die Ehre hatte, Sie im Namen der Reichsregierung zu begrüßen. Damals habe ich unter Ihrer Zustimmung gesagt: „Sobald das Selbstbestimmungsrecht des Deutschen gesichert ist, kehrt er zurück auf den Weg der Gesetzmäßigkeit. Nur auf der breiten Heerstraße der parlamentarischen Beratung und Beschlußfassung lassen sich die unaufschiebbaren Veränderungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete vorwärtsbringen, ohne das Reich und seine Wirtschaftslage zugrunde zu richten." Ich möchte

diese Worte, die an der Wiege der Nationalversammlung gesprochen wurden, heute an der Schwelle des neuen Reichstages wiederholen. Alle Parteien haben sich für den Kampf mit dem Stimmzettel erklärt, alle haben dadurch die geistigen Waffen als die einzig erlaubten proklamiert. Welcher Partei die Damen und Herren immer angehören und für welche sie in den nächsten Wochen werben wollen, im Namen und der Existenz des deutschen Volkes willen geht an Sie alle meine inständige Bitte: Zeigen Sie auch im erbittertsten Wahlkampf Ihren Anhängern immer und immer wieder den Weg der Gesetzmäßigkeit als den einzigen, der aufwärts führt. Nur wenn alle Parteien der Gewalt als einer Macht, einzig der Zerstörung, abschwören, kann Deutschland wiedererstehen. Das ist mein heißester Wunsch an den ersten Reichstag der Republik, dessen Kern ja wieder von Ihnen gebildet wird: daß er eine gewaltige Mehrheit für den geistigen Kampf und gegen jede Gewalt von jeder Seite bringen möge!

DER GEIST DER ARBEIT AM GANZEN

Ansprache an die Generäle der Reichswehr. 3. 6. 1920

Eine unbedingt verfassungstreue, gut disziplinierte und von pflichtbewußten Offizieren geführte Truppe ist in Zeiten der Gärung und Entwicklung notwendiger denn je. Die Organisation des Heeres ist geschaffen; sie nun auch ganz zu erfüllen mit dem Geiste der Treue zur Verfassung und zum Volksganzen, dem Gefühle der Verantwortung für Recht und Gesetz und dem Gedanken selbstloser Hingabe für das Vaterland und dessen Zukunft, ist eine Aufgabe, die in Ihren und der übrigen Führer Händen ruht. Meine Herren, ich habe volles Verständnis für die heutige schwierige

Lage des Offiziers. Mit dem Abbau des alten Heeres verschwindet sein Beruf, für den er seine Lebensarbeit eingesetzt hat. Und der kleine Teil der Offiziere, der im neuen Heere steht, kommt in der langen Übergangszeit nicht aus wirtschaftlicher Unsicherheit heraus. Soweit es möglich, haben wir dem mit Fürsorgemaßnahmen entgegengewirkt. Ich erkenne auch dankbar an, was oft unter schwierigen Verhältnissen und Opfern die Reichswehr — Führer und Mannschaften — bisher für die Sicherheit und Erhaltung des Vaterlandes geleistet haben. Die Erhaltung der Ruhe im Innern ist die erste Voraussetzung für die Wiederbelebung und Erstarkung unseres Vaterlandes. Das Ziel, das uns allen gemeinsam sein muß, erreichen wir aber nur durch ruhige Entwicklung auf dem Boden der Verfassung und der Gesetze; nur so können wir Vaterland und Volk vor Not und Vernichtung schützen. Tragen Sie, meine Herren Generäle, diesen über der persönlichen Anschauung des einzelnen stehenden Geist der verantwortlichen, pflichtbewußten Arbeit am Ganzen in Ihren Befehlsbereich überall hin, pflegen und erhalten Sie ihn, dann wird die Reichswehr, vom Vertrauen aller mitarbeitenden Volksschichten umschlossen, ein wichtiger Grundstein des Wiederaufbaues unseres Vaterlandes sein.

PROBLEME DER REICHSMARINE

Erlaß. 17. 6. 1920

Die Märzunruhen und ihre Folgeerscheinungen hatten in der Marine zu scharfen Gegensätzen geführt und die Erhaltung der uns gebliebenen Wehrkraft zur See ernstlich in Frage gestellt.

Mit Befriedigung habe ich daher die Meldung des Reichswehrministers empfangen, daß am 31. Mai, dem

Jahrestag der Seeschlacht vor dem Skagerrak, die Offiziere, die nach Prüfung der Vorgänge als unbelastet befunden worden sind, den ihnen zufallenden Dienst ordnungsmäßig wieder aufnehmen konnten. Damit ist die militärische Ordnung in der Marine, wie sie die gesetzlichen Bestimmungen und die Organisationsvorschriften verlangen, wieder hergestellt.

Allen denen, die in den Tagen der Unruhen treu zur Reichsverfassung und zur verfassungsmäßigen Regierung gestanden haben, und denen, die sich um Erhaltung von Ruhe und Ordnung in der Marine und um die Weiterführung der Dienstgeschäfte in der Zwischenzeit bemüht haben, spreche ich hiermit den Dank des Vaterlandes aus.

Pflicht jedes Einzelnen ist es nun, in unbedingter Verfassungstreue, in selbstloser Hingabe an das Volksganze und unter Beiseitestellen alles Trennenden, redlich mitzuwirken, daß treue Kameradschaft und gegenseitiges Vertrauen alle Angehörigen und Teile der Marine verbinden zu gemeinsamer, auf Pflichttreue und Manneszucht beruhender Leistung. Soll die Marine ihre Aufgabe erfüllen, so muß sie, festgefügt im Innern, von dem einmütigen Willen beseelt sein, sich rückhaltlos der verfassungsmäßigen Regierung unterzuordnen. Die Regelung der Dienstverhältnisse in der Marine ist Sache des Reichswehrministers und der von ihm eingesetzten Dienststellen. Mit der Einrichtung der Marinekammer ist allen Marineangehörigen, namentlich in wirtschaftlichen und sozialen Fragen, Mitwirkung gewährleistet. Vereine von Offizieren, Deckoffizieren, Unteroffizieren und Mannschaften müssen sich jeder Einwirkung auf militär-dienstliche Angelegenheiten enthalten.

Der Dienst in der Marine ist freiwillig. Wer den Dienst auf sich nimmt, muß aber die Pflichten, die

ihm Verfassung, Gesetze und Dienstordnung auferlegen, gewissenhaft erfüllen.

So fordere ich alle Offiziere, Deckoffiziere, Unteroffiziere und Mannschaften auf, die Reihen zu schließen zu treuer Mitarbeit am Wiederaufbau der Marine zum Besten des Vaterlandes und seiner Zukunft.

KIRCHE UND STAAT, NÄCHSTENLIEBE UND VERSÖHNUNG

Erwiderung auf die Ansprache des Apostolischen Nuntius Pacelli. 30. 6. 1920

Ich danke von Herzen für Ihre freundlichen Worte. Es ist mir eine ganz besondere Genugtuung, als ersten bei der Reichsregierung beglaubigten Botschafter den Apostolischen Nuntius begrüßen zu können, durch dessen Entsendung die längst erwünschten unmittelbaren diplomatischen Beziehungen zwischen dem Päpstlichen Stuhl und der deutschen Regierung hergestellt werden. Gleich Eurer Exzellenz erblicke auch ich in der Errichtung der Deutschen Botschaft beim Päpstlichen Stuhl und der Apostolischen Nuntiatur in Berlin Errungenschaften von weittragender Bedeutung.

Eine besondere Freude ist es mir, daß die Wahl Ihres erhabenen Souveräns gerade auf Euere Exzellenz gefallen ist, deren bisheriges erfolgreiches Wirken von so gründlicher Kenntnis und so verständnisvoller Beurteilung der deutschen Verhältnisse zeugt.

Mit Ihnen, Herr Nuntius, denke ich die vor uns liegende Aufgabe, das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in Deutschland neu zu regeln. Das soll geschehen auf Grund der Verfassung der Republik, die volle Gewissensfreiheit verbürgt. Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß hier eine die berechtigten Interessen beider Teile dauernd befriedigende Einigung erstrebt wer-

den muß. Sie dürfen dabei des größten Verständnisses und Entgegenkommens auf deutscher Seite von vornherein versichert sein.

Darüber hinaus liegen vor uns allen Aufgaben von größtem Ernst. Die Beziehungen zwischen den europäischen Völkern müssen im Geiste des Friedens und des Vertrauens wieder aufgerichtet werden. Deutschland ist entschlossen, hieran mit allen Kräften mitzuarbeiten. Soll diese weltgeschichtliche Aufgabe gelöst werden, dann müssen sich alle Völker zu dem Gedanken der Nächstenliebe und Versöhnung bekennen, deren unermüdlicher Verkündiger Seine Heiligkeit der Papst stets gewesen ist. Ich gedenke dabei seiner priesterlichen Mahnung zum Völkerfrieden, seiner nie rastenden Liebestätigkeit für die Kriegsgefangenen und die hungernden Kinder, seiner von heiligem Ernst erfüllten Kundgebung über die Wiederherstellung des Weltfriedens. Durch dies von tätiger Menschenliebe getragene Wirken hat sich Seine Heiligkeit der Papst den Dank der ganzen Welt erworben.

DAS MISSTRAUEN ZWISCHEN ENGLAND UND DEUTSCHLAND

Erwiderung auf die Ansprache des Kgl. Großbritannischen Botschafters Lord D'Abernon. 2. 7. 1920

Indem ich die Ehre habe, aus den Händen Euerer Exzellenz das Schreiben Seiner Majestät des Königs von England entgegenzunehmen, wodurch Sie als Botschafter bei mir beglaubigt werden, ist es mir in hohem Grade erfreulich, damit die vollen diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Großbritannien wiederhergestellt zu sehen.

Auch die Worte, die Sie an mich gerichtet haben, finden bei mir und, wie ich überzeugt bin, beim ganzen

deutschen Volk verständnisvollen Widerhall. In der Tat ist die Lage, der die Regierungen aller Länder heute gegenüberstehen, beispiellos schwierig. Mit vollem Recht erblicken Sie als einziges Mittel zur Überwindung der Weltkrise gemeinsame Zusammenarbeit aus der Überzeugung, daß das Wohl des Einzelnen von dem Wohl aller nicht zu trennen ist. Ihre Worte, die diesem Gedanken beredten Ausdruck gegeben haben, begrüße ich als eine verheißungsvolle Einleitung für Ihre Tätigkeit in unserer Mitte.

Die deutsche Regierung und das deutsche Volk sind sich einig in dem ernsten Entschluß, den übernommenen Verpflichtungen unter Aufbietung aller Kraft bis an die Grenze des Möglichen gerecht zu werden. Wir wünschen aufrichtig, daß es dem guten Willen auf beiden Seiten gelingen möge, die stellenweise zurückgebliebene Atmosphäre des Mißtrauens überall zu zerstreuen und durch Vertrauen und wahre Friedensstimmung zum Wohl aller Völker zu ersetzen.

EBERT ALS BRUMMER

Ansprache an den Freudenstadter Männerchor. 17. 9. 1920

Haben Sie vielen herzlichen Dank für die freundliche Überraschung, die Sie uns gebracht haben. Ihr Sängergruß hat mich und den Herrn Reichskanzler (Fehrenbach) um so mehr erfreut, als wir beide warme Freunde des Männergesanges sind. Ich war zwar nie aktiver Sänger. In der Schule hat man mir mal gesagt, ich sei ein Brummer, und man hat es dann nicht mehr versucht. Aber der Herr Reichskanzler ist aktiver Sänger, wie man sagt, sogar ein Meister des Gesanges. Beide sind wir uns aber einig in der Wertschätzung des deutschen Gesangs, gerade in der heutigen Zeit. Wir leben in einer sehr schweren Zeit und jeder ein-

zelne von uns hat ein schweres Bündel harter Pflichten zu tragen. Da ist es begreiflich, wenn die Stimmung für den frohen Gesang nicht so vorhanden ist wie früher. Aber gerade bei unserer ernsten Wiederaufbauarbeit bildet der ernste Männergesang einen ganz bedeutenden Faktor. Die Liebe und die Freude zum Schaffen, zum Schaffen für das Volksganze, zum Schaffen für die Heimat, die Liebe zu unseren Wäldern, zu unseren Tälern, zu unseren Bergen, die Liebe zu dem Fleckchen Erde, wo unsere Wiege gestanden hat, die Liebe zu unserem großen Vaterland, das sind Dinge, die wir uns auch in unserer Not nicht nehmen lassen dürfen, zu denen wir stehen müssen und die gerade durch den Männergesang verherrlicht und kraftvoll vertreten werden können. Und wenn Sie in diesem Sinne den Männergesang pflegen, so arbeiten Sie mit an der Wiederaufrichtung unseres Volkes und unseres Vaterlandes. Seien Sie versichert, daß diese Überraschung, die Sie uns heute gebracht haben, mir bei all den Eindrücken und Erinnerungen, die ich von Freudenstadt mitnehme, die angenehmste und schönste sein wird. Ich habe in den kurzen Tagen, die ich mich hier aufhalten konnte, überall freundliche Aufnahme gefunden. Ich habe mich mit Freuden in Ihren Wäldern und in Ihren Tälern, in Ihrer freien Schwarzwaldluft ergangen und glaube Stärkung gefunden zu haben zu neuer Arbeit und zu neuem Schaffen. Und dabei wird mir immer eine angenehme und liebe Erinnerung an Freudenstadt, an seine Bevölkerung, an seine Wälder und an das, was uns heute abend von Ihnen dargebracht worden ist, bleiben.

OSTPREUSSEN UND DAS REICH

Zwei Ansprachen in Königsberg. 25.—26. 9. 1920

I.

Unsere Reise nach Ostpreußen war uns Pflicht. Es ist unsere Aufgabe, durch eigene Inaugenscheinnahme und durch persönliche Beziehungen mit verantwortlichen Männern in den verschiedensten Gauen des Reiches uns zu überzeugen von dem, was geschehen muß, um ein geschlossenes und einheitliches Handeln in unserem Vaterlande zu erwecken. Der Besuch Ostpreußens war uns eine besondere Pflicht nach dem herrlichen Bekenntnis, das Ostpreußen bei der Abstimmung für das Deutschtum abgelegt hat. Es ist mir eine große Freude, gerade in diesem Kreise Gelegenheit zu haben, dafür Anerkennung und Dank des Reiches zum Ausdruck zu bringen. Fast unfaßbar ist der Gedanke, daß eine so kerndeutsche Provinz, eine so tatkräftige Bevölkerung künstlich und gewaltsam vom Reiche abgeschnürt worden ist. Wir wissen, welche wirtschaftlichen Konsequenzen diese Abschnürung für Ihre Heimatprovinz hat. Sie dürfen versichert sein, daß die Reichs- wie die Preußische Staatsregierung alles tun und einsetzen, um Ihnen bei Ihrer schweren Arbeit, Ihren schweren Kämpfen in Ostpreußen Erleichterungen zu verschaffen und die wirtschaftliche Entwicklung und die Verkehrsverhältnisse möglichst zu fördern und zu sichern. Wie wir auch politisch stehen, das eine sollten wir Deutsche in dieser furchtbaren, entsetzlichen Not erkennen, daß es aus dieser Lage keinen anderen Ausweg gibt, als das einmütige Zusammenfassen aller Kräfte, die es ernst meinen mit unserem Vaterlande und unserer Zukunft. Wenn wir auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete in großen Lebensfragen unseres Volkes uns zu einer Front zusammen-

schließen, dann brauchen wir nicht zu verzagen, dann werden wir durch Tüchtigkeit und Fleiß auch über dieses Unglück hinwegkommen und unseren Kindern eine glücklichere Zukunft sichern.

II.

Gern sind wir der Einladung gefolgt, an der Eröffnung der Ersten Deutschen Ostmesse teilzunehmen, die Zeugnis ablegen soll davon, daß auch in diesem Teile unseres Vaterlandes Fleiß, Tüchtigkeit und Unternehmungsgeist nicht nur entschlossen sind, das Ererbte und Erworbene zu halten, sondern auch voll Vertrauen auf die eigene Kraft und auf eine bessere Zukunft neue Wege zu suchen. Die Ausstellung soll auch Rechenschaft geben darüber, was deutsche Kultur in diesem kerndeutschen Lande geleistet hat, und uns, die wir aus anderen Teilen des Reiches hierher gekommen sind, führt sie eindringlich vor Augen, was wir an Ostpreußen besitzen. Vor allem aber soll die Messe, nachdem der Krieg beendigt und Handel und Wandel wieder ihre alten Wege suchen, das Zentrum des deutschen Handels nach dem Osten sein. Mir war es verschiedentlich vergönnt, Messen zu besuchen, und da war es mir immer eine besondere Freude, festzustellen, wie sich die Kräfte des Wiederaufbaues in zähem Kampf mit fast unüberwindlich scheinenden Hemmnissen gerade in unserem wirtschaftlichen Leben durchzusetzen beginnen. Ja, es ist ein Trost in diesen trüben Zeiten, zu sehen, daß Kräfte des Geistes und der Hände einmütig sich betätigen und all den vielen Schwierigkeiten trotzen. Immer wieder muß gesagt werden, daß nur die Zusammenfassung aller schaffenden Faktoren und Einmütigkeit aller Glieder unseres Volksganzen uns aus unserer großen Not herausführen können. Viel ist noch auf diesem Wege zu tun. Königs-

berg zeigt uns von neuem, wie auf diesem Wege vorangegangen werden muß. Deshalb ist es mir angenehme Pflicht, all den Stellen und den Männern, die zum Gelingen dieser Messe sich zusammengetan haben, im Namen des Vaterlandes volle Anerkennung auszusprechen, herzlichen Dank zu sagen und ihnen ein kräftiges „Glückauf" zuzurufen.

Wir sind noch aus einem anderen Grunde gern der Einladung nach Königsberg gefolgt. Durch grausames Geschick ist dieses urdeutsche Land, das dem größten der deutschen Länder den Namen gegeben hat, räumlich von den anderen Gliedern des Reiches getrennt. Diese Trennung mag wohl da und dort ein Gefühl ausgelöst haben, als ob Ostpreußen nur allein auf sich angewiesen sei und die Verbindung mit dem Staatsganzen sich lockere. Dem ist nicht so. Keineswegs! Nichts kann uns scheiden von denen, die unseres Blutes, unserer Kultur und unserer Nation sind, die noch vor kurzem bei der Abstimmung mit ihrem gewaltigen Bekenntnis gezeigt haben, daß sie Deutsche sind und Deutsche bleiben wollen. Die Treue zum Reich, die Ostpreußen so kraftvoll bekundet hat, wird vom Reich mit Treue vergolten. Das Reich wird stets hinter Ostpreußen stehen. Wir würdigen die vielerlei besonderen Schwierigkeiten des Landes. Ihrer Herr zu werden, ist Gegenstand ernstester Beratung der Reichsregierung und der Preußischen Regierung in engster Fühlung mit den Behörden und Vertretern dieses Landes. Ostpreußens Bestehen als lebenskräftiges Glied des Deutschen Reiches ist bedingt durch gesunde wirtschaftliche Entwicklung. Sie zu fördern und zu sichern, ist für Reich und Staat heute eine der wichtigsten Aufgaben. Daß wir für Erfüllung dieser Aufgabe unser Bestes einsetzen, dessen seien Sie versichert. So wollen wir hier einander das Gelöbnis der Treue erneuern,

fest zueinander zu halten in bösen und guten Tagen. Ostpreußen und das deutsche Vaterland sind eins und werden eins bleiben.

1921.

GENUSSSUCHT UND SOZIALES ELEND

Brief an den Reichskanzler. Berlin, 16. 2. 1921

In wenigen Wochen sollen in London Entscheidungen fallen, die auf Menschenalter hinaus unser Wohl und Wehe bestimmen werden. Harte Proben stehen uns bevor, ein fester und einiger Wille ist erforderlich. Soll unser Volk in diesen Stürmen zusammenstehen, so muß auch in der Lebensführung die Rücksicht geübt werden, die der Ernst der Zeit verlangt.

Deshalb ergeht meine Bitte an Sie, hochverehrter Herr Reichskanzler, bei den Regierungen des Reichs und der Länder nachdrücklich dahin zu wirken, daß mehr als es bisher geschah, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten den Auswüchsen entgegengewirkt wird, die das öffentliche und teilweise auch das private gesellschaftliche Leben zeigen. Lärmende Genußsucht und sittenloses Vergnügungstreiben machen sich vielfach rücksichtslos und aufdringlich in aller Öffentlichkeit breit, in einer Zeit, da allenthalben Not an uns herandrängt und keine Hilfe genügt, um das Elend zu bewältigen. Auch die Veranstaltungen gutgemeinter Wohltätigkeit nehmen manchmal einen Charakter an, der mehr die Genußsucht gewisser Kreise als menschenfreundliche Zwecke erkennen läßt; die Wohltätigkeit bedarf nicht des glänzenden Festgewandes und der lauten Fröhlichkeit in diesen Tagen der ernsten Sorge; wer in brüderlicher Gesinnung geben will und wer fremder Not helfen kann, gebe im Stillen. Die eigene Würde und die Würde Deutschlands verlangen,

daß jeder, der sich mit dem Schicksal seines Volkes verbunden fühlt, sich heute mehr denn je fernhält von lärmender Genußsucht und daß, soweit nicht die eigene Einsicht sich durchsetzt, die zuständigen Behörden solchen Auswüchsen mit den gesetzlichen Mitteln entgegentreten.

Ich wäre Ihnen, hochverehrter Herr Reichskanzler, dankbar, wenn Sie, den ich mit mir in dieser Beurteilung eins weiß, alle beteiligten Regierungsstellen im Reiche und in den Ländern zu einer einheitlichen Einwirkung in diesem Sinne veranlassen könnten, und bin in herzlicher Wertschätzung Ihr ergebenster Ebert.

OBERSCHLESIEN UND DAS REICH 10. 3. 1921

Begrüßung der zur Abstimmung abreisenden Oberschlesier.

Ehe Sie nach Oberschlesien fahren, möchte ich es nicht unterlassen, Ihnen zugleich namens der Reichsregierung einen herzlichen Abschiedsgruß zuzurufen. Sie reisen in Ihr Heimatland, um freudigen Herzens einer vaterländischen Pflicht zu genügen: Sie wollen durch die Abgabe Ihres Stimmzettels bekunden, daß Oberschlesien deutsch und mit dem größeren Vaterlande, dem es seine Kultur und seine blühende Entwicklung verdankt, auf immer verbunden bleiben soll. Sie legen darüber hinaus auch Zeugnis ab dafür, daß wir Deutsche zusammengehören, nicht allein in guten Tagen, sondern auch in Zeiten schwerster Not. Nichts soll uns in den großen Lebensfragen unseres Vaterlandes voneinander trennen. Einig und gemeinsam müssen wir uns aus den Nöten der Zeit herausarbeiten und eine bessere Zukunft erkämpfen. Und diese Zuversicht bitte ich Sie auch denen zu bringen, die in Oberschlesien auf diesen Tag der Entscheidung gewartet haben. Setzen Sie auch dort Ihr Bestes ein! Es geht um die Heimat, es geht um Deutschland. So

danke ich Ihnen allen, die Sie den Anstrengungen dieser Fahrt sich unterzogen haben, für dies Bekenntnis, das gerade in diesen schicksalsschweren Tagen uns besonders erhebt. Von Herzen wünsche ich Ihnen glückliche Reise und einen schönen Abstimmungssieg!

BRIEF AN DEN REICHSKANZLER Berlin, 9. 4. 1921

Sehr verehrter Herr Reichskanzler!

Ich bedaure sehr, störend in Ihre wohlverdienten Erholungstage eingreifen zu müssen.

Die Aktion Vatikan — Amerika macht Schwierigkeiten. Herr Minister Simons hat entgegen dem Rat der Herren seines Amtes und des Herrn Ministers Wirth in der an den Vatikan gerichteten Erklärung eine bestimmte Summe nicht genannt. Darüber ist Wirth sehr ungehalten. Er hält damit die ganze Aktion für aussichtslos, wenn nicht noch schnellstens in seinem Sinne eingegriffen wird.

Mit Rücksicht auf diese Sachlage kürzt Simons seinen Aufenthalt in der Schweiz und will Dienstag früh hier sein. Bei der großen Wichtigkeit dieser Frage und ihrem streng vertraulichen Charakter halte ich bei den dann folgenden Besprechungen Ihre Anwesenheit in Berlin für dringend erforderlich. Es ist ja möglich, daß Simons nach Rücksprache mit Bergen für seine Stellungnahme besondere Gründe hat. Da er aber selbst seine Stellungnahme mit innerpolitischen Gründen stützt, ist das nicht wahrscheinlich.

So sehr ich bedauere, Sie, verehrter Herr Kanzler, stören zu müssen, so hielt ich es doch für meine Pflicht, Ihnen sofort und offen von meiner Ansicht Mitteilung zu machen, zumal ich weiß, welch große Bedeutung Sie mit mir der ganzen Aktion beilegen.

In aufrichtiger Verehrung und alter Treue

Ihr ergebener Ebert.

BRIEF AN OTTO WELS Berlin, 13. 4. 1921

Lieber Otto!

In unserer gestrigen Besprechung habe ich nur nebenbei auf die Scheidemannsche Bemerkung in einer Volksversammlungsrede in Mannheim hingewiesen, wonach er meine amtliche Stellung als unhaltbar betrachtet. Die Partei — so sagte er — müsse zwar auf mich Rücksicht nehmen. „Aber diese Rücksicht muß da ihre Grenze finden, wo die Interessen der Partei . . . gefährdet werden."

Da die Bemerkung in der Presse einiges Aufsehen machte, muß ich noch einmal auf sie zurückkommen.

Du wirst Dich erinnern, daß ich bei den Unterhaltungen, die ich mit Dir und anderen Parteivorstandsmitgliedern in den letzten Monaten führte, immer wieder auf die steigenden Schwierigkeiten meiner amtlichen Tätigkeit hinwies und wünschte, bald aus ihr befreit zu werden. Ich habe auch alles mögliche getan, um die Neuwahl des Reichspräsidenten baldigst herbeizuführen.

Ich weiß nicht, wie der Parteivorstand zu der Scheidemannschen Äußerung steht. Von einer weiteren öffentlichen Erörterung der aufgeworfenen Frage, die für mich zunächst eine innere Parteiangelegenheit ist, verspreche ich mir für die Partei nichts. Ich bin aber gern bereit, mich darüber mit dem Parteivorstand auseinanderzusetzen, wobei ganz selbstverständlich jede persönliche Rücksicht auf mich auszuscheiden hat. Würde sich dabei eine Möglichkeit finden, die mich schnellstens von meinem Amte entbindet, so wäre ich dem Parteivorstand aufrichtig dankbar.

Du bist wohl so freundlich und gibst dem Parteivorstand von diesem Schreiben Kenntnis.

Mit freundlichstem Gruß an Dich und den ganzen Bau

Dein Fr. Ebert.

BRIEF AN DR. STRESEMANN

Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Gelegentlich einer Unterhaltung mit dem Herrn Reichskanzler habe ich auf eine mir zugegangene Mitteilung hingewiesen, wonach in einem Flugblatt der D. V. P. unter Anlehnung an Behauptungen von linksradikaler Seite u. a. Noske, Wels, Scheidemann und ich als Bluthunde und Arbeiterverräter bezeichnet werden sollen. Befremdend war mir die Art dieses Angriffes. Mein endgültiges Urteil darüber habe ich mir aber ausdrücklich vorbehalten, bis ich das eingeforderte Flugblatt zur Hand habe. Ich hoffe es morgen zu erhalten und werde dann den Herrn Reichskanzler bitten, noch einmal mit Ihnen über die Sache zu sprechen.

In ausgezeichneter Hochachtung

Ihr ergebenster Ebert.

1922.

FRIEDEN AUF ERDEN!

Ansprache beim Empfang des Diplomatischen Korps. 1. 1. 1922

Herr Nuntius! Für die Glückwünsche, die Eure Exzellenz als Sprecher des Diplomatischen Korps zum Jahreswechsel dem Deutschen Volke und mir als seinem Vertreter dargeboten haben, bitte ich meinen tiefgefühlten Dank entgegenzunehmen. Gern folge ich Ihnen in dem Gedanken, den heutigen Besuch der Herren Vertreter der fremden Mächte als das Symbol einer allmählichen Rückkehr der Menschheit zum Frieden zu betrachten. Der Umstand, daß diese Worte aus dem Munde des Vertreters Seiner Heiligkeit des Papstes kommen, der sein vornehmstes Ziel darin erblickt, Frieden auf Erden zu schaffen und zu erhalten, gibt ihnen in meinen Augen besondere Bedeutung.

Das deutsche Volk wünscht für sich nichts anderes, als in friedlicher Arbeit neben den übrigen Völkern sein nationales Dasein wieder aufzubauen. Es gibt sich der Hoffnung hin, daß im kommenden Jahre die Erkenntnis der Weltnotwendigkeiten weiter wächst und daß in dieser Erkenntnis jede Nation sich bemühen wird, durch fruchtbare Zusammenarbeit mit allen übrigen Völkern der Menschheit den wahren und aufrichtigen Frieden zu geben.

DIE SOZIALE HILFE DER QUÄKER ALS BOTSCHAFT DER LIEBE

Begrüßungsrede. **3. 1. 1922**

Am heutigen Tage sind es zwei Jahre, seitdem die Kinderhilfsmission der religiösen Gesellschaft der Freunde von Amerika unter Anführung von Herrn Alfred G. Scattergood in Berlin ankam und noch am gleichen Tage von mir empfangen wurde. Ich darf meiner Freude und Genugtuung darüber Ausdruck geben, daß ich Sie, meine Damen und Herren von der Kinderhilfsmission, nach zweijähriger segensreicher Tätigkeit im Dienste der deutschen Kinder wiederum bei mir zu begrüßen in der Lage bin. Ich habe Sie hierher gebeten, um Ihnen im Namen der Reichsregierung und des deutschen Volkes meinen herzlichsten Dank für all das auszusprechen, was Sie in Zeiten schwerster Not für uns getan haben. Sie waren unter den ersten Boten einer langsam beginnenden Wiederannäherung der Völker, und Ihrer unermüdlichen Aufklärungstätigkeit über die Wahrheit der Zustände der breiten Massen in Deutschland ist es nicht nur in erheblichem Maße zu verdanken, daß die Speisungen von hunderttausenden deutscher Kinder bis zum heutigen Tage möglich waren, sondern auch, daß sich der Kreis der Personen, die nach jahrelanger Ver-

bitterung sich um eine Wiederannäherung der Völker bemühen, erheblich erweitert hat. Die Botschaft der Liebe, die Sie uns gebracht haben, wird nie vergessen werden.

Die Erfolge, die Sie in Deutschland bei Ihrem Bemühen auf Besserung des Ernährungszustandes der durch jahrelange Entbehrungen in ihrer Gesundheit aufs schwerste betroffenen deutschen Kinder sowie hoffender und stillender Mütter errungen haben, sind bedeutend. Viele hunderttausende deutscher Kinder danken Ihnen Leben und Gesundheit. Ich erinnere daran, daß die großen amerikanischen Mittel — nach mir gewordenen Berichten über sechseinhalb Millionen Dollars —, die Ihnen zu treuen Händen übergeben worden sind, Sie in den Stand gesetzt haben, zeitweise (Frühjahr 1921) bis zu einer Million Kinder täglich in Deutschland zu speisen, und ich begrüße es mit besonderer Freude, daß dank der im Herbst 1921 unter Führung Ihrer amerikanischen Freunde und unter hervorragender Beteiligung von Deutsch-Amerikanern begonnenen Sammlungen die Speisung von weiteren 500 000 Kindern täglich bis zum 31. Juli 1922 gesichert ist.

Welch große Bedeutung die Reichsregierung und die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches (Reichsrat und Reichstag) der Fortsetzung dieser Kinderspeisungen beimessen, ergibt sich daraus, daß auf Antrag des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Hermes, erst vor kurzem hundert Millionen Mark als deutscher Beitrag zur Durchführung der Kinderspeisungen bewilligt worden sind. Durch die Bereitstellung dieser Mittel zur Förderung des von Ihnen eingeleiteten großen charitativen Werkes wollte die Reichsregierung Ihnen gleichzeitig einen Beweis des Vertrauens und der Dankbarkeit geben.

Der heutige Tag ist aber nicht nur ein Gedenktag, er bedeutet zugleich auch einen Wendepunkt in der Geschichte der Quäkerspeisung in Deutschland. Sie haben dem Herrn Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Hermes, gegenüber den Wunsch ausgesprochen, die eigentliche Verwaltung der Kinderspeisung auf die bestehenden sozialen Einrichtungen in Deutschland überzuleiten, weil Sie, um in Hungerdistrikten Rußlands helfen zu können, gezwungen sind, Ihre Verwaltungskosten in Deutschland einzuschränken und einen Teil Ihres Personals nach Rußland zu entsenden. Herr Reichsminister Dr. Hermes hat Ihrem Wunsche auf Übernahme der Verantwortung für die Kinderspeisungen auf die Reichsregierung entsprochen und im Einvernehmen mit Ihnen den Deutschen Zentralausschuß für die Auslandshilfe, der neben Vertretern der behördlichen Wohlfahrtspflege alle großen charitativen Organisationen, die Gewerkschaften, den Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt usw. umfaßt und dem Ihre Mission selbst als Mitglied angehört, mit der Weiterführung des Werkes betraut.

Ich darf der Hoffnung Ausdruck geben — und dafür werden wir alle unsere Kraft einsetzen —, daß die Speisung der Kinder und der hoffenden und stillenden Mütter in dem Geiste fortgeführt wird, in dem Sie sie begonnen haben. Darin soll unsere deutsche Dankbarkeit Ihnen gegenüber sich ausdrücken, daß das Denkmal, das die amerikanische Gesellschaft der Freunde und die mit Ihnen verbundenen freundlichen Spender sich errichtet haben, erhalten bleibt zum Wohle der deutschen Kinder und damit zum Wohle Europas und der ganzen Welt.

Zwei Reden zur Eröffnung der Frankfurter Goethe-Woche

I.

Die Bedeutung der Frankfurter Goethetage wurde dahin gekennzeichnet, daß das deutsche Volk in der Erinnerung an Goethe als einen seiner größten Söhne den Begriff echter und wahrer Kulturwerte vor aller Welt klarstellen wolle. Damit ist Goethe, seine dichterische Gestalt sowohl als sein ganzes bedeutendes Erdenleben als Mensch, gewissermaßen als Symbol aufgestellt für das, was wir selbst unter deutschem Wesen verstehen und was die Welt darunter verstehen sollte.

Diese Forderung ist nicht neu an sich. Ein kleiner, freilich immer wachsender Kreis des geistigen Deutschlands hat dies stets so empfunden und die Meinung vertreten, daß Goethe, der wie jedes Genie seiner Zeit vorauslebte, erst von späteren Geschlechtern voll gewürdigt und als ein Führer der ganzen Nation angesehen werde.

Neu ist aber, daß wir jetzt Lebenden das Bewußtsein haben, daß diese Zeit erfüllt ist und daß wir entschlossen sind, Goethe aus dem kleinen Kreis fachgelehrter Bewunderer herauszuführen und ihn der ganzen Nation zu geben, für die er gelebt hat.

Darin sehe auch ich die besondere Bedeutung Ihrer Veranstaltung und deshalb bin ich und sind mit mir die offiziellen Vertreter der Reichs- und preußischen Regierung Ihrer freundlichen Einladung gern gefolgt. Wo der Versuch unternommen werden soll, Goethe als den großen Menschen zu feiern, in dessen Licht und Wärme sich die ganze lebende Generation, das ganze Volk und auch seine politische Organisation, das Reich, die Länder, stellen sollen, darf auch die amtliche Lei-

tung des Reiches und des Landes nicht fehlen. Nach dem, was wir im letzten Jahrzehnt erlebt haben, haben wir es bitter nötig, nach solchen Wegweisern für unsere Gegenwart und Zukunft zu suchen. Goethe ist ein solcher Wegweiser, nicht allein weil er ein großer Dichter war und die bedeutendsten Geschenke an die Menschheit hinterlassen hat, sondern weil in diesen Werken und in seinem Leben alles auf das Glücklichste entwickelt worden ist und sich offenbarte, was der Deutsche nach seiner ganzen Veranlagung und nach seiner Stellung im Kreise der Kulturvölker zu leisten vermag.

Lassen wir uns in dieser Auffassung durch nichts beirren. Wohl ist richtig, daß Goethe das Nationale in das Menschliche hinausentwickelt und an fremden Kulturquellen gerne und freudig geschöpft hat. Aber das soll uns nicht hindern, auch hierin seinen großen objektiven Weltgeist zu achten und zu bewundern. So wollen wir Goethe für unsere Zeit gewinnnen, weil wir glauben, daß in ihm das deutsche Volk ein Fundament findet, auf dem es seine Gegenwart und Zukunft sicher errichten kann.

In diesem Sinne möge von den Frankfurter Tagen ein neuer Impuls für das geistige und politische Deutschland ausgehen und Goethe zum zweiten Male von Frankfurt aus seinen Weg in das deutsche Volk gehen, von der Stadt aus, die wie keine andere in Deutschland geeignet und berufen ist, die Tradition ihres großen Sohnes zu pflegen und in ihrer glücklichen Lage an dem Flusse, der den Süden und Norden Deutschlands trennt, ein festes Bindeglied zu sein zwischen Ländern, Stämmen und Menschen verschiedener Eigenart. Wie Goethe nicht der Frankfurter Bürgersohn geblieben ist, sondern sich zu einem Geist entwickelte, in dem ganz Deutschland, die ganze Welt sich spiegelte, so ist auch

das heutige Frankfurt nicht mehr das Frankfurt der Goethe-Zeit, sondern eine Stadt, deren Horizonte weit über Deutschland in die Welt hinausgewachsen sind. Mögen beide, die Stadt und ihr großer Sohn, unserem Volke dergestalt Führer sein, daß es Herkunft, Vergangenheit und Heimatliches treu bewahrt, diesen festen Besitz aber so entwickelt, daß er mehr und mehr auch fremder Achtung und Bewunderung zugänglich wird.

II.

Ich bin gern wieder nach Frankfurt gekommen, dieser schönen Stadt am Main, die so recht als Furt Nord- und Süddeutschland verbindet. Als ich im Herbst 1919 zum Besuche der ersten Frankfurter Messe hier weilte, hatte ich das Gefühl, daß Frankfurt, seiner großen Geschichte getreu, alles daran setzt, um auch unter ungünstigen Verhältnissen sich weiter zu entfalten. Frankfurt hat sich schon lange durch eine weitausschauende und großzügige Kommunalpolitik ausgezeichnet, und diese hat sich gerade in den schweren Jahren der Nachkriegszeit glänzend bewährt. Handel und Industrie der Stadt haben sich, von Unternehmungsgeist und Tatkraft seiner Bewohner neu belebt, nicht ungünstig entwickelt; mit der Veranstaltung von Messen hat Frankfurt schöne Erfolge erzielt und seinen Ruf als alte, bedeutende Handelsstadt befestigt. Die Universität konnte, wie ich zu meiner Freude gehört habe, überraschend schnell ausgebaut werden und zählt eine stattliche Schar von Besuchern; so ist Frankfurt, in dem die Pflege der Wissenschaften stets opferwillige Förderer fand, auch eine geistige Pflanzstätte geworden, nicht die geringste unter ihren Schwestern im Reiche.

Wir sind hier zusammengekommen, um Frankfurts größten Sohnes zu gedenken und in der Erinnerung an

ihn aufs neue die großen Kulturgüter zu würdigen, die er und der Geist, der von ihm ausging, unserem Volk als unvergänglichen und bleibenden Besitz gegeben hat. Das Bewußtsein dieser hohen geistigen und kulturellen Werte unseres Volkes gibt uns auch den Mut und das Recht, der Zukunft Deutschlands zu vertrauen. Das deutsche Volk macht wahrlich eine bittere Schule der Leiden und Prüfungen durch, aber wenn wir die feste Hoffnung haben, daß wir uns hindurchringen werden, so wissen wir, daß wir in der Hauptsache doch nur auf uns gestellt sind und alle Kräfte zusammenfassen und anspannen müssen.

DIE WIRTSCHAFTLICHE VERSTÄNDIGUNG DER VÖLKER

Rede. Leipzig, 7. 3. 1922

Bei unserem heutigen Rundgang durch die Meßhäuser Leipzigs ist wohl allen Teilnehmern unauslöschlich der tiefe Eindruck von der Tatkraft des werktätigen Deutschland geblieben, von seinem unerschütterlichen Willen, sich durch Arbeit seine Freiheit wieder zu erkämpfen. Die Leipziger Messe von heute ist für uns mehr als eine Einrichtung für den Warenaustausch; sie ist ein Spiegelbild unserer schaffenden Arbeit, ein Gradmesser für den Stand der wirtschaftlichen Produktion. Das Bild, das wir hier von unserem wirtschaftlichen Leben sehen, ist gewaltig; in Tausenden von Verkaufsständen häufen sich die Muster bester Qualitätsware, bewährten deutschen Gewerbefleißes, hochentwickelter moderner Technik. Unser aller Wunsch ist, daß dieser gewaltige Eindruck sich in der dauernden Wiederaufrichtung unserer Wirtschaft auswirken möge.

Herr Geheimrat Rosenthal hat uns soeben sachverständig die Notwendigkeit verstärkten Exports

auseinandergesetzt. Das ist zweifellos richtig. Deutschland, das für den Bezug von Rohstoffen und Lebensmitteln auf das Ausland angewiesen ist, kann wirtschaftlich nur dann gesunden, wenn es ihm gelingt, durch die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen sich wieder Guthaben im Ausland zu verschaffen. Aber die Erreichung dieses Ziels ist aus Gründen, die nicht an uns liegen, schwer, und weit sind wir noch von ihm entfernt. Die Tatsache, daß in den letzten beiden Monaten der Wert unserer Ausfuhr den unserer Einfuhr überstieg, unsere Handelsbilanz also in geringem Ausmaß aktiv geworden ist, darf uns noch nicht zu übertriebenem Optimismus Anlaß geben; denn diese Aktivierung unserer Handelsbilanz beruht nicht auf gesunden und natürlichen Vorgängen, sie ist in der Hauptsache auf den in den letzten Monaten stark eingeschränkten Rückgang der Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen zurückzuführen. Eine dauernde und anhaltende Aktivität der Handelsbilanz kann aber nur aus einer gesunden und natürlichen Entwicklung der Volkswirtschaft hervorgehen.

Für diese gesunde Weiterentwicklung unserer Volkswirtschaft sind bei uns alle Voraussetzungen gegeben: Arbeitswille und Fleiß, Leistungsfähigkeit und Erfindungsgeist, moderne technische Entwicklung und hohe Qualitätsarbeit. Mit Befriedigung können wir auch feststellen, daß durch Anspannung aller Kräfte unser Wirtschaftsleben nicht unbeträchtliche Fortschritte aufweist. Die erste Quelle unserer Kraft, die Steinkohlenförderung, zeigt im letzten Jahre mit 136 Millionen Tonnen einen kleinen Fortschritt gegenüber dem Vorjahr mit 131 Millionen Tonnen; sie weiter zu steigern, wird unsere wichtigste Aufgabe der Zukunft sein. Die Eisen- und Stahlproduktion hat sich gegenüber dem Vorjahr ebenfalls gehoben. Unser Verkehrs-

wesen hat sich gleichfalls günstig weiterentwickelt, wenngleich der Eisenbahnerstreik der letzten Woche hier wieder einen Rückschlag gebracht hat, unter dem fast alle Zweige der Industrie auch jetzt noch leiden. Aber alle gesunden Kräfte, die in unserem Volk leben und die an sich geeignet sind, uns der Gesundung zuzuführen, können sich nicht frei entfalten: Sie werden niedergehalten durch die schweren Lasten, die dem geschwächten und verstümmelten deutschen Wirtschaftskörper durch die Verpflichtungen des Versailler Friedensvertrags auferlegt sind. Ich brauche hier im Kreise wirtschaftlicher Sachverständiger die finanziellen Lasten, die auf unseren Schultern ruhen, und die Folgen, die sie für uns haben, nicht darzulegen; Sie kennen ja alle die Schwierigkeiten und Nachteile, die dem deutschen Wirtschaftsleben erwachsen sind durch den ungünstigen Stand unserer Währung, durch die unbestimmbaren Schwankungen in der Bewertung unseres Geldes im Ausland, durch die Zweifel des Auslandes an unserer Kreditwürdigkeit, hervorgerufen durch die ungewisse finanzielle Lage des Reiches. Es ist Ihnen bekannt, daß die Reichsregierung dem Obersten Rat der Siegerstaaten offen erklärt hat, daß Deutschland bei bestem Willen und ernstlicher Bemühung Ermäßigung der uns in London auferlegten Zahlungen beanspruchen muß. Wir haben durch die Tat unseren ernsten Willen gezeigt und alle Gründe, die die Unmöglichkeit dieser Erfüllung dartun, unumwunden mitgeteilt und haben auch den Eindruck gewonnen, daß die Erkenntnis ihrer Richtigkeit und die Auffassung in weiten Kreisen des Auslandes Boden gewonnen hat, die Fortsetzung des Krieges auf dem Gebiete der Wirtschaft könne nur Unheil bringen für ganz Europa. Wir wollen auch jetzt noch hoffen, daß es gelingen wird, die großen Schwierigkeiten, die

unsere wirtschaftlichen Kräfte an ihrer Ausnutzung hemmen und die nicht nur ein Hindernis der deutschen Wirtschaft, sondern der Weltwirtschaft überhaupt sind, im Wege der internationalen Verständigung zu beseitigen und das große Problem, der Welt wieder Ruhe und wahren Frieden zu geben, zu lösen. Die bevorstehende Konferenz in Genua möge dafür vorbereitende Schritte tun. Jedenfalls sind wir für unseren Teil bereit, aufrichtig und ehrlich an dieser Aufgabe mitzuarbeiten.

In der Kette der Tatsachen und Ereignisse, die der wirtschaftlichen Verständigung der Völker dienen können, ist die Leipziger Messe nicht das letzte und nicht das unwichtigste Glied. Hier treffen sich die Kaufleute der ganzen Welt, hier wird Angebot und Nachfrage der Völker ausgeglichen, hier kommen im friedlichen Wettbewerb In- und Ausländer im großen Umfang zusammen. So ist die Leipziger Messe, die auf eine mehrhundertjährige Geschichte zurückblicken kann, immer ein wichtiger Faktor gewesen für die wirtschaftliche Verständigung der Völker, und heute ist sie mehr als dies; sie ist Schrittmacher und Vorkämpfer für die Wiederherstellung der Weltwirtschaft.

DER WIEDERAUFBAU DES DEUTSCHEN RECHTS

Ansprache im Reichsgericht. Leipzig, 8. 3. 1922

Sichtbar und vernehmlich vollzieht sich der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft — ich habe es beim Besuche der Leipziger Messe mit stolzer Bewunderung erlebt. Still und unmerklich geschieht der nicht minder wichtige Wiederaufbau des deutschen Rechts. Der Boden hat unter uns gewankt in diesen schweren Jahren — auch der Rechtsboden. Das Rechtsbewußtsein ist gelockert, überkommene Rechtsanschauung erschüttert, neues Rechtsverlangen ge-

weckt, die Rechtspflege vor die schwere Aufgabe gestellt worden, altes Recht und neues Rechtsgefühl in Einklang zu setzen.

Sie haben bei dieser verantwortungsvollen Aufgabe die Führung. Das Reichsgericht hat in bedeutsamen Entscheidungen bewiesen, daß es seiner Aufgabe bewußt, ihrer Erfüllung mächtig ist. Aber es ist Ihnen nicht vergönnt, Ihren neuen Aufgaben in der den Tageskämpfen entrückten Ruhe von ehedem unangefochten obzuliegen. Dem höchsten Gerichtshofe des Reiches ist die Pflicht zugefallen, den Krieg und die Erschütterungen, die ihm folgten, juristisch zu liquidieren. Die schwersten Aufgaben, die wohl je einem Richter oblagen, sind auf Ihre Schultern gelegt, und das Reichsgericht ist in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses gerückt, der öffentlichen Kritik des Inlandes wie des Auslandes. Aber zu absprechenden amtlichen Kritiken des Auslandes steht in bemerkenswertem Gegensatze die betonte Anerkennung bedeutender ausländischer Juristen. Der Reichsminister der Justiz hat bei der Beratung des Justizetats mit Recht auf Zeugnisse dieser Anerkennung hingewiesen und mit den Worten geschlossen: Respekt vor dem Reichsgericht! Er hat mit diesem Ausspruch nicht nur der Überzeugung der Reichsregierung Ausdruck gegeben, der ich mich rückhaltlos anschließe, sondern zweifellos auch das uneingestandene Empfinden weiter Juristenkreise, auch solcher des Auslandes, ausgedrückt.

HELFT DEN ARMEN UND ALTEN!

Rede. 1. 4. 1922

Wir sind heute hier zusammengekommen, um ein neues großes Hilfswerk, die Deutsche Altershilfe, zu fördern. Groß ist die allgemeine Not. Jeder von uns weiß und empfindet es täglich, welche schwere

Wunden der Krieg und die Nachkriegszeit dem Vaterlande geschlagen haben. Besonders hart sind einzelne Teile des Volkes betroffen, der Ruf, diesen zu helfen, hat bisher immer offene Herzen und Hände gefunden. So haben die Hilfsaktionen für die Kinder, die verdrängten Flüchtlinge, die Oberschlesier, Zeugnis abgelegt von der Opferwilligkeit des deutschen Volkes, das bei allen auf ihm ruhenden Lasten sich der sittlichen Pflicht, das schwere Leid brüderlich mitzutragen, bewußt gewesen ist.

Nunmehr spricht die Not des Alters zu uns. Die alten Leute haben unter den wirtschaftlichen Folgen des Krieges schwer zu leiden, zumal diejenigen, die nicht mehr arbeitsfähig und die auf ihre Ersparnisse oder kleine Renten angewiesen sind. Das Steigen der Löhne und Gehälter, größere Verdienstmöglichkeiten, sind an ihnen vorübergegangen, um so härter trifft sie die Entwertung und verminderte Kaufkraft des Geldes. Die Fürsorge-Organisationen haben hier Fälle der größten Entbehrung festgestellt. Die Altersheime, die den wirtschaftlich schwächsten und pflegebedürftigsten Alten eine Zuflucht und sichere Versorgung für den Lebensabend bieten sollten, sind meist nicht mehr in der Lage, mit ihren Mitteln und Pflegesätzen auszukommen. An dieser Not können wir nicht stillschweigend vorübergehen. Reich und Staat können angesichts unserer mißlichen finanziellen Verhältnisse leider nur in beschränktem Maße helfen. Ich begrüße es daher, daß die Wohlfahrtsverbände, die bisher Träger der großen Hilfsaktionen gewesen sind, sich auch diesmal zusammengefunden haben, um den Gedanken, daß dieser Not gesteuert werden muß, in alle Schichten der Bevölkerung hineinzutragen. Ich spreche gern im Namen des Reiches der Reichsgemeinschaft von Hauptverbänden der freien Wohlfahrtspflege und den sich

in ihr betätigenden Organisationen und Personen herzlichen Dank aus, daß sie sich dieser mühevollen, aber schönen Aufgabe unterzogen haben, und ich wünsche ihrer Arbeit reichen Erfolg. An Sie alle aber, die ich hier begrüßen kann, darf ich die Bitte richten, die Volkssammlung für das notleidende Alter mit allen Ihren Kräften zu fördern. Helfen Sie selbst und werben Sie in Ihren Kreisen für den Gedanken, daß es eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes ist, auch diejenigen nicht zu vergessen, die nach einem arbeitsreichen Leben den schwerer gewordenen Kampf ums Dasein aus eigenen Kräften nicht führen können.

DIE DURCHDRINGUNG DES POLITISCHEN UND GEISTIGEN LEBENS

Ansprache bei einer Geselligkeit im Hause Ebert. 6. 4. 1922

Ich möchte diesen Abend nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen meine Freude und meinen Dank dafür auszusprechen, daß so viele hervorragende Vertreter des geistigen Deutschlands sich hier in diesem Hause zusammengefunden haben. Besonders herzlichen Dank — und hier spreche ich sicherlich in Ihrer aller Namen — darf ich aber den beiden Herren aussprechen, die durch die Darbietungen ihres hohen Könnens uns hier Herz und Sinn erfreut haben, Exzellenz von Harnack, dessen meisterhafte und geistvolle Darlegung uns eine ferne Zeitströmung so klar veranschaulichte, und Herrn Professor Ansorge, dessen kunstvolles Spiel in klangvollen Tönen zu unserem Innersten sprach. Nehmen Sie beide den Ausdruck unserer allerherzlichsten Dankbarkeit entgegen.

Daß der heutige Abend mehr ist als eine gesellschaftliche Zusammenkunft, zeigen schon diese hohen Gaben der Wissenschaft und der Kunst, die uns hier

beschert wurden. Unser Beisammensein hier hat die Vertreter unseres geistigen und des politischen Lebens zusammengeführt zum freien persönlichen Austausch der Gedanken, zum Sich-Kennen- und Sich-Verstehenlernen, und das Zusammengehen der geistigen und der staatlichen Faktoren unseres Volkes zu fördern. Daß gute und rege Beziehungen zwischen dem politischen und dem geistigen Leben jeder Nation die Wohlfahrt des Staats nur heben können, ist stets anerkannt worden; in ganz besonderem Maße ist aber gerade in unserem Vaterlande in den schweren Zeiten dieses Drucks von außen und dieser Not von innen eine enge und wechselseitige Fühlung des geistigen und des politischen Lebens der Nation unentbehrlich. Der Staat darf trotz aller seiner Nöte und der Bedrängnisse nicht vergessen, welche starken Wurzeln aller staatlichen Kraft in der Wissenschaft und der Kunst des Volkes ruhen, und muß alles in seinen Kräften liegende tun, um Wissenschaft und Kunst nicht verkümmern zu lassen und ihrer Not zu steuern; ebenso müssen aber auf der anderen Seite alle die mannigfachen Zweige des geistigen und künstlerischen Lebens in bewußter Beziehung zum Staate bleiben, der das Volkstum verkörpert, aus dessen reicher Tiefe auch das geistige Leben seine Kräfte schöpft. Unterschiede der Weltanschauung und der politischen Richtung dürfen niemals dazu führen, daß politisches und geistiges Leben eines Volkes sich voneinander loslösen und jedes für sich fern vom andern ein Sonderdasein führt, beide gehören zusammen zu einer Gemeinschaft der Arbeit und des Strebens, um aus der seelischen und leiblichen Not dieser schweren Zeit die Kraft zum Durchkommen und die Hoffnung auf ein besseres Schicksal zu gewinnen. Nur die gemeinsame und sich verstehende Arbeit aller schaffenden Kräfte unseres Volkes, der

arbeitenden und der geistig führenden, der Wirtschaft und der Wissenschaft, kann uns eine Wiedererstarkung und einen Wiederaufbau Deutschlands verbürgen.

DIE NÖTE DER RHEINLANDE

Begrüßung des Kölner Männergesangvereins. Berlin, 25. 4. 1922

Einen recht herzlichen Willkommensgruß rufe ich Ihnen, meine Herren vom Kölner Männergesangverein, zu. Sie sind vom Rhein in die Reichshauptstadt gekommen, um heute Bande zu knüpfen und das Interesse für die Nöte unserer Rheinlande zu stärken. Groß sind Ihre Sorgen und Kümmernisse, die Sie neben der allgemeinen Not unseres Volkes tragen müssen. Seien Sie versichert, daß auf uns allen schwer das Bewußtsein lastet, daß unsere regsamen und arbeitsfreudigen Volksgenossen im Westen gehindert werden, ihre Kräfte frei zu entfalten, und ungehemmt mitzuarbeiten an der Wiederaufrichtung unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens. Die fremde militärische Besetzung im Frieden und die Art ihrer Durchführung ist für ein Volk von der kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung des deutschen ein hartes Schicksal, ein Schicksal, das in der Geschichte wohl ohne Beispiel ist. Ich erinnere nur an die zermürbende Wirkung der Rechtsunsicherheit, an die riesigen Kosten für die übergroße Zahl der Besatzungsstreitkräfte, an die Ansprüche auf Unterbringung, die die Wohnungsnot außerordentlich steigern. Dazu kommt, daß wir trotz äußerster Anstrengungen für die Erfüllung der Friedensbedingungen fortgesetzt mit weiteren Gewaltmaßregeln bedroht werden. Wie soll dabei die Atmosphäre des Friedens aufkommen? Und doch braucht die Welt, braucht jedes Volk den Frieden so notwendig wie das tägliche Brot. Ohne gegenseitiges Vertrauen, ohne

friedliche Zusammenarbeit aller Völker ist das Schicksal Europas besiegelt. Diese Gefahr für die Anbahnung eines wahrhaften Friedens muß immer wieder der Welt vor Augen geführt werden.

Die rheinische Bevölkerung ist in erster Linie von diesen Leiden betroffen; ich bitte Sie aber, überzeugt zu sein, daß wir in brüderlichem Mitgefühl Ihre Last mittragen und im Gefühl unserer nationalen Zusammengehörigkeit mit ihr unter dem Druck fremder Gewalten leiden. Das Rheinland hat im Laufe dieser schweren Jahre immer erneute Beweise seiner Treue zum Vaterlande gegeben. Die von außen in das Land hineingetragenen und von einigen phantastischen Eigenbrötlern und Abenteurern bedenklichster Art im Land geförderten Wahngedanken einer Trennung vom Reiche hat das rheinische Volk mit Entrüstung von sich gewiesen. Es hat deshalb den Mahnruf „Seid treu" nicht nötig. Für dieses unerschütterliche Aushalten danke ich Ihnen und allen Rheinländern von ganzem Herzen und gebe Ihnen die Versicherung, daß ebenso das übrige Deutschland stets Treue um Treue vergelten wird.

Sie bringen uns nun Grüße Ihrer liederfrohen Heimat; deutsche Kunst hat von jeher in jeder Form und Betätigung am Rhein besondere Pflege gefunden. Sie wollen uns zeigen, daß das deutsche Lied wie in besseren Tagen so besonders in dieser Zeit der Not noch Herz und Sinne erheben kann. Der Kölner Männergesangverein blickt in diesen Tagen auf eine achtzigjährige überaus erfolgreiche Vergangenheit zurück. Weit über seine Heimatstadt hinaus ist sein Ruf als einer der allerersten und besten Männerchöre bekannt und gefestigt. So bieten Ihre hiesigen Sangesbrüder, mit denen Sie manch edlen Wettstreit ausgefochten haben, und die Reichs- und Staatsbehörden Ihnen

heute freudig herzlichsten Empfang. Ich wünsche und hoffe aufrichtig, daß Sie aus diesen Tagen in Ihre schöne engere Heimat die Gewißheit mitnehmen: So weit deutsches Wort und deutsches Lied klingt, so stehen wir auch in bösen wie in guten Tagen als Glieder eines Volkes, eines Reiches treu zusammen, geeint in dem Wunsche nach der Erhaltung und dem Wiederaufbau unseres geliebten Vaterlandes.

CARL LEGIEN, DER ARBEITERFÜHRER

Zum Stapellauf des gleichnamigen Dampfers.

Wilhelmshaven, 20. 5. 1922

Den Entschluß, das eben vom Stapel gelaufene Schiff „Carl Legien" zu taufen, habe ich lebhaft begrüßt. Legien war einer der bedeutendsten deutschen Arbeiterführer. Dabei hat er nie den Zusammenhang der Arbeiterbewegung mit dem Leben der gesamten Nation aus dem Auge verloren. An tatkräftiger Pflichttreue gegen sein Vaterland hat er sich von niemandem übertreffen lassen. Den Gedanken, daß die Gewerkschaften sich nicht in der Lohnfrage erschöpfen dürfen, hat er schon in ihrer Entstehungszeit lebhaft vertreten. Mit der ihm eigenen Energie und Zähigkeit war er in der Arbeiterschaft stets bemüht, um die Erkenntnis zu vertiefen, daß die Gewerkschaften neben ihren sozialen Aufgaben kulturelle wirtschafts- und staatspolitische Pflichten im Dienste der Volksgemeinschaft zu erfüllen haben. Allerdings galt ihm die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter und ihrer Organisationen dabei als erstes Prinzip. In der Vertretung der Arbeiterinteressen auf dem Verhandlungsweg zwischen Arbeiter- und Arbeitgeber-Organisationen sah er den ersten Schritt zu diesem Ziel. Deshalb war er schon in der Jugendzeit der Gewerkschaften eifrigster Ver-

fechter der Tarifgemeinschaften. Von der Tarifgemeinschaft führte der gerade Weg zur Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber- und Arbeiter-Organisationen. Für die Schaffung dieser Arbeitsgemeinschaft hat er mit seinen Freunden in Deutschlands schwerster Zeit und gemeinsam mit Führern der Arbeitgeber-Organisationen seine ganze Kraft eingesetzt. In jener schicksalsschwersten Zeit war die Erhaltung unseres Wirtschaftslebens die wichtigste Aufgabe. Legien sah in den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter die Träger unserer Volkswirtschaft. Die Zusammenfassung dieser gewaltigen Organisationen zu gemeinsamer Arbeit war ihm zur Rettung unseres Wirtschaftslebens unerläßlich. Es war nicht leicht in der damaligen Zeit, in der Gegensätze und Leidenschaften sich bis zur Siedehitze steigerten, diesen Gedanken mit Erfolg zu vertreten. Wenn gleichwohl die damalige Reichsregierung, der Rat der Volksbeauftragten, bereits am 15. November 1918 die erste Kundgebung dieser Arbeitsgemeinschaft in amtlicher Form und in ihrem Namen feierlich publizieren, sich rückhaltlos auf ihren Boden stellen und die Leitungen der Reichs-, Landes- und Gemeindebetriebe auffordern konnte, das gleiche zu tun, so gebührt Carl Legien daran das Hauptverdienst.

Der Wiederaufbau unseres Vaterlandes ist in der Hauptsache wirtschaftlicher Natur. Schon deshalb mußte den schaffenden Kräften unseres Wirtschaftslebens größerer Einfluß auf unser staatliches Leben eingeräumt werden. Mit Recht ist in der Reichsverfassung zum Ausdruck gebracht worden, daß Arbeiter und Unternehmer gleichberechtigt und in Gemeinschaft berufen sind, an unserer gesamten wirtschaftlichen Entwicklung mitzuwirken, ein Grundgedanke, der in der Schaffung des Reichswirtschaftsrates seine Aus-

wirkung gefunden hat. Meines Erachtens unterliegt es keinem Zweifel, daß sich die Arbeitsgemeinschaft der Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter in unserem wirtschaftlichen und staatlichen Leben bewährt hat. Diese Arbeitsgemeinschaft zu pflegen und zu festigen, muß unsere gemeinsame Aufgabe sein.

So grüße ich namens des Reiches „Carl Legien", das jüngste Schiff unserer wiedererstehenden Handelsflotte. Möge es seinen Namen tragen als Symbol der Zusammenfassung aller schaffenden Kräfte unseres Wirtschaftslebens zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes, als Symbol unerschütterlicher Pflichttreue und Schaffensfreude im Dienste der Volksgemeinschaft.

DIE KUNST DEM VOLKE!

Rede auf dem Festabend der „Großen Volksoper". 27. 5. 1922

Wir sind hier zusammengekommen, weil ein besonderer Notstand unsere Aufmerksamkeit und Vorsorge verlangt. Jeder von uns weiß, daß in unserem Volke ein Bildungshunger erwacht ist, der Besitz ergreifen will von den großen geistigen und kulturellen Gütern, die unsere Dichter und Künstler seit Jahrhunderten aufgespeichert haben; ein Bildungshunger, der auch unsere Schätze an dramatischer und musikalischer Kunst sich zu eigen machen will. Die Eintrittspreise unserer Bühnen sind unerschwinglich geworden; gerade den werktätigen Schichten der Bevölkerung ist es verwehrt, sich den Genuß einer guten Oper oder eines guten Schauspiels zu verschaffen. Das ganze Volk aber an den Gütern und Gaben unserer Kultur teilnehmen zu lassen, ist eine der vornehmsten Aufgaben des demokratischen Staates. Ich darf daran erinnern, daß es die neue Verfassung des Deutschen Reiches ist, die ausdrücklich für die Pflege und den

Schutz der Kunst Gewähr bieten will. Die Deutsche Volksoper hat sich die Aufgabe gestellt, dem Volke gute Opern und andere musikalische Darbietungen zu vermitteln. Diese Bestrebungen begrüße ich freudigst. Mit der heutigen Veranstaltung tritt die Volksoper werbend an die Öffentlichkeit. Ich wünsche dieser gemeinnützigen Gesellschaft den großen und schönen Erfolg, den sie verdient. Helfen Sie mit bei diesem guten Werke. Vieles ist uns genommen, unsere Kunst in Ehren zu halten und zu fördern, bleibt uns frei.

UNSER BRUDERVOLK

Berlin, 22. 5. 1922

Ansprache bei dem Empfang des Wiener Männergesangvereins.

Heute kämpfen das schöne lebensfrohe Wien und Österreich einen schweren Kampf. Groß ist die Not Ihrer Heimat. Auch wir ringen schwer um unser Dasein. Durch den Krieg und seine Folgen verarmt, gefesselt und mit Lasten überbürdet, sind unsere Schwesternrepubliken gehindert, ihre staatlichen Beziehungen so zu gestalten, wie es der Wille unserer Völker unzweifelhaft verlangt. Geblieben ist uns aber die Gewißheit untrennbarer Zusammengehörigkeit. Den Glauben an unsere gemeinsame Zukunft lassen wir uns nicht nehmen! Das gemeinsame Geschick muß unsere beiden Völker immer enger zusammenführen. Brüderlich wollen wir wie bisher einander helfen mit allen Kräften und unser gemeinsames köstliches Gut, unser Deutschtum, hochhalten.

BAYERN UND DAS REICH

Zwei Reden in München. 12. 6. 1922

I.

Ich darf dem bayerischen Gesamtministerium zunächst meinen herzlichen Dank aussprechen für die freundliche Einladung zum Besuche der Deutschen

Gewerbeschau, die mir Gelegenheit geben wird, diese mit so großer Anerkennung aufgenommene und von ihren Besuchern gerühmte Schau qualifizierter deutscher Arbeit in der kunstberühmten Hauptstadt Bayerns zu besuchen. Daß ich bei meiner Anwesenheit hier des weiteren auch die Möglichkeit habe, mit Ihnen, meine Herren vom bayerischen Gesamtministerium, wie mit den anderen politischen Führern des Landes alte Bekanntschaft wieder zu erneuern und neue persönliche Beziehungen zu finden, ist mir eine besondere Freude. Ihnen, Herr Ministerpräsident, darf ich ferner herzlichst danken für die freundlichen Worte der Begrüßung, die Sie namens der bayerischen Staatsregierung an mich zu richten die Liebenswürdigkeit hatten. Sie, Herr Ministerpräsident, wissen, und ich kann es bei dieser Gelegenheit erneut versichern, daß ich stets besonderen Wert darauf gelegt habe, persönlich gute Beziehungen zwischen der Leitung des Reichs und der Länder, insbesondere der größeren Länder, zu pflegen; dies gilt in ganz besonderem Maße für das Verhältnis des Reiches zu Bayern, das als zweitgrößter Bundesstaat, räumlich von der Reichshauptstadt entfernt, in mancher Beziehung andere Verhältnisse aufweist wie die übrigen deutschen Länder. Die gegenseitige persönliche Berührung der maßgebenden Persönlichkeiten, wechselseitiges Verständnis und Kenntnis der Verhältnisse sind die Gewähr dafür, daß auf der einen Seite die aus der engen wirtschaftlichen und kulturellen Zusammengehörigkeit sich ergebenden Notwendigkeiten nicht verkannt werden und auf der anderen Seite geschichtlich gegebene Besonderheiten des Landes nicht bestritten und die Möglichkeit der Pflege der Stammeseigenart nicht verkümmert werden.

Ich für meine Person habe von Beginn meiner Amts-

führung an einen besonderen Wert gelegt auf ein enges Zusammenarbeiten der Reichsleitung mit der bayerischen Regierung, und ich werde, solange ich mein Amt führe, auch künftig in diesem Sinne wirken; diese Zusammenarbeit muß begründet sein auf der Grundlage gegenseitigen Verständnisses und Vertrauens, und ich möchte auch auf dieses Verhältnis das Wort Goethes anwenden, das Sie, Herr Ministerpräsident, unlängst bei Ihrer Etatrede auf die innerpolitischen Verhältnisse Bayerns angewendet haben, nämlich, daß „die angenehmsten Gesellschaften diejenigen sind, in welchen eine heitere Ehrerbietung der Glieder gegeneinander obwaltet". Diese Achtung voreinander, die dem anderen Teile auch da Gerechtigkeit widerfahren läßt, wo sich die beiderseitigen Interessen und Wünsche entgegenstehen, und diese Ehrerbietung vor den Rechten des anderen Teils, wie sie Geschichte und Verfassung geben, soll, soviel an mir liegt, stets auch die Beziehungen Bayerns zum Reiche beherrschen.

II.

Ich bin der Einladung der bayerischen Staatsregierung, aus Anlaß der Deutschen Gewerbeschau Ihre schöne Hauptstadt zu besuchen, gern gefolgt, nicht allein, um aus dieser Ausstellung eigene Eindrücke über die Leistungsfähigkeit deutschen Gewerbes mitzunehmen, sondern auch, um bei diesem Anlaß erneut in persönliche Fühlung zu treten mit den gewählten Vertretern des bayerischen Volkes und mit der bayerischen Regierung. Diese persönliche Berührung wird uns hier Gelegenheit geben, alle die schwierigen und sorgenvollen Fragen, die die Reichsleitung wie die Regierungen der Länder bewegen, auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens zu besprechen und die zahlreichen persönlichen Fäden, die uns wechselseitig ver-

binden, zu festigen. Über das Verhältnis des Reiches zu Bayern ist in den letzten Jahren gar viel gesprochen und geschrieben worden, ich meine, fast zu viel; über Einzelheiten und Tagesverstimmungen wurde oft die fundamentale Tatsache übersehen, über die wir alle einig sind: daß das Land Bayern einerseits als „Mitglied des Deutschen Reiches" — wie seine Verfassung sagt — fest zu dieser Zusammengehörigkeit hält und kein ernsthafter Mensch in Bayern diese nationale Gemeinschaft zu verleugnen denkt und daß andererseits die im Reiche maßgebenden politischen Kräfte durchaus nicht gesonnen sind, dem Lande Bayern und seinem so bodenständigen Volke die Selbständigkeit und die Bestätigung seiner Eigenart zu versagen, auf die es nach der Entwicklung deutscher Geschichte und auch nach der Weimarer Verfassung Anspruch hat. Wenn auch die Verfassung des Deutschen Reiches von 1919 teils in Fortführung schon früher begonnener Entwicklung, teils unter dem schweren Druck äußerer Verhältnisse in größerem Umfange Aufgaben und Zuständigkeiten der Länder in die eigene Hand des Reiches übernommen hat, so ist doch der bundesstaatliche Charakter und damit die staatliche Selbständigkeit der Länder erhalten geblieben, und auf diesem Rechtsboden müssen und werden sich auch alle Beziehungen des Reiches zu Bayern in verständnisvollem gegenseitigen Einvernehmen regeln lassen. Ich für meine Person und auch die Reichsregierung in ihrer Gesamtheit würdigen die Bedeutung, die Bayern als das zweitgrößte Land des Deutschen Reiches, als ein Staat starker wirtschaftlicher Kräfte, als Stätte alter Kultur und Geschichte für das Reich hat; diese Bedeutung liegt aber gerade in der engen Verbindung und Vereinigung, die in gegenseitiger Ergänzung das Wirtschaftsleben Bayerns wie auch seine kulturellen

Kräfte mit den anderen Zentren wirtschaftlicher und geistiger Kräfte im Norden und im Westen zusammenfaßt und gerade in der Not unserer Zeit zusammenhält. Ebensowenig wie man die Tatsache und die Notwendigkeit dieser durch die neuzeitliche Entwicklung gegebenen engen Zusammengehörigkeit der gesamten deutschen Wirtschaft und die durch die Geschichte gewordene Gemeinschaft der Kultur unserer Nation übersehen kann, ebensowenig kann und soll man auch andererseits daran denken, dem bayerischen Volke die Möglichkeit einzuengen, sein aus den tiefsten Quellen des Volkstums fließendes, durch Jahrhunderte gewahrtes Stammes-Eigenleben fortzuführen. Und auf dieser Liebe zum Stammes-Eigenleben, auf diesem Heimatbewußtsein beruht schließlich ja auch das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit den anderen deutschen Stämmen zur Einheit der Nation, zum geschlossenen Deutschen Reich. Mehr als je soll uns gerade in unseren Zeiten des Zwanges und der Not, die alle Deutschen zu einer Gemeinschaft schweren Schicksals gemacht hat, dieses Bewußtsein nationaler Einheit beleben, dieser Gedanke der unlösbaren Gemeinschaft, die uns allein die Macht und die Stärke gibt, die uns zu helleren Tagen führen kann.

WALTHER RATHENAU

Rede vor seinem Sarg im Reichstag. 26. 6. 1922

In tiefer Erschütterung stehen neben den Familienangehörigen des Toten wir, die Vertreter des deutschen Volkes, an diesem Sarge, der die irdischen Überreste des Reichsministers Dr. Rathenau birgt. Mit den Verwandten trauert in herbem Schmerze die deutsche Nation um diesen Mann, der im Dienste des deutschen Volkes stand, für des Reiches Wohl arbeitete und für

Deutschlands Zukunft Wertvolles zu leisten berufen war wie wenig andere. Walther Rathenau war ein Mensch seltener Eigenart; ausgestattet mit großen und mannigfachen Gaben des Geistes, gerüstet mit Erfahrungen des wirtschaftlichen und geistigen Lebens unseres Landes wie des Auslandes, glänzend in Lauterkeit des Charakters und in Güte des Herzens, ragte er weit hinaus über das Durchschnittsmaß der Menschen. Mit dieser Fülle großer Eigenschaften war er — als mein Ruf an ihn erging — ohne Zögern, opferfreudig das ruhige Leben, seine Neigungen, seine bevorzugte Stellung im Wirtschaftsleben dahingebend, in den Dienst des Reiches und des deutschen Volkes getreten. Walther Rathenau war dazu geschaffen, ein wirklicher Staatsmann, ein Führer der Nation aus dem Wirrnis der Zeit in eine lichtere Zukunft zu sein. Gehoben durch das Ansehen, das er als Führer deutscher Industrie nicht nur im deutschen Wirtschaftsleben, sondern in der ganzen Welt schon früher genoß, gestützt auf den Eindruck und die Macht seiner Persönlichkeit, galt sein Wort in der Welt und in den Kreisen, die sie zur Zeit beherrschen; e r war es in erster Linie, dem die Aufgabe gestellt werden konnte, unser Volk wieder enger in die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Völker einzufügen zu unserem eigenen Heile wie zur Gesundung der Welt.

Die Kugeln feiger Mordgesellen haben ihn aus diesem Wege herausgeschleudert. Aber die verruchte Tat traf nicht den Menschen Rathenau allein, sie trifft Deutschland in seiner Gesamtheit. Gerichtet war die Bluttat gegen die Deutsche Republik und gegen den Gedanken der Demokratie, deren überzeugter Vorkämpfer und Verfechter Dr. Walther Rathenau war, aber sie ist in ihrem Erfolg über dieses Ziel des blutigen Parteikampfes in das Riesenmaß des Frevels

gewachsen, sie ist ein Anschlag auf die Nation, der sie einen der besten Patrioten, der fähigsten Köpfe und Vorkämpfer deutschen Aufbaues raubte, sie ist ein Verbrechen an unserem arbeitsamen, duldenden und hoffenden Volke, das sie in Abwehr der Frevel aufs neue in den zersetzenden Kampf der Leidenschaften zu reißen droht.

Wir haben uns hier in dieser Stunde zusammengefunden, die Leitung des Reiches wie die Vertreter der Länder, die Abgeordneten des Reichstags und andere Männer des öffentlichen Lebens, mit einem Worte, die Vertreter des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit, um unser Entsetzen und unseren Abscheu kundzutun über diese Tat, begangen von Menschen, die außerhalb der Gemeinschaft des deutschen Volkes stehend, diesen Mann gefällt und Deutschland diesen unheilvollen Schlag zugefügt haben. Gleichzeitig aber wollen wir dem Toten von ganzem Herzen danken namens der Deutschen Republik, des deutschen Volkes, für all das, was er in aufopfernder und reiner Liebe zum Vaterland für Deutschland getan hat. Möge aus dem Wirken und Arbeiten Dr. Walther Rathenaus, möge aus seinem Geiste Frucht aufgehen für uns alle, für die Zukunft unseres Vaterlandes. Mit heißem Dank und mit der Versicherung unvergänglichen Gedenkens bringe ich dem toten Freunde und Mitarbeiter den letzten Gruß des deutschen Volkes dar.

TELEGRAMM AN OBERSCHLESIEN Freudenstadt, 10. 7. 1922

Am Tage der Befreiung der uns verbliebenen Teile Oberschlesiens sende ich dem schwergeprüften Lande meine Grüße und Wünsche. Unauslöschlicher Dank gebührt der treudeutschen Bevölkerung, die allen Verlockungen und Bedrohungen zum Trotz ihr mannhaftes Bekenntnis zum Vaterlande abgelegt hat.

Mit tiefer Trauer gedenke ich der entrissenen Landesteile und ihrer Bewohner. Wir werden ihnen die Treue halten und mit ihnen gemeinsam den Schmerz über das erduldete Unrecht tragen. Die wirtschaftlichen Wunden, die Fremdherrschaft und Zerreißung dem Lande geschlagen haben, muß deutscher Fleiß und deutsche Hilfsbereitschaft zu heilen versuchen.

ZUR TEILUNG OBERSCHLESIENS 18. 7. 1922

Begrüßung der Gemischten Kommission in Oberschlesien.

Sie, Herr Präsident, und die anderen Mitglieder der Gemischten Kommission haben ein großes, verantwortungsvolles Amt übernommen. Nach dem Genfer Abkommen hat die Gemischte Kommission über viele wichtige, ich darf wohl sagen, für Oberschlesien vitale Fragen zu entscheiden. Ihre Stimme, Herr Präsident, wird bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedern der Kommission den Ausschlag geben. Damit ist Ihnen eine besondere Fülle von Macht in die Hände gelegt worden.

Sie, Herr Präsident, sind uns seit langem kein Fremder mehr. Als Bundesrat und Bundespräsident der befreundeten Schweizerischen Nachbarrepublik haben wir Sie kennengelernt, und als Vorsitzender der deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien sind Sie uns persönlich nähergetreten.

Dabei haben Sie uns gezeigt, welch hohe Auffassung Sie von Ihren Pflichten haben. Sie wußten, daß es unrecht sei, über das Wohl und Wehe eines Landes vom grünen Tisch aus zu entscheiden. Sie haben die Notwendigkeit empfunden, Oberschlesien aus eigener Anschauung kennenzulernen und mit Oberschlesiern aller Stände, aller Berufe und deutscher und polnischer Zunge zu reden, und haben deshalb die

Mühe nicht gescheut, mit Ihren Mitarbeitern nach Oberschlesien zu reisen. Umsomehr waren wir überzeugt, daß Ihr Stichentscheid gerecht und unparteiisch sein würde. Ihr Stichentscheid ist nicht notwendig geworden; aber Ihre Leitung der Verhandlungen, Ihre gerechte, stets versöhnende und besänftigende Haltung hat das Zustandekommen der Verständigung wesentlich erleichtert.

Wir begrüßen Sie deshalb voller Vertrauen als Präsidenten der Gemischten Kommission, voller Vertrauen darauf, daß Sie Ihr neues, hohes Amt selbstlos und unparteiisch als freier Richter, der nur seinem Gewissen Rechenschaft schuldig ist, verwalten werden.

In langer Arbeit haben wir aus Oberschlesien ein reiches, blühendes Kulturland gemacht. Zahllose Fäden verbinden Bergbau, Industrie und Landwirtschaft miteinander und haben Oberschlesien zu einem wirtschaftlichen Ganzen gemacht. Das harte Schicksal, das unser Volk traf, hat eine Änderung dieses Zustandes bestimmt. Durch Entscheidung der Alliierten Mächte ist die Grenze mitten durch die oberschlesischen Lande gezogen.

Wir sind fest entschlossen, alles zu tun, um Oberschlesien, soweit es noch zu Deutschland gehört, weiter zu entwickeln und ihm nach langer, schwerer Zeit Frieden, Ruhe und Ordnung wiederzugeben. Wir hoffen, daß auch Polen das reiche oberschlesische Land, das wir ihm blutenden Herzens abtreten mußten, weiterentwickeln und ihm Frieden, Ruhe und Ordnung wiedergeben wird.

Rede. Magdeburg, 28. 7. 1922

Ich habe es aufrichtig bedauert, daß ich vor einigen Wochen die Reise nach Magdeburg aufgeben mußte. Um so mehr freue ich mich, daß es mir heute vergönnt ist, die Mitteldeutsche Ausstellung zu besichtigen und der Provinz Sachsen und seiner Hauptstadt Magdeburg einen Besuch abzustatten. Die letzten Jahre haben uns eine ganze Reihe von Ausstellungen und Messen gebracht, so daß ich, offen gesagt, zuweilen das Gefühl hatte, es geschehe hier des Guten zuviel. Soweit jedoch solche Veranstaltungen auf eigenem Boden gewachsen sind oder nach der einen und der anderen Richtung hin einem besonderen Zwecke dienen, sind sie berechtigt. Magdeburg hat mit vollem Erfolge sich bestrebt, diesem Unternehmen eine besondere Note zu geben, und ich finde, eine gerade für unsere Zeit besonders glückliche. Die Mitteldeutsche Ausstellung will eine Ausstellung des Wiederaufbaues sein, und sie hat ihr Augenmerk vor allem den sehr wichtigen Gebieten der sozialen Fürsorge, der Siedlung und der Arbeit zugewendet. Daß die Sozialpolitik im neuen Deutschland eine besondere Sorgfalt erheischt, bedarf keiner weiteren Ausführung. Schwere Wunden hat der Krieg dem Lande geschlagen, die ungünstigen Wirtschafts- und Ernährungsverhältnisse haben uns eine ganze Reihe bedeutsamer sozialer Aufgaben gestellt, die zu erfüllen nicht allein dem Reiche, den Ländern und den Gemeinden überlassen sein kann, sondern für die auch weiteste Kreise unseres Volkes herangezogen werden müssen. Alle Kräfte unseres Wirtschaftslebens müssen hier zusammenwirken. Daß die Ausstellung das Verständnis hierfür fördern will, begrüße ich mit lebhafter Freude. Neben der Sozialpolitik fallen dem Verkehrswesen beim Wiederauf-

bau gleichfalls wichtige Aufgaben zu. Mehr als je sind wir gezwungen, unserem Wirtschaftsleben fehlende Energiemengen aus anderen als den bisher gewohnten Quellen zuzuführen. Von dieser Wiederaufbautätigkeit soll diese Ausstellung uns ein Bild auf den verschiedensten Gebieten geben; ja, sie ist über ihren ursprünglichen Rahmen hinausgewachsen, sie zeigt uns, was deutsche Arbeit in den letzten Jahren zu leisten vermochte.

Für das deutsche Wirtschaftsleben ist die Provinz Sachsen von großer Bedeutung; das Pflichtbewußtsein und die Schaffensfreude seiner Bevölkerung in Stadt und Land werden im ganzen Reiche geschätzt. Es ist mir eine große Freude, bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck bringen zu können, daß in den hinter uns liegenden schweren Jahren die Bevölkerung der Provinz Sachsen besonders tatkräftig am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitgeschafft hat und in ihrer großen Mehrheit immer treu zum Staat und zur Verfassung stand. Dieser Tatkraft und Staatstreue haben Provinz und Stadt mit der Ausstellung den schönsten Ausdruck verliehen. Nur zäher Ausdauer und verständnisvollem Zusammenwirken aller war es möglich, dieses Werk zustandezubringen.

DEUTSCHLAND UND SOWJETRUSSLAND

Begrüßung des russischen Botschafters Krestinski. 2. 8. 1922

Ich habe die Ehre, aus Ihrer Hand das Schreiben entgegenzunehmen, mit dem das Allrussische Zentral-Exekutiv-Komitee Sie als bevollmächtigten Vertreter und Botschafter der Russischen Regierung beim Deutschen Reich beglaubigt.

Hierdurch werden die diplomatischen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern in vollem Umfange wieder aufgenommen.

Auch die Deutsche Regierung ist von dem aufrichtigen Bestreben erfüllt, den wirtschaftlichen Wiederaufbau unserer Länder nach Kräften zu fördern. Die in dem Rapallo-Vertrag getroffenen Vereinbarungen, die nur friedlichen Zwecken dienen, entspringen der Erkenntnis notwendiger Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden großen Völkern.

Mit Ihnen bin ich in dem Wunsche einig, daß bald entsprechende Vereinbarungen für gemeinsame wirtschaftliche Arbeit auch mit den Staaten, die der Russischen Sowjetregierung verbündet sind, auf gleichen Grundlagen getroffen werden.

Ich habe mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß Sie sich die Förderung der wechselseitigen wirtschaftlichen Beziehungen besonders angelegen sein lassen wollen. Ich bitte Sie, Herr Botschafter, in Ihren diesbezüglichen Bestrebungen der tatkräftigen Unterstützung der Deutschen Regierung versichert zu sein. Ich kann dabei auch die Erwartung aussprechen, daß Sie und Ihre Regierung unseren darauf gerichteten Wünschen und Bemühungen unter Berücksichtigung der bei uns herrschenden Wirtschaftsverhältnisse Entgegenkommen und Verständnis zeigen werden.

Indem ich Ihre freundschaftlichen Wünsche mit bestem Dank erwidere, heiße ich Sie im Namen der Deutschen Republik als Botschafter der Russischen Sowjetrepublik willkommen.

EINIGKEIT UND RECHT UND FREIHEIT

Rede zum Verfassungstag. 11. 8. 1922

Vor drei Jahren, am 11. August, hat sich das deutsche Volk seine Verfassung gegeben, das Fundament seiner Zukunft. Diesen Tag wollen wir, trotz aller Not der Gegenwart, mit Freude und Hoffnung be-

gehen. An ihm wollen wir unsere Liebe zum Vaterlande bekunden. Deutschland soll nicht zugrunde gehen! Das ist unser Schwur, solange wir atmen und arbeiten können.

Wir wollen keinen Bürgerkrieg, keine Trennung der Stämme. Wir wollen Recht. Die Verfassung hat uns nach schweren Kämpfen Recht gegeben. Wir wollen Frieden. Recht soll vor Gewalt gehen. Wir wollen Freiheit. Recht soll uns Freiheit bringen. Wir wollen Einigkeit. Recht soll uns einig zusammenhalten. So soll die Verfassung uns Einigkeit, Recht und Freiheit gewährleisten.

Einigkeit und Recht und Freiheit! Dieser Dreiklang aus dem Liede des Dichters gab in Zeiten innerer Zersplitterung und Unterdrückung der Sehnsucht aller Deutschen Ausdruck; er soll auch jetzt unseren harten Weg zu einer besseren Zukunft begleiten. Sein Lied, gesungen gegen Zwietracht und Willkür, soll nicht Mißbrauch finden im Parteikampf, es soll nicht der Kampfgesang derer werden, gegen die es gerichtet war; es soll auch nicht dienen als Ausdruck nationalistischer Überhebung. Aber so, wie einst der Dichter, so lieben wir heute „Deutschland über alles". In Erfüllung seiner Sehnsucht soll unter den schwarz-rotgoldenen Fahnen der Sang von Einigkeit und Recht und Freiheit der festliche Ausdruck unserer vaterländischen Gefühle sein.

Auf viele Jahre noch werden für uns alle Festtage des Staates zugleich Tage gemeinsamer Sorgen sein. Unter den furchtbaren wirtschaftlichen Folgen der letzten Ereignisse leiden nicht nur unzählige Volksgenossen. Deutsches Wissen und deutsches Können, die Quellen unserer besten Kraft, sind schwer bedroht. Die Reichsregierung hat mir den Betrag von drei Millionen Mark für Zwecke der Wissenschaft,

Kunst und Handwerk aus den Mitteln zur Verfügung gestellt, die der Reichstag zum Schutze der Republik bewilligt hat. Zur Hebung der Volksgesundheit durch Spiele im Freien wird eine weitere Million bereitgestellt. Aus der Geringfügigkeit dieser Summen spricht die Not unseres Landes.

Schwere Stürme sind über die junge deutsche Republik in den letzten Wochen dahingegangen. Unsere Einigkeit, unser Recht, unsere Freiheit wurden bedroht. Sie werden noch weiter bedroht sein. Wir wollen nicht verzagen. In der Not des Tages wollen wir uns freudig der Ideale erinnern, für die wir leben und wirken. Der feste Glaube an Deutschlands Rettung und die Rettung der Welt soll uns nicht verlassen.

GERHART HAUPTMANN UND WIR Breslau, 12. 8. 1922

Rede bei den Festspielen zu Ehren des Dichters.

Schlesien hat nach seiner Geschichte in der Reihe weniger Provinzen einen der Grundpfeiler des preußischen Staates gebildet, heute ist es getreu seiner Tradition über seine Stellung in Preußen hinaus wertvollster Bestandteil des Deutschen Reiches geworden. Die bürgerliche Selbstverwaltung ist von Schlesiens Bevölkerung immer energisch verfochten worden und hat hier namentlich nach den neuen Entwicklungsmöglichkeiten starken Ausbau gefunden. Nicht zuletzt durch die hervorragenden Charaktereigenschaften, die wir dem Schlesier mit Recht nachrühmen können, und der Tüchtigkeit, die der Bevölkerung über die Grenzen der engeren Heimat hinaus Achtung und Anerkennung sichern. Zeuge dessen ist die Hauptstadt Breslau und ihr Ruf als eine unserer besten Verwaltungen. Hier zeigt sich, wie richtig es ist, das aus frü-

herer Entwicklung an uns überkommene Wertvolle weiter zu pflegen und dem Neuen einzufügen. Zeugen jener Entwicklung sind aber auch die beiden schlesischen Schwesterprovinzen, deren Provinzialverwaltungen sich insonderheit in den letzten schweren Jahren große Verdienste um Preußen und das Reich erworben haben. So begegnen wir auf den verschiedensten Gebieten der urwüchsigen Kraft Nieder- und Oberschlesiens, die in den großen industriellen, kommerziellen, aber auch in den landwirtschaftlichen Leistungen ihren lebendigsten Ausdruck findet. Hoffen wir, daß es dieser Kraft auch gelingen möge, die Schmerzen der tiefen Wunden zu lindern, die ein fremder Machtspruch durch die Abtrennung kostbaren Gebietes Oberschlesiens dem Vaterlande geschlagen hat.

Die ehrenden Worte, die Sie, Herr Oberbürgermeister, fanden, um dem großen Sohn Schlesiens, dem deutschen Dichter Gerhart Hauptmann, zu huldigen, drangen zu unser aller Herzen. Wir, die Vertreter des Reiches und Preußens, schließen uns mit aus innerster Seele kommenden Glückwünschen freudig all dem an, was Sie dem Dichter an Worten des Dankes und der Hoffnung für die Zukunft aussprachen. Mit der Breslauer Festspielwoche wollen wir einen Teil des Dankes abstatten, den Deutschland Gerhart Hauptmann schuldet; diese Schuld vollends abzutragen, wird Sache des ganzen deutschen Volkes sein. Denn ihm, dem deutschen Volke, galt von Anfang an Gerhart Hauptmanns dichterisches Streben und Schaffen; im deutschen Volkstum und im vielgestaltigen Leben unseres Volkes wurzelt Hauptmann kräftiger und tiefer als irgendein anderer deutscher Dichter. Keiner hat so wie er in tiefem Mitleiden und in wahrer Erlösungssehnsucht die sozialen Nöte der Massen und tragisches Schicksal Einzelner aus ihnen erfaßt und ihnen Gestalt und

Sprache gegeben, die zum deutschen Herzen dringt. So ist sein dichterisches Schaffen immer Dienst am ganzen deutschen Volke gewesen. Dankbar erkennen wir es an, daß Gerhart Hauptmann auch der Republik freudig die Hilfe seines gewichtigen Wortes lieh, wenn es galt, neben den amtlichen Vertretern des Reiches der Stimme des geistigen Deutschland Ausdruck zu geben, sei es, um in schwerer Stunde die eigenen Volksgenossen zur Pflicht aufzurufen, sei es, um für eine Verständigung der Völker einzutreten. Und auch dazu ist er berufen wie kaum ein anderer, ist ihm doch der Gedanke einer wahren Volksgemeinschaft im Innern und das Streben nach Versöhnung der Nationen nach außen stets höchstes Ziel gewesen. So ist es heute auch Sache nicht einer einzelnen gläubigen Kunstgemeinde, sondern Aufgabe des ganzen deutschen Volkes, seinen großen Dichter zu ehren.

Dieses Volk ist heute selbst Träger seines Geschickes; das staatliche Leben hat dieselbe Wandlung vollzogen, die der Dichter in seinen hauptsächlichsten Dramen durchgeführt hat; bei ihm, insbesondere in seinen „Webern", ist das Volk nicht der Chor der antiken Tragödie, der die Handlung nur verfolgt und begleitet, bei ihm ist das Volk in seinem Leiden und Sehnen selbst der Mittelpunkt, der Handelnde des Dramas. Wenn heute die Republik und ihre berufenen Führer nach Fühlung zu den geistigen Kräften des Volkslebens suchen, aus dessen keimenden Trieben die Zukunft ersprießen soll — zu welchen geistigen Betätigungen wohl mehr als zu denen eines Dichters, der in seinem Sinn gewissermaßen das Volk als Handelnden entdeckt und meisterhaft mit ebenso hoher historischer wie poetischer Wahrheit geschildert hat. Dann wird der neue Staat keine Maschine sein, die im ewigen Gleichlauf nur Regierungsgeschäfte besorgt, son-

dern ein lebendiger Organismus, dem die geistig-kulturellen Güter, dem Kunst und Wissenschaft unveräußerliche Bestandteile seiner lebendigen Kraft sind.

DIE WIRTSCHAFTLICHE VERBUNDENHEIT ALLER VÖLKER GEGEN DIE JAGD NACH GELD UND BESITZ!

Rede. Hamburg, 17. 8. 1922

In dem Gedanken der deutschen Einheit, in der unsere Volksgemeinschaft fest umfassenden Idee des Deutschen Reiches allein liegen die Wurzeln nicht nur unserer kulturellen Bedeutung, sondern auch unserer wirtschaftlichen Kraft und die Möglichkeit ihrer freien Entfaltung. Diese Einheit des Reiches heute und auch künftig soll keine starre und gleichmachende Zentralisierung bedeuten, sie soll beruhen auf untrennbarer Zusammengehörigkeit der deutschen Stämme in ihrer vielgestaltigen Eigenart, auf verständnisvoller Zusammenarbeit der Länder miteinander und mit dem Reich. Beseelt von diesem Geiste, hat uns die Treue zum Reichsgedanken den Weg aus dem Chaos gezeigt, das der Krieg kulturell und wirtschaftlich zurückließ, hat sie uns die Kraftquelle gelassen, die Deutschland wieder befähigen wird, seinen Anteil zu leisten an den Friedens- und Kulturaufgaben der Völker.

Hier in Hamburg, wo der Puls des Weltverkehrs fühlbarer ist als irgendwo in Deutschland, wird man verstehen, daß ich trotz all dem, was wir in den letzten Jahren erleben mußten, die Hoffnung hege, das Gesetz der wirtschaftlichen Verbundenheit aller Völker der Erde werde nicht zulassen, daß einem großen Volke sein Recht auf Dasein und Leben abgesprochen wird; die wirtschaftliche Verknüpfung aller Glieder der Welt kann und darf es nicht dulden, daß ein Staat, der von seinen Volksgenossen das Höchst-

maß der Leistungen fordert, auf ein Mindestmaß wirtschaftlicher, politischer und persönlicher Freiheit und Selbstbestimmung herabgedrückt wird.

Die Veranstaltung Ihrer Übersee-Woche beweist, daß Hamburg an seine großen Überlieferungen anknüpft, daß sich die Männer seines Senats und seiner Bürgerschaft, seine Kaufleute und seine Arbeiter zusammengefunden haben, um der Welt erneut kundzutun, daß wir bereit sind, mit solchen Empfindungen am schweren Werke der Gestaltung einer neuen Weltwirtschaft mitzuarbeiten.

Gern gedenke ich an dieser Stätte auch der Auslandsdeutschen, dieser kräftigen Pioniere und Mittler deutscher Arbeit, die durch Krieg und Kriegsfolgen besonders schwer getroffen worden sind. Und doch sind gerade sie unermüdlich aufs neue wieder am Werke, abgerissene Fäden wieder aufzunehmen und neue zu knüpfen. Daß diese unsere Volksgenossen wieder Herr werden mögen über alle Schwierigkeiten, die sie auf ihren Wegen finden, ist mein herzlicher Wunsch; möge aber auch jeder Deutsche, der jetzt im Auslande wirkt, die Verpflichtung gegen sein Volk fühlen, durch seine Handlungen Zeugnis davon abzulegen, daß man Deutschland verleumdet, wenn man ihm das Recht auf Vertrauen bestreitet. Mögen alle Deutschen im Auslande erkennen, daß es ihre vornehmste Pflicht ist, durch Wort und Handeln in diesem Sinne ihrer schwergeprüften Nation zu dienen.

Wir sind, wie Sie, Herr Bürgermeister, ausführten, ein Volk, das in harter Not um eine bessere Zukunft ringt, ein Volk, das nach den Entbehrungen des Krieges die beispiellose Teuerung der Gegenwart kaum noch ertragen kann. An unserem Teil ist es, durch feste Ordnung unseres staatlichen Lebens und durch rastlose Arbeit die wirtschaftlichen Grundlagen zu

schaffen, auf denen sich ein glücklicheres Deutschland aufbauen läßt. Ob der Bau selbst gelingen wird, hängt nicht allein von uns ab. Wohl aber können wir sagen, der Bau muß gelingen, wenn draußen in der Welt über Haß und Gewalt endlich Menschlichkeit und Vernunft siegen. Unsere eigenen Volksgenossen aber müssen erkennen, daß weder die Jagd nach Geld und Besitz, noch der harte Kampf um ungewisses tägliches Brot Erfüllung unseres Lebens heißt, sondern die Arbeit daran, daß alle Lebenden in Frieden und Gerechtigkeit das reiche Gut der mütterlichen Erde nutzen und verwalten.

Das trutzige alte Hamburg, das seine staatliche Unabhängigkeit im Kampfe der Jahrhunderte treu bewahrte, hat in der neuen Zeit nichts von seiner inneren Kraft, nichts von seinem Wagemut und nichts von seiner freien Würde verloren. Deutschland freut sich seines Geistes und erwidert herzlich die Liebe, die ihm Hamburg entgegenbringt. Es wäre eine Schuld, die die Geschichte unerbittlich aufrechnen würde, wenn nicht alles geschähe, was nötig ist, um Hamburgs Entwicklung so sicherzustellen, daß es seine großen Aufgaben in aller Zukunft erfüllen kann. Hamburg, das sich als Bollwerk hanseatischen Geistes durch die Jahrhunderte hindurch als freie Stadt erhalten hat, kann erwarten, daß es als deutsches Land nicht nur nach dem Umfange seines Territoriums oder der Zahl seiner Einwohner, sondern nach seiner Bedeutung für deutschen Handel, deutsche Schiffahrt und deutsche Arbeit gewertet werde als eines der wichtigsten Glieder des Reiches.

HEIL UNSERER ARBEITERJUGEND!

Rede. Altona, 19. 8. 1922

Junge Republikaner! Es ist mir eine große Freude, Gelegenheit zu finden, Ihnen die herzlichsten Grüße zu entbieten. Nicht weil ich früher auch in dieser Jugendbewegung tätig war, sondern weil wir Alten uns stets freuen, wenn wir die von hohen Idealen erfüllte Jugend sehen. Ihr Lied, das in die Worte ausklingt: „Wir sind jung, und das ist schön", soll unsere Devise sein. Aber das Leben ist heute leider schwer und stellt auch ernste Anforderungen an uns alle. Wir erwarten, daß Sie in dem schweren Ringen mit Hand anlegen und Ihre ganze Kraft einsetzen, unser Vaterland aus seinem tiefsten Elend herauszubringen. Wir brauchen Ihren Idealismus und Ihre Begeisterung, um unsere Gedanken der Freiheit und der Demokratie hineinzutragen in die weitesten Volkskreise. Das ist eine Aufgabe von hoher Bedeutung. Demokratie ist keine Form, keine Regel, sondern Kulturgeschichte des Volkes, die sich ausdrückt im Kampf um Freiheit und Existenz. Wir haben die Demokratie zum Siege geführt, wir haben eine demokratische Regierung, aber wir dürfen uns nicht täuschen, noch ist die Staatsform umstritten und gefährdet. Wenn überall die Bevölkerung so rückhaltlos sich zur Republik bekennen würde wie in Hamburg, dann wäre sie nicht mehr in Gefahr! Doch Sie sollen den demokratischen Gedanken nicht nur vorwärtstreiben, sondern wenn uns Alten die Fahne einst entsinkt, dann sollen Sie es sein, die die Errungenschaften der Demokratie wahren und sichern!

SCHIFFAHRT TUT NOT!

Ansprache. Altona, 19. 8. 1922

Ich habe gern mit dem Besuche Hamburgs den der Schwesterstadt Altona verbunden, und wenn ich, Herr Oberpräsident, Ihnen gegenüber meiner Freude Ausdruck gebe, heute hier auf schleswig-holsteinischem Boden zu weilen, so darf ich dem hinzufügen, daß ich der Einladung, in einigen Wochen auch die schwergeprüfte Nordmark zu besuchen, mit Dank folgen werde. Sie, Herr Oberbürgermeister, haben auf die große Not hingewiesen, in die unser Volk und Land durch den Friedensvertrag und seine Durchführung versetzt sind. Die deutschen Seestädte haben schwere Opfer bringen müssen. Mit dem Verluste unserer Handelsflotte hat ein großer Teil der seemännischen Bevölkerung Arbeit und Existenz verloren. Eine um so größere Freude ist es mir, feststellen zu können, daß deutsche Schaffenskraft und Ausdauer dieser Schwierigkeiten Herr zu werden suchen, und daß die kernige Bevölkerung hier an der Elbemündung auch des alten Wortes „Schiffahrt tut not" eingedenk geblieben ist. Aufrichtige Anerkennung zolle ich alledem, was in diesen Jahren unermüdlicher Arbeit geleistet ist. Die Verwaltung unserer Großstädte erfordert ein ungeheures Maß von Schaffensfreude, Besonnenheit und Umsicht. Zu den bereits früher vorhandenen Aufgaben sind neue hinzugekommen. Fragen der Finanzgebung, der Eingemeindung, der sozialen Fürsorge, der Wohnungs- und Arbeitsbeschaffung, harren der Antwort. Die enge räumliche Verbindung Altonas und Hamburgs hat ein besonders schwieriges Problem geschaffen. Ich begrüße es, daß zur Zeit die beiden interessierten Länder im Wege von Verhandlungen sich bestreben, eine Lösung zu finden, und ich gebe dem aufrichtigen Wunsche Ausdruck, daß diese

Verhandlungen von Erfolg gekrönt werden. Nur wechselseitig gebend und nehmend, können Reich, Länder und Städte sich gedeihlich entwickeln und in gemeinsamer Arbeit die Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes erreichen. Wie die deutschen Hafenstädte mit dem Falle des Reiches besonders schwer gelitten haben, so werden sie auch in demselben Maße zu neuer Blüte sich erheben, wie Deutschland sich kräftigt und wirtschaftlich erstarkt.

ERINNERUNG AN DIE BREMER ANFANGSJAHRE

Rede. Bremen, 3. 9. 1922

Sie, Herr Bürgermeister, haben der langen Jahre gedacht, die ich als Mitbürger und Mitglied der Bürgerschaft der Freien Hansestadt Bremen unter Ihnen gelebt habe, und ich kann Ihnen darauf nur erwidern, daß ich gerne an diese Jahre meiner Tätigkeit in Bremen zurückdenke, wo ich meine zweite Heimat gefunden habe, und daß ich mich freue, auch heute noch Bürger dieser alten Stadt zu sein.

Tatkräftiger Bürgersinn und Gemeingeist, wie er von altersher in Bremen lebte, hat zur Gründung der „Wesergilde" geführt, die es sich zur Aufgabe stellt, tatkräftig am Wiederaufbau deutscher Wirtschaft und deutscher Kultur in der niedersächsischen Heimat mitzuarbeiten. Ihr verdanken wir das großzügige und vielgestaltige Werk dieser Niederdeutschen Woche, welche, alle Volksstämme Niederdeutschlands in sich vereinigend, die Liebe zur Heimat und zur Heimatkultur pflegen und vertiefen und in Erfüllung dieser Ziele alle niederdeutschen Stämme in Brüderlichkeit vereinigen will. Eine große und schöne Aufgabe, und denen, die sie erkannt haben und sich in den Dienst ihrer Erfüllung stellten, gebührt herzlicher Dank! Ge-

rade in dieser trüben Gegenwart, in der unser armes Volk so schwer wie nie sich unter äußerem Drucke an der Entfaltung seiner freien Kräfte gehindert sieht, ist es nötig, aus der Liebe zur Heimat, aus der Erkenntnis ihrer Kräfte und deren Zusammengehörigkeit mit dem großen Vaterland das Vertrauen auf die Zukunft zu schöpfen, das müden und lähmenden Pessimismus bannt und uns stärkt für den harten Weg, den wir noch zu gehen haben. Bremer Geist und niedersächsische Zähigkeit haben, wie ihre Geschichte zeigt, auch in den schwersten Tagen aus den Kräften der Heimat, aus der opferfreudigen Liebe zu ihr stets Wille und Kraft zum Schaffen und neuem Wagen gefunden, und ich freue mich, aus den Worten meiner Herren Vorredner vernommen zu haben, daß dieser starke Geist auch heute nicht verzagt ist, sondern fest und unerschüttert dem Kampf mit allen wirtschaftlichen und politischen Sorgen der Zeit Trotz bietet. Mit diesem Willen wird Bremen auch künftighin seiner Aufgabe getreu und gerecht bleiben, der deutschen Wirtschaft ein wertvoller Mittler des Welthandels und des Seeverkehrs zu sein, mit dieser Tatkraft wird es auch der großen Schwierigkeiten Herr werden, die fremder Machtspruch unserer überseeischen Arbeit bereitet hat; einer verständnisvollen Förderung des Reichs hierbei können Sie überzeugt sein. —

Die Niederdeutsche Woche ist in erster Linie eine Kundgebung der niederdeutschen Stämme; sie will aber auch darüber hinaus eine Kundgebung sein für die Gemeinschaft aller deutschen Volksstämme und ein Bekenntnis für die Notwendigkeit des Zusammengehens aller Deutschen in den Lebensfragen des Vaterlandes. Auch dies tut uns not im schweren Druck der Zeit, das Gefühl, das sich auf dem Boden der Heimatliebe und der Stammeseigenart alle deutschen Volks-

stämme und alle Schichten der Bevölkerung zusammenfinden in der Liebe und Treue zur ganzen deutschen Nation und zu unserem großen Vaterlande, Deutschland. Unzertrennbar verbindet ein hartes Band des Schicksals Heimat und Vaterland, und unlösbar sollen auch die Bande sein, die unserem Herzen beide verbinden.

So wünsche und hoffe ich denn, daß von dieser Niederdeutschen Woche zweierlei ausgehen möge als Anregung und Wegweiser über ganz Deutschland: Der zähe, mutige und unverzagte Geist, der hier in Bremen und in Niedersachsen lebt, und das Gefühl fester Zusammengehörigkeit und innerer deutscher Volksgemeinschaft, das hier stets so besonders lebendig wirkt.

VON INNERLICHKEIT, GEMÜT UND PHANTASIE

Rede. Kiel, 4. 9. 1922

Wir erlebten in mitfühlender Sorge während der letzten Jahre, wie Kiel, vordem der Mittelpunkt der Reichsmarine und mit dieser und ihren Werken eng verwachsen, durch den für uns alle grausamen Friedensvertrag besonders schwer betroffen wurde und besonders hart litt. Wir waren aber auch Zeugen des festen Willens und des tatkräftigen Strebens der Verwaltung und aller schaffenden Kräfte der Stadt, den Niedergang aufzuhalten, das Zusammengebrochene in neuen Formen wiederaufzubauen und das wirtschaftliche Leben Kiels in neue Bahnen zu leiten. Verständnis und Mithilfe des Reichs und des preußischen Staates haben Sie hierbei bisher begleitet, und ich bin überzeugt, daß bei all den zahlreichen eigenen Sorgen und Nöten des Reichs und Preußens Ihre Arbeit bei uns wie der preußischen Staats-

regierung auch künftig Rücksicht und Förderung finden wird.

In Ihrer Arbeit für die wirtschaftliche Zukunft Kiels haben Sie in dankenswerter Weise nicht vergessen, auch des geistigen Lebens der Stadt in der ganzen Nordmark Ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden; Sie sind mit kluger Hingabe bestrebt, auch aus dem reichen Schatze unserer Kultur Steine zum deutschen Aufbau zusammenzutragen und aus den Wirren der Zeit alle Schichten der Bevölkerung zu diesem dem ganzen Volke gemeinsamen geistigen Besitz in Gemeinschaft hinzuführen. Diesem schönen Gedanken dient heute in dritter Wiederkehr die Kieler Herbstwoche für Kunst und Wissenschaft; Sie haben Ihre künstlerischen und theatralischen Darbietungen diesmal vorwiegend in den Dienst der Romantik gestellt und damit in unsere Zeit der Maschinen, der äußerlichen Leistung, des materiellen Genusses und einer harten Wirklichkeit die Kunst eines Zeitalters der zarten Innerlichkeit, des subjektiven Gemüts und der schwärmerischen Phantasie gestellt. Ein starker Gegensatz und doch so berechtigt: Wir bedürfen gerade heute nach der harten Arbeit des Tages der ruhigen Stimmung des Abends, des Sichselbstbesinnens, des Innenlebens; wir müssen uns gerade in der Not der Zeit mehr auf das Gemüt und auf das reiche Leben unserer Kunst, auf die unermeßlichen Schätze unserer Kultur besinnen. Das Bewußtsein des Mitbesitzes dieser Kultur der Nation, der Teilhaftigkeit an den geistigen Schätzen Deutschlands ist eine der dauerhaftesten Grundlagen des Gemeinschaftsgeistes und der Einigkeit, die wir mehr als alles brauchen.

Rede. Kiel, 4. 9. 1922

Genossinnen und Genossen! Als vor einigen Wochen vom Genossen Kürbis das Ersuchen an mich gerichtet wurde, gelegentlich die Nordmark zu besuchen, hat man mir gleich in Aussicht gestellt, daß damit auch eine Begrüßung unserer Kieler Parteifreunde verbunden werden könnte. Wenn mir in dieser Zeit, die an sich nicht zum Reisen reizt, die Reise in die Nordmark erleichtert worden ist, so war es die Möglichkeit, der Kieler Parteigenossenschaft bei dieser Gelegenheit meinen Gruß entbieten zu können. Ich habe sie früher aus nächster Nähe beobachten können. Wenn ich auch nicht in Ihrer Provinz tätig war, so war ich doch öfter auf Ihren Bezirkstagen und hatte im übrigen in der Zentrale die Parteibewegung dieser Provinz zu betreuen. Es war nicht nur meine Auffassung, sondern auch die der gesamten Parteileitung, insbesondere unserer Alten, Bebel, Singer, daß die Parteibewegung in Schleswig-Holstein eine der besten deutschen Bezirke ist, nicht nur ihrem Umfang und ihrer straffen, in sich gefestigten Organisation nach, sondern auch nach der ganzen geistigen Einstellung der Parteibewegung in Schleswig-Holstein. Es ist hier theoretisch und praktisch immer eine sehr intensive Schulung der Parteigenossen erfolgt und damit sehr früh den staatspolitischen Notwendigkeiten bei der hiesigen Parteigenossenschaft der Weg bereitet worden. So war es möglich, daß in all den Stürmen, die der Krieg der Partei brachte, und in den nicht minder schweren letzten Jahren, die Parteiorganisation in Schleswig-Holstein immer in sich geschlossen und gefestigt blieb und daß sie eine ganze Reihe von Leuten hervorgebracht hat, die auch unseren Pflichten und Aufgaben im staatlichen Leben gerecht zu werden

verstanden. Deshalb ist es mir eine besondere Freude, Ihnen heute herzlichst meinen Gruß entbieten zu können.

Glauben Sie nicht, daß es mir an Fühlung mit Parteikreisen fehlt. Ich habe heute so wie an den Tagen, wo ich Ihre Reihen verließ, die engste persönliche und freundschaftlichste Beziehung zu den maßgebenden Kreisen der Partei. Und wenn mir etwas mein Amt leicht gemacht hat, so war es immer die Überzeugung und Gewißheit, daß ich mich bei allen meinen Handlungen in Übereinstimmung und Einklang befinde mit den maßgebenden Kreisen unserer Partei und Parteileitung. Das schließt nicht aus, daß manches draußen nicht immer gleich richtig beurteilt worden ist, weil die Beweggründe, die schließlich maßgebend sind, nicht gleich klar genug erkannt wurden. Aber das müssen wir uns zur Richtschnur machen: Wenn wir als Partei der stärkste Träger unseres staatlichen Lebens geworden sind, wenn eine ganze Anzahl unserer Leute in staatlicher Verantwortung, auf exponiertem Posten steht, so müssen sie eben den staatlichen Notwendigkeiten Rechnung tragen und müssen die Verantwortung auch übernehmen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie in den ersten Stunden und Tagen nicht in der Partei verstanden werden. Aber ich glaube, im großen und ganzen mein Amt so geführt zu haben, wie es das Interesse der Arbeiterschaft gebietet, das in diesen Jahren in Übereinstimmung war mit den Interessen und Notwendigkeiten unseres ganzen Volkes.

Und nun unsere Aufgaben heute: Ich sagte, wir sind heute der stärkste Träger unseres Staatsgebäudes. Wir haben die Demokratie zum Siege geführt, wir haben die Republik zum Siege geführt und tragen sie heute. Das ist ein Erfolg, dessen müssen wir uns alle

täglich und stündlich bewußt sein. Nicht nur die Älteren unter uns, die unter dem Sozialistengesetz gekämpft haben, auch der Nachwuchs muß erkennen, was für ein gewaltiger und riesiger Erfolg es für uns in den Tagen war, einen neuen Staat zu zimmern, die Demokratie unserer alten Ideale. Die Republik zum Siege zu führen, sie zu festigen, zu verankern, das ist unsere historische Mission, die wir unter keinen Umständen im Stiche lassen dürfen. Wir sind es uns selbst und der Arbeiterklasse, unserer Partei, schuldig, für die wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten unseres Staates das Letzte und Beste einzusetzen. Dabei dürfen wir unsere Bestrebungen auf Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaft nicht aufgeben, sondern sie müssen als Ideal unserer Klasse aufrecht erhalten und als erstrebenswertes Ziel in unserem Hirn bleiben. Der Weg über die Republik ist der sicherste Weg auch zum Sozialismus. So habe ich meine Aufgabe immer aufgefaßt und das, was in meinen Kräften stand, in diesem Sinne getan.

Es war mir eine aufrichtige und innerliche Freude, von Ihrem Vertreter zu hören, daß ich bei dieser Tätigkeit im vollen Vertrauen und im Einklang mit Ihnen bin. Mein innigster Wunsch ist, daß ich, solange ich gezwungen bin, dieses Amt weiterzuführen, das Vertrauen meiner alten Kameraden, mit denen ich ein Lebensalter Schulter an Schulter gestanden habe, auch behalte. Treue um Treue, dessen können Sie sicher sein. In diesem Sinne wünsche ich Ihrer Kieler Parteigenossenschaft, wünsche ich der Parteibewegung in Schleswig-Holstein auch in Zukunft glückliche Erfolge.

DER GEDANKE DER VOLKSGEMEINSCHAFT

Ansprache. Kiel, 4. 9. 1922

In Ihrer Kundgebung zum Reiche und seiner Politik liegt das Bekenntnis zu den Bestrebungen, die Demokratie und die Republik zu festigen und zu sichern, ein Bekenntnis zu den Bestrebungen, unser unterdrücktes Vaterland wirtschaftlich und sozial wieder aufzurichten, aber auch ein Bekenntnis zu der Abwehr der Vernichtungspolitik unversöhnlicher Machtpolitiker, ein Bekenntnis zu dem Kampf um unser staatliches und unser wirtschaftliches Dasein, um unser Dasein als Volk und als Staat. In diesem Kampfe um unsere Selbstbehauptung werden wir die Mitwirkung aller unserer Volksgenossen brauchen. Deshalb muß der Gedanke einer festgefügten Volksgemeinschaft uns mehr und mehr in Fleisch und Blut übergehen.

DIE NOT DER NORDMARK UND DAS VOLKSBEWUSSTSEIN

Rede. Flensburg, 7. 9. 1922

Mit lebhafter Teilnahme habe ich aus Ihren Worten die schweren Sorgen entnommen, die in wirtschaftlicher und geistiger Beziehung auf der Stadt Flensburg und dem Grenzlande lasten. Über das Maß der allgemeinen Not des deutschen Volkes hinaus ist gerade Ihr Dasein hier durch die Auswirkung des Versailler Vertrages in der neuen Grenze schwer erschüttert, Ihr Wirtschaftsleben ist ernstlich gestört: das Hinterland ist Ihnen entrissen, Ihr Handel unterbrochen, Ihre Industrie, besonders auf den Werften, schwer gefährdet. Sie haben selbst mit großer Tatkraft die wirtschaftliche Umstellung auf die neuen Lebensbedingungen der Stadt in Angriff genommen; die Hilfe des Staates und des Reiches hat Ihnen hier-

bei nicht gefehlt und wird Ihnen auch künftig nicht versagt sein. So wollen wir hoffen, daß unverzagter Arbeitswille und treues Zusammenarbeiten aller Kräfte der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr werden wird, die Sie jetzt noch bedrücken.

Aber es sind nicht die Güter wirtschaftlichen Lebens allein, die durch den Machtspruch des Versailler Vertrages über die Nordmark in Not gekommen sind; auch deutschem Volkstum und deutscher Kultur sind hier schwere Wunden geschlagen und drohende Gefahren entstanden; deutsche Volksgenossen sind wider ihren Willen und trotz ihrer Proteste von uns abgetrennt worden, und auch jetzt noch wird in den deutsch verbliebenen Teil Schleswigs immer wieder politische Beunruhigung hineingetragen, die das Volksbewußtsein und den Gemeinschaftsgeist mancher Bewohner dieses Landes gefährden. Sie, meine Herren von Stadt und Land hier, und wir, die preußische Staats - und Reichsleitung, wir wollen es als unsere gemeinsame Aufgabe ansehen, mit den geistigen Waffen einer zielbewußten kulturellen Deutschtumspflege allen Versuchen und Verlockungen entgegenzutreten, wir wollen in opferbereiter Arbeit die jahrhundertealte deutsche Kultur dieses Landes erhalten und, wo es nottut, festigen. Ich freue mich aufrichtig, von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, gehört zu haben, wie hier und in ganz Schleswig mit eigener Kraft durch freie Volkspflege der geistige Zusammenhang des deutschen Volkstums gefördert und gestärkt wird, und unser aller Wünsche begleiten Sie in Ihrer Heimatsarbeit.

Die besten Grundlagen unserer Hoffnung auf wirtschaftlichen und geistigen Wiederaufbau sind die großen Mächte der Heimatstreue und der Vaterlandsliebe. Unvergessen wird dem ganzen deutschen Volke das gewaltige Treubekenntnis zum Reiche sein, das

Schleswig in seinen Abstimmungstagen abgelegt hat und das uns aufs neue mit diesem Grenzland im Gefühle fester Zusammengehörigkeit eint. In Ihrem heimattreuen Festhalten an diesem deutschen Boden und in diesem unserem Bewußtsein unlösbaren Zusammenhalts mit der Nordmark ist uns die Zuversicht gegeben, daß wir die Nöte der Gegenwart überwinden und den Weg in eine günstigere Zeit uns bahnen.

VORWÄRTSSCHAUEN, NICHT TRAUERN UND KLAGEN

Rede über den Oberschlesischen Hilfsbund. Berlin 10. 9. 1922

Zu einer ernsten Feierstunde sind wir hier zusammengekommen. Wir wollen Oberschlesiens gedenken, des Landes, das, ein Wahrzeichen deutscher Kultur und deutschen Fleißes, fest eingefügt in das politische und wirtschaftliche Leben des Reiches, gebend und nehmend, wuchs und blühte; des Landes, das die letzten Jahre hindurch aus tausend Wunden bluten, von einem Aufstand nach dem anderen heimgesucht werden mußte, um nun durch landfremden Spruch zerrissen zu sein.

Wir haben wertvollste Teile des Landes hingeben und blutenden Herzens sehen müssen, daß die neue Grenzlinie mitten durch den unteilbaren, unzertrennbaren Industriebezirk gezogen wurde. Ein organisches Ganzes ist zerschnitten. Unersetzliche Werte sind uns genommen. Der überwiegende Teil des Volkes hat sich trotz aller Hemmungen, Drohungen und Gefahren für das Verbleiben beim Mutterlande klar und deutlich ausgesprochen. Ohne Rücksicht auf die Stimme des Volkes und auf unsere unablässigen Hinweise auf Recht und Vernunft ist die Entscheidung gefallen.

In langwierigen Verhandlungen haben wir uns mit Polen auseinanderzusetzen gesucht mit dem Bestre-

ben, im Interesse des ganzen oberschlesischen Landes und seiner deutschen Bevölkerung die durch die Grenzführung zerrissenen Fäden soweit wie möglich wieder zu knüpfen und ein dauerndes Siechtum, einen dauernden Verfall des wunden Körpers zu hindern. Vor allem aber hatten wir die Pflicht, rechtliche Grundlagen für die Erhaltung der deutschen Sprache und deutschen Kultur im abgetrennten Gebiet zu schaffen.

Wehen Herzens haben wir Abschied genommen von unseren deutschen Brüdern, die nun einem fremden Staate angehören, und haben ihnen in der Trennungsstunde zugerufen, daß uns, die wir eines Blutes, einer Sprache, einer Gesittung sind, niemand das Gefühl nehmen kann, daß wir auf immer mit ihnen kulturell verbunden sind und ewig bleiben werden. Was wir für unsere Brüder jenseits der neuen Grenze, im Rahmen unserer vertraglichen Rechte und Pflichten, tun können, werden wir tun. Wir haben im Angesicht der ganzen Welt Verwahrung eingelegt gegen die Vergewaltigung dieses Landes, diese Verwahrung wird in unserer Geschichte fortleben. Die rauchenden Schlote und Essen, die Bergwerke und Fabriken, die einer regsamen, fleißigen, rastlos vorwärtsstrebenden Bevölkerung Arbeit und Lohn gaben, werden immer zeugen für das, was deutsche Tatkraft dem Lande gegeben hat. Diese deutsche Schaffenskraft ist nicht zu zerstören; sie hat Oberschlesien ihren Stempel aufgedrückt in alle Zukunft.

So gedenken wir heute, schmerzbewegt, aber im Bewußtsein unseres ewigen, unverjährbaren Rechts, dieser Wunde, die uns geschlagen ist; wir werden sie niemals vergessen!

Nun aber wollen wir vorwärts schauen! Nicht müßig trauern und klagen ziemt uns in dem harten

Daseinskampfe unseres Volkes. Die Not der Stunde treibt uns weiter. Mit allen Kräften wollen wir helfen und fördern, wollen wir wieder aufbauen. Oberschlesien, das so viel um Deutschland und um das Deutschtum gelitten hat, darf unsere besondere Fürsorge erwarten und kann ihrer gewiß sein.

Dankbar sind wir für das Vertrauen, das die Provinz uns entgegenbringt, und das am vergangenen Sonntag so eindrucksvoll bekräftigt ist durch das Ergebnis der Volksabstimmung. Frei und unbeeinflußt hat der deutsch verbliebene Teil Oberschlesiens nochmals seine Treue und Anhänglichkeit an Preußen, mit dem es groß geworden ist, bekundet. An uns ist es, diese Treue mit Treue zu vergelten. Schwer ist der Kampf, den das Land um sein wirtschaftliches und kulturelles Bestehen zu kämpfen hat. Die in den letzten Jahren durch die Aufstände und durch die Teilung erlittenen Schicksalsschläge, die Einstellung und Umstellung auf die neuen Lebensmöglichkeiten verlangen zähe Arbeit und große Opfer. Geholfen werden muß denen, die, von Haus und Hof vertrieben, von ihrer Arbeitsstätte verdrängt, eine neue Heimat suchen. Schwer hat Oberschlesien auch zu ringen, um sein Deutschtum zu bewahren gegen fremde, mit reichen Mitteln ausgestattete Werbearbeit. Hiergegen die deutsche Kultur in Oberschlesien zu schützen und zu fördern, ist Sache des ganzen deutschen Volkes.

Diese großen Aufgaben hat sich insonderheit der Oberschlesische Hilfsbund gestellt. Er umfaßt alle Kreise und Schichten unseres Volkes. In engster Verbindung mit den Regierungs- und Verwaltungsbehörden, den kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Organen will er planmäßig Wiederaufbauarbeit leisten und die ihm zufließenden Spenden gerecht und zweckmäßig verteilen. Der Oberschlesische Hilfsbund ap-

pelliert an das gesamte deutsche Volk. Ich bin überzeugt, daß sein Ruf nicht ungehört verhallen und daß er willige Herzen und Hände finden wird. Zeigen wir auch jetzt wieder dem Lande Oberschlesien und der Welt, daß die Not des deutschen Volkes alle seine Glieder nur enger verbindet und zusammenschweißt.

In freudiger Arbeit, in gegenseitigem Helfen und Verstehen wollen wir uns aus schwerer Not emporringen, als ein einiges und freies Volk!

DER RHÖN-SEGELWETTFLUG

Ansprache an seine Teilnehmer. Berlin, 22. 9. 1922

Ich heiße Sie am heutigen Abend herzlich willkommen und begrüße ganz besonders die Herren hier, die im vergangenen Monat den Segelflug in der Rhön veranstaltet und an ihm aktiv teilgenommen haben. Der Rhönflug hat glänzende Erfolge der deutschen Segel-Gleitflieger hervorgebracht, die die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf diesen neuen Zweig der Luftfahrt gelenkt haben. Diese Erfolge sind in erster Linie den Männern zu danken, die unter Einsatz ihrer Person als Pioniere auf diesem Gebiet den motorlosen Flug wagten und sich Schritt für Schritt zu höheren Leistungen vorwärts kämpften, bis sie die heute von der Welt bewunderten Rekorde aufstellten; sie sind aber auch mit zu verdanken den geistigen und technischen Kräften unserer Hochschulen und unserer Industrie, der finanziellen und moralischen Förderung aus allen Schichten des Volkes; es ist ein beachtenswertes Symptom, daß es neben den Versuchsstätten der technischen Hochschulen auch einem einfachen ostpreußischen Volksschullehrer gelungen ist, auf Grund eigener Erfindungskraft und eigener Energie mit dem einfachsten Mittel glänzende Ergebnisse

zu erzielen. Ihnen allen gelten unsere Anerkennung, unser Dank und unsere Wünsche. Wie ich höre, ist es der verdienstvollen Initiative des Konsuls Kotzenberg nunmehr gelungen, in der neuen „Rhöngesellschaft" alle die zusammenzuschließen, welche die weitere Förderung und Entwicklung des Segelgleitflugs sich zur Aufgabe gemacht haben. Ich wünsche dieser Gesellschaft und ihren Zielen von Herzen reichen Erfolg und darf versichern, daß ihr mein und der Reichsregierung Interesse und Förderung nicht fehlen sollen. Dem frischen sportlichen Geist, der körperlichen Ertüchtigung, dem wagefrohen Unternehmungssinn wie der technisch-wissenschaftlichen Forscherarbeit ist hier ein neues Feld erschlossen, das große Möglichkeiten der Entwicklung in sich birgt.

DIE ZIELBEWUSSTE ERZIEHUNG ZUM GEMEINWESEN

Ansprache. Leipzig, 16. 10. 1922

Es ist mir eine angenehme Pflicht, den neuen Präsidenten des Reichsgerichts persönlich in sein Amt einzuführen. Ich meine, es ist ein für die Nation bedeutsames Ereignis, wenn in die Stelle des höchsten Richters im Deutschen Reich ein neuer Mann eintritt. Wohl ist es bisher das Geschick der Rechtsprechung, ihr wohltätiges Werk in der Stille zu tun, ohne Dank und Ruhm und beachtet nur dann, wenn berechtigtes oder unberechtigtes Mißfallen die Beachtung der Allgemeinheit auf sie lenkt. Um unsere Justizkritik steht es ähnlich, wie es um eine jede Kritik stehen würde, die nur die schlechten Leistungen mit herbem Tadel verzeichnete, der guten aber mit keinem Worte der Anerkennung gedenken würde. Es sollte anders sein. Eine zielbewußte Erziehung zum Gemeinwesen müßte auch dies bewirken, daß Recht und

Rechtspflege als ein gemeinsames Gut im Bewußtsein und Herzen unseres Volkes lebte und daß die Männer, welche die vornehmste Verkörperung deutscher Rechtskultur sind, in der öffentlichen Meinung einen ganz anders bedeutsamen Platz einnähmen, als dies heute der Fall ist.

Still und schlicht war auch der Mann, in dessen Händen zuletzt das Amt des Reichsgerichtspräsidenten ruhte; ernst und streng, ein Mann der Grundsätze und des Charakters, durch und durch ein Mann des Rechts. Ich habe in schwersten Tagen gemeinsamer Arbeit am Reiche seine Sachlichkeit, Tüchtigkeit und Gewissenhaftigkeit, seine hinter äußerer Herbheit verborgene tiefe Güte auf das höchste schätzen gelernt. Er war einer von jenen verantwortungsvollen Beamten, denen unser Gemeinwesen in seinen schwersten Tagen zu einem guten Teil seinen Weiterbestand zu danken hat, einer von jenen Männern, die tiefeingewurzelte, liebgewordene Empfindungen erkannten, geschichtliche Notwendigkeiten zum Besten des Vaterlandes unterzuordnen wußten. Ich werde seiner immer dankbar gedenken.

DIE VERLÄNGERUNG DER AMTSDAUER DES REICHSPRÄSIDENTEN

Ansprachen an den Reichstag und Reichsrat. 24. u. 28. 10. 1922

I.

Ich danke Ihnen für die Mitteilung des Beschlusses des Reichstags, der in Änderung der bisherigen Verfassungsbestimmung das mir auf Grund des Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt übertragene Amt des Reichspräsidenten auf der rechtlichen Grundlage der Reichsverfassung erneuert und in seiner Dauer verfassungsmäßig festgelegt hat. Haben Sie auch

aufrichtigen Dank für die freundlichen Worte, die Sie in Verbindung damit an mich gerichtet haben.

In der Zeit schwersten Schicksals Deutschlands habe ich das Amt des Reichspräsidenten übernommen; ich tat es nur in dem Bewußtsein, meine Pflicht tun zu müssen gegenüber den Volksgenossen, die mir in harten Tagen ihr Vertrauen entgegenbrachten. Im gleichen Gedanken erkläre ich mich auch heute bereit, mein Amt weiter zu führen. Entscheidend für diesen im Widerstreit verschiedener Erwägungen nicht leichten Entschluß war für mich das mir durch die übergroße Mehrheit der gewählten Vertreter des deutschen Volkes erneut bekundete Vertrauen. Getreu meinem vor der Nationalversammlung in Weimar abgelegten Gelöbnis, meine Kraft dem deutschen Volke zu widmen, die Verfassung und die Gesetze des Reiches zu wahren, wird es mein alleiniges Bestreben sein, in Drang und Not dieser Zeit der Republik zu dienen und nach bestem Können mitzuarbeiten an der Gesundung und Erneuerung Deutschlands. Wie bisher, will ich mich auch fernerhin bemühen, mein Amt unparteilich zu führen, Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben und meine Pflichten gewissenhaft zu erfüllen. Ich bin mir wohl bewußt, daß meine eigene Kraft und die Kraft der vom Vertrauen der Volksvertretung getragenen Regierungen des Reichs und der deutschen Länder allein nicht ausreicht, um die schweren Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft zu lösen; sie wird nur dann sich durchsetzen, wenn sie sich vereinigt mit den lebendigen, schaffenden und wirkenden Kräften des ganzen Volkes, wenn sie gestützt wird von dem staatlichen, wirtschaftlichen und geistigen Leben unserer Nation. Darum wird es mein stetes Bemühen sein, über alle Verschiedenheiten der Interessen und Weltanschauung hinaus die großen und

wertvollen Kräfte unseres Volkstums zusammenzufassen und zusammenzuschließen in dem uns allen Gemeinsamen: der Liebe und Pflichttreue zu Volk und Vaterland. Was uns auch sonst trennen mag, im klaren Bewußtsein unserer Pflichten gegen die Nation müssen wir uns alle in Einigkeit da zusammenfinden, wo es sich handelt um die Grundfragen des Lebens und der Zukunft unseres Volkes und unseres Vaterlandes.

Über das, was für das Ganze notwendig ist, wird es stets verschiedene Meinungen geben; es wird sich nicht vermeiden lassen, daß Gegensätze der Interessen und der Ideen aufeinanderstoßen. Aber diesen Kampf so zu führen, daß er nicht in einen Zusammenprall der Leidenschaften, nicht in blinde Selbstzerfleischung ausartet, muß unser gemeinsames Bestreben sein. Daß alle in diesem Geiste wirken und ihn verbreiten mögen, ist die Bitte, die ich an Sie, den Reichstag und alle deutschen Frauen und Männer, die guten Willens sind, in dieser Stunde richte!

II.

Haben Sie herzlichen Dank für die Mitteilung, daß der Reichsrat dem Beschlusse des Reichstags über die Änderung des Artikels 180 zugestimmt hat, und für die Glückwünsche, die Sie dieser Mitteilung beigefügt haben. Ich danke Ihnen für diesen Akt des Vertrauens, den der Reichsrat damit bekundet hat, und kann auch Ihnen gegenüber nur das wiederholen, was ich dem Herrn Präsidenten des Reichstags bei Mitteilung des Beschlusses des Reichstags versichert habe, daß ich auch künftighin in meinem Amt, meinem Gelöbnis getreu, meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, die Verfassung und die Gesetze des Reiches wahren, meine Pflichten gewissenhaft und unparteilich erfüllen werde. Insbesondere

werde ich in meinem Amt immer bestrebt sein, besonderen Interessen der Länder volle Würdigkeit widerfahren zu lassen. In der berechtigten Eigenart der deutschen Stämme einerseits, aber auch im Zusammenschlusse zur Nation andererseits liegen die Wurzeln unserer Kraft und das Vertrauen auf eine bessere Zukunft. Nur in dem festen unerschütterlichen Gedanken der deutschen Einheit, nur im festen Zusammenhalt des ganzen Reichs kann es uns gelingen, den schweren Nöten und Stürmen der Gegenwart standzuhalten. In der Erfüllung der schweren Aufgaben, die uns noch bevorstehen und die es zu lösen gilt, um die Zukunft unseres Volkes zu retten, rechne ich wie bisher auf die verständnisvolle Mitwirkung des Reichsrates. Nur wenn die beiden gesetzgebenden Körperschaften im Reich in vollem Verständnis für die Bedürfnisse des gesamten deutschen Volkes zusammenarbeiten und nur wenn hinter ihnen die wertvollsten Kräfte der Nation sich zusammenschließen, können wir hoffen, aus den Nöten der Zeit das Reich in eine bessere Zukunft zu retten. Um diese Mitarbeit an dem großen Ziel unserer gesamten Nation bitte ich Sie auf das herzlichste!

PROBLEME VON GROSS-BERLIN

Ansprache an den Berliner Magistrat. **10. 11. 1922**

Mit lebhaftem Interesse bin ich den Darlegungen gefolgt, die Sie, Herr Oberbürgermeister, uns über die letzte Entwicklung der Stadt Berlin, über ihren Werdegang zur Gemeinde Groß-Berlin und über ihre Sorgen und Nöte gaben. Wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß in ganz Deutschland die Städte, besonders die Großstädte, durch die Lasten des Krieges und die der Nachkriegszeit in immer größere fi-

nanzielle Schwierigkeiten geraten sind; auch diejenigen Städte, die sich — wie Berlin — durch eine gute Selbstverwaltung und einen gewissen Wohlstand auszeichneten, sind davon nicht verschont geblieben. Für Berlin kommen noch die besonderen Lasten und Sorgen hinzu, die aus den gerade hier stärker aufgetretenen Nachwirkungen des Krieges, der im Kriege gesteigerten Industrialisierung und ihrer Folgeerscheinung, dem Zuzug von vielen Tausenden von Landsleuten aus verlorenen Gebieten und dem Ausland, dem Zustrom Fremder aus dem Osten, der Erwerbslosenfürsorge, der Wohnungsnot, der Not weiter Kreise des Mittelstandes und anderen Erscheinungen, entspringen. Daß Magistrat und Stadtverordnete trotz dieser Nöte des Tages das große Werk des Zusammenschlusses von Groß-Berlin gewagt haben, daß sie trotz der Schwierigkeiten in der Aufbringung der Mittel die Aufgaben der sozialen Fürsorge nicht vernachlässigt haben, zeugt von zielbewußter Tatkraft und sicherem Vertrauen auf die Zukunft. Halten Sie auch jetzt an diesem Vertrauen fest, so schwer es auch oft wird, in der harten Arbeit des Tages und den zermürbenden Kämpfen mit den Nöten und Sorgen die Festigkeit in der Zuversicht zu bewahren, daß wir trotz allem aus dem Dunkel der Gegenwart den Weg in eine bessere Zukunft unseres Volkes finden werden. Fester Zusammenschluß aller schaffenden Kräfte, Pflichtbewußtsein und äußerste Pflichttreue aller im Dienste des Volksganzen sind dazu unerläßlich im engen Kreise der Selbstverwaltung wie im ganzen großen Vaterlande. Dem Schmarotzertum muß überall, wo es sich zeigt, energisch zu Leibe gegangen werden. Seien Sie überzeugt, daß auch das Reich den wirtschaftlichen Nöten der großen Städte Verständnis und volle Aufmerksamkeit entgegenbringt, daß es in den Grenzen, die die

eigene Notlage ihm zieht, zur Hilfe bereit ist. Wenn es dem Reiche gelingt, sich wiederaufzurichten, werden auch die Städte wieder aufleben und der sie jetzt belastenden Sorgen Herr werden. Dann wird auch dem neugeschaffenen Selbstverwaltungskörper Groß-Berlin mit seiner Bevölkerung von über vier Millionen Menschen eine innere und äußere Gesundung und eine gedeihliche Weiterentwicklung beschieden sein!

REICHSPRÄSIDENT UND GENOSSE

Ansprache. Dessau, 6. 12. 1922

Genossen und Genossinnen! Ich empfinde eine große Freude darüber, daß ich bei meinem Besuche in Dessau Gelegenheit finde, alte Kampf- und Parteigenossen begrüßen zu können, um so mehr, da die Parteigenossen Anhalts zur Elitetruppe der gesamten Partei Deutschlands gehören. Die Entwicklung der Partei hing und hängt ab von den wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Bezirke und den Führern der Partei. Mit besonderer Freude habe ich stets nach Anhalt geblickt, wo die Parteibewegung nach einem Gesichtspunkte geführt wird, der uns die politische Macht und die Freiheit des Volkes sichert. Wir Alten, die aus der Zeit des Sozialistengesetzes den steilen Weg bis 1918 gegangen sind, werden nicht ungeduldig, wenn es nicht so schnell vorwärts geht, wie wir hofften. Nach der Revolution ist es in der Partei stürmischer geworden und mancher Mißmutige hat sich von uns getrennt. Daß uns das nicht erspart bleiben würde, war vorauszusehen. Nichtsdestoweniger sind wir auf dem richtigen Wege. Unsere Aufgabe ist es, den Staat zu retten und ihn zu formen im Interesse des arbeitenden Volkes.

In Deutschland ist ganz systematisch die Demo-

kratie zum Siege gekommen wie in keinem Lande der Erde. Unsere Mission ist es, die errungenen Erfolge zu verteidigen. Wir in Deutschland haben eine vierzigjährige Schulung der Arbeiterklasse hinter uns. Hier muß sich zeigen, daß die Geschichte sich nicht systematisch wiederholt, sondern daß die Arbeiterklasse fest mit dem Staatsleben verbunden ist.

Wirtschaftlich haben wir nicht das schaffen können, was wir ersehnten. Als ich mein Amt antrat, war Deutschland ein ausgemergeltes Land. Am zweiten Tage nach meinem Amtsantritt erfuhr ich, daß Deutschland nur noch für drei Wochen Brotgetreide besaß. Deshalb war es meine wichtigste Aufgabe, Brot für das deutsche Volk zu schaffen. Wir haben seitdem wirtschaftlich von der Hand in den Mund gelebt und kämpfen bitter um unsere Existenz. Unser Ziel ist es, gesunde Verhältnisse zu schaffen und die Interessen des deutschen Volkes zu wahren.

Unangenehme Erscheinungen im politischen Kampfe lassen sich trotz des besten Willens des Einzelnen nicht vermeiden.

Hoffentlich dauert die Zeit nicht lange, bis wir wieder in der Regierung sind!

Die äußeren Aufgaben zu lösen, ist nicht minder schwer als die inneren. Das Schwert des Gegners hängt dauernd über unserem Kopfe. Wir müssen bestrebt sein, soweit als möglich unsere Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn trotzdem Gewalt und Willkür herrschen, muß sich die deutsche Arbeiterklasse bewußt sein, daß es um die Existenz unseres Volkes geht. Wir müssen auf dem Posten sein, damit wir nicht dem Sklavenjoche unterliegen. Ich habe oft den Wunsch gehabt, wieder in den Reihen meiner Kampfgenossen zu stehen.

Aber als Sozialdemokraten haben wir gelernt, dort

stehen zu bleiben, wohin wir gerufen worden sind. Ich rechne auf das Vertrauen der deutschen Arbeiterschaft und meiner Kampfgenossen. In diesem Gedanken wollen wir unser Ziel verfolgen, und in diesem Sinne danke ich Ihnen und wünsche der Sozialdemokratischen Partei Anhalts auch weiterhin Glück und Erfolg.

EINKEHR, SELBSTZUCHT UND SOZIALES PFLICHTBEWUSSTSEIN

Rede. Dessau, 6. 12. 1922

Ist Ihr Land auch keiner der größten Bundesstaaten, ist es doch für das Reich bedeutsam durch wertvolle Zweige der Volkswirtschaft, durch Bergbau, Industrie und Landwirtschaft. Im Herzen Deutschlands gelegen, hat es wichtige Aufgaben zu erfüllen, Aufgaben, die nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf kulturellem Gebiete liegen. Wir haben heute die Freude gehabt, in der Philantropin-Ausstellung der Landesbücherei einen sehr interessanten Ausschnitt der hier in Dessau beginnenden modernen Schul- und pädagogischen Bewegung des 18. Jahrhunderts zu sehen, wir haben im Laufe des Tages in den Junkers-Werken ein glänzendes Bild modernster Technik und technisch-wissenschaftlicher Forschungsarbeit gesehen, in den Einrichtungen des Konsumvereins ein Stück vorbildlicher sozialer Selbsthilfe kennengelernt und sollen morgen die bergbaulichen und chemischen Produktionsstätten des Landes besuchen. Schon daraus ergibt sich die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Vielgestaltigkeit Ihres Landes. Erfreulicherweise hat Ihr Land nach dem Zusammenbruch im November 1918 eine verhältnismäßig ruhige und stetige Entwicklung gehabt, die es vor Erschütterungen und Krisen bewahrte; dieser Zustand, der neben dem ruhigen und

arbeitsamen Sinn der Bevölkerung der besonnenen und tatkräftigen Führung der Landesregierung zu verdanken ist, ist von segensreichem Einfluß auf das Wirtschaftsleben hier gewesen, und ich kann nur wünschen, daß es auch künftig so bleiben möge.

Sie alle wissen, vor welch schicksalsschweren Fragen und Entscheidungen die Reichsregierung und mit ihr das gesamte deutsche Volk steht; wieder soll in den nächsten Wochen versucht werden, der Lösung des Reparationsproblems näherzukommen; erneut sollen Verhandlungen beginnen, die zeigen werden, ob Vernunft und Frieden in der Welt die Oberhand über Feindschaft und Gewalt errungen haben und dem deutschen Volke das zugestanden wird, worauf es Recht hat: als tüchtiges Volk aufrecht und in friedlichem Zusammenwirken mit den Völkern der Erde sein Leben zu leben. In tiefem Mitgefühl verfolgen wir die Leiden und Sorgen unserer Brüder im Rheinland; treu und unerschütterlich halten wir zu ihnen, wie sie trotz der Bedrückungen treu zum Reiche stehen; niemals können diese Bande gelöst werden, die uralte Volksgemeinschaft, die zweitausendjährige Kultur und Geschichte geschmiedet haben. Daß wir ehrlich bereit sind, jede Leistung, die wir tragen können, auf uns zu nehmen, hat die Reichsregierung in ihrer Note vom 13. November, die im Einklang steht mit dem Gutachten unparteiischer ausländischer Sachverständiger von Weltruf, das hat der Reichskanzler erneut vor dem Reichstag bekundet. Pflichttreue Mitarbeit aller Deutschen und selbstlose Opferwilligkeit jedes Einzelnen nach Maßgabe seiner Kräfte sind nötig, wenn wir das Ziel der Lebensmöglichkeit unseres Volkes, der Gesundung Deutschlands und Europas, erreichen wollen. Mehr denn je ist heute das Schicksal jedes Einzelnen mit dem des Vaterlandes verknüpft; geht

Deutschland zugrunde, ist auch der Einzelne, mag er nichts oder viel besitzen, nicht mehr als ein verwehtes Blatt. Die Entwertung unseres Geldes und die damit verbundene Teuerung bedrohen weite Kreise unseres Volkes mit Verelendung und gefährden aufs äußerste unser ganzes Kulturleben. Einkehr, Selbstzucht und soziales Pflichtbewußtsein sind heute dringender denn je geboten. In dieser Zeit der Not müssen wir uns alle mit dem Bewußtsein der Gemeinschaft untereinander und mit dem Vaterlande erfüllen. Das Gebot der Pflichten gegeneinander und gegenüber unserem Volke muß uns leiten, in der Erfüllung dieser Pflichten müssen wir persönliche Wünsche und Interessen zurückstellen. Nur wenn uns dieser Geist beseelt, werden wir den Kampf um die Zukunft des deutschen Volkes führen und bestehen.

DER BEGRIFF VOM MITMENSCHEN UND DAS ROTE KREUZ

Ansprache. Berlin, 12. 12. 1922

Die Not unseres Vaterlandes ist so groß und so über das Einzelschicksal des notleidenden Mitbürgers hinausgehend, daß sie zu einer Schicksalsfrage des deutschen Volkes geworden ist. Fühlende Mitmenschen in den Nachbarländern Deutschlands und im fernen Amerika haben die Tragik der deutschen Not erkannt und durch starke Organisationen und aufopfernde Einzelhilfe zu ihrer Linderung Hand angelegt. Es ist mir Pflicht, auch an dieser Stelle unseren ausländischen Freunden im Namen des deutschen Volkes für ihre hochherzige Hilfe zu danken.

Das deutsche Rote Kreuz stellt, alter Tradition folgend, sein Wirken über Partei, Stand und Konfession. Es kennt nur ein Mittel und Werkzeug für seine Ar-

beit: den Mitmenschen. Hierin liegt ein ideeller Wert von großer Tragweite. Wir sind heute durch die anormale Entwicklung unseres Lebens in der Kriegs- und Nachkriegszeit in so unüberbrückbar scheinende Interessengegensätze der einzelnen Volksteile zerfallen, daß der Begriff Mitmensch leider nicht überall genügend gewürdigt wird. Ihn in seiner wahren Bedeutung festzuhalten und dem Idealismus des deutschen Volkes neu einzupflanzen, gehört zu den Aufgaben unserer Wohlfahrtspflege. Sie fördert damit den Gesundungswillen und schafft Kraft für den Existenzkampf und für die Rückkehr zu geordneten Lebensverhältnissen.

Wenn heute führende Männer des deutschen Wirtschaftslebens, deutscher Wissenschaft, Kunst und Politik sich in einem Bund helfend um das Rote Kreuz stellen wollen, so könnte die Frage aufgeworfen werden, ob die Gründung einer neuen Organisation erforderlich ist, ob es nicht zweckmäßiger und notwendiger wäre, die bestehenden Wohlfahrtsorganisationen fester zusammenzufassen und systematisch auszubauen. Ich glaube, auf die Frage nicht eingehen zu brauchen, weil ich fest überzeugt bin, daß der „Bund zur Förderung des Roten Kreuzes", falls diese Frage an ihn herantritt, sich gern diesen Bestrebungen anschließen und eingliedern würde. Möchte es dem neuen Bunde gelingen, mit seiner Arbeit Vertrauen zu finden. Möchten alle, Arme und Reiche, aus der Zeit deutscher Not lernen, daß Schicksal stärker ist als Menschenwerk, daß es uns jedoch gegeben ist, das Schicksal gut oder schlecht zu tragen.

Ich habe den Glauben an das deutsche Volk, daß es sein Schicksal trägt durch die Stärke des in ihm wohnenden Idealismus, daß dieser Idealismus das deutsche Volk auf dem Grund wahrer Menschlichkeit, die

den einen hilfsbereit neben den anderen stellt, zu neuer Einheit zusammenschließt und damit den Boden bereitet für die Wiedergesundung unseres Vaterlandes.

1923.

WIRTSCHAFTLICHES UND GEISTIGES ZUSAMMENLEBEN DER VÖLKER

Ansprache beim Empfang des Diplomatischen Korps. 1. 1. 1923

Herr Nuntius, ich danke Ihnen für die Wünsche, die Sie zugleich im Namen des Diplomatischen Korps aus Anlaß des heutigen Tages für mich und für Deutschland zum Ausdruck gebracht haben, und ich bitte Sie, versichert zu sein, daß ich sie von Herzen erwidere.

Sie haben mit Ihrem heißen Wunsche nach Frieden, nach brüderlicher Liebe und nach Gerechtigkeit dem tiefsten Sehnen auch des deutschen Volkes Ausdruck verliehen, welches der Hoffnung lebt, daß die erhabenen Gedanken der Weihnachtskundgebung des Papstes dazu beitragen mögen, das Zusammenleben der Völker immer friedlicher und harmonischer zu gestalten. Seien Sie, meine Herren, versichert, daß das deutsche Volk und die aus seiner Mitte hervorgegangene Regierung alles tun werden, damit die immer noch getrennten Völker in wahrem Frieden und in gemeinsamer Arbeit für die der ganzen Welt so notwendige Neugestaltung des wirtschaftlichen und geistigen Zusammenlebens der Nationen wirken.

SECHS REDEN ZUR BESETZUNG VON BADEN UND VOM RUHRGEBIET

Karlsruhe, 12. 2. 1923

I.

In dieser Zeit neuer schwerer Nöte unseres Vaterlandes und unserer gemeinsamen engeren Heimat habe ich das lebhafte Bedürfnis empfunden, hierher in

das Badener Land zu kommen und gemeinsam mit dem Herrn Reichsminister des Innern und dem Reichsschatzminister mit Ihnen als berufenen Vertretern des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens dieses Landes Fühlung und Aussprache zu suchen. — Unter dem Deckmantel der Ausführung des Friedensvertrages haben uns unsere Gegner trotz unseres durch die Tat bekundeten guten Willens die Jahre seit dem Waffenstillstand zu einem qualvollen Leidensweg gemacht. Was Frankreich und mit ihm Belgien aber jetzt unternommen haben, ist beispiellose schnöde Gewalttat, die den Friedensvertrag offen verletzt, die Rechte der Völker wie der Menschen mit Füßen tritt und mit allen Mitteln militärischer Gewalt Krieg führt gegen wehrlose Männer, Frauen und Kinder. Deutsches Land, von deutschem Volke bewohnt, bearbeitet und genutzt seit Tausenden von Jahren, ist von fremden Truppen in willkürlichem Mißbrauch der Macht besetzt worden, das Ruhrgebiet unter dem Vorwand, Deutschland sei mit einigen Prozenten der uns diktierten, unerfüllbar hohen Kohlenlieferungen im Rückstande, badisches Gebiet mit der seltsamen Begründung, Deutschland habe zwei internationale Luxuszüge eingestellt. Kann man sich einen schärferen Hohn auf das Völkerrecht denken als diese Begründung? Um einige tausend Tonnen Kohlen mehr zu bekommen, setzt man gegen die Bergarbeiter der Ruhr ein kriegsmäßig ausgerüstetes Heer in Bewegung, das Gewalttat und Bedrückung in ein friedliches, fleißig schaffendes Land trägt, wegen zwei Luxuszügen, die aus Gründen der Kohlenersparnis ausfielen, wird das schöne und fruchtbare Land am Hange des Schwarzwaldes unter französische Bajonette gebracht! Wo bleiben da Recht und Freiheit, wo bleiben Menschen- und Völkerrechte, von denen jenseits des Rheines

während und nach dem Kriege soviel die Rede war? Ist das der Sinn des Diktats von Versailles, daß jede der Siegermächte das ohnmächtig gemachte Deutschland willkürlich vergewaltigen und knechten kann? Gegen diesen Gewaltakt erheben wir hier erneut vor dem deutschen Volke und vor der ganzen Welt feierlichen Protest. Voll Empörung protestieren wir gegen das, was an der Ruhr geschehen ist und was in den jüngsten Tagen über badisches Land hereingebrochen ist. Wir legen Verwahrung ein gegen die Bluttaten, die körperliche und geistige Bedrückung und Bedrängung einer friedlichen, arbeitsamen und hart duldenden Bevölkerung, wir rufen die Welt zum Zeugen dessen an, was tagtäglich an Handlungen der Brutalität, an Akten unmenschlicher Willkür in dem besetzten Gebiet geschieht. —

Uns Deutschen aber, die wir alle Söhne einer Muttererde und eines Vaterlandes sind, ist es heilige Pflicht, zusammenzustehen mit unseren unterdrückten Brüdern und Schwestern, ihnen Hilfe zu leisten, wenn sie es ablehnen, den Eindringlingen Sklavendienste zu leisten, ihnen zu helfen, die harten Tage der Fremdherrschaft zu überwinden. Mit Gefühlen tiefer Dankbarkeit gedenken wir der Beamten, der Arbeiter und der Unternehmer, die in aufopfernder Treue ihre Freiheit und ihre Existenz eingesetzt haben und täglich neu einsetzen, um die gegnerischen Anschläge zu vereiteln. Was sie damit für das deutsche Volk getan haben, wollen wir ihnen nie vergessen! In diesen Tagen, wo fremde Gewalt in unser Land hereingebrochen ist, muß alles zurückstehen, was an Weltanschauung und politischer Ansicht uns trennt. Die Opferwilligkeit, die sich in den Spenden zur Ruhrhilfe so glänzend bekundet, soll auch unser Handeln und Denken beherrschen; wir müssen persönliche Gefühle und Inter-

essen unterordnen dem Großen und Ganzen, dem deutschen Schicksal.

Dem badischen Volke, gegen das sich der jüngste Einbruch und neue Bedrohung unserer Gegner richtet, gilt heute im besonderen unser Gruß. Wir vertrauen, daß es in der gleichen besonnenen Ruhe und zielbewußten Festigkeit wie unsere Brüder am Rhein und an der Ruhr dem Unwetter Trotz bietet. Der Schlag, der hier gegen uns geführt wird, richtet sich gegen das Höchste, was wir aus Krieg und Zusammenbruch gerettet haben, gegen die Einheit des Reiches; auch er wird — dessen sind wir gewiß — zerschellen am festen Willen und der sicheren Treue des badischen Volkes; die Zeiten, wo man Nord und Süd in Deutschland trennen konnte, sind vorbei: Unerschütterlich ist allen Deutschen das Bewußtsein, Söhne eines Volkes und Glieder eines Reiches zu sein; nie wird fremde Gewalt das trennen, was Rasse, Sprache und Kultur in harter Geschichte zusammengeschmiedet haben. Jeder Deutsche ist sich heute des Ernstes der Stunde bewußt; jeder von uns weiß, es geht um die Zukunft des Reiches, um den Bestand der Deutschen Republik. Wenn wir in diesen Schicksalstagen alle Kräfte zusammenschließen, werden wir auch dieser Anschläge auf unser nationales Leben Herr werden; in dieser entschlossenen, zähen Abwehr erhoffen und erwarten wir — trotz allem — eine bessere Zukunft unseres schwergeprüften Volkes im Bewußtsein unserer Einigkeit und unseres Rechts, im Kampf um unsere Freiheit!

II.

Karlsruhe, 12. 2. 1923

Wir müssen gegen einen mit allen militärischen Machtmitteln ausgerüsteten Gegner den Kampf als wehrloses Volk führen, nur mit den Waffen des Rechts,

des Geistes und der Arbeit. Hierzu brauchen wir Einigkeit und die Mitarbeit aller. Nur als einiges Volk mit einigem Willen können wir das Ziel erreichen, das da heißt: Freiheit und Zukunft unseres Volkes. Lang lebe Deutschland!

III.

Mannheim, 13. 2. 1923

Wir sind nach Baden gekommen, um nicht nur vor Ihnen, sondern auch vor der ganzen Welt damit zu bekunden, daß die Reichsleitung und mit ihr das ganze deutsche Volk entschlossen und einmütig hinter dem badischen Volke stehen und mit ihm das Schicksal teilen, das in den letzten Tagen über Baden hereingebrochen ist. Wir haben gestern in Karlsruhe Gelegenheit gehabt, mit den Vertretern des Landes, der Staats- und Gemeindebehörden, mit den Vertretern aller Wirtschaftsorganisationen des Landes über die Lage zu sprechen, und wir stehen noch in dieser Stunde unter dem tiefen Eindruck, den wir in Karlsruhe empfangen haben. Die Kundgebung am Nachmittag in der Festhalle war getragen von feierlichen Erklärungen der Vertreter aller Schichten des Landes, daß sie entschlossen sind, zäh und fest den Bestrebungen der eingedrungenen Fremdlinge ihren Widerstand entgegenzusetzen. Wir stehen unter dem Eindruck der großen spontanen Kundgebung, wie sie gestern abend auf dem Schloßplatz in Karlsruhe sich entwickelt hat, wo neben dem schlichten Arbeiter der mit goldenen Bändern geschmückte Student stand, umrahmt von einem dichten großen Kreis der Karlsruher Bevölkerung, wo wieder einmütig und nachdrücklich bekundet wurde, daß Baden nur eine Pflicht kennt: In dieser Stunde treu zum Reiche zu stehen und alle Kraft zusammenzunehmen, um das Schicksal, das ihm widerfahren ist, zu überwinden.

Der Gegner hat vielleicht den Plan, gerade mit dem Schlag, den er gegen Baden geführt hat, die Einmütigkeit und Geschlossenheit des Reiches zu stören und im Reiche Gedanken der Zerstückelung des deutschen Volkes und des Deutschen Reiches zu wecken. Wir sind nach den Eindrücken, die wir gestern empfangen haben, fest überzeugt, daß kein Gedanke davon sein kann, die Treue Süddeutschlands, die alte Treue der Badener zum Reich zu erschüttern. Wir sind fest überzeugt, daß wir uns in den Stürmen der nächsten Zeit sicher gerade auf die Treue des badischen Volkes verlassen können.

Wir sind nach Mannheim gekommen, weil wir uns sagten, hier liegt der Brennpunkt des wirtschaftlichen Lebens Badens, hier liegt der Brennpunkt des Landesverkehrs. Hier ist zu befürchten, daß sich der Kampf wirtschaftlich am stärksten, am fühlbarsten für unser Volk geltend macht. Wir dürfen uns kein Hehl darüber machen, daß der Kampf, den wir führen, ein wirtschaftlicher Kampf ist. Wir setzen unsere geistigen und technischen Fähigkeiten ein in einen Kampf, wo der Gegner mit brutalen Mitteln der Gewalt uns entgegentritt. Wir werden schwere Opfer bringen müssen, und insbesondere wird sich das in Mannheim geltend machen. Es ist auch möglich, daß der Gegner die Hand nach dieser Stadt ausstrecken wird. Da ist es mir ein Bedürfnis, gerade in Mannheim im Namen der Reichsregierung zu erklären, daß wir ohne Vorbehalt entschlossen und bereit sind, dem Lande und auch Mannheim bei allen diesen Eingriffen, bei allen den Schäden, die daraus entstehen können, mit unserer ganzen Kraft brüderlich zur Seite zu stehen, zu helfen und auszugleichen.

Ebenso sind wir fest überzeugt, daß jeder Bürger, sei er Industrieller, Techniker, Arbeiter und nicht zu-

letzt Beamter, daß sie ihren Mann stehen, daß sie überzeugt sind, daß ein solcher Kampf nur geführt werden kann, wenn der Einzelne bereit und gewillt ist, persönlich Opfer zu bringen.

So glaube ich, daß uns dieser aufgezwungene Kampf, den wir nicht gesucht haben, der uns aufgezwungen wurde trotz unseres durch die Tat bekundeten Willens, nach unserer Möglichkeit zu leisten, was wir können, daß uns dieser Einbruch in unsere heimische Erde, in unser geliebtes Vaterland, zusammenschweißt zu einer einheitlich geschlossenen Nation, zu einer Einheit, die gewillt ist, ihr Bestes, und wenn es sein muß, ihr Letztes an das Vaterland zu setzen, und so hoffe und wünsche ich, daß es gelingt, in diesem Kampfe die Rechte und Lebensbedingungen unseres hartgeprüften Volkes zum Siege zu führen unter der Devise: Für die deutsche Freiheit, für die deutsche Zukunft!

IV.

Darmstadt, 13. 2. 1926

Ein großer Teil des Hessenlandes ist seit dem Waffenstillstand von dem Gegner besetzt. Wir wissen, wie schwer die Last der Fremdherrschaft ist, die auf diesem Lande liegt, wie insbesondere Mainz unter der übermäßig hohen Garnison leidet, wie überall die rücksichtslos durchgesetzten großen Ansprüche an Quartiere die Wohnungsnot der einheimischen Bevölkerung ins Ungeheuerliche steigern, und sehen täglich, welche Gefahren dies für unsere Volksgesundheit mit sich bringt. Trotz der bisherigen Erfolglosigkeit unserer Bemühungen weisen wir immer wieder auf die unerhört hohen Kosten, die zwecklos verschleuderten Summen hin, die dem Reiche durch die überflüssigen Zivilbeamten und die vielen Militärpersonen mit ihrem Anhang, durch die die deutschen Friedensgarnisonen

um das zwei- bis dreifache übersteigende hohe Truppenzahl, ihre Unterhaltung und ihre rücksichtslosen Requisitionen entstehen; die Beschlagnahme von Schulen für militärische Zwecke ist auch jetzt noch, fast vier Jahre nach dem Friedensschluß, in solchem Umfange aufrecht erhalten, daß an vielen Orten ein geordneter Schulbetrieb nicht möglich ist. Mit wachsender Sorge verfolgen wir, wie immer neue wertvolle Flächen Ackerlandes der Landwirtschaft des besetzten Gebietes und damit der Volksernährung entzogen werden für zwecklose Flug-, Exerzier-, Schieß-, Sport- und Spielplätze. Wir geben auch hier der lebhaften Entrüstung der Bevölkerung über die mit zynischer Rücksichtslosigkeit durchgeführte Einrichtung der französischen Bordelle Ausdruck und können es nicht verstehen, wie die Kulturwelt schweigen kann zu diesem uns aufgezwungenen Schmutz; wie sie schweigen kann zu den vielen Sittlichkeitsverbrechen, der Verseuchung der Bevölkerung durch Geschlechtskrankheiten und anderes mehr. Daß die Verwendung farbiger Truppen niederster Kultur als Aufseher über eine Bevölkerung von der hohen geistigen und wirtschaftlichen Bedeutung der Rheinländer eine herausfordernde Verletzung der Gesetze europäischer Zivilisation ist, sei auch hier erneut anklagend in die Welt hinausgerufen.

Zu diesen Bedrückungen, die seit über vier Jahren auf dem besetzten Gebiet und seinen Bewohnern lasten, hat fremde Machtwillkür jetzt neue Drangsale ersonnen. Beamte, die tun, was ihnen Pflicht und Eid gebieten, Bürger, die die Interessen ihrer Landsleute wahrnahmen, Männer, die als erwählte Vertreter ihrer Mitbürger zu Ehrenämtern in Staat und Gemeinde berufen sind, werden in der rücksichtslosesten Weise von fremden Bajonetten aus ihrer Heimat verjagt. Die Rachsucht der Gegner macht nicht vor den Frauen

und Kindern, nicht vor Schwerkranken halt. Mit tiefer Entrüstung gedenke ich der unmenschlichen Ausweisung des verdienten Oberbürgermeisters Dr. Külb von Mainz, der schwerkrank aus dem Hospital von rohen Soldatenfäusten wie ein Verbrecher abgeschoben wurde, an die rücksichtslose Vertreibung des zweiten Bürgermeisters von Mainz, den Präsidenten des hessischen Landtags, Herrn Adelung. Wo bleibt da die Achtung vor den Rechten des Volkes, die Achtung vor der demokratischen Idee, wenn die erwählten Vertrauensmänner des Volkes durch rohes Faustrecht an der Erfüllung ihres Amtes verhindert und aus der Heimat vertrieben werden? Das, was hier geschieht, ist alles andere als ein Ruhmesblatt in der Geschichte eines Volkes, das einst Demokratie und Menschenrecht auf seine Fahnen schrieb.

Tiefe Dankbarkeit bringt die Leitung des Reichs, bringt das ganze deutsche Volk den Männern entgegen, die in treuer Pflichterfüllung in ihrem Amte, ihrem Berufe die Würde des deutschen Volkes und die Interessen ihrer Mitbürger so treu gewahrt haben, die lieber Freiheit und Heimat geopfert haben, als sich fremdem Joch zu beugen. Unsere Gegner glauben, die Bevölkerung des besetzten Gebietes ihrer Herrschaft gefügiger zu machen, wenn sie die Beamten und die übrigen Vertreter öffentlicher Interessen aus der angestammten Heimat verjagen. Sie werden sich auch hier täuschen. Der Gemeingeist der seit Jahren hart duldenden Bewohner des besetzten Gebiets, ihr unverbrüchliches Festhalten am deutschen Volkstum, der Heimat und dem Reiche, wird ihnen die Kraft geben zu dem festen Willen, sich nimmer in fremder Sklaverei zu ducken. Uns anderen aber erwächst die Pflicht, in enger Notgemeinschaft mit allen Kräften uns zusammenzuschließen, um mit vereintem Willen

unseren bedrängten Brüdern und Schwestern in voller Hingabe beizustehen und ihnen Stärkung und Hilfe zu geben, soviel wir können; in diesem Zusammenschluß eines Volkes in Not sind wir stark genug, allen Anschlägen auf unsere Freiheit, auf deutsches Land und seine Söhne zu trotzen, bis nach der Finsternis der Gewalt der helle Tag des Rechts kommt!

V.

Leipzig, 7. 3. 1923

Die Leipziger Messe, die lange schon in Umfang und Bedeutung an der Spitze sämtlicher Messen der Welt steht, findet trotz des schweren politischen und wirtschaftlichen Drucks, der auf Deutschland lastet, auch in diesem Jahre wieder in erweiterter räumlicher Ausdehnung statt. Sämtliche Meßhäuser sind bis auf den letzten Platz besetzt, und die weiten Hallen der Technischen Messe haben in dem neuen Hause der Elektrotechnik eine Erweiterung erhalten; zum ersten Male wird hier heute in einer glänzenden Sammelausstellung hochwertiger Erzeugnisse der Welt vor Augen geführt, was deutscher Erfindergeist und deutsche Arbeit auf dem Gebiete der Elektrotechnik in den letzten Jahren geschaffen haben. So bot sich uns bei unserem Rundgang durch die Messe eine reichhaltige Musterschau dar; sie gab uns Zeugnis von der hohen Qualität und Mannigfaltigkeit deutscher Arbeit und dem unermüdlichen Erfindungsgeiste deutscher Industrie, die vereint unsere Volkswirtschaft erhalten und immer wieder neu beleben. Was wir an Eindrücken des Tages heute von hier mitnehmen, ist uns aber mehr als das Bild der Industrie- und Handelstätigkeit unseres Landes. Die Frühjahrsmesse des Jahres 1923 zeigt in eindringlicher Sprache, daß das deutsche Wirtschaftsleben trotz der schweren Opfer,

die es auf Grund des Versailler Friedensdiktats leisten mußte und nach Möglichkeit geleistet hat, zäh und mutig um sein Dasein ringt, zeigt auch, daß es unter Aufgebot der wissenschaftlichen Forschung und allen technischen Könnens seine Leistungsfähigkeit zu steigern sucht. Die Messe ist ein Beweis für das, was Deutschland für die Neuregelung und die Wiederherstellung der durch Krieg und Nachkriegszeit gestörten und unterbrochenen Weltwirtschaft beizutragen vermag und beizutragen gewillt ist, wenn es in Ruhe und Frieden arbeiten kann. Wiedergesundung der Weltwirtschaft ist aber Lebensfrage aller Völker! Um so mehr werden es die vielen hier anwesenden Vertreter des Wirtschaftslebens des Auslandes verstehen, welche Empörung das deutsche Volk in allen seinen Schichten erfüllt, wenn es sehen muß, wie seit Wochen fremdes Kriegsvolk in unserem wichtigsten höchstentwickelten Industriegebiete haust, alles hemmend und niederdrückend, was dort produktive Arbeit leistet und tatkräftig schafft an der großen Aufgabe der weltwirtschaftlichen Gesundung.

Ein Überfall, einzig dastehend in der neueren Geschichte der Völker, unerhört in seiner Leichtfertigkeit, ist mitten im Frieden, vor den Augen einer Welt, die von Völkerversöhnung und Gerechtigkeit spricht, gegen uns, ein wehrloses Volk, ausgeführt worden. Unter dem Vorwand, Wiedergutmachungen zu erlangen, suchen unsere Gegner politische Eroberungspläne durchzusetzen. Jahrhundertalte Gedanken von Gebietserweiterung und Unterjochung deutscher Stämme sollen verwirklicht werden. Diese phantastischen Pläne wollen sie erreichen durch Zerreißung der wirtschaftlichen Zusammenhänge, durch Zermürbung unserer Volkswirtschaft: Mit Reitpeitsche und Bajonett wollen sie eines der höchstentwickelten Industriegebiete der

Welt, das Ruhrgebiet, sich dienstbar machen. Sie werden einsehen müssen, daß mit Gewalt, mag sie auch noch so waffenstarrend sein, das Wirtschaftsleben eines hochentwickelten Gebietes zwangsweise nicht umgestellt und geregelt werden kann. Nie und nimmer wird es unseren Gegnern gelingen, das Ruhrgebiet zu ihrer wirtschaftlichen Beute und die Männer, die seine Werte geschaffen haben und erhalten, zu ihren Sklaven zu machen. Nur eines kann ihre mit aller Härte und Rücksichtslosigkeit dort hausende Militärwillkür erreichen und durchsetzen: Die Zerstörung von Werten, die jahrhundertlange friedsame und harte Arbeit geschaffen hat, die nicht nur für unser Vaterland, sondern für die Wirtschaft der ganzen Welt von hoher Bedeutung sind; sie kann das vernichten, was das industrielle Leben unseres Landes erhält und uns allein instandsetzen kann, Reparationen zu leisten, aber sie kann es nicht eigener Beutesucht dienstbar machen.

Es ist mir Pflicht, auch hier in dieser Versammlung der Vertreter aller Kreise unseres Wirtschaftslebens in Stolz und Dankbarkeit der Männer in Baden, Pfalz, Hessen, im Rheinland und Ruhrgebiet, der Beamten, der Arbeiter und Unternehmer zu gedenken, die in aufopfernder Pflichttreue barbarische Gewalt abwehren und ihr und unser Recht auf die heilige Muttererde verteidigen. Schwer leiden sie unter brutaler Gewalt und rücksichtsloser Willkür. Ungebeugt und fest ist aber ihr Entschluß, unerschütterlich auszuhalten, bis dieser frevelhafte Anschlag auf Existenz und Souveränität der deutschen Republik, auf unsere Freiheit und unser Leben gebrochen ist. Hinter ihnen steht geschlossen und opferbereit das ganze deutsche Volk. Dem Aufgebot der Gegner an militärischer Macht, ihren Versuchen roher Vergewaltigung, ihren Mißhand-

lungen, Freiheitsberaubungen und Plünderungen, all den tausendfachen Quälereien des enttäuschten und nervös gewordenen Eroberers kann das deutsche Volk in zäher Entschlossenheit und brüderlicher Einheit nur eins entgegensetzen, seinen festen Willen und sein gutes Recht. Wir wollen nicht Sklaven sein auf der freien Erde unserer Väter! Dieser Wille ist stärker als Waffen! Dieser Wille ist unser Weg zum Leben, zur Freiheit und zur Zukunft. Dieses Ziel werden wir aller Willkür zum Trotz erkämpfen und erringen, wenn wir einig im Willen zusammenstehen.

VI.

Hamm, 18. 3. 1923

In diesen für unser Volk so schicksalsschweren Tagen habe ich und haben mit mir die hier anwesenden Minister des Reiches und Preußens das lebhafte Bedürfnis empfunden, mit den berufenen Vertretern des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens des Ruhrgebietes in persönliche Aussprache zu treten. Wir sind hierhergekommen, einmal, um Ihnen mit unserem Dank für Ihre Haltung die Versicherung zu erneuern, daß das ganze Vaterland bereit ist, die schwere Last, die Sie an der Ruhr im Interesse unseres Volkes tragen, mit Ihnen zu teilen, weiter aber auch, um hier mit Ihnen zu raten und zu taten, wie Reich und Staat die Schäden, die die uns aufgedrungene Abwehr im Einbruchsgebiet hervorgerufen hat, lindern und heilen können.

Nicht leichtfertig und nicht durch eigene Schuld sind wir in diesen Kampf geraten; wir haben ihn wahrlich nicht gesucht. Seit dem Friedensdiktat von Versailles war die Reichsregierung bestrebt und gewillt, von den unerträglichen Bedingungen das zu erfüllen, was in ihren Kräften stand, immer bereit, auch die

größten Opfer zu bringen, um die Besetzung weiteren deutschen Gebietes, insbesondere dieses wichtigen Industriegebietes, zu vermeiden. Die schier unerfüllbar hoch festgesetzte Kohlenlieferung von jährlich $14^{3}/_{4}$ Millionen Tonnen haben wir unter Anspannung aller Kräfte zu leisten versucht. Ich verweise dabei besonders auf die von den Bergleuten, trotz ungenügender Ernährung und schlechten Gesundheitsverhältnissen, geleisteten Überschichten. Unter schwerster Belastung der eigenen Wirtschaft und unter Verweisung eines großen Teiles des Eisenbahn- und Industriebedarfs auf Einfuhr englischer Kohle haben wir die Lieferung bis auf einen geringen Rest erfüllt. Auch in den Holzlieferungen waren wir nur in geringem Maße im Rückstand und hatten überdies die Lieferung der restlichen Festmeter bis zum 31. März d. J. zugesagt. Wir hatten im ehrlichen Bestreben, die Reparationsfrage einer vernünftigen Lösung zuzuführen, die der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft wie den gegnerischen Ansprüchen auf Wiederherstellung Rechnung tragen sollte, im Dezember in Paris positive Vorschläge gemacht, hinter denen der ernste Wille und die ganze Kraft der deutschen Volkswirtschaft stand. Sie wissen, daß unsere Vertreter nicht angehört und unsere Vorschläge nicht entgegengenommen worden sind. Wir haben noch mehr getan. Um den immer wieder auftretenden politischen Verdacht, als wollten wir unseren westlichen Nachbar am Rhein bedrohen, zu beseitigen, hat die Reichsregierung im reinen Willen, dem Frieden und einer ehrlichen Verständigung zu dienen, sich zu langfristigen völkerrechtlichen Bindungen bereit erklärt. Auch dieser Vorschlag ist zurückgewiesen worden. Wir können also mit ruhigem Gewissen vor aller Welt feststellen, daß Deutschland es nicht war, das diese Auseinandersetzung verschuldet oder gar ge-

sucht hat. Die Unruhestifter, die Schuldigen an diesem Konflikt, der immer weitere Wellen schlägt und heute schon ganz Europa in Mitleidenschaft zieht, sitzen da, wo man schon seit Jahrhunderten nach der Rheingrenze strebt, wo man deutsche Stämme und Gebiete wie Negerkolonien mit Gewalt an das eigene Land anschmieden will, wo man die Ruhrbesetzung schon lange beschlossen hatte, ehe man sich die Ziffern der Kohlen- und Holzlieferungen zurechtgemacht hat.

Dieser Einbruch eines fremden Heeres in ein friedliches und arbeitsames altes Kulturgebiet, heuchlerisch der Welt als Entsendung einer Ingenieurkommission mit geringer militärischer Bedeckung angekündigt, ist der leichtfertigste Bruch von Recht und Moral, den die neuere Geschichte kennt, durch nichts veranlaßt und begründet, wirtschaftlich ein vollkommener Wahnsinn. Dieser Einbruch ist die krasse und fast unverhüllte Äußerung des französischen politischen und wirtschaftlichen Imperialismus. So wurde dieser ruchlose Einbruch auch von den Männern und Frauen an der Ruhr gleich erkannt. Sie wußten, daß unter dem fadenscheinigen Vorwand von Reparationszielen deutsches Land und deutsche Arbeit fremder Beutesucht dienstbar gemacht werden sollten, daß das deutsche Wirtschaftsleben und die deutsche Einheit in höchster Gefahr standen. Ohne daß es auch nur einer Aufforderung der Regierung bedurft hätte, schlossen sie sich in einigem und entschlossenem Widerstand zusammen. Das ist gerade das Große an dieser Abwehr, daß sie nicht erst befohlen oder angeordnet zu werden brauchte. Kein Plan über Organisation und Methode dieser Abwehr lag vor. Aus dem Boden der Heimat, aus dem zähen Willen seiner Bewohner, aus eigener politischer und wirtschaftlicher Erkenntnis entstand spontan und allerorts die Front des Widerstandes

gegen militärische Vergewaltigung. Sie haben durch diese Haltung, durch diesen impulsiven Willen der Einzelnen, der zusammenfloß zu dem Willen eines Volkes, der Welt gezeigt, daß die Macht der Idee größer und stärker ist als die Idee der Macht.

Mit nüchterner Überlegung, Entschlossenheit und zähem Willen zur Selbstbehauptung, gestützt auf unser unerschütterliches gutes Recht, leisten Sie einer bis an die Zähne bewaffneten Militärmacht Widerstand. Zähneknirschend ertragen Sie brutale Gewaltakte, ohne sich durch alle diese rohen, geradezu sadistischen Quälereien zu Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen. So haben Sie mit der Macht des eisernen Willens den Erfolg erkämpft. Nichts hat der Gegner erreicht, alle seine Methoden sind fehlgeschlagen. Das dankt Ihnen heute mit bewundernder Anerkennung das ganze deutsche Volk! Das ganze Volk, das einig und geschlossen hinter seinen Brüdern im Ruhrgebiet steht.

In herzlicher Bewegung gedenken wir aller derer, die in diesem Abwehrkampf im Vordertreffen stehen, der Beamten des Reiches, des Staates und der Kommunen und der Männer der Schutzpolizei, gegen die sich mit besonderem Haß die brutale Roheit einer enttäuschten Soldateska richtet, der Eisenbahner aller Dienstzweige, die eher Freiheit, Haus und Hof dahingeben, als sich fremdem Joche beugen, der Schiffer und Transportarbeiter, die verächtlich auf alle Lockungen und Bedrohungen blicken, der in zähem und entschlossenem Willen zusammenstehenden Bergleute, der Führer des Bergbaues und aller Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die die Not und Last dieses passiven Widerstandes tragen. Was von der Ruhr gilt, gilt vom Rhein, von Hessen, der Pfalz und Baden. Allen danke ich im Namen des Reiches aufs herzlichste. Nie wird und darf Deutschland vergessen, welch' große Dienste

die Kämpfer an Ruhr und Rhein dem Vaterland in schwerster Zeit geleistet haben.

In Trauer und Empörung gedenken wir aber auch der erschreckend zahlreichen toten Volksgenossen, die eine brutale, Recht und Gesetz mit Füßen tretende fremde Militärwillkür ermordet hat, die einem unmenschlichen Militärterror zum Opfer gefallen sind. Ihrer Hinterbliebenen zu gedenken, ihnen unsere Fürsorge zuzuwenden, soll eine Ehrenpflicht des ganzen Volkes sein.

Mit freudiger Befriedigung können wir feststellen, daß die Pflicht, den Bedrängten im Einbruchsgebiet helfen zu müssen, und der Wille, ihnen nach Kräften beizustehen, in allen Schichten des deutschen Volkes lebendig sind; auch diese Opferfreude ist eine impulsive, wie der Wille zur Abwehr von selbst entstanden in allen Kreisen des Volkes. Groß ist die Fülle der Spenden und Gaben, die aus dem ganzen Reiche, von vielen Deutschen jenseits unserer Grenzen und zahlreichen Deutschfreunden im Auslande täglich zusammenfließen. Allen diesen Gebern sei herzlicher Dank gezollt für die Bekundung ihrer Zusammengehörigkeit zu den Brüdern in Not und ihre Hilfsbereitschaft, die wir auch weiter brauchen. Wir hoffen zuversichtlich, daß diese Opferbereitschaft nicht erlahmt, sondern erstarkt. Jeder neue Druck, jede neue Gewalttat der Gegner muß mit neuer Hilfe für die Bedrückten erwidert werden. Besonders erfreulich ist, daß hier im Hammer Revier, wie in den anderen deutschen Kohlenbezirken, die Bergleute im Bewußtsein, auch in äußerster Arbeitsleistung dem deutschen Wirtschaftsleben zu helfen, mit den Überschichtenleistungen in die Bresche springen. Ihnen danke ich dafür besonders herzlich.

Schwer liegt die Hand des fremden Eroberers auf

dem Gebiet, das bisher nur den Pulsschlag friedlicher Arbeit kannte; groß ist die Not an vielen Orten und in vielen Familien, insbesondere da, wo die Willkür der fremden Gewalthaber die arbeitsamen Bewohner des Landes zur Arbeitslosigkeit gezwungen, wo sie Beamte und Arbeiter aus den Wohnungen verjagt, wo sie Verkehr und Versorgung verhindert haben. Sie dürfen überzeugt sein, daß Reich und Preußen alles tun werden, um jeder Not zu steuern und jeder Zermürbung der Bevölkerung, wie sie der Gegner systematisch betreibt, entgegenzuwirken. Kein Opfer wird uns zu groß sein, wenn es gilt, der Not zu wehren, insbesondere die Ernährung sicherzustellen. Wo sich aber statt Gemeinsinn und Opferbereitschaft Gewinnsucht Einzelner zeigt, wo Preistreiberei und Wucher sich breit machen, muß gegen solches Schmarotzertum mit aller Schärfe vorgegangen werden. Wer in dieser Zeit unserer schwersten Not seine persönlichen Interessen nicht denen der Gesamtheit unterordnet, handelt verbrecherisch.

Bis jetzt ist der fremde Anschlag auf diesen durch Recht und Arbeit geheiligten Boden unserer Väter abgewehrt, am eisernen Willen der Männer der roten Erde zerschellt. Aber noch zeigt der Gegner keine Bereitschaft zu freier und gerechter Verständigung, zu der die deutsche Regierung immer bereit war und bereit ist. Noch herrscht bei ihm der Geist militärischer und wirtschaftlicher Diktatur. Niemand von uns kann darüber im Zweifel sein, was es bedeuten würde, wenn wir uns den Machtgelüsten Frankreichs unterwürfen; dann wäre es geschehen um Bestand, Selbstbestimmung und Zukunft der Deutschen Republik, um die wirtschaftliche und soziale Stellung der deutschen Arbeiter und ihre Weiterentwicklung, die dem französischen Kapitalismus ein Dorn im Auge ist.

Wir wissen, welche Folgen es für unsere Volkswirtschaft hätte, wenn dieses Land der Kohle dauernd unserer Industrie, unserer Arbeit entzogen wäre, daß es dann zu Ende wäre mit der Selbständigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, mit der unser Dasein aufs engste verknüpft ist; die Lebensmöglichkeit vieler hunderttausend deutscher Arbeiter wäre vernichtet. Diese Erkenntnis gibt uns den festen Willen und die Kraft, auszuhalten in der Abwehr. Auf uns allein gestellt, müssen wir diesen schweren Kampf weiterführen; wir können ihn nur führen mit der Waffe des passiven Widerstandes, gestützt auf unser gutes Recht, auf unseren festen, unbeugsamen Willen. Bei Euch, Ihr Männer von der Ruhr, liegt die Last der Abwehr, aber auch ihre Kraft! Auf Euch vertraut Deutschland, haltet aus, seid wie bisher tapfer, fest, ruhig und besonnen. Dann ist unserer gerechten Sache der Erfolg sicher. Und dazu: Glückauf!

KUNST IST KEIN LUXUS, SONDERN NOTWENDIGKEIT

Ansprache bei einer Geselligkeit im Hause Ebert. 20. 3. 1923

Ich möchte es mir nicht versagen, Ihnen gegenüber meiner großen Freude und aufrichtigen Dankbarkeit Ausdruck zu geben, daß Sie meiner Einladung gefolgt sind. Wissenschaft und Kunst sind von der Not der Zeit nicht unberührt geblieben und mehr als je auf Fühlung mit dem praktischen Leben angewiesen. Die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft zeigt dies deutlich, seit ihrer Gründung bestrebt sie sich in dankenswerter Weise, helfend und fördernd einzugreifen und die Wissenschaft vor dem drohenden Zusammenbruch zu bewahren. Ihre Vorstands- und Ausschußmitglieder sowie die Vertreter des Stifterverbandes begrüße ich anläßlich ihrer heutigen Tagung besonders

herzlich. Ebenso freue ich mich, daß die heutige Sitzung des Kuratoriums der Physikalisch-technischen Reichsanstalt, unseres größten wissenschaftlichen Reichsinstituts, uns Gelegenheit gibt, bedeutende Gelehrte aus allen Teilen des Reiches heute hier zu sehen. Wissenschaft und Praxis sollen sich in dieser ernsten Zeit ergänzen und gemeinsam für des Vaterlandes Wiederaufrichtung arbeiten. Wo immer die Gegner uns Abbruch tun möchten, wie jetzt an der Ruhr, sind es die einzigartigen Erzeugnisse deutschen Geistes und deutscher Arbeit, nach denen es sie gelüstet. Über diese Beziehungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft nach dem Kriege will einer unserer berufensten Kenner dieses interessanten und wichtigen Gebiets, Herr Geheimrat Haber, uns noch seine Gedanken mitteilen, ich danke ihm herzlich für seine freundliche Bereitwilligkeit. Auf solchen Arbeiten der Wissenschaft für die Wirtschaft beruht ja zum großen Teil die Hoffnung, die wir für eine bessere Zukunft hegen. Aufrichtigen Dank sage ich sodann den Herren des Klingler-Quartetts, die nachdem das Haydnsche Lerchenquartett zu Gehör bringen wollen. Auch die Kunst ist kein Luxus, den wir in dieser Zeit entbehren könnten. Wir wollen sie pflegen, bewahren und fortbilden als ein Gut, das wir brauchen für die schwere Arbeit des Tages. Die Bestrebungen, ähnlich wie für die Wissenschaft, auf diesem Gebiet der Not zu steuern, begrüße ich mit den besten Wünschen. Möge denn dieser Abend uns wieder zeigen, daß die Faktoren des geistigen und politischen Lebens eng miteinander verknüpft sind, daß wir alle uns zusammenfinden müssen in diesem harten Kampfe, den nur ein einiges Volk unter Aufbietung aller seiner schaffenden Kräfte, ein Volk, das stolz ist auf seine hohe Kultur und sie voll einsetzt, durchfechten kann.

Aufruf. 23. 4. 1923

Schleswig-Holsteiner, am 24. März jährt sich zum fünfundsiebzigsten Male der Tag, an dem die Söhne und Töchter Eurer meerumschlungenen Heimat die unauslöschliche Sehnsucht aller Deutschen nach staatlicher Einheit in heißer Vaterlandsliebe öffentlich mit Wort und Tat bekannten und damit den entscheidenden Anstoß zum Erwachen des deutschen Volkswillens in allen seinen Stämmen gegeben haben.

Im Geiste wahrer Freiheitsliebe erhoben sich Eure Väter zur Wahrung ihrer verfassungsmäßigen Rechte und entzündeten in der Tiefe und Breite des vielfach noch schlummernden deutschen Volksbewußtseins den unzerbrechlichen Willen zur freien Selbstbestimmung Deutschlands nach innen und außen. Eure Väter, deren Namen in Ehren in Deutschland weiterleben sollen, haben als die ersten Zeugen deutscher Einheit Gut und Blut für Einigkeit und Recht und Freiheit des Vaterlandes eingesetzt!

Schleswig-Holsteiner, das Hoffen und Harren Eurer Väter in den trüben Tagen bis zur Reichsgründung und die Kraft Eurer Lieder in den folgenden Entwicklungsjahren des jungen Reiches sind Gemeingut des deutschen Volkes geworden. Sie sollen unsere Kraft sein auch in diesen Jahren des Leidens unter unrechtmäßiger Gewalt.

Ihr aber, die Ihr im Kampf um Euer Recht und Euer Volkstum durch ein Jahrtausend erprobt seid, werdet, davon ist die Reichsregierung überzeugt, auch den fremden Umtrieben, die in diesen Tagen der deutschen Not in Eurer Heimat auftreten, gegenüber in alter Treue standhalten. Wie unsere Brüder an Rhein und Ruhr werdet auch Ihr feststehen für das Recht

und die Freiheit; gestützt auf die großen geschichtlichen Überlieferungen und Erinnerungen Eurer Heimat.

DIE ENTFALTUNG ALLER KRÄFTE IN ARBEIT UND FRIEDEN

Ansprache beim Stapellauf des Dampfers Deutschland.

Hamburg, 28. 4. 1923

Als der Machtspruch von Versailles unsere große und blühende Schiffahrt vernichtet, uns vom Weltverkehr abgeschlossen oder doch von fremder Flagge abhängig gemacht hat, haben tatkräftige und verantwortungsbewußte Männer mit ungebrochenem Mut sofort den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte in Angriff genommen. Sie erkannten mit klarem Blick, daß uns, dem Industriestaat, der an zwei Meeren liegt, Schiffahrt nottut, daß es eine Lebensfrage für uns ist, unsere weltwirtschaftlichen Verkehrsbeziehungen wieder zu schaffen und zu erhalten; so wagten sie, vom Reiche unterstützt und gefördert, in der schwersten Zeit und in der großen Not unseres Volkes den Wiederaufbau deutscher Schiffahrt. Ihnen und all ihren seemännisch, technisch und kaufmännisch erfahrenen Mitarbeitern im Seedienst und auf den Werften ist es zu danken, daß trotz der Schwierigkeiten der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse bei uns, trotz der gestörten und zerrütteten Wirtschaftslage in der Welt jetzt wenigstens ein bescheidener Bruchteil der vormaligen deutschen Handelsflotte in Fahrt ist.

In diesem Wiederaufbau der deutschen Schiffahrt ist der stattliche Dampfer, der heute seinem Element übergeben wird, ein wichtiges Glied. Der größten deutschen Schiffe eines, mit allen Erfahrungen und Neuerungen unserer fortgeschrittenen Schiffstechnik erbaut, wird es den allmählich wieder gesteigerten Anforderungen im Passagier- und Frachtverkehr der

Hamburg-Amerika-Linie mit Nordamerika dienen. Das neue Schiff soll den Namen führen, der uns allen am höchsten steht: es soll ‚Deutschland' heißen und an seinem Bug das Wort über die Weltmeere tragen, das all unsere Liebe, unsere Sorge und unsere Hoffnung in sich schließt. Möge ihm stets glückliche und gute Fahrt beschieden sein! Uns allen aber, unserem in aller Not und Bedrückung doppelt teuren Vaterland, unserem in opferfreudiger Entsagung und heldenmütiger Geduld leidenden Volke gelte der gleiche Wunsch unserer Herzen in dieser Stunde; möge auch ihm bald wieder die freie Entfaltung seiner Kräfte in Arbeit und Frieden beschieden sein.

DER GEIST VON 1848.

Zwei Ansprachen bei der Gedenkfeier in Frankfurt am 18. 5. 1923

I.

Ihnen, Herr Oberbürgermeister, und der Stadt Frankfurt, die in ihrer reichen Geschichte vor 75 Jahren jene großen und hoffnungsfrohen Tage der Paulskirche verzeichnet hat, danke ich dafür, daß Sie trotz der schmerzenden Sorge dieser Tage uns zu der heutigen Feier hier versammelt haben, zu einer stillen Stunde der Erinnerung an die Vorkämpfer deutscher Einheit und deutscher Freiheit. Die Zeit, die wir erleben, ist nicht berufen, Feste zu feiern; aber gerade die gegenwärtigen schweren Anschläge und Anstürme unserer Gegner gegen unsere nationale Freiheit und den Bestand des Reiches müssen uns besonderen Anlaß geben, des Zusammentritts der ersten Deutschen Nationalversammlung und jener Tage in Dankbarkeit zu gedenken, in denen das deutsche Volk sich dazu aufraffte, sein Geschick und sein Leben in die eigene Hand zu nehmen.

In den Freiheitskriegen hatte das deutsche Volk in freiwilliger und bewußter Hingabe an den Gedanken einer deutschen Nation sich die äußere Freiheit errungen; sein Streben, nun auch aus der deutschen Vielstaaterei zum nationalen Staat auf freiheitlicher Grundlage, zum Reich zu kommen, scheiterte an dem Widerstand der deutschen Fürsten, dem nationalen Gedanken ein Opfer an Souveränitätsrechten zu bringen. Treulich bewahrte aber trotz alledem das deutsche Volk seit den Freiheitskriegen im Zeichen des schwarzrotgoldenen Banners das Ideal der Einigung der deutschen Stämme und der inneren Freiheit. In der großen Volksbewegung, die 1848 wie andere Nationen auch die Deutschen erfaßte, sollte an dieser Stätte das politische Streben der Besten und Bedeutendsten der Nation, sollte der Volksstaat des einigen und freien Deutschland Verwirklichung finden. Zum ersten Male ging aus allgemeinen Wahlen des ganzen deutschen Volkes eine Vertretung Deutschlands hervor, die Nationalversammlung, ein Parlament von hohem geistigen Schwung, von edelstem Wollen und starkem nationalen Bewußtsein. Dieser ersten Nationalversammlung gelang es, die Grundrechte des deutschen Volkes und die Verfassung des einigen Deutschen Reiches zu schaffen, aber es gelang ihr nicht, das Reich selbst aufzurichten. Dazu fehlten ihr die realen Machtmittel; am Geiste der Kleinstaaterei scheiterte ihr nationaler Wille. So wurde die Arbeit der Paulskirche nicht Wirklichkeit; sie ist aber ein Denkstein geworden, der weit und sichtbar hineinragt in die weitere Entwicklung des staatlichen Lebens der Nation, in die Zeit der Gründung des Reichs wie in die schweren Zeiten unserer neuesten Geschichte. Denn, als wiederum, 70 Jahre später, im Winter 1918/19 das deutsche Volk gezwungen war, sein Geschick selbst in

die Hand zu nehmen, sein Staatswesen in den Nöten der Zeit neu aufzubauen, führte uns die Arbeit von Weimar zur Frankfurter Paulskirche zurück, zu den Leitgedanken, die einst an dieser Stätte geboren sind. So schlingt sich über gute und böse Tage hinüber das Band, das uns von heute mit den Kämpfern der Ersten Nationalversammlung verbindet.

Einheit, Freiheit und Vaterland! Diese drei Worte, jedes gleich betont und gleich wichtig, waren der Leitstern, unter dem die Paulskirche wirkte. Sie sind auch Kern und Stern des Daseinskampfes, den wir heute an Rhein, Ruhr und Saar zu führen gezwungen sind. Dort stehen wir in entschlossener Abwehr, um das einige Reich, um unsere Freiheit zu erhalten, dort kämpfen alle Volksgenossen mit äußerster Hingabe für den Staat des deutschen Volkes.

II.

Es gilt, des Tages zu gedenken, an dem hier vor 75 Jahren die Männer der Paulskirche die nationale Einheit schaffen wollten. Sie hatten einen Volksstaat auf demokratischer Grundlage zum Ziele. Dieses Ziel wurde damals nicht erreicht, aber wir sind jenen Bestrebungen treu geblieben. Heute haben wir den demokratischen Volksstaat, ein Volk, ein Vaterland. Legen wir das Gelöbnis ab, ihn zu bewahren und zu stärken! Unser Vaterland ist bedroht und bedrückt. Es ist unsere Pflicht, alle Kräfte zusammenzuhalten, alle Arbeit dem Vaterlande und seiner Zukunft zu leisten.

UNSER VERBUNDENSEIN MIT ÖSTERREICH

Begrüßung des Deutschen Volksgesangvereins Wien.

Berlin, 26. 5. 1923

Aufrichtig und herzlich heiße ich Sie hier willkommen und gebe meiner großen Freude Ausdruck, daß Sie sich zu dieser Sängerfahrt entschlossen haben. Sie werden schon jetzt gefühlt haben, daß ebenso wie im vorigen Jahre den Herren vom Wiener Männergesangverein, die ich an dieser selben Stelle begrüßen konnte, Ihnen überall in Deutschland wärmster Empfang und herzlichste Aufnahme gewiß sind. Sie bringen uns edelste deutsche Kunst, die Kunst, die tief im Volk wurzelt und aus ihm sich immerfort erneut. Sie haben, wie der Name Ihres Vereins besagt, sich die Pflege des deutschen Volksliedes zur Aufgabe gemacht und durch liebevolles Forschen und Nachspüren manche noch unbekannten Schätze dieser lauteren Volkskunst gehoben. Der Ruf, der Ihren Leistungen vorangeht, verbürgt Ihnen künstlerischen Erfolg; alte vertraute und neuere Weisen, die Sie hier zu Gehör bringen wollen, werden dankbar und mit Verständnis aufgenommen werden.

Wenn Sie als deutscher Gesangverein diese Deutschlandfahrt unternehmen, so sehen wir darin das Bekenntnis, daß Sie uns keine Fremde, sondern vertraute Freunde sein wollen, daß Sie sich mit uns aufs engste verbunden fühlen durch gemeinsame Geschichte und Kultur, die gerade in unserer Muttersprache, unserem Lied und unserer Musik mit ihrem uns allen teuren Namen schönsten Ausdruck gefunden hat. Zu diesem Bekenntnis stehen auch wir im Reiche aus tiefinnerster Überzeugung in dem unerschütterlichen Entschluß, daß wir uns diese Gemeinsamkeit nie und nimmer nehmen lassen wollen. Wir sind stolz auf sie und bewahren und pflegen sie als ein hohes Gut.

Leiden und Bedrückungen aber, die uns in dieser schweren Zeit auch gemeinsam geworden sind, werden uns nur noch fester zusammenschmieden. Je mehr man uns nimmt, je mehr man uns trennen will, desto mehr schauen wir auf das, was uns bleibt, was uns eint und stärkt. Im gegenseitigen Nehmen und Geben wollen wir einander stützen und helfen auf dem Wege, den wir in entsagungsvoller Arbeit des Wiederaufbaus gehen müssen, aber doch in der freudigen Hoffnung, für eine glücklichere Zukunft den Grund legen zu können. Ihr Besuch trägt in hohem Maße dazu bei, dieses Gefühl engsten Verbundenseins zu kräftigen, und erfüllt somit eine bedeutsame Aufgabe. Sie beschenken uns dabei mit den Gaben Ihrer Kunst und führen uns auf Stunden heraus aus den Mühen und Sorgen dieser Tage, an denen, wie ich weiß, Sie warmen Anteil nehmen. Dafür sage ich Ihnen herzlichen Dank. Ich bitte Sie, nach Ihrem schönen Wien das Bewußtsein mitzunehmen, daß Sie Ihren Brüdern im Reich mit dieser Sängerfahrt eine große Freude bereitet haben und daß die Herzen aller Deutschen zusammenklingen in dem, was ihnen lieb und teuer ist.

DIE WEIMARER NATIONALFESTSPIELE FÜR DIE DEUTSCHE JUGEND

Rede zu ihrer Eröffnung. Weimar, 19. 6. 1923

Haben Sie, Herr Professor Scheidemantel, herzlichen Dank für die freundlichen Worte des Willkomms, die Sie mir gewidmet haben. Es ist ein glücklicher Gedanke des Deutschen Schillerbundes gewesen, an dieser klassischen Stätte, auf diesem geweihten Boden alljährlich Festspiele zu veranstalten und zu diesen Aufführungen deutsche Jugend aller deutschen Stämme in Weimar, das so viel uns allen

Teueres in sich schließt, zu vereinigen. So habe ich heute hier die Freude, deutsches Jungvolk aus den verschiedensten Gegenden des Vaterlandes zu begrüßen und aufrichtig willkommen zu heißen. In besonderer Herzlichkeit richte ich meinen Gruß an Euch, die Söhne und Töchter aus Rheinland und Westfalen, deren Heimat so hart unter den unerhörten Gewalttaten brutaler fremder Willkür leidet; möget Ihr hier, am frischen Quell deutschen Geistes und deutscher Kultur, neue Stärkung finden zum tapferen Aushalten in aller Drangsal und Bedrückung und die Zuversicht mitnehmen, daß deutscher Geist und deutsches Volkstum nie untergehen werden. Ihr, deutsche Jugend, seid die Hoffnung, seid die Zukunft unseres Vaterlandes, um derentwillen wir in duldendem Ausharren die schwere Last der Gegenwart tragen. Ihr sollt, Ihr werdet wieder lichtere Tage sehen! Seid aber stets eingedenk, daß auch Ihr Pflichten habt gegen Euer Vaterland und Euer Volk; fühlt Euch mit Hingabe und Liebe als Glieder der deutschen Volksgemeinschaft; lebt nicht allein den großen deutschen Taten der Vergangenheit, sondern wirkt mit an den Aufgaben der Gegenwart und steht in gegenseitigem Verständnis in Einigkeit zusammen, die allein uns stark machen kann; habt Freude an Lernen und Arbeit und nehmt von dieser Stätte, wo die Großen im Reiche des Geistes Unsterbliches geschaffen haben, die Begeisterung mit für alles Gute, Edle und Schöne. Dann werdet Ihr, unsere Jugend, einst tüchtige und pflichttreue Bürger im deutschen Volksstaate werden und, auf sicherem Boden stehend, in einem Vaterlande leben, das wieder gleichberechtigt und kraftvoll in der Reihe der Völker wirkt.

DIE AUFGABEN DER REICHSWEHR

Ansprache beim Besuch des Wachtregiments Berlin. 11. 8. 1923

Soldaten! Es ist mir ein lebhaftes Bedürfnis gewesen, heute, da wir des Tages gedenken, an dem vor vier Jahren nach den Wirrnissen des Zusammenbruchs das deutsche Volk sich eine Verfassung gab, auch das Wachtregiment Berlin zu begrüßen, das Angehörige der Reichswehr aus allen Gebieten des Reichs, Söhne aller deutschen Stämme zusammenfaßt. Ich möchte Ihnen zunächst meine aufrichtige Anerkennung für die sportlichen Leistungen aussprechen, die ich soeben gesehen habe, und die verständnisvolle Pflege, die Sport und körperliche Einzelleistungen als Mittel zur Erziehung und Ertüchtigung bei Ihnen gefunden haben; ich darf aber diese Anerkennung und diesen Dank ausdehnen auf die gesamte Tätigkeit des Wachtregiments Berlin, die allgemein anerkannte gewissenhafte und pflichttreue Erledigung Ihres Dienstes.

Die Reichswehr hat innerhalb des staatlichen Lebens unseres Vaterlandes eine besondere Aufgabe; sie ist berufen, das Reich zu verteidigen und die Reichsverfassung zu schützen. Die Erfüllung dieser Aufgabe setzt die Fernhaltung der Angehörigen der Reichswehr vom Meinungsstreit und Tageskampf der politischen Parteien, setzt selbstlose Pflichterfüllung und unbedingte Treue zur Reichsverfassung als dem Grundgesetz des deutschen Volkes und dem Fundament unserer nationalen Selbständigkeit voraus. Ich will hier gern bekunden, daß die Reichswehr dieser Voraussetzung durchaus gerecht wird und daß ich volles Vertrauen in die Erfüllung ihrer Aufgaben setze. Einzelne Vorkommnisse, die gelegentlich Angehörige der Reichswehr in Verbindung mit Bestrebungen extremer politischer Parteien gezeigt haben, wollen und dürfen diese Überzeugung nicht stören. In diesen

Fällen ist scharf zugegriffen worden, und so wird auch künftig verfahren werden. Wenn solche Vorkommnisse aber Anlaß zu einer verallgemeinernden Kritik in der Öffentlichkeit geben und die Reichswehr in ihrer Gesamtheit dafür verantwortlich gemacht wird, so ist dies ungerecht und unbillig. Ich hoffe zuversichtlich, daß die Reichswehr als eins der wichtigsten Elemente im Verfassungsleben der Deutschen Republik durch ihre selbstlose und treue Pflichterfüllung sich mehr und mehr das Vertrauen aller Kreise unseres Volkes erwirbt und befestigt und hierin die zuverlässige Grundlage für die volle Erfüllung ihrer staatlichen Aufgaben findet. So begrüße ich am heutigen Tage das Wachtregiment Berlin und in ihm die deutsche Reichswehr überhaupt in dem Gefühl des Vertrauens, der Anerkennung und der Zuversicht, daß sie stets ein wichtiges Mittel zur Sicherung unseres staatlichen Lebens und der aufbauenden Arbeit für die Zukunft unseres Vaterlandes sein wird. Dem Vaterland, dem deutschen Volk soll all unser Streben gelten.

AUFRUF ZUM VERFASSUNGSTAG 11. 8. 1923

In schwerer Bedrängnis, rückblickend auf ein Jahr des Leidens und Duldens und vorwärtsschauend in die dunkelverhangene Zukunft, begeht heute Deutschland seinen Verfassungstag. Jeder von uns kennt das ungeheure Ausmaß unserer Not und Bitterkeit, und dennoch: Wir wollen den besonderen Sinn dieses Tages nicht vergessen. Das deutsche Volk hat sich seine Verfassung gegeben, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern. Diesen Willen wollen wir

heute aufs neue bekunden und bekräftigen. Gerade auf den Tag sind heute sieben Monate vergangen, seit die Franzosen und Belgier in unser Land eingebrochen sind. Sie haben unsere fleißige Arbeit stillgelegt und schuldlose Menschen, jung und alt, verjagt, gepeinigt, gemartert und getötet. Sie haben unser redliches Bemühen, Unerfüllbares erfüllbar zu machen, in tiefe Erbitterung verwandelt. Etwas Gutes für sich und für Europa haben sie nicht erreicht, es sei denn, daß sie dies eine erreicht haben: Nie noch so felsenfest, nie noch so innigen Glaubens wie jetzt sind wir Deutschen unserer Stammeszugehörigkeit uns bewußt geworden. Das Unglück verbindet. Mannesfaust schlägt ein in Mannesfaust, Frauenhand faßt Frauenhand: Deutsch sind wir, und deutsch wollen wir bleiben! Wir blicken vergeblich in die Ferne. Schutz und Hilfe kommen nicht von dort. Die Begeisterung für das Recht scheint draußen schlafen gegangen zu sein. Wo sie wach ist, fällt sie willkürlicher Gewalt nicht in den frevelnden Arm. Wir müssen uns selber helfen. Deutsche an Rhein, Ruhr und Saar, Ihr seid uns ein Beispiel, das uns immer wieder erheben soll. Verzagt nicht! Noch nie hat ein Sieger im Rausche seiner Macht Recht behalten. Das lehrt die Weltgeschichte. Deutsche an allen freien Strömen des Vaterlandes, laßt Euch nicht von Kleinmut niederdrücken und von Selbstsucht leiten. Für Genußsucht und Luxus läßt die Not des Volkes keinen Raum. Fort daher mit all den häßlichen, die Darbenden aufreizenden Erscheinungen gedankenlosen Taumels! Seid Euch stets bewußt, daß der Kampf um Rhein und Ruhr auch von Euch gesteigerte Opferkraft und die Not der Stunde von allen Gliedern unseres Volkes selbstlose und große Leistungen verlangt! Regierung und Reichstag sollen Mut und Tatkraft zeigen und Entschlüsse finden, um durch eigene

Kraftanstrengungen die Not dieser Tage zu meistern. Verzehrt Euch nicht in Zwietracht im Kampf der Sonderinteressen und in Markten und Feilschen, sondern helft! Für Eure Brüder und Schwestern an Rhein und Ruhr ist heute eine große Sammlung vorbereitet. Gebt auch hier mit vollen Händen. Bedenkt, daß mit Geld wenigstens um ein Geringes unseren gequälten Volksgenossen geholfen werden kann. Deutsche, laßt das Ergebnis dieses Tages mitten in der Not ein unerschütterliches Bekenntnis sein, ein Bekenntnis zum einigen, unteilbaren und der Zukunft trotz allem ungebeugt entgegengehenden Deutschen Reiche und zur Deutschen Republik. Das deutsche Volk hat in seiner harten Geschichte schwere Zeiten bestanden. Es wird auch diese trüben Stunden überwinden, wenn es standhaft bleibt in treuem Zusammenhalten, in Gemeinsinn, Ordnung, Arbeit und Opferwilligkeit.

HITLER UND LUDENDORFF ALS VERBLENDETE UND FÜHRER VON HORDEN

Aufruf. 9. 11. 1923

In der Zeit größter außen- und innenpolitischer Bedrängnis haben sich Verblendete ans Werk gemacht, um das Deutsche Reich zu zerschlagen. In München hat eine bewaffnete Horde die bayerische Regierung gestürzt, den bayerischen Ministerpräsidenten von Knilling verhaftet und sich angemaßt, eine Reichsregierung zu bilden, den General Ludendorff zum angeblichen Befehlshaber der deutschen Armee, Herrn Hitler, der erst vor kurzer Zeit die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hat, zum Leiter der Geschicke Deutschlands zu bestimmen. Es bedarf keines Hinweises darauf, daß diese Putschbeschlüsse null und nichtig sind. Wer diese Bewegung unterstützt, macht

sich zum Hoch- und Landesverräter. Statt unseren Brüdern im Rheinland und an der Ruhr zu helfen, die für Deutschland kämpfen, stürzt man Deutschland ins Unglück, gefährdet die Ernährung, bringt uns in die Gefahr eines feindlichen Einmarsches und zerrüttet alle Aussichten auf die Anbahnung wirtschaftlicher Gesundung. Die letzten Maßnahmen der Reichsregierung auf währungspolitischem Gebiete haben dazu geführt, daß die Mark im Auslande sich in den letzten 24 Stunden um das Vielfache gebessert hat. Alles ist dahin, wenn das wahnwitzige Beginnen Erfolg hat, das in München versucht wird.

In der Schicksalsstunde des deutschen Volkes und Deutschen Reiches fordern wir alle Freunde des Vaterlandes auf, sich einzusetzen für die Bewahrung der deutschen Reichseinheit, deutscher Ordnung und deutscher Freiheit.

Alle Maßnahmen für die Niederkämpfung des Putsches und die Wiederherstellung der Ordnung sind getroffen und werden mit rücksichtsloser Energie durchgeführt.

BRIEF AN DEN AUSSCHUSS DER DEUTSCHEN JUGENDVERBÄNDE

Berlin, 31. 12. 1923

Zur Jahreswende seufzt das deutsche Volk unter hartem Druck und quälendem Elend. Die wirtschaftliche Not weiter Volkskreise wird erschwert durch die lähmende Ungewißheit über das zukünftige Schicksal unseres Landes.

Dennoch ist die Hoffnung im deutschen Lande noch nicht erstorben, die Hoffnung auf einen Aufstieg, auf eine bessere Zukunft. Diese Hoffnung aber hat ihre besten und stärksten Wurzeln in dem Vertrauen auf den Willen und die Kraft der deutschen Jugend.

Das junge Deutschland hat dieses Vertrauen bisher

gerechtfertigt. Es hat seinerzeit die Grenzen unseres Landes schützen helfen, es hat erst in jüngster Zeit mit erfreulicher Einmütigkeit und Geschlossenheit sich für des Reiches Einheit und Geschlossenheit eingesetzt; es hat in Selbstzucht und in Erkenntnis der Notwendigkeit Einfachheit und Schlichtheit zum Grundsatz des persönlichen Lebens erhoben; es hat in den letzten Wochen mit bescheidener Selbstverständlichkeit die Not im Volke zu lindern gesucht; es hat inmitten eigener materieller Sorgen und Kümmernisse doch nicht versäumt, seine seelischen Triebkräfte zu stärken und Heimatliebe und Heimatkultur zu pflegen.

Deutsche Jugend! Erhalte und stärke in Dir diesen Gemeinsinn und diesen Idealismus! Das deutsche Volk kann nur leben und eine geachtete Stellung unter den Völkern einnehmen, wenn es seine Geschicke in einer freien und friedliebenden Demokratie selbst bestimmt. Diese Selbstbestimmung wird aber nur dann lebendige und dauernde Kraft des ganzen Volkes werden, wenn die junge Generation die dafür nötigen Eigenschaften durch die deutsche Jugendbewegung in sich heranbildet: Gesundes Nationalgefühl, staatsbürgerliche Gesinnung, das Bewußtsein der Verantwortung vor der Gemeinschaft, soziales Mitempfinden und nicht zuletzt die Achtung vor der Weltanschauung und der ehrlichen Überzeugung andersdenkender Volksgenossen.

Deutsche Jugend: Wenn Du in solcher Gesinnung und mit solchem Wollen die Schwelle des neuen Jahres überschreitest, wirst Du selbst am meisten mit dazu beitragen, daß aus den düsteren Jahren der Vergangenheit und aus der Schwere der Gegenwart heraus der Weg des deutschen Volkes allmählich wieder aufwärts führt zu freudiger Arbeit in einem geeinten und freien Deutschland.

1924.

DEUTSCHLAND AM ENDE DER INFLATION

Zwei Ansprachen beim Neujahrsempfang 1924 der Diplomaten und Minister.

I.

Herr Nuntius! Dankbaren Herzens begrüße ich die Worte des Mitgefühls, mit denen Sie der Not des deutschen Volkes und derjenigen unserer Volksgenossen gedacht haben, die in diesem schweren Winter unter bitterer Bedrängnis leiden. Mit aufrichtiger Genugtuung stellen wir fest, daß weite Kreise der fremden Nationen sich der in Deutschland herrschenden Not bewußt geworden sind, und vom Geiste wahrer Menschlichkeit beseelt, uns Hilfe und Beistand geleistet haben; manches Leid ist dadurch gemildert, und vielen ist auf diesem Wege wirksam geholfen worden. Mit Recht haben Sie auf diesen Geist allgemeiner Menschenliebe hingewiesen, der zusammen mit dem Gefühl der Gerechtigkeit gegenüber den anderen Nationen die stärkste Gewähr für den Fortschritt und das gedeihliche Zusammenarbeiten der Völker bietet. Es ist bei Beginn dieses neuen Jahres der sehnlichste Wunsch des deutschen Volkes in seinem harten und duldenden Ringen um sein Leben und seine Zukunft, daß auch ihm bald das hohe Gut ruhiger Arbeit und friedlichen Lebens im Kreise der Völker beschieden sei.

II.

Mit Recht wiesen Sie darauf hin, daß das abgelaufene Jahr dem deutschen Volke schwere Opfer auferlegt hat; insbesondere blicken unsere Brüder an Rhein und Ruhr auf ein Jahr harter Bedrängnis zurück. Dankbar erinnern wir uns aber auch heute des Opfermuts, mit dem alle Schichten der Bevölkerung das harte Los getragen haben und weiter tragen. Möge das neue Jahr diesen deutschen Gebieten eine Er-

leichterung ihres schweren Schicksals dadurch bringen, daß es gelingt, auf der Grundlage des wahren Friedens und des Rechts der Völker die Lebensmöglichkeiten und die wirtschaftlichen Kräfte ihrer Bewohner wieder zu entfalten.

Groß ist die wirtschaftliche Not in weiten Schichten unseres Volkes. Die Reichsregierung mußte zu tief einschneidenden Maßnahmen greifen, zu Maßnahmen, die den einzelnen schwer treffen, aber doch notwendig sind, um die Lebensfähigkeit des Landes zu erhalten. Bei allen Anstrengungen des Reiches ist dem schlimmsten Elend aber nur zu steuern, wenn jeder einzelne nach besten Kräften mithilft. Mit Befriedigung kann man feststellen, daß bei uns wie im Auslande sich viele menschenfreundliche Herzen und Hände regen. Aber noch sind unter uns viele, die unberührt von der Not des Volkes abseits stehen! An sie richtet sich unser dringender Appell zur Menschenpflicht!

Auch die Zukunft wird von uns allen schwere Opfer fordern, wenn wir unsere nationale Existenz erhalten und sichern wollen. Zur Erreichung dieses Zieles ist mehr denn je gerade heute der Wille des ganzen deutschen Volkes zur Zusammengehörigkeit notwendig. Nicht in dem Widerstreit der Interessen und Ideen, nicht in dem täglichen Betonen der bestehenden Gegensätze liegt der Weg zur Zukunft unseres Volkes, sondern im Hervorheben des Gemeinschaftlichen, im Willen zur Volkszugehörigkeit, die unser aller Schicksalsgemeinschaft ist. Daß dieser Wille und dieser Geist der Sammlung das deutsche Volk im neuen Jahre mehr als bisher leiten möge, ist mein herzlichster Wunsch am heutigen Tage, hierzu nach besten Kräften beizutragen, die aufrichtige Bitte, die ich an Sie richte!

DAS SCHICKSAL UNSERER VOLKSGENOSSEN AUS DER PFALZ UND AM RHEIN

Rede. Mannheim, 1. 3. 1924

Der heutige Abend gilt in erster Linie unseren bedrängten Brüdern und Schwestern im besetzten Gebiet, im besonderen der unter schwerster leiblicher und seelischer Bedrückung leidenden Volksgenossen der Pfalz. Ihnen, die Sie aus der Pfalz und vom Rhein heute hierher gekommen sind, um für einen Tag wieder einmal Deutsche unter Deutschen sein zu können, Ihnen entbiete ich namens des Deutschen Reiches, namens der Deutschen Republik und namens des gesamten deutschen Volkes herzlichsten Gruß! Mit diesem Gruße verbinden wir den Ausdruck unserer Bewunderung und unseres Dankes für Ihr tapferes Ausharren und Festhalten an deutschem Volkstum und am Deutschen Reich, das Sie fremder Knechtung und Entrechtung entgegensetzen. Ein besonderes Wort des Dankes gebührt an dieser Stelle den Männern der Presse, die unter Einsatz von Freiheit und Heimat tapfer und opferbereit die Rechte der Bevölkerung und den wahren Geist der Pfalz gegen jede Fälschung verteidigt haben.

Die Augen Deutschlands, ja — ich kann es mit Genugtuung sagen — die Augen der gesamten Kulturwelt, soweit ihr Völkergewissen und Menschenrechte mehr sind als Wortgebilde, ruhen seit Wochen auf den deutschen Landen am Rhein, insbesondere auf der Pfalz, die unter dem Druck fremder militärischer Besatzung zur Erreichung alter machtpolitischer Ziele einem bewaffneten und gedungenen Gesindel überlassen worden ist, von dessen Gemeinschaft und Gesellschaft sich jeder anständige Pfälzer fernhielt. Die Hoffnung, daß es gelingen werde, durch eine Handvoll übelbeleumdeter, zum erheblichen Teile landfremder,

ja ausländischer Elemente die bis aufs Blut gequälte Bevölkerung zur Absage von Heimat und Reich, zur Lösung tausendjähriger Bande der Geschichte und Kultur zu zwingen, ist an der bewunderungswerten Widerstandskraft der Bevölkerung und an ihrem unerschütterlichen deutschen Fühlen und Denken gescheitert. Die Pfalz ist deutsch, kerndeutsch, und wird es bleiben! Das schwere Schicksal und die harten Erlebnisse, die die Lande am Rhein seit der fremden Besetzung durchgemacht haben, haben diese Lande und die Herzen ihrer Bewohner nur noch fester und unlösbarer mit dem deutschen Vaterland verankert. Was wir in den letzten Wochen in der Pfalz erlebt haben, das hat der Welt gezeigt, daß deutsche Treue kein leeres Wort ist. Diese deutsche Treue wird, dessen sind wir alle sicher, auch weiterhin die Probe bestehen und allen Gewalten zum Trotz uns dem hellen Morgen der Freiheit entgegenführen.

Mit besonders herzlichem Mitgefühl gedenken wir in dieser Stunde unserer Brüder und Schwestern, die fremder Gewalt und der Niedertracht entarteter Volksgenossen zum Opfer gefallen sind. Zahlreiche Deutsche sind ums Leben gekommen, hunderte sind der Freiheit beraubt worden und noch jetzt im Kerker, und viele Tausende sind unter der Separatistenherrschaft aus der pfälzischen Heimat verjagt worden. Ich kann auch hier nur von neuem bekräftigen, daß die Reichsregierung wie bisher auch ferner alles, was in ihren Kräften liegt, tun wird, um das Los dieser Opfer der Gewalt zu lindern, um den Gefangenen Freiheit und Heimat wiederzugeben, um zu helfen, wo geholfen werden kann. Die Reichsregierung wird auch alles daran setzen, um der Bevölkerung der Pfalz Lebensbedingungen wieder zu erringen, wie sie Menschenrechte und Menschensitten gebieten. Die deutsche

Regierung wird alles tun, um der Welt den Beweis zu erbringen, daß es sich nicht um eine Loslösungsbewegung der Bevölkerung der Pfalz handele, sondern um den Versuch, mit unlauteren und zum größten Teil gekauften Subjekten einen deutschen Volksstamm gegen seinen Willen in Gegensatz zu seiner Heimat und dem Volksganzen zu bringen. Ohne fremde Hilfe und bewaffnete Unterstützung gibt es keinen Separatisten und keine Separation. Hätte man den Rheinländern und den Pfälzern ihr Selbstbestimmungsrecht gelassen, dann wäre der ganze Separatistenspuk über Nacht verflogen. Diese Tatsache liegt so klar zutage und ist so zwingend, daß die öffentliche Meinung der Welt sich ihr nicht verschließen kann. Gibt es ein Weltgewissen, dann müssen unsere Bemühungen um Erlangung menschenwürdiger Verhältnisse in der Pfalz und der Wiederherstellung der Rechte der pfälzischen Bevölkerung zum Erfolge führen.

Soweit die deutsche Geschichte reicht, ist der Rhein umkämpft, obgleich kein Zweifel bestehen kann, daß das Stromgebiet des Rheines und seine Bevölkerung nach Geschichte und Wesensart urdeutsch und nur deutsch sind. Hier am Rheine wurzelt fest unser Nationalbewußtsein; solange das deutsche Volk lebt und atmet, wird es ausharren im Kampfe um den deutschen Rhein! Bestehen werden wir diesen Kampf aber nur, wenn wir in Opfermut und Opferwillen in allen großen Fragen unseres Volkes in Gemeinschaft und Treue zusammenstehen. So soll der heutige Abend unseren Mitbürgern aus der Pfalz und vom Rhein die Gewißheit geben, daß, ungeachtet verschiedener politischer Meinung, das ganze deutsche Volk mit ihnen fühlt, zu ihnen steht und entschlossen ist, Ihnen zu helfen, so, wie sie drüben alles Trennende zurücktreten ließen hinter dem großen Gedanken der deut-

schen Sache und der Freiheit. Möge dieser Geist der Schicksalsgemeinschaft und des Zusammenstehens Beispiel und Mahnung für alle Deutschen und für alle Tage sein, möge er für unsere Zukunft das Zeichen sein, in dem Recht und Freiheit siegen!

DER RHEIN IST DEUTSCHER SCHICKSALSSTROM UND SINNBILD DEUTSCHEN VOLKSTUMS

Rede. Köln, 11. 5. 1924

Unsere Anwesenheit in der Hauptstadt des Rheinlandes am heutigen Tage soll Ihnen, soll der Stadt Köln und dem besetzten Gebiet erneut bekunden, daß wir mit warmem Herzen und brüderlichem Gefühle die Leiden und die Nöte unserer Volksgenossen im besetzten Gebiet teilen. Mit gleich herzlichem Empfinden freuen wir uns des tatkräftigen Strebens, das die Lande an Rhein und Ruhr trotzdem zeigen. Wir freuen uns dieser unerschütterlichen Schaffenskraft, die in der Kölner Messe, dieser Schau deutscher Arbeit und deutschen Unternehmungsgeistes, ihren Ausdruck findet.

Sie haben, Herr Oberbürgermeister, der Kölner Messe die Aufgabe zugewiesen, Zentralmarkt des westdeutschen Wirtschaftslebens zu sein und die wirtschaftlichen Bande zu knüpfen zwischen Deutschland und den westeuropäischen Ländern. Wir von der Reichsleitung begrüßen lebhaft dieses Streben. Fällt es doch in den Kreis unserer großen Grundaufgaben: Die deutsche Wirtschaft neu zu beleben, sie zu kräftigen, ihr nach den Zerstörungen des Krieges und den Hemmungen der Nachkriegszeit neue Entfaltungsmöglichkeiten zu schaffen. Schroff hat der Krieg unsere Handelsbeziehungen abgebrochen, in grausamer Weise haben die Bedingungen des Friedensdiktates deutschen

Handel und deutsche Wirtschaft in drückende Fesseln geschlagen. Besonders leiden die durch den Friedensvertrag fremder Okkupation verfallenen und die über diesen Vertrag hinaus besetzten Länder am Rhein und an der Ruhr, Gebiete, die Herz und Mittelpunkt des wirtschaftlichen Lebens unserer Nation sind. Das wirtschaftliche und soziale Leben dieser Gebiete ist fortgesetzt starken Erschütterungen ausgesetzt, die zu schwerer dauernder Schädigung der gesamten deutschen Wirtschaft führen müssen. So sind uns bisher unser Wille zum Wiederaufbau des durch Krieg und Friedensschluß Zerstörten, unsere unausgesetzten Anstrengungen, durch friedliche Arbeit wieder die Grundlagen einer Lebensmöglichkeit für unser Volk zu erreichen, immer wieder durch äußere Wirkungen zunichte gemacht worden. Gleichwohl dürfen wir in diesen Bemühungen nicht erlahmen, denn nur auf der Grundlage der eigenen gesicherten Existenz, mag diese auch hart sein an Arbeit und Entbehrung, kann die Lösung der Frage der Reparationen durchgeführt werden. Wir hoffen, daß endlich Einsicht und Vernunft in den Völkern der Welt obsiegen, daß die Zukunft unser Volk, besonders aber unsere Brüder und Schwestern im Westen, von Bedrückungen verschone, deren unglücklicher Schauplatz die Lande am Rhein und an der Ruhr während des letzten Jahres gewesen sind, zum Unheil Deutschlands, aber auch zum Schaden Europas.

In den schmerzvollen Jahren, die hinter uns liegen, waren unsere Herzen und Gedanken stets bei Ihnen, am Rhein. Denn hier, am Rhein, wo jeder Stein von jahrhundertalter deutscher Geschichte spricht, schlägt das Herz Deutschlands; der Rhein ist deutscher Schicksalsstrom und Sinnbild deutschen Volkstums, teuer und heilig jedem Herzen, das sich zugehörig fühlt zur

Gemeinschaft des deutschen Volkes! Eng und unlösbar sind die Bande, die dieses Land und seine Bewohner mit dem gesamten Vaterland verbinden; gemeinsames Unglück hat sie noch härter geschmiedet, und im Feuer hundertfacher Drangsal haben sie sich vor aller Welt als stärker bewährt als fremde Waffen und als Gift im eigenen Volkskörper. Dies Land und dies Volk sind deutsch und werden deutsch bleiben; tausendjährige Bande gemeinsamer Kultur und gemeinsamer Geschichte trotzen allen Gegensätzen des Tages und allen Wirren der Zeit! In diesem Gefühle unserer Gemeinschaft ist es mir eine hohe Freude, Ihnen und in Ihnen all unseren Brüdern und Schwestern im Rheinland und Westfalen an dieser historischen Stätte den Gruß der Deutschen Republik zu überbringen und hier dem Dank des gesamten deutschen Volkes für Ihr treues Ausharren und der Versicherung unserer Treue zu Ihnen Ausdruck zu geben. Bewegten Herzens gedenken wir heute auch der vielen unserer Volksgenossen, die immer noch, jedem menschlichen Gefühle zuwider, gefangen oder aus Hof und Haus vertrieben sind; ihnen Freiheit und Heimat wiederzugeben, wird stets unser heißes Bemühen sein. Aber unser Ziel muß noch ein höheres sein, nämlich das, Ihnen allen, dem ganzen Lande hier, ein gesichertes Dasein und die freie Entfaltung Ihrer Kräfte wiederzugeben. Seien Sie überzeugt, daß es nicht leere Worte festlicher Stimmung sind, die wir zu Ihnen sprechen und die schnell verhallen; kein Opfer, das in unserer Kraft liegt, wird uns zu schwer sein, um Ihnen, unseren Brüdern im Westen, die Freiheit zu erkaufen; schwere Lasten, die sozial gerecht verteilt sein müssen, werden wir alle tragen müssen, um wieder mit Ihnen in freier Gemeinschaft zusammenzuleben, mit Ihnen als freies Volk auf freiem Grund zu stehen!

Der heutige Tag steht im Zeichen der ersten Kölner Messe; für Sie ist er bedeutsam, weil mit ihm Köln, seit tausend Jahren schon berühmt und bekannt als Handelsstadt, hoffnungsfroh nun auch in die Reihe der Messestädte eintritt. Uns ist er ein Zeichen des ungebrochenen Willens, des lebensmutigen und zähen Charakters der Lande am Rhein, allen Fehlschlägen und Enttäuschungen zum Trotze auf den Trümmern des Gestern neu wiederaufzubauen in der Zuversicht des besseren Morgen, im Vertrauen auf die Lebenskraft des deutschen Volkes und die Rückkehr der Vernunft in der Welt. Ihren Bestrebungen, Handel und Wandel dieses Teiles des Reiches zu fördern, die durch die Ereignisse der letzten Jahre so verheerend betroffene Wirtschaft des Westens wieder zu beleben und so beizutragen zum Wiederaufbau, bringen wir, bringt die Leitung des Reiches ihre besten Wünsche entgegen. Möge Ihre Arbeit, ungestört durch Rückschläge, sich segensreich und gedeihlich weiterentwickeln.

Uns allen aber, unserem ganzen so schwergeprüften Volke, wollen wir wünschen, daß der Geist, den wir hier, am Rhein, fühlen, dieser Geist der Zusammengehörigkeit, der verantwortungsbewußten Arbeit für große Ziele der Nation, der Opferbereitschaft für das deutsche Vaterland und seine Zukunft, mehr als bisher uns beseelen und einen möge. Auf diese Zukunft vertrauen wir trotz allem; ihr gehört unsere Arbeit, für sie tragen wir die Last der Gegenwart.

EBERT ALS SPRECHER DER KINDER

Ansprache an die Quäker. Berlin, 17. 6. 1924

Es ist mir eine besondere Freude, Sie von der Gesellschaft der Quäker und von der amerikanischen Presse, hier begrüßen zu dürfen. Möchte ich Sie doch

bitten, Vermittler des Dankes zu sein derer, die ihm heute selbst noch nicht Ausdruck zu geben vermögen, die ihn aber in naher Zukunft nicht in Worten, aber in Gesinnung und Taten abstatten werden: des Dankes der deutschen Kinder.

Wir blicken heute auf eine Zeit von viereinhalb Jahren amerikanisch-deutscher Kinderspeisungen zurück, und das Liebeswerk wird weiter fortgesetzt. In dieser Periode sind von Amerika 58 000 Tonnen Lebensmittel im Werte von 12,5 Millionen Dollar übersandt worden. Die deutsche Regierung hat ihrerseits 39 000 Tonnen im Werte von 5 Millionen Dollar beigesteuert. Staaten und Städte haben trotz verzweifelter Finanzlage einen oder mehrere Tage in der Woche übernommen. Jetzt trifft die Nachricht ein, daß die Anzahl der täglich ausgegebenen Mahlzeiten über 1 100 000 beträgt. Die Kinderspeisung hat damit eine Höhe erreicht wie nie zuvor; sie ist ein wesentlicher Teil unserer gesamten Wohlfahrtspflege geworden.

Im Herbst vorigen Jahres, als der Zusammenbruch unserer Währung uns hart an den Rand der Auflösung führte, kam die Nachricht, daß in Amerika ein großes Komitee sich gebildet habe, um die Fortführung der Kinderspeisung zu ermöglichen, die sonst gegen Weihnachten hätte eingestellt werden müssen. An die Spitze stellte sich General Henry T. Allen, ein Kenner deutscher Verhältnisse, eine Persönlichkeit, die wie kaum eine zweite allen, auch den dem Hilfswerk bis dahin noch fernerstehenden Kreisen, Gewähr dafür bietet, daß dieses Hilfswerk nicht einer von übertriebenen Elendsberichten genährten Sentimentalität seine Entstehung verdankt. Der Gedanke, der dem Hilfswerk zugrunde liegt, ist der große humanitäre und christliche: Daß die zerrissenen Beziehungen der Völker durch diese Aktion der Menschenliebe wieder ge-

knüpft und Bereitschaft zur Verständigung, Frieden und Freundschaft in der Welt gestärkt werden.

General Allen und seine Mitarbeiter haben trotz vieler Schwierigkeiten und mancher Anfeindung alles getan, um die Not von Millionen unschuldiger hungernder Kinder und Mütter zu lindern. Bei seinen Bestrebungen fand er die Mitarbeit von Politikern und Geschäftsleuten, Männern wie Charles G. Dawes, dem Vorsitzenden der Sachverständigen-Kommission, Irving T. Bush, dem Präsidenten der New Yorker Handelskammer, und anderer führender Amerikaner. Die Kirchen, die Bürgermeister der Städte und die Gouverneure der Staaten sind dafür eingetreten, alte Mißverständnisse zu beseitigen. So ist eine Organisation fast über die ganzen Staaten hin aus dem Nichts geschaffen worden. Unser Dank gebührt insbesondere auch den Vertretern des Allen-Komitees in Deutschland, den amerikanischen Quäkern. Sie übernahmen es, in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Zentralausschuß für die Auslandshilfe, die gesammelten Gelder in Lebensmittel umzusetzen und diese in Deutschland zu verteilen. Sie gaben als Treuhänder dem amerikanischen Publikum die Gewißheit, daß jeder gesammelte Dollar mit 100 % den deutschen Kindern zugute kommt.

Ich bin überzeugt, daß die Bemühungen des General Allen-Komitees ihre Früchte tragen werden. Nicht nur sind durch seine materielle Hilfe unendlich viele deutsche Kinder vor Hunger und Siechtum bewahrt worden, höher als dies noch steht der moralische Wert. In Ihrem Lande sind weite Kreise des amerikanischen Volkes erreicht und Kenntnis und Verständnis der deutschen Lage bei Ihnen gefördert worden. Wir aber werden es nie vergessen, daß Amerika unseren Kindern in der Zeit der größten Not über alle Vorurteile hinweg die Freundschaftshand entgegenstreckte.

Wenn nun die hier anwesenden Kinder Sie mit ihren Sangesvorträgen erfreuen wollen, so bitte ich Sie, das als ein Zeichen des aufrichtigen und herzlichsten Dankes zu betrachten, den Millionen deutscher Kinder dem amerikanischen Hilfswerk abstatten möchten.

DIE JAHRESSCHAU DEUTSCHER ARBEIT

Ansprache bei ihrem Besuch. Dresden, 23. 6. 1924

Zum dritten Male haben Sie hier in dem prächtigen Rahmen dieser an deutscher Kunst so reichen Stadt die „Jahresschau Deutscher Arbeit" veranstaltet, zu dem Zwecke, aus dem vielverzweigten Gebiete der deutschen Wirtschaft jeweils einen Abschnitt in seinen besten Erzeugnissen vorzuführen und so dem Inlande wie dem Auslande alljährlich deutsche Wertarbeit einzelner Industriezweige zu zeigen. Sie haben für die diesjährige Ausstellung die Textilindustrie gewählt, die für die deutsche Wirtschaft, ganz besonders aber für das industrielle und gewerbliche Leben des Freistaates Sachsen eine bedeutsame Rolle spielt. Was wir heute auf diesem Gebiete sahen, hat uns gezeigt, daß die deutsche, im besonderen die sächsische Textilindustrie, in der Erzeugung hochqualifizierter Arbeit wertvolle Fortschritte erreicht hat und trotz aller Not und Schwierigkeiten der vergangenen Jahre wie der Gegenwart den festen Willen bekundet, gerade durch gute deutsche Erzeugnisse, durch Wertarbeit auf dem Weltmarkt wieder volle Geltung und Beachtung zu erringen.

Dieser Wille, gute deutsche Arbeit wieder in die Welt zu bringen und dadurch unseren Export zu steigern, ist lebhaft zu begrüßen, besonders in diesen Tagen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und

Krisen. Die für unsere Wirtschaft so lebenswichtige Kreditfrage ist zum erheblichen Teile eine Exportfrage, erst wenn die Exportbasis breiter ist, wird auch die Zuführung ausländischer Kredite sich steigern. Dieses Ziel der Belebung unseres industriellen und gewerblichen Lebens und der Stabilität unserer gefährdeten Wirtschaft werden wir nur erreichen können durch die Lösung der die Entfaltung unserer Kräfte im Innern und nach außen so schwer hemmenden internationalen Schwierigkeiten, durch die Öffnung des Weges zum ungehinderten Warenaustausch mit den anderen Völkern und zum gleichberechtigten freien internationalen Wirtschaftsverkehr. Sie wissen, meine Herren, daß die Reichsregierung und der Reichstag trotz Bedenken in Einzelheiten in dem Sachverständigen-Gutachten die Grundlage einer Lösung sehen, die neben der Befreiung der inneren Wirtschaft von drückenden Schranken, neben der Herstellung der Wirtschaftseinheit, unserer nach Ausfuhr drängenden Industrie den Weg ins Freie geben kann; nur in dieser Erwartung können wir es wagen, die großen Lasten zu tragen, welche die Durchführung dieses Gutachtens uns allen auferlegen wird. Wenn so die Hindernisse zur Entfaltung unserer Wirtschaft beseitigt werden können, dann werden auch der tatkräftige und vorwärtsführende Geist der Männer der deutschen Industrie und das hochqualifizierte Schaffen des deutschen Arbeiters, die beide wir hier auf dieser Jahresschau mit freudigem Stolze wahrgenommen haben, sich frei entwickeln und der deutschen Wertarbeit unter besseren Bedingungen ihre alte Geltung und Schätzung wiedererringen können.

Die Wirtschaft ist eines der Fundamente unseres staatlichen und nationalen Lebens; aber sie steht nicht für sich allein, sie ist nicht Selbstzweck: sie ist eng

verflochten mit allen anderen schaffenden Kräften, verbunden mit dem Staate, seiner Sicherung, seiner stetigen Entwicklung und seiner Autorität, abhängig vom Gedeihen oder Abstieg der Nation. Deshalb muß auch die Wirtschaft durchdrungen und beseelt sein vom Gedanken der Schicksalsgemeinschaft, von dem Geiste der alle Interessen und alle Schichten des Landes umfassenden Zusammengehörigkeit der Deutschen. Wenn uns auch Weltanschauungen, politische Ansichten und widerstreitende wirtschaftliche Fragen trennen, stärker als sie muß in uns allen das Bewußtsein leben, Glieder eines Volkes zu sein. Diesen Geist weiter zu verbreiten, bitte ich auch Sie aus der Industrie und Wirtschaft dieses Landes; pflegen Sie ihn im Bestreben nach ehrlichem Ausgleich der Interessen und nach wahrer in sozialem Geiste geführter Gemeinschaft der Arbeit. Denn nur als ein Volk, das in den großen, entscheidenden Fragen zusammensteht, können wir den harten Weg der Zukunft mit Erfolg gehen. Daß auch die kommenden Jahre schwer und opferreich für uns alle sein werden, wollen wir uns nicht verhehlen; zu besonderem Optimismus haben wir keinen Anlaß, aber auch nicht zum Verzagen; die Sorgen des Tages sollen und dürfen uns den Glauben an die Zukunft unseres Volkes und seine Aufgabe in der Welt nicht rauben.

IN MEMORIAM WALTHER RATHENAUS

Ansprache. 24. 6. 1924

Im Gedächtnis an Walther Rathenau, der heute vor zwei Jahren durch feigen Meuchelmord sein der Arbeit für Deutschlands Zukunft gewidmetes Leben endete, haben wir uns hier vereint; in tiefer Wehmut gedenken wir seiner, der uns im Leben als Freund und

als Mitarbeiter nahestand und uns im Tode unvergessen sein wird; wir gedenken seiner in Dankbarkeit für alles das, was er für das deutsche Volk getan hat, und in herbem Schmerz um das, was Deutschland an ihm vorzeitig verloren hat. Walther Rathenau wird in uns weiterleben als ein Mensch seltener Eigenart, glänzend in Lauterkeit des Charakters und in Güte des Herzens, ausgestattet mit großen und vielseitigen Gaben des Geistes, gerüstet mit reichen Kenntnissen des geistigen und kulturellen Lebens unseres Volkes wie der ganzen Welt und beseelt von wärmster Liebe zu seinem Volke und seinem Vaterlande.

Dem Andenken dieses Mannes soll die Stiftung dienen, deren Kuratorium wir heute gründen. In hochherziger Weise haben die Verwandten des Verewigten dieses Haus mit seinen reichen Schätzen an Kunst und Schrifttum dem Deutschen Reiche als ein dem gemeinen Besten dienendes Erinnerungszeichen zur Verfügung gestellt und damit dem Toten ein Denkmal geistiger Art und seines Wesens errichtet. Die Reichsregierung hat diese Stiftung dankbar entgegengenommen und wird es als Ehrenpflicht empfinden, das Haus und seinen wertvollen Inhalt zu pflegen und zu erhalten. Es soll aber nicht nur eine Erinnerungsstätte sein an Walther Rathenau und sein Wirken, nicht nur ein Museum der Kulturentwicklung der neueren Zeit, sondern es soll auch einen praktischen Zweck haben, nämlich den, Vereinigungen, die für geistige und kulturelle Zwecke tätig sind, als Raum für Zusammenkünfte und Sitzungen zu dienen, und es soll seine Sammlungen und seine Bibliothek den geistig Arbeitenden öffnen.

Diesen Zweck näher zu bestimmen und durchzuführen ist, dieses Kuratoriumm berufen. Ich danke Ihnen, daß Sie meiner Aufforderung, in diesem Kura-

torium mitzuarbeiten, nachgekommen sind, und darf die Hoffnung aussprechen, daß unsere gemeinsame Arbeit der „Walther-Rathenau-Stiftung" den Inhalt geben wird, den die Stifter wollten: das Andenken an den einstigen Besitzer dieses Heims durch einen dem geistigen Leben unseres Volkes dienenden Gebrauch des Hauses und seiner Schätze an Kulturgut zu ehren und zu erhalten!

DIE DEUTSCHEN OPFER DES WELTKRIEGES

Rede bei der Gedenkfeier. 3. 8. 1924

Deutsche Männer und Frauen! Ein Tag des Gedenkens und der Trauer ist es, den das ganze deutsche Volk heute mit uns begeht. In tiefem Schmerze trauern wir um die Söhne Deutschlands, die den Soldatentod gestorben sind, damit Deutschland lebe; in warmem Mitgefühl gedenken wir der Wunden der Kriegsgeschädigten und des Schmerzes der Hinterbliebenen, in Ehrfurcht neigen wir uns vor den Heldentaten unseres Volkes in Waffen und vor der duldenden Standhaftigkeit der Heimat, vor dem beispiellosen Opfermut und dem fast übermenschlichen Dulden unserer Nation im Kriege.

Zugleich ein Tag des Dankes ist der heutige Tag. Wir wollen diesen Dank abstatten allen denen, die für Deutschland Gut und Blut hingegeben haben, abstatten nicht in Worten, sondern den Toten in schweigendem Gedenken, den Lebenden in linderndem Tun. In heißem Danke für ihre Treue geht unsere Sehnsucht zu den Brüdern, die ihre Heimat oder ihre Zugehörigkeit zum Reiche hingeben mußten.

Nur zur Verteidigung der bedrohten deutschen Heimat hat Deutschland vor zehn Jahren die Waffen ergriffen; in diesem Bewußtsein haben wir den langen Krieg geführt, und nur dieser Geist konnte uns die ge-

waltigen Opfer ertragen lassen, die alle Kreise unseres Volkes an Gut und Blut bringen mußten. Das, was das deutsche Volk seit 1914 um seines Deutschtums willen gelitten und geleistet hat, kann nicht verloren sein. Und deshalb ist der heutige Tag auch ein Tag der Hoffnung, der Hoffnung auf ein lebens- und kraftvolles Deutschland!

Trotz allen Stürmen der letzten Jahre ist uns das Reich erhalten geblieben. Wir geloben heute, daß an diesem Bau nicht gerüttelt werden darf, daß wir alle unsere Kräfte einsetzen wollen, damit Deutschland den Platz unter den Völkern der Erde wieder einnehmen kann, der ihm gebührt. An diesem Ziele mitzuarbeiten ist Pflicht eines jeden Deutschen, ist eine Ehrenpflicht gegenüber den Brüdern, die ihr Leben hingegeben haben in Verteidigung der Heimat, ist vor allem eine Ehrenpflicht der deutschen Jugend. So soll der Geist der Toten lebend bleiben in uns allen, im ganzen deutschen Volke.

Es ist heute der Ruf hinausgegangen an das deutsche Volk, unseren Toten ein würdiges Denkmal zu errichten. Aber darüber hinaus wollen wir — das lassen Sie, deutsche Männer und Frauen, uns in dieser Stunde geloben — dem Gedächtnis unserer Toten und unserer Opfer ein Denkmal bauen, dauernder denn Erz: Das freie Deutschland!

FREIHEIT FÜR WESTFALEN

Vier Ansprachen. Münster, 10. 8. 1924

I.

Unsere Anwesenheit hier in der Hauptstadt Westfalens, der altehrwürdigen, für die Geschichte unseres Volkes so bedeutsamen Stadt Münster, soll Ihnen bekunden, daß die Reichsleitung wie die Preußische

Staatsregierung sich mit dieser Provinz und ihrer Bevölkerung eng verbunden fühlen und mit Ihnen brüderlichen Herzens die Sorgen teilen, die Sie in besonderem Maße bedrängen. Seit anderthalb Jahren, seit dem Ruhreinbruch, liegen schwere Wolken auf diesem Lande, das die Schlagader unseres wirtschaftlichen Lebens in sich schließt; seit anderthalb Jahren sieht Westfalen und mit ihm die benachbarte Rheinprovinz, wie sinnlos Werte der Arbeit und der Kultur zerstört und vernichtet werden, wie verheerender Raubbau getrieben wird in einem Gebiet höchstentwickelter Arbeit, das in der Welt kaum seinesgleichen hat. Tausende haben die Treue zur Heimat, die Liebe zum Vaterlande mit Leben und Freiheit, mit der Vertreibung von Haus und Hof büßen müssen. Es ist Ehrenpflicht, auch heute mit Dankbarkeit und Bewunderung unserer Volksgenossen zu gedenken, die um Deutschlands willen Not und Verfolgung erduldeten. Erst nach langem Leiden ist nunmehr den Verfolgten — aber noch nicht allen — Freiheit und Rückkehr gegeben worden; Ihnen allen Freiheit, Heimat und Wohnstatt wiederzuerringen, wird nach wie vor unser rastloses Bemühen sein. Durch die Abschneidung vom Industriegebiet, durch die Rückwirkung vom besetzten Gebiet ist auch der unbesetzte Teil der Provinz Westfalen hart betroffen worden. Die einst so blühende Provinz sieht heute ihr Wirtschafts- und Kulturleben aufs schwerste geschädigt, auf eine harte Probe gestellt.

Das unverrückbare Ziel der Reichspolitik — das wissen Sie — ist, deutsches Land von fremder Besatzung zu befreien, Reichs- und Staatshoheit und die alte Selbstverwaltung wieder in ihre Rechte einzusetzen und der deutschen Bevölkerung Recht, freie Betätigung und wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeit wiederzugeben. Wir haben unseren Volksgenossen im

besetzten und im Einbruchsgebiet immer und immer wieder gelobt, daß wir die opferbereite, selbstlose Treue, die sie dem Reiche, dem Vaterlande, in so bewunderungswürdiger Weise erwiesen haben, mit gleicher Treue erwidern werden. Treue um Treue! Das soll und darf kein klingender Spruch für festliche Versammlungen sein; Treue ist nicht Wort, sondern Tat! Sie fordert von uns, daß wir die Lasten, die unsere Brüder an Rhein und Ruhr bisher fast allein getragen haben, opferwillig und im Geiste sozialer Gerechtigkeit auf die Schultern aller Deutschen verteilen, daß wir bereit sind, schwere Bürden auf lange Jahre hinaus zu tragen, um so unseren Volksgenossen im Westen auf dem allein möglichen Wege ihre Menschenrechte und ihre Freiheit zu erkaufen. Nur in diesem Willen und nur für dieses Ziel können wir den Mut finden, die geforderte schwere Last auf uns zu laden, von der wir nicht wissen, ob wir nicht unter ihr zusammenbrechen werden. Aber neben allen Bedenken, neben allen ernsten Sorgen der Möglichkeit der Durchführung der übernommenen Verpflichtungen steht unsere Pflicht, die besetzten Gebiete in ihrer Not nicht allein zu lassen, und die Opferbereitschaft, alles zu tun, um den Brüdern und Schwestern an Rhein und Ruhr Leben und Freiheit zu gewinnen. Das ist die Treue, auf die sie Anspruch haben, die wir so oft ihnen gelobt haben und die nun opfervolle Tat des ganzen deutschen Volkes einlösen soll.

Nur die Tatsache, daß wir in all den Stürmen des Krieges und den Nöten des Nachkrieges unsere politische Einheit gewahrt und gerettet haben, daß uns das Reich geblieben ist, gibt uns die Kraft zum Vertrauen auf Deutschlands Zukunft. Nur ein gesunder, einheitlicher nationaler Wille, frei von allen Phantastereien, kann uns in der Welt die Achtung er-

zwingen, die unerläßlich ist, wenn Deutschlands Zukunft gesichert werden soll. In aller Not des unglücklichen Kriegsausganges und des Druckes außen- und innerpolitischer Machtfaktoren hat sich das Bewußtsein deutscher Schicksalsgemeinschaft stärker erwiesen als fremde Lockung und Gewalt, aber auch stärker als eigene Zwietracht. In allen diesen Kämpfen und Bedrängnissen hat unser Volk seine Einheit und seine staatliche Organisation gewahrt und hat diesem fundamentalen Grundgedanken, dem festgefügten Reiche, heute vor fünf Jahren in einem neuen Grundgesetz, der Verfassung von Weimar, Ausdruck gegeben. Schon deshalb haben wir ein Recht, des heutigen Tages zu gedenken und Herz und Sinne zu erheben zu unserem größten politischen Gute, der deutschen Einheit, dem Deutschen Reiche! Lassen Sie uns stets bei allem, was uns Deutsche sonst an Interessenwiderstreit und Weltanschauung trennt, dessen gedenken, daß nur in dieser Zusammengehörigkeit, einst schwer erkämpft und jetzt unter größten Opfern behauptet, die Wurzeln der Kraft liegen, die uns wieder aufwärts führen kann, und daß nur in dieser politischen Einheit auch der kulturelle und der ideale Geist wirken kann, der jeden wahren Aufstieg beseelen muß. In dieser Zusammengehörigkeit aller deutschen Stämme in Körper und Geist will die Reichsverfassung von Weimar die nationale Idee und den Gedanken der Demokratie vereinen: Die nationale Idee dadurch, daß die Einheit der Nation und ihre Bedeutung im Bewußtsein des ganzen Volkes lebt, den demokratischen Gedanken durch die verantwortungsbewußte Mitarbeit jedes Deutschen am Staate, durch die Betätigung des Willens des Volkes.

Nur auf dem festen und sicheren Rechtsboden, den vor fünf Jahren nach Monaten schwerer Wirrnisse die

aus freier Wahl hervorgegangene Nationalversammlung in der Verfassung der Deutschen Republik uns gegeben hat, kann sich unsere weitere staatliche Entwicklung und unsere außenpolitische Zukunft vollziehen. Möge diese Erkenntnis immer weitere Wurzeln fassen und — unbeschadet der Weltanschauung und Parteimeinung — alle staatsbewußten Schichten unseres Volkes auf dieser Grundlage zusammenführen. Nur dann, wenn wir wenigstens in allen Grundfragen der Zukunft und des Lebens unserer Nation geschlossen zusammenstehen, können wir in diesem Drang der Zeit es wagen, unser Schicksal zu meistern und fest auf unsere Zukunft vertrauen.

II.

Deutschland ringt in dieser Stunde noch schwer um sein Dasein, um sein nacktes Leben, und wenn die Auseinandersetzungen, die in London von unseren Vertretern geführt werden, so außerordentlich hartnäckig und so furchtbar schwierig sind, so nicht zuletzt deshalb, weil es sich im Grunde darum handelt, Westfalen, dieses kerndeutsche Land, endlich frei zu machen, und zwar restlos frei zu machen von fremder Bedrückung. Es ist mir in dieser Stunde ein Bedürfnis, Ihnen zu sagen, daß es uns in der Reichsregierung und allen ein Herzensbedürfnis ist, diese Tage der Freiheit für Westfalen so schnell wie möglich herzustellen. Wir sind überzeugt, wenn wir erst diese große starke und wirtschaftlich mächtige Provinz mit ihrer kernhaften treudeutschen Bevölkerung frei haben und einstellen können in unser großes deutsches Befreiungswerk, daß dann auch die Stunde, wo wir sagen können: „Ganz Deutschland frei!", nicht allzu fern sein wird.

III.

Wir von der Reichsleitung und der Preußischen Staatsregierung sind hierher gekommen, um mit den Vertretern Westfalens, und zwar mit den Vertretern aller Schichten der Bevölkerung, uns auszusprechen über die Verhältnisse und die Lage der Provinz und nach Mitteln und Wegen zu suchen, um die Sorgen und Wünsche, die dabei geltend gemacht werden, nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Die Lage der Provinz ist besonders schwierig, und schon aus den kurzen Besprechungen, die wir bisher führen konnten, mußten wir ersehen, daß Abhilfe dringend geboten ist. Da darf ich Ihnen die Versicherung geben, daß wir von der Reichsleitung und der preußischen Staatsregierung alles tun werden, was in unserer Kraft liegt, um die Provinz Westfalen möglichst bald wieder freizumachen von allem fremden Druck und fremder Bedrückung, alles daran zu setzen, um unseren Gefangenen und Ausgewiesenen die Freiheit und die Heimat wiederzugeben, alle Fesseln der Wirtschaft in dieser industriell so außerordentlich wichtigen Provinz zu beseitigen, damit sie sich frei entfalten kann und damit sie die Möglichkeit hat, ihre sozialen Pflichten gegen die arbeitende und schaffende Bevölkerung zu erfüllen. Wir sind aber auch hierher gekommen, um an der Verfassungsfeier teilzunehmen, um mit Ihnen gemeinsam des Tages zu gedenken, wo heute vor fünf Jahren nach schwerem staatlichen Zusammenbruch Deutschlands die aus freier Wahl hervorgegangene Nationalversammlung in Weimar ein neues Grundgesetz, die demokratisch-republikanische Verfassung geschaffen hat. Nicht der Hang zur Festlichkeit führt uns dazu, diesen Tag zu begehen, sondern das Bekenntnis zu diesem Staat wollen wir ausdrücken, das Bekenntnis zu unserem demokratischen Volksstaat, das Bekenntnis zur

Deutschen Republik und das Bekenntnis, daß wir entschlossen sind, sie mit aller Kraft zu verteidigen. Aber auch um das Bekenntnis abzulegen für unser Vaterland, für Deutschland, das Bekenntnis zu einem starken nationalen Willen, der zum Ziele hat, Deutschlands Leben und Dasein zu kräftigen, Deutschlands Zukunft sicherzustellen und glücklicher zu machen als heute.

IV.

Ich lege das größte Gewicht darauf, gerade mit den Herren, die aus dem Vertrauen der Bevölkerung hervorgegangen sind, sei es in parlamentarischer Tätigkeit, oder sei es in der Tätigkeit der Selbstverwaltung, zusammenzukommen. Ich stimme mit dem Herrn Oberpräsidenten darin überein, daß wir in politischer Meinung auseinandergehen können. Wir können unsere Weltanschauungen nicht ändern, aber das, glaube ich, sollte doch die Grundlinie für jeden sein, der gewillt ist, an den Lebensnotwendigkeiten, an der Zukunft unseres Vaterlandes mitzuarbeiten, daß man sich über gewisse Grundfragen, die für uns gleichmäßig Lebensfragen sind, verständigt und dann auf dieser Linie zusammenarbeitet ohne Rücksicht auf die Partei. Ich habe diese Auffassung immer vertreten und ich freue mich, daß sie in den Worten des Herrn Oberpräsidenten wiedergekehrt ist. Dann darf ich meiner Freude und Genugtuung Ausdruck geben, daß Sie als Vertreter der Provinz Westfalen, die so außerordentlich schwere Monate hinter sich hat, bei aller Anerkennung unseres behördlichen Apparates es nicht verkennen, daß dieser schwere Kampf nur geführt werden konnte, wenn auch die Führer des politischen und Wirtschaftslebens zusammen mit den behördlichen Organisationen sich in die vordere Kampffront gestellt haben. Das ist hier geschehen. Man darf sagen, ohne Rücksicht auf

die soziale Stellung, ohne Rücksicht auf die politische Stellung haben alle Bevölkerungsschichten in diesen schweren Monaten gestanden wie ein Mann. Das ist etwas, auf das wir Deutschen stolz sein können, das Vorbild für uns alle.

DIE AUFGABEN DER SCHUPO

Ansprache an die Schutzpolizei. 11. 8. 1924

Zum fünften Male jährt sich heute der Tag, an dem das deutsche Volk sich in Weimar das neue Grundgesetz seines staatlichen Lebens, die demokratisch-republikanische Reichsverfassung, gegeben hat. Fünf Jahre sind seit jenem bedeutsamen Tage vergangen, Jahre reich an Drangsal und Demütigung durch unsere Gegner, reich leider auch an Kämpfen der Deutschen untereinander. Aber das Bewußtsein der Schicksalsgemeinschaft und der gesunde, staatsbewußte Sinn der großen Mehrheit unseres Volkes war dennoch stark genug, um auf dem in Weimar gelegten Fundament die staatliche Ordnung und das Reich zusammenzuhalten und zu festigen. Es ist mir eine lebhafte Genugtuung, daß ich am heutigen Tage Sie, die Offiziere und Wachtmeister der Berliner Schutzpolizei, die Beamten und Angestellten des Polizeipräsidiums hier begrüßen kann; denn die Angehörigen der Schutzpolizei haben ein wesentliches Verdienst daran, daß selbst in den schwersten Stürmen und Wirrnissen der letzten Jahre die Staatsautorität gewahrt und die Grundlage unseres öffentlichen Lebens, die Reichs- und Staatsverfassung, geschützt und erhalten blieb. In klarem Verständnis für die Bedeutung der Staatsautorität, die sich aus Verfassung und Gesetz herleitet und die Sie verkörpern, in selbstloser Hingabe an ihre schwere Pflicht haben die Beamten der Schutzpolizei stets in muster-

hafter Weise ihre Aufgaben gelöst. Mit lebhafter Befriedigung nehme ich Ihre Versicherung, Herr Ministerpräsident, entgegen, daß die preußische Schutzpolizei auch in Zukunft, unerschütterlich auf dem Boden der Reichsverfassung stehend, die Staatsgewalt kraftvoll zur Geltung bringen wird. Hierfür der Schutzpolizei namens des Reiches am heutigen Tage Dank und Anerkennung aussprechen zu können, ist mir eine aufrichtige Genugtuung.

Mit gleichem Dank und gleicher Anerkennung wollen wir auch heute der leider zahlreichen Schutzpolizeibeamten gedenken, die in treuer Pflichterfüllung in Verteidigung von Gesetz und Verfassung in den letzten Jahren Leben und Gesundheit dahingegeben haben; auch sie opferten sich für Volk und Vaterland, und ihr Andenken soll uns heilig sein.

An Sie aber richte ich in dieser Stunde den Ruf: Tun Sie so wie bisher auch künftig Ihre schwere staatspolitische Pflicht. Seien Sie stets eine starke zuverlässige Schutzwehr der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Erfüllen Sie, wenn es sein muß, auch Ihre Pflicht gegen alle Angriffe auf den Staat oder sein auf fester Rechtsgrundlage aufgebautes Verfassungsleben. Deutschland darf nicht durch Phantasten und Fanatiker in Bürgerkrieg und Chaos gestoßen werden. Das, was mühsam nicht zuletzt mit Ihrer Hilfe aufgerichtet, muß erhalten und befestigt werden. Unsere innerstaatliche Gesundung und außenpolitische Geltung ist nur zu sichern durch Zusammenschluß aller staatsbewußten Bürger zu hingebender, zäher Arbeit am Staate. Nur so können wir unsere wirtschaftlichen und sozialen Nöte im Innern überwinden, unseren großen nationalen, kulturellen und sozialen Aufgaben gerecht werden und unseren Platz in der Welt wieder erringen.

ANSPRACHE ZUR VERFASSUNGSFEIER. 11. 8. 1924

Bürger und Bürgerinnen! Ich danke Ihnen allen wärmstens für diese Kundgebung und grüße Sie auf das herzlichste. Ich erblicke in Ihrer Kundgebung ein Bekenntnis zum demokratischen Volksstaat, zur Republik, zum Vaterlande und zur entschlossenen Mitarbeit an der Zukunft unseres Landes. Wenn wir heute den Verfassungstag begehen, so geschieht das nicht aus Neigung zu Festlichkeiten, sondern der tiefe Gedanke dieses Tages ist die Erinnerung an den Zusammenbruch des alten staatlichen Lebens und an den Aufbau des neuen Staates durch die Verfassung von Weimar. Wir feiern den Tag, um uns erneut zur Republik zu bekennen, im Geiste vereint mit Millionen Deutscher in allen Gauen unseres Vaterlandes und mit Hunderttausenden jenseits unserer Grenzen. Im Anblick der lodernden Fackeln und im Zeichen des alten deutschen Reichsbanners Schwarz-rot-gold wollen wir geloben, die Deutsche Republik zu schützen und, wenn es sein muß, bis zum letzten zu verteidigen. In den schweren Jahren, die hinter uns liegen, haben Feinde von außen und innen fortgesetzt versucht, uns zu schlagen. Wenn wir trotzdem in diesen Stürmen unsere politische Einheit gewahrt haben, so deshalb, weil diese in der großen Mehrheit des deutschen Volkes fest verankert ist mit dem Staat. Unsere Blicke richten sich heute auch nach London, wo unsere Delegation harte Kämpfe führt, um uns das Leben zu ermöglichen.

DIE HERANBILDUNG DER JUGEND Berlin, 2. 10. 1924

Ansprache zur Hauptversammlung der Neuphilologen.

Haben Sie, Herr Professor Brandl, besten Dank für Ihre freundlichen Worte. Die Einladung zum heutigen Abend war mir Pflicht, der ich um so freudiger

folgte, als ich damit meine große Achtung vor Ihrer hohen beruflichen Tätigkeit zum Ausdruck bringen konnte. In Ihren Händen liegt das Schicksal unserer Jugend. Die Heranbildung der Jugend ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates, sie ist entscheidend für die Gestaltung unseres kulturellen und staatlichen Lebens. Wenn unsere Maßnahmen nicht immer Ihren berechtigten Wünschen gerecht werden können, so bitte ich Sie, die großen Schwierigkeiten in Betracht zu ziehen, mit denen wir unausgesetzt zu kämpfen haben. Kein Land hat wohl jemals unter solch entsetzlich schwierigen Verhältnissen um sein Dasein ringen müssen wie Deutschland in den hinter uns liegenden Jahren; auch in den künftigen Jahren wird der Existenzkampf unseres Volkes sehr hart sein. Wenn dabei die Pflege unserer kulturellen Aufgaben nicht immer zu ihrem Rechte kommt, so ist es bedauerlich, aber begreiflich. Niemand leidet mehr darunter als wir, die an verantwortlicher Stelle stehen. Seien Sie aber versichert, daß die Reichsregierung und ich Ihren hohen kulturellen Aufgaben stets lebhaftes Interesse und besondere Sorgfalt zuwenden werden. Gewiß, draußen im Lande hat man nicht immer genügend Einblick in unsere schwierige Lage, und wenn deshalb mancher seinen Verdruß an der Regierung ausläßt und mehr oder weniger kräftig schimpft, so stehen auch wir dem nicht ganz verständnislos gegenüber. Um so mehr haben wir es begrüßt, mit Ihnen, den Vertretern unserer Schulmänner im Reich, gelegentlich Ihrer Berliner Tagungen in persönliche Fühlung zu kommen und mit Ihnen ungezwungen einige Stunden über das, was uns alle so sehr bewegt, das Schicksal unseres Vaterlandes, sprechen zu können. Wenn Sie sich dabei überzeugt haben sollten, daß wir nicht ganz so schlimm sind, wie manche meinen, dann sind diese Stunden für

uns besonders erfreulich gewesen. Mit der Einladung wollte ich aber auch Dank und Anerkennung für die großen Dienste, die Sie dem Staate leisten, zum Ausdruck bringen. Nehmen Sie die Überzeugung mit nach Hause, daß die Reichsregierung und ich stets ihr Bestes für Freiheit und Wohlergehen des Vaterlandes einsetzen werden.

OBERSCHLESIEN UND DAS REICH

Ansprache beim Empfang aus Anlaß der „Oberschlesischen Woche". Berlin, 10. 11. 1924

Ich sage Ihnen, Herr Oberpräsident, aufrichtigen Dank für die Worte, die Sie soeben an mich gerichtet haben, insbesondere für das Gelöbnis der treuen Mitarbeit aller Oberschlesier in der Gemeinschaft des deutschen Volkes. Mit der gleichen Treue stehen auch wir alle zu Ihnen. Daher habe ich den Gedanken der Oberschlesischen Woche, die Erinnerung an Oberschlesien wachzuhalten und tatkräftige Hilfe zu leisten, begrüßt und gern gefördert. Noch immer brennt die Wunde, die die Abtretung deutschen Landes uns geschlagen hat. Aber unsere Brüder und Schwestern im abgetretenen Gebiet wissen, daß sie mit uns zu der großen deutschen Kulturgemeinschaft gehören und wir, soweit es uns unsere vertraglichen Rechte möglich machen, an ihrem Schicksal helfend Anteil nehmen. Geschichte, Sprache und Gesittung sind uns gemeinsames Gut, das keine trennenden Grenzpfähle kennt. Das deutsch gebliebene oberschlesische Gebiet kann stets der besonderen Fürsorge der Reichs- und Staatsregierung versichert sein. Deutsche Willens- und Schaffenskraft bürgen dafür, daß Oberschlesien auch künftig das bleiben wird, was es war, eine Stätte der Ordnung, der Arbeit und Kul-

tur. Mit den Oberschlesiern, die sich im ganzen Reiche zusammengeschlossen und bei der Abstimmung so vorbildlich die Treue zu ihrer Heimat bewiesen haben, mit dem Oberschlesischen Hilfsbund und denen, die deutsche Kultur in Oberschlesien schützen und fördern, gedenken alle Volksgenossen des hart getroffenen Gebiets.

ANSPRACHE AN DR. ECKENER

Berlin, 26. 11. 1924

Es ist mir eine lebhafte Freude, Ihnen, Herr Dr. Eckener, und Ihren Mitarbeitern nach Ihrer glücklich und erfolgreich vollendeten Fahrt und Ihrer Rückkehr in die Heimat den herzlichen Willkommengruß des Deutschen Reiches hier zu entbieten. Mit diesem Gruß gebe ich zugleich dem bewundernden Danke des gesamten deutschen Volkes an Sie und die anderen kühnen Luftfahrer für Ihre großen Leistungen herzlichsten Ausdruck. Unser Dank umfaßt alle die Männer, die als Erbauer, Ingenieure und Arbeiter an dem so trefflich bewährten Luftschiff mit bester Kraft zusammengearbeitet haben.

Ihre Fahrt war begleitet von den besten Wünschen und den zuversichtlichen Hoffnungen des ganzen deutschen Volkes; nicht nur aus sportlichen Interessen und weil man sich begeisterte an dem Wagemut des Unternehmens und an der Kühnheit der Fahrt, jubelte man Ihnen und dem Luftschiff zu; es war mehr als das; wir alle sehen in diesem Werk und in dieser Fahrt einen Ausdruck des technischen Könnens Deutschlands, des trotz allem ungebrochenen deutschen Willens zur Selbstbehauptung und des stolzen Vertrauens unserer Nation in sich und ihre Zukunft. Diesem Gefühle der Deutschen haben Sie, haben die Mitarbeiter an Schiff und Fahrt durch das gute Gelingen verstärktes Leben

gegeben, in der Welt aber haben Sie deutsche Arbeit und deutsches Können erneut zu Ehren gebracht und unserem Lande neue Sympathien errungen. So war der Bau dieses Schiffes und seine glückhafte Fahrt, trotzdem sie im Zeichen der Reparationsleistung stand, dennoch eine nationale Tat, für die wir Erbauer und Führer von Herzen Dank und Anerkennung darbringen.

EUPEN UND MALMEDY

Aufzeichnungen aus dem Nachlaß. 2. 12. 1924

Nach einer Besprechung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Lage machte mir Reichsbankpräsident Dr. Schacht folgende Mitteilung:

Der belgische Finanzmann und ehemalige Minister Franqui (Mitglied der früheren Sachverständigenkommission) habe ihm kürzlich aus eigener Initiative gesagt, Eupen und Malmedy fräßen wie ein Krebs an der Wiederherstellung guter Beziehungen zwischen Belgien und Deutschland; die Abtretung an Belgien sei für sie kein Gewinn geworden, ob sich nicht eine vernünftige Regelung für deren Rückgabe an Deutschland finden lasse. Auf Befragen Schachts, wie er sich das denke, habe er auf eine Verständigung der belgischen und deutschen Interessenten von Stahl, Eisen und Kohlen hingewiesen. Käme eine solche Verständigung zustande, dann könne damit sehr wohl die Rückgabe verbunden werden. Die Besprechung, die unter dem Siegel größter Verschwiegenheit stattfand, endete mit der Erklärung von Schacht, daß er die ihm sehr wichtig erscheinende Frage gern nachprüfen wolle.

Mittlerweile hat Schacht Klöckner gelegentlich einer Begegnung gefragt, warum die Schwerindustrie nicht auf dem Boden des Freihandels eine Verständi-

gung mit der französischen Schwerindustrie suche. Klöckner habe diese Frage schroff verneint; sie brauchten Schutzzölle, wenn sie weiterbestehen wollten. Otto Wolf dagegen, dem er gelegentlich die gleiche Frage vorlegte, habe sie ebenso entschieden bejaht.

Schacht, der mir versicherte, daß außer mir niemand von seiner Unterredung mit Franqui wisse, wolle Louis Hagen, der schon längere Zeit die Idee eines europäischen Stahltrustes betreibe, unauffällig dahin beeinflussen, daß er zunächst eine Verständigung mit Belgien anstrebe. Auf diesem Wege sei eher mit einem Erfolg zu rechnen, als wenn man gleich zu Anfang Frankreich, England und Belgien gegenüberstehe.

Meine Frage, ob er überhaupt glaube, daß man über den Weg einer Verständigung der Schwerindustriellen hüben und drüben zur Rückgewinnung von Eupen—Malmedy gelange, bejahte Schacht entschieden. Ich bestärkte ihn in seinem Vorhaben.

Auf die Frage von Schacht, ob man die Sache schon jetzt an die Regierung heranbringen sollte, empfahl ich, bis nach der Wahl zu warten. Marx könne man dann informieren, er würde die Sache bestimmt diskret behandeln. Schacht schloß sich dieser Auffassung an.

Schacht hatte dann eine weitere wichtige Mitteilung: Deutschland müsse zu Siedlungszwecken wieder Kolonialland haben. In absehbarer Zeit sei das seines Erachtens nur auf dem Wege des Kaufes möglich. Kauf könne aber nur mit amerikanischem Gelde, durch eine amerikanisch-deutsche Privatgesellschaft erfolgen. Das Arrangement müsse aber so getroffen werden, daß nur Deutsche als Ansiedler in Betracht kämen und die spätere Herstellung der deutschen Hoheit für die Kolonie gesichert werde.

Auf meine Frage, an welches Kolonialland er denke,

sagte er, Portugal ginge es zur Zeit recht schlecht; er glaube, man könne ihm Angola abkaufen. Seine geographische Lage sei günstig. Die Küstenebene sei zwar ungünstig, diese steige aber zu einem Hochland an, das zur Siedelung sehr geeignet sei. Wegen der Finanzierung habe er bereits mit dem Amerikaner Owen-Yrunys (aus der Kommission zum Dawesgutachten) Fühlung genommen. Dieser habe den Gedanken gutgeheißen, hält die Finanzierung für möglich. Schacht will für Yruny nun einen ins einzelne gehenden Plan ausarbeiten.

Unter der Voraussetzung, daß die Finanzierung zu erträglichen Bedingungen führe, befürwortete ich lebhaft, den Plan weiter zu verfolgen und mich auf dem laufenden zu halten.

EBERTS BEKENNTNIS ZUR LANDESVERTEIDIGUNG

Zeugenaussage im Magdeburger Prozeß.

Von Beginn des Krieges bis zu seinem Ende habe ich mich rückhaltlos auf den Boden der Landesverteidigung gestellt und in diesem Sinne gehandelt. Ich habe dies durch verschiedene Reden im Reichstag und außerhalb desselben zum Ausdruck gebracht. Während des ganzen Krieges war ich Gegner des Streiks der Arbeiter der Kriegsindustrie. Gegen einen solchen Streik habe ich mich in meiner Rede auf der Reichskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Jahre 1916 ganz besonders scharf ausgesprochen. Der Streik der Munitionsarbeiter Berlins im Jahre 1918 ist ohne Zutun und ohne Einvernehmen mit der Sozialdemokratischen Partei ausgebrochen. Auch persönlich hatte ich mit der Vorbereitung des Streiks weder direkt noch indirekt etwas zu tun, ich bin von ihm vielmehr völlig überrascht wor-

den. Charakteristisch ist eine damals erschienene Flugschrift, die zum Massenstreik aufforderte und in der u. a. gesagt wurde: „Sorgt dafür, daß die Gewerkschaftsführer, die Regierungssozialisten und andere ‚Durchhalter' unter keinen Umständen in die Vertretungen gewählt werden. Hinaus mit den Burschen aus den Arbeiterversammlungen! Diese Handlanger und freiwilligen Agenten der Regierung, diese Todfeinde des Massenstreiks, haben unter den kämpfenden Arbeitern nichts zu suchen." Am Vormittag des 28. Januar 1918 erschienen im Bureau der Sozialdemokratischen Partei aus zahlreichen Berliner Betrieben in schneller Folge Arbeiterdelegationen, die über den ausgebrochenen Streik berichteten und wünschten, der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei solle Vertreter in die Streikleitung entsenden, um Schlimmeres zu verhüten. Namens der Parteileitung habe ich demgegenüber geltend gemacht, der Streik sei ohne Zutun oder Fühlungnahme mit der Sozialdemokratischen Partei entstanden. Die Streikenden hätten bereits eine Streikleitung gewählt und bestimmte Forderungen aufgestellt. Danach könne niemand der Leitung der Sozialdemokratischen Partei zumuten, nachträglich eine Verantwortung zu übernehmen. Die erschienenen Arbeiterdelegierten stellten dann die Frage, ob die Parteileitung eine Delegation in die Streikleitung entsenden würde, wenn die Delegiertenversammlung der Streikenden darum ersuchen würde. Diese Frage wurde nach längerer Aussprache bejaht. Maßgebend war dabei für die Parteileitung, zu verhüten, daß durch den Streik die Interessen des Landes geschädigt würden, und durch Verhandlungen mit der Regierung zu versuchen, ihn möglichst bald zum Abschluß zu bringen. Eine Kommission der Arbeitervertreter ging dann in die Delegiertenversammlung

der Streikenden, um ihnen davon Mitteilung zu machen. Diese Versammlung hatte aber gerade einen ähnlichen Antrag mit geringer Mehrheit abgelehnt. Bei nochmaliger Behandlung der Frage bekämpfte der Abgeordnete Ledebour den Eintritt von Vertretern der Sozialdemokratischen Partei in die Streikleitung aufs heftigste und erklärte, wenn die Versammlung zustimme, sei der Streik verloren. Der Antrag wurde aber mit großer Mehrheit angenommen. Darauf hat der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei die Herren Otto Braun, Scheidemann und mich mit seiner Vertretung beauftragt. Unser Eintritt in die Streikleitung erfolgte unter der den Arbeiterdelegierten gegenüber erklärten Voraussetzung, daß die Streikleitung in paritätischem Sinne umgestaltet, das heißt, daß die Sozialdemokratische Partei in gleicher Zahl in ihr vertreten sein solle, wie die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, und daß eine nochmalige Beratung der bereits aufgestellten Forderungen ermöglicht werde. Zu diesen Beratungen ist es aber nicht gekommen. Am selben Tage, am 29. Januar, wurden alle Versammlungen, auch die der Delegierten der ausständigen Arbeiter, verboten. Auch den Mitgliedern der Streikleitung wurde jede Zusammenkunft unter Strafandrohung untersagt. Am nächsten Tage wurde der „Vorwärts" unterdrückt und am gleichen Tage alle Bureaus der Gewerkschaften im Gewerkschaftshause geschlossen. Es bestand danach keinerlei Möglichkeit, mit den streikenden Arbeitern zu einer Verständigung zu gelangen. Am 31. Januar haben sich die Streikenden in großen Massen auf Straßen und öffentlichen Plätzen versammelt. Bei einer solchen Gelegenheit habe ich zu den Streikenden gesprochen und sie dabei nachdrücklich zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt. Zwischendurch wurde versucht, durch Verhandlungen

mit der Regierung eine Möglichkeit zum Streikabschluß zu finden. Zu örtlichen Verhandlungen kam es nicht, weil die Regierung wegen der Zusammensetzung der Arbeiterdelegation allerlei formalistische Schwierigkeiten machte. Der Streik ist dann nach etwa einer Woche beigelegt worden. Ich bin noch heute der Meinung, daß der Streik in wenigen Tagen beigelegt gewesen wäre, wenn sich die Reichsregierung nicht auf ihren formalistischen Standpunkt versteift hätte und wenn es mit ihr zu sachlichen Verhandlungen gekommen wäre. Es haben nämlich zu gleicher Zeit in Danzig, Köln und München ähnliche Streiks stattgefunden. In Danzig verhandelten der Festungskommandant und der Regierungspräsident mit den Streikenden, mit dem Erfolg, daß der Streik in wenigen Tagen beigelegt war. In Köln hat neben dem Oberbürgermeister Adenauer der Regierungspräsident v. Stark mit den Streikenden verhandelt. Letzterer hat sogar in einer Versammlung der Streikenden sich mit ihnen über ihre Forderungen auseinandergesetzt. In München war den Streikenden sogar ein Demonstrationszug gestattet. Der damalige bayerische Ministerpräsident v. Dandl hat sich am 1. Februar in der Kammer der Abgeordneten mit dem Streik beschäftigt und dabei unter anderem, zu den Sozialdemokraten gewendet, folgendes gesagt:

„Ich danke es Ihnen, wenn Sie jetzt die Führung der Sache in die Hand genommen haben, weil ich von Ihnen erhoffe, daß sie dadurch in ruhige Bahnen gelenkt wird, und daß dadurch der Ausstand, der uns tatsächlich vor dem Ausland schwer schädigt, wiederum beruhigt und zu Ende gebracht wird."

Die Redaktion des „Vorwärts" leitete das Blatt selbständig. Es bestand eine Preßkommission, in der auch ein Vertreter des Parteivorstandes saß. Diese Preßkommission besprach ab und zu mit der Redak-

tion die Haltung des Blattes. Diese Preßkommission war aus Vertretern der Berliner lokalen Instanzen zusammengesetzt. Jedenfalls hat der Vorstand der Partei die Artikel des „Vorwärts" auch immer regelmäßig erst zu sehen bekommen, wenn sie erschienen waren. Wenn es daher zutreffen sollte — was ich nicht weiß —, daß der „Vorwärts" in jenen Streiktagen zum Durchhalten des Streikes aufgefordert hätte, so hat die Parteileitung dafür keine Verantwortung. Ich habe zu den Streikenden im Treptower Park, in dessen unmittelbarer Nähe ich wohnte, kurz gesprochen. Ich habe — soweit ich mich der Vorgänge bei dieser Rede noch erinnere — unter anderem über die versuchten Verhandlungen mit der Regierung berichtet und habe zur Ruhe und Besonnenheit ermahnt. Ich habe nicht aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen. Das konnte ich bei der Erregung, die damals unter den Streikenden herrschte, nicht. Hätte ich es doch getan, dann hätte ich nur Öl ins Feuer gegossen. Die Forderungen der Streikenden waren wirtschaftliche und auch politische. Mir ist nichts davon bekannt, daß die Partei etwa, nachdem in Berlin der Streik zu Ende war, beschlossen hätte, den Streik anderswo ins Werk zu setzen, und daß etwa der jetzige Oberpräsident Noske so etwas in Chemnitz versucht hätte.

Ich bin mit der bestimmten Absicht in die Streikleitung eingetreten, den Streik zum schnellsten Abschluß zu bringen und eine Schädigung des Landes zu verhüten.

Ich kann auf das bestimmteste erklären, daß die Leitung der Sozialdemokratischen Partei in Fragen der Munitionsarbeiterstreiks in ihrem Innern den Standpunkt gehabt hat, den sie äußerlich vertreten hat, daß sie diese Streiks also verurteilt hat.

DIE TREIBEREIEN ZUM MAGDEBURGER PROZESS

Aufzeichnungen aus dem Nachlaß. 15. 12. 1924

Reichsminister Graf Kanitz suchte mich am Nachmittag auf, um mir wegen der Treibereien, die zum Magdeburger Prozeß führten, und über die Art der Prozeßführung seinem Bedauern und seiner Entrüstung Ausdruck zu geben. Es gebe auch rechtsstehende Leute, die sich von solchen Treibereien abwenden. Empörend sei, daß dabei auf die staatspolitischen Notwendigkeiten keinerlei Rücksicht genommen würde.

Abends war ich bei einem Festessen des Zentralvereins deutscher Bankiers. Der Vorsitzende, der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Kiloser, hat mir gegenüber zweimal seine Empörung über die Hetze, wie sie sich im Magdeburger Prozeß zeige, zum Ausdruck gebracht.

1925.

RECHT UND FREIHEIT!

Eberts letzte Rede: An die Gesandten und Minister. 1. 1. 1925

Es ist mir eine lebhafte Befriedigung, feststellen zu können, daß im vergangenen Jahre an der Behandlung schwerwiegender internationaler Fragen in einem Geiste gearbeitet worden ist, der die Hoffnung auf eine Lösung im Wege der Versöhnung und Verständigung neu belebt hat. Mögen der Wille zur Gerechtigkeit und der Geist des Friedens auch im kommenden Jahre die Regierungen bei den noch der Lösung harrenden Entscheidungen beseelen, und möge so das, was im vergangenen Jahre erfolgreich begonnen wurde, auch im kommenden Jahre glücklich weitergeführt werden. Auch die Fragen, deren Regelung noch offen steht und deren Lösung der nächsten Zeit

vorbehalten ist, sind von schwerwiegender und weittragender Bedeutung für die Zukunft nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas und der Welt; es wird der Anstrengung aller Regierungen und aller Völker bedürfen, um auch hier den Geist des Rechts und des Friedens den Weg bestimmen zu lassen, auf dem die europäische Ordnung endgültig wiederhergestellt werden soll. Nur dann, wenn diese Aufgabe gelingt, wird auch in den Herzen der Völker der Friede tiefe und lebensstarke Wurzeln fassen können, nur dann werden die Vorbedingungen geschaffen sein, die unerläßlich sind für den Wiederaufbau Europas und einer Welt, in der friedliche Völker in edlem Wettstreit gemeinsam arbeiten am Fortschritt der Geistesbildung und einer in den Dienst des Friedens gestellten Technik. Das deutsche Volk ist gewillt, unter Einsetzung aller seiner Kräfte an diesem Wiederaufbau mitzuarbeiten, und wünscht, dazu beitragen zu können, daß für die ganze Welt eine neue Ära des Fortschritts, der Freundschaft und des Friedens anheben möge.

Das abgelaufene Jahr ist, wie ich mit Befriedigung am heutigen Tage feststellen kann, in jeder Beziehung ein Jahr fortschreitender Gesundung und Festigung für unser so schwer geprüftes Vaterland gewesen; unsere Währung, unsere Staatsfinanzen, unsere Wirtschaft sind von den bösen Erscheinungen und Nachfolgen der Inflation befreit und wieder auf feste und zuverlässige Grundlagen gestellt, und das Leben unserer Volksgenossen im besetzten Gebiet ist erleichtert worden. Daß diese Fortschritte erreicht werden konnten, verdankt Deutschland in erster Linie der Tatkraft und dem Verantwortlichkeitsbewußtsein, mit denen Sie, Herr Reichskanzler, und Ihre Ministerkollegen Ihre hohen Ämter verwaltet haben; es ist mir eine lebhafte

Genugtuung, dies hier am heutigen Tage im Gefühl herzlicher Dankbarkeit und aufrichtiger Anerkennung aussprechen zu können.

Sie sprachen, Herr Reichskanzler, von der ernsten Sorge, mit der das neue Jahr beginnt, von dem wir den Anfang der Befreiung des Rheinlandes erhofften. Alle Deutschen, welcher Parteirichtung sie auch angehören mögen, sind hier einig in dem Gefühl bitterer Enttäuschung und dem Bewußtsein eines uns angetanen neuen schmerzlichen Unrechts. Unter einer Begründung, die wir noch nicht kennen und noch nicht nachprüfen können, von deren Haltlosigkeit wir aber alle überzeugt sind, soll uns, dem einzig wirklich entwaffneten Volke, in einem sonst noch waffenstarrenden Europa, das versagt werden, was in dem so unendlich harten Friedensvertrag allein zu unseren Gunsten enthalten ist: Die Räumung besetzten deutschen Bodens. Unser aller erster Wunsch am heutigen Neujahrstage ist der, daß der Geist der Gerechtigkeit und der Wille zur Verständigung der Völker obsiegen mögen über die Idee der Macht und Gewalt, und daß uns und unseren Brüdern an Rhein und Ruhr das werde, worauf wir Anspruch haben: Recht und Freiheit!

REDE ZUR HOCHZEIT VON EBERTS TOCHTER AMALIE

Aus dem Nachlaß.

Lassen Sie mich, auch namens meiner Frau, Sie nochmals herzlich willkommen heißen und Ihnen danken, daß Sie unserer Einladung gefolgt sind. Unsere schlichte Familienfeier, soweit man heute überhaupt von Feiern reden darf, gilt unserem jungen Ehepaar, unserer Tochter Amalie und unserem Schwiegersohn Dr. Jaenecke, die heute ihren Ehebund geschlossen haben. Der alte Grundsatz „Langsam verloben und

bedächtig verheiraten" scheint sie nicht beeindruckt zu haben. Wenn ich recht im Bilde bin, haben sie sich schnell verliebt, dann schnell verlobt und noch schneller verheiratet. Gehört dazu schon in normalen Zeiten allerlei Courage, so ist sie heute in viel höherem Maße erforderlich. In meiner Heimat gibt es ein altes Sprichwort, das sagt: Gehst du in den Krieg, so bete einmal, gehst du zur See, zweimal, in die Ehe, dreimal. In unserer materiellen Zeit, in der die Welt in allen Fugen ächzt, ist es mit dem Beten allein nicht getan. Für viele Menschen ist heute der einzige Gott die Valuta, sie regiert die Stunde. So gehört zum Heiraten — ich will nicht sagen, Heldenmut — aber doch ein starker unerschütterlicher Lebensmut, Lebensmut, der sich geltend macht in Fleiß, Tüchtigkeit, Tatkraft und in einem oft hohen Maße von Entsagung. Daß dieser Lebensmut unser junges Paar immer erfüllen möge, wünsche ich von ganzem Herzen. Ihr Lebensschifflein wird in dieser stürmischen Zeit nur dann gute Fahrt haben, wenn es sich in diesem Kurse hält. Machen sich unsere jungen Eheleute, die heute ihr Elternhaus verlassen, stets die Pflichttreue und den geraden schlichten Bürgersinn so zum Prinzip, wie sie es im Elternhause gelernt haben, dann sind sie, wie ich glaube, gegen die Stürme des Lebens einigermaßen gewappnet. Doch zur Ehe gehören auch ideale Güter. Vor allem Liebe und Glück. Was die Liebe anlangt, so scheint es mir hier eines besonderen Anspornes nicht zu bedürfen. Ihr seid beide jung und frisch, und die Frische der Jugend ist nun einmal die wahre Grundlage der Liebe. Hoffentlich löse ich bei unseren bejahrteren Damen und Herren nicht zu wehmütige Betrachtungen aus, wenn ich das schöne und ewig wahre Wort Schillers dem jungen Paare ins Stammbuch schreibe:

O daß sie ewig grünen bliebe,
die schöne Zeit der jungen Liebe.

Was nun das Glück anlangt, so könnte ich auf das alte Wort verweisen: Jeder ist seines Glückes Schmied. So viel Wahrheit auch in diesem Worte liegt, als alter Handwerker weiß ich aber, daß auch zum Schmiedehandwerk Glück gehört. Ich glaube, da müssen wir uns an die Philosophie halten. Da habe ich kürzlich eine lange und breite Abhandlung gelesen, die zum Schluß kam: Glück sei Liebe. Ist das richtig — und ich zweifle nicht daran —, dann muß nach Adam Riese Liebe auch Glück sein. Und da Ihr die Liebe habt, so müßt Ihr also auch das Glück haben. Sichert Euch also das eine, so werdet Ihr auch das andere besitzen. Oder mit anderen Worten: Gebt Euch beide Mühe, daß es mit der Liebe und mit dem Glück immer so bleibt, wie es heute ist!

So wünsche ich unserem jungen Ehepaare von ganzem Herzen: Gesundheit, Glück und reichen Segen und nicht zuletzt ewigen Frieden. Möge Eure Ehe immer ein wahrer Bund des Herzens sein, möge sie ein Band aufrichtiger und herzlicher Freundschaft immer um die Familien Jaenecke und die meine schlingen! Glückliche Zukunft!

Im Verlag Carl Reißner, Dresden, erschien:

WALTHER RATHENAU

BRIEFE

Herausgegeben von seiner Mutter

Zwei starke Bände mit 750 Seiten und Bildern

Preis in Ganzleinen mit Kassette M. 14.—

Vier Jahrzehnte eines beispiellos inhaltsreichen Lebens und Wirkens sind in diesen beiden Bänden enthalten; und selten werden Bücher veröffentlicht, die ähnlich wie dies äußerlich und innerlich monumentale Werk die Summe eines solchen Lebens dokumentieren. Rathenau als Mensch und Schöpfer in eigenen intimsten Bekenntnissen und Erinnerungen — in diese Formel läßt sich die Bedeutung des Werkes am ehesten fassen. Das Menschentum dieses seltenen Mannes kommt hier ebenso zum Ausdruck wie sein Schöpfertum. Hier sind die Bausteine zu seinen Erinnerungen, deren Niederschrift ein Revolverschuß vereitelte. Doch diese Lebensdokumente sind ungleich wertvoller als Erinnerungen, weil sie näher den Erlebnissen stehen und den unmittelbaren Niederschlag der großen Ereignisse seiner Zeit und seines eigenen Daseins bilden. Derjenige kennt nicht Rathenau, dem dies Werk unbekannt bleibt. Darüber hinaus bietet es jedoch noch einen anderen Reiz: es enthält einen Geistesaustausch mit fast allen namhaften Persönlichkeiten seiner Epoche, mit Stinnes ebenso wie mit Gerhart Hauptmann, auf künstlerischem und literarischem Gebiet nicht minder als auf wirtschaftlichem und politischem — ein unvergleichlicher Spiegel der Zeit und Zeitgenossen. „Kein Denkmal kann erschütternder zeigen als diese Bände, was das deutsche Volk, was der deutsche Staat, was die deutsche Kultur an Rathenau verloren haben", schrieb die Vossische Zeitung. „Sie lüften den Schleier, den dieser im tiefsten einsame Geist vor das Wesentliche seines Ichs zu hängen liebte."

Im Verlag Carl Reißner, Dresden, erschien:

STRESEMANN

REDEN UND SCHRIFTEN

Politik, Geschichte, Literatur

1897—1926

Mit einem biographischen Begleitwort
von Rochus Frhrn. v. Rheinbaben.

Zwei starke Bände.

Preis in Ganzleinen mit Kassette M. 16.—

Dies umfangreiche Werk ist ein Stück Weltgeschichte, und daß es von dem Schöpfer des Locarno-Paktes selbst stammt, gibt ihm seine unvergleichliche Bedeutung. Denn undenkbar ist der Locarno-Vertrag ohne Stresemann, dieser Vertrag, der den ersten wahren Friedensschluß besiegelt und uns endlich in die Gemeinschaft der Völker führt. Kein Deutscher genießt in der außerdeutschen Welt eine ähnliche Popularität wie Stresemann — ist er doch der einzige Staatsmann auf der Welt, der im bolschewistischen Rußland, wie jüngst beim Berliner Vertrag, mit dem gleichen Enthusiasmus gefeiert wird, wie im kapitalistischen Amerika, namentlich bei seinem letzten amerikanischen Radio-Vortrag. Hier ist das einzige große Werk, in dem der Leiter der deutschen Außenpolitik selbst Aufschluß und Rechenschaft über sein Tun und Lassen ablegt, ein Quellenwerk, an dem niemand vorbeigehen kann, der die Zeitereignisse verfolgt. Ein Gesamt-Selbstbildnis jener Persönlichkeit, die im politischen Deutschland am leidenschaftlichsten umstritten wird. Wenn irgendein Werk den Weg weist, der in Deutschlands Zukunft führt, so ist es dieses; es geht weit über irgendein politisches Maß hinaus und weitet sich zu einem geschichtlich-kulturellen Monument. Es steht im Mittelpunkt aller Erörterungen, zumal jetzt, durch Genf, die Augen der ganzen Welt auf diesen Mann gerichtet sind. Die Zeitungen aller Richtungen beschäftigen sich mit dieser Ausgabe in großen Auseinandersetzungen und Leitartikeln.

Im Verlag Carl Reißner, Dresden, erscheint:

ERINNERUNGEN AN KÖNIG EDUARD AUS DER EINKREISUNGSZEIT

Von Hermann Frhr. v. Eckardstein, Botschaftsrat a. D.

Preis gebunden etwa M. 6.—

Zum ersten Male zeigt uns in diesem Buche ein Deutscher den wahren König Eduard, seine Umgebung und seine Zeit, und veröffentlicht eine Fülle wichtigster Dokumente, die ein völlig neues Licht auf die weltgeschichtlichen Ereignisse werfen. Daher hat dies Buch schon als Quellenwerk eine einzigartige grundlegende Bedeutung, wie des Verfassers frühere Werke z. B. die wichtigsten Grundlagen zum Kaiserbuch von Emil Ludwig bildeten. Niemand außer dem Verfasser wäre in der Lage gewesen, ein solches Buch zu schreiben, denn er ist der einzige Deutsche, der Eduard VII. näher kannte und, als Seele der Deutschen Botschaft in jenen Schicksalsjahren, aus einer unversieglichen Fülle der persönlichen Erinnerungen zu schöpfen vermag. Wie das Verhängnis kam, erfahren wir hier durch viele neue Tatsachen und Enthüllungen. Mit Recht nimmt Frhr. v. Eckardstein das Verdienst in Anspruch, den Ausbruch des Weltkrieges 1905 verhindert zu haben — eine Tatsache, die über den Verfasser und die dokumentarisch-geschichtliche Bedeutung dieses Werkes alles besagt.

Date Due

CAT. NO. 23 233 PRINTED IN U.S.A.

TRENT UNIVERSITY
0 1164 0108228 8

DD221 .E2 Bd. 2

Ebert, Friedrich.

Schriften, aufzeichnungen, reden.

DATE | ISSUED TO

57307